



Bericht

der Landesregierung

**Bericht der Landesregierung an den Landtag gemäß § 126 Abs. 7 HSG
- Universitätsklinika Jahr 2001 -**

Federführend ist das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Vorbemerkung

Die seit Jahren andauernde Anspannung der finanziellen Rahmenbedingungen für alle Krankenhäuser in der Bundesrepublik und damit auch für die Universitätsklinik des Landes Schleswig-Holstein setzte sich im Berichtsjahr 2001 fort. Die unzureichende Finanzierung der Tarif- und Preissteigerungen im Bereich der Krankenversorgung seitens der Krankenkassen, die nicht mögliche Finanzierung der Tarifsteigerungen des wissenschaftlichen Personals durch das Land und die aus finanziellen Gründen des Gesamthaushaltes nochmalige Absenkung der Landeszuschüsse wirkten sich nachhaltig auf die Ertragssituation der beiden schleswig-holsteinischen Universitätsklinik aus.

Das Kieler Universitätsklinikum schloss das Geschäftsjahr 2001 mit einem Jahresfehlbetrag von 1,3 Mio. Euro ab, obwohl es investive Mittel im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit in Höhe von 4,1 Mio. Euro für konsumtive Zwecke umgewidmet hat, was das Jahresergebnis deutlich verbessert hat. Das Lübecker Klinikum weist ein ausgeglichenes Jahresergebnis aus. Dessen Vorstand führt dies auf den erfolgreichen Einsatz diverser betriebswirtschaftlicher Steuerungsinstrumente (u.a. eines Bonus-Malus-Systems) zurück.

Die Landesregierung berichtet dem Landtag gemäß § 126 Abs. 7 HSG zu den Jahresabschlüssen, der Verwendung der Jahresergebnisse und den Lageberichten der beiden schleswig-holsteinischen Universitätsklinik wie folgt:

Universitätsklinikum Kiel - UKK -

1. Vermögens- und Finanzlage, Investitionen

Die Bilanzsumme des UKK betrug per 31.12.2001 244 Mio. Euro. Die Bilanzstruktur war geordnet, die Vermögensposten zum Bilanzstichtag waren zu 76,2% (Vorjahr 76,6%) durch Eigenmittel und Sonderposten¹ finanziert. Das Eigenkapital verminderte sich von 20,6 Mio. Euro auf 14,7 Mio. Euro. Die Verminderung entfällt mit 4,6 Mio. Euro auf eine Umgliederung aus den Rücklagen in die Sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber der Medizinischen Fakultät. Sie betrifft die zugewiesenen, aber noch nicht

¹ Gegenposten zum Anlagevermögen, das aus Investitionsmitteln des Landes und des Bundes sowie aus Drittmitteln finanziert worden ist.

verwendeten Mittel für besondere Forschungsprojekte. Hinzukommen Nettoentnahmen aus den Rücklagen in Höhe des Jahresfehlbetrages von 1,3 Mio. Euro.

Aus der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC Deutsche Revision (im folgenden: Abschlussprüfer) durchgeführten Finanzierungsrechnung ergibt sich eine Abnahme des Finanzmittelbestandes um 13,2 Mio. Euro auf 1,5 Mio. Euro. Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr und im laufenden Jahr bis zum Zeitpunkt der Beendigung der Prüfung (Juni 2002) jederzeit gegeben; sie wird durch Kredite der Landeshauptkasse sichergestellt. Allerdings hat sich die Liquiditätsslage im Jahr 2002 weiter verschlechtert.

Das Anlagevermögen belief sich zum 31.12.2001 auf 182,3 Mio. Euro, es erhöhte sich um 5,5 Mio. Euro. Den Abschreibungen von 23,1 Mio. Euro standen Zugänge in Höhe von 27,4 Mio. Euro gegenüber. Von den Anlagenzugängen (investiven Ausgaben) entfielen rd. 13,0 Mio. Euro auf diverse Baumaßnahmen (u.a. Neubau Neurozentrum und Brandschutzmaßnahmen) und rd. 14,4 Mio. Euro auf Einrichtungen und Ausstattungen (davon 2,8 Mio. Euro für medizinische Geräte) sowie immaterielle Vermögensgegenstände (Auszug aus dem Bericht des Abschlussprüfers, im folgenden: Prüfbericht, Anlage III, S. 4).

2. Ertragslage

Die Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen (Budget der Krankenkassen) erhöhten sich um 3,1 Mio. Euro oder 1,6% (Vorjahr plus 4,4%). Der Anteil der aus Schleswig-Holstein stammenden, stationär behandelten Patientinnen und Patienten betrug 93,8%. Die Wahlleistungserlöse (3,5 Mio. Euro) betreffen im wesentlichen Zuschläge für Ein- und Zweibettzimmer; sie sanken gegenüber Vorjahr um 1,9%. Die Höhe der ambulanten Erlöse blieb annähernd unverändert obwohl die Zahl der Behandlungsfälle um 2,2% gestiegen ist. Ursächlich für diese Stagnation waren die von der Kassenärztlichen Vereinigung und dem Zulassungsausschuss für Ärzte erzwungene Umstellung der Institutsermächtigungen auf Persönliche Ermächtigungen sowie die weiterhin sinkenden Punktwerte. Die Erlöse aus den Nutzungsentgelten der liquidationsberechtigten Ärzte stiegen auf 10,1 Mio. Euro (plus 7,1%). Die nichtinvestiven Zuschüsse des Landes für Forschung und Lehre gingen um 1,4 Mio. Euro oder 1,9% zurück. Infolge der vorgenannten Umwidmung investiver Mittel stieg die Position „Zuweisungen und Zuschüsse“ in der Gewinn- und Verlustrechnung jedoch um 2,8 Mio. Euro (Prüfbericht, Anlage III, S. 18). Der Anstieg der Sonstigen betrieblichen

Erträge um 6,2 Mio. Euro wurde vor allem durch die Zunahme der Drittmittel um 2,4 Mio. Euro oder 22,7% sowie infolge einer Erhöhung der Erträge aus der Auflösung von Verbindlichkeiten bedingt. Trotz der Umwidmung investiver Mittel reichten die Ertragssteigerungen (insg. plus 4,0%) nicht aus, die Erhöhung der Personal- und Sachaufwendungen auszugleichen.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich im Geschäftsjahr 2001 insg. um 1,9% (Tarifabschluss: + 2,0% zum 1.8.2000 und + 2,4% zum 1.9.2001). Während der Umfang der im Betrieb eingesetzten Vollkräfte (einschl. Überstunden und Bereitschaftsdienste) unverändert blieb, stieg die Anzahl der aus Dritt- und ähnlichen Mitteln finanzierten Mitarbeiter um 30. Der Aufwand für Material (medizinischer Bedarf, Wirtschaftsbedarf, Wasser, Energien und Lebensmittel) stieg um 7,7%. Darin schlägt sich sowohl die höhere Fallzahl als auch ein Mehr an Pflögetagen nieder. Sonderentwicklungen wie verstärkte Inanspruchnahme der Leistungen der Tagesklinik für Tumorthherapie führten ebenfalls zur überproportionalen Kostensteigerungen (Mehrkosten für Arzneien rd. 650 TEuro). Die im Vorjahr erzielte Kostenreduktion bei den Stromkosten konnte nicht gehalten werden (u.a. Einführung der Ökosteuer). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 5,4 Mio. Euro oder 15,5% (Prüfbericht, Anlage III, S. 24). Darin enthalten ist der Aufwand aus der Zuführung zur Verbindlichkeit gegenüber der Medizinischen Fakultät in Höhe der vom Klinikum für besondere Forschungsvorhaben zur Verfügung gestellten Mittel (4,3 Mio. Euro). Ebenfalls ging in diese Position die Zunahme der Abschreibungen auf Forderungen (+ 327 TEuro) ein. Sie betrifft eine Wertberichtigung im Forderungsbereich, die aus der weiterhin vorherrschenden Rechtsunsicherheit hinsichtlich der Abrechnung der Entgelte für Wahlleistungszimmer resultiert.

3. Jahresergebnis

Der Jahresabschluss 2001 weist einen Jahresfehlbetrag von 1.337.309,73 Euro aus. Unter Berücksichtigung der Entnahmen (3.158.894,98 Euro) und Umgliederungen (4.551.835,50 Euro) aus den Kapital- und Gewinnrücklagen wird ein Jahresergebnis vor Ergebnisverwendung von 1.821.585,25 Euro ausgewiesen, das in voller Höhe den Gewinnrücklagen zugeführt worden ist (Prüfbericht, Anlage III, S. 33). Das Bilanzergebnis ist ausgeglichen.

In dem von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC Deutsche Revision vorgelegten Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2001 und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2001 des UKK erteilte der Wirtschaftsprüfer für den Jahresabschluss zum 31.12.2001 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk. Nach Feststellungen des Abschlussprüfers „vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Klinikums.“ Der Lagebericht gebe insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Klinikums und stelle die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

4. Beschluss des Aufsichtsrates über die Verwendung des Jahresergebnisses 2001

Ausweislich des Protokolls der Aufsichtsratsitzung vom 17.06.2002 und der Beschlussvorlage vom 19.08.2002 wurde der Jahresabschluss 2001 in der geprüften Fassung (Jahresfehlbetrag 1.337.309,73 Euro) festgestellt. Den Entnahmen und Umgliederungen aus den Kapital- und Gewinnrücklagen sowie der Zuführung zu den Gewinnrücklagen wurde zugestimmt.

5. Lagebericht des Vorstandes

Auf den beigefügten Auszug aus dem Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2001 und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2001 wird verwiesen.

Universitätsklinikum Lübeck - UKL -

1. Vermögens- und Finanzlage, Investitionen

Die Bilanzsumme des UKL betrug per 31.12.2001 368,1 Mio. Euro. Die Bilanzstruktur zeigt, dass die Vermögensposten zum Bilanzstichtag mit 86,5% durch Eigenmittel und Sonderposten finanziert werden. Das Eigenkapital verminderte sich von 24,3 Mio. Euro auf 19,4 Mio. Euro. Hiervon entfielen 3,3 Mio. Euro auf die Umgliederung der zugewiesenen aber noch nicht verwendeten Mittel für besondere Forschungs- und Lehrvorhaben aus den Rücklagen in die Sonstigen Verbindlichkeiten. Hinzu kommen Entnahmen aus den Rücklagen zur Finanzierung von Investitionen in Höhe

von 1,7 Mio. Euro (Prüfbericht, Anlage III, S. 7). Ausweislich der vom Abschlussprüfer durchgeführten Finanzierungsrechnung hat sich der Finanzmittelbestand im Berichtsjahr um weitere 11,3 Mio. Euro (2000: minus 5,4 Mio. Euro) auf 18,6 Mio. Euro vermindert. Die Finanzlage des UKL ist geordnet, die Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr und im laufenden Jahr bis zum Zeitpunkt der Beendigung der Prüfung (Juni 2001) jederzeit gegeben.

Das Anlagevermögen blieb per 31.12.2001 mit rd. 306,4 Mio. Euro nahezu unverändert. Den Anlagezugängen von 18,9 Mio. Euro standen Abschreibungen von 18,5 Mio. Euro gegenüber (Prüfbericht, Anlage III, S. 4). Von den investiven Ausgaben (Anlagezugängen) entfielen rd. 9,0 Mio. Euro auf diverse Baumaßnahmen (u.a. Neubau Pädiatrie und Linksherzkathetermessplatz) und rd. 9,9 Mio. Euro auf Einrichtungen und Ausstattungen (davon 5,6 Mio. Euro für medizinische Apparate und Geräte) sowie immaterielle Vermögensgegenstände (Prüfbericht, Anlage III, S. 17).

2. Ertragslage

Die Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen (Budget der Krankenkassen) erhöhten sich aufgrund des Anstiegs der Pflage tage um 2,1 Mio. Euro oder 1,3% (Vorjahr plus 3,7%). Der Anteil der aus Schleswig-Holstein stammenden, stationär behandelten Patienten betrug 78,4%. Die Wahlleistungserlöse stiegen um 5,5%. Die ambulanten Erlöse entwickelten sich in Lübeck aufgrund der Umwandlung von Institutsermächtigungen in Persönliche Ermächtigungen ebenfalls negativ (minus 2,8%). Die Erlöse aus Nutzungsentgelten der Ärzte stiegen um 6,3% auf 5,7 Mio. Euro. Die nichtinvestiven Zuschüsse des Landes gingen weiter zurück (Position 6a der Gewinn- und Verlustrechnung, Prüfbericht Anlage II). In den Sonstigen betrieblichen Erträgen (plus 4,5 Mio. Euro) sind auch die Mittel aus dem CEMET-Projekt² enthalten (Prüfbericht, Anlage III, S. 11).

Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter stiegen um 1,8% bei einem Rückgang der durchschnittlichen Personalbesetzung um 18 Vollkräfte. Die Materialaufwendungen gingen insg. um 1,9% zurück, wobei für den in ihnen enthaltenen medizinischen Bedarf 4,4% (2,4 Mio. Euro) weniger Kosten anfielen. Hinter den Kostensteigerungen

² Das UKL hat mit dem UKK und weiteren fünf Gesellschaftern ein Unternehmen zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen medizinisch-wissenschaftlichen sowie technischen Leistungsträgern und Wirtschaftsunternehmen (CEMET) gegründet.

bei den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen (per Saldo plus 2,3 Mio. Euro) verbergen sich u.a. neben den erstmalig entstandenen Fusionskosten auch die Aufwendungen der CEMET.

3. Jahresergebnis

Der Jahresabschluss 2001 weist ein ausgeglichenes Jahresergebnis aus. Berücksichtigt wurden in ihm Entnahmen in Höhe von 1.705.393,37 Euro und Umgliederungen in Höhe von 3.272.547,73 Euro aus den Kapital- und Gewinnrücklagen (Prüfbericht, Anlage III, S. 7). Das Bilanzergebnis ist ausgeglichen.

In dem von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC Deutsche Revision vorgelegten Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2001 und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2001 des UKL erteilte der Wirtschaftsprüfer für den Jahresabschluss zum 31.12.2001 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk. Nach Feststellungen des Abschlussprüfers „vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Klinikums.“ Der Lagebericht gäbe insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Klinikums und stelle die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

4. Beschluss des Aufsichtsrates über die Verwendung des Jahresergebnisses 2001

Ausweislich des Protokolls der Aufsichtsratsitzung vom 17.06.2002 und der Beschlussvorlage vom 21.08.2002 wurde der Jahresabschluss 2001 in der geprüften Fassung (ausgeglichenes Jahresergebnis) festgestellt. Den Entnahmen und Umgliederungen aus den Kapital- und Gewinnrücklagen wurde zugestimmt.

5. Lagebericht des Vorstandes

Auf den beigefügten Auszug aus dem Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2001 und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2001 wird verwiesen.

Anlagen:

1. Auszug aus dem Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2001 und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2001 des Universitätsklinikums Kiel durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC Deutsche Revision.
2. Geschäftsbericht 2001 des Universitätsklinikums Kiel.
3. Auszug aus dem Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2001 und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2001 des Universitätsklinikums Lübeck durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC Deutsche Revision.
4. Geschäftsbericht 2001 des Universitätsklinikums Lübeck.

PwC Deutsche Revision

Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Auszug aus dem Bericht

Universitätsklinikum Kiel,
Anstalt des öffentlichen Rechts
Kiel

Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2001
und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2001

Auftrag: 20 14 0129

Exemplar:



IV. Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk

16. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir unter dem Vorbehalt, dass der Aufsichtsrat den im Jahresabschluss berücksichtigten
- Entnahmen aus den Kapitalrücklagen von € 2.691.515,82, den Gewinnrücklagen von € 467.379,16 und Einstellungen in die Gewinnrücklagen von € 1.821.585,25 sowie
 - der Umgliederung der zugewiesenen, noch nicht verwendeten Mittel für besondere Forschungsprojekte aus den Kapitalrücklagen von € 3.222.476,63 und den Gewinnrücklagen von € 1.329.358,87 in die Sonstigen Verbindlichkeiten

zustimmt, mit Datum vom 18. Juni 2002 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Klinikums an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Anstalt des öffentlichen Rechts, Kiel, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2001 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den Vorschriften der KHBV und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands des Klinikums. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Klinikums sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Klinikums. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Klinikums und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar."

II. Feststellungen gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB (Redepflicht)

8. Unrichtigkeiten oder Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften sowie Tatsachen, die schwerwiegende Verstöße des Vorstands oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Satzung darstellen, haben wir bei Durchführung unserer Prüfung nicht festgestellt.

Die Ertragslage hat sich in 2001 im Vergleich zum Vorjahr erheblich verschlechtert. Eine weitere Verschlechterung ist für das Jahr 2002 insbesondere durch nicht finanzierte Beitragserhöhungen der VBL, geplante weitere Kürzungen des Zuschusses für Forschung und Lehre sowie Wegfall von Zinserträgen und Anfall von Zinsaufwendungen aufgrund verschlechterter Liquiditätslage zu erwarten.

H. Schlussbemerkung

149. Den vorstehenden Bericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (Prüfungsstandard 450 des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.).

Der von uns mit Datum vom 18. Juni 2002 erteilte uneingeschränkte, unter einem Vorbehalt stehende Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt B. IV "Bestätigungsvermerk" wiedergegeben.

Hamburg, den 18. Juni 2002

PwC Deutsche Revision

Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Lorenzen)
Wirtschaftsprüfer

(ppa. Fritzsch)
Wirtschaftsprüferin

Jahresabschluss 2001

JAHRESBILANZ

AKTIVA

| | Stand 31.12.2001 | | Stand 31.12.2000 | |
|--|---------------------|-----------------------|---------------------|-----------------------|
| | € | € | € | € |
| A. Anlagevermögen: | | | | |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen | | 1.064.152,15 | | 760.883,08 |
| II. Sachanlagen: | | | | |
| 1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken | 84.139.168,45 | | 86.644.369,80 | |
| 2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken | 2.751.742,06 | | 2.401.443,44 | |
| 3. Technische Anlagen | 3.249.163,83 | | 3.047.326,15 | |
| 4. Einrichtungen und Ausstattungen | 35.598.811,01 | | 30.716.561,93 | |
| 5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | 55.538.630,09 | 181.277.515,44 | 53.288.525,11 | 176.098.226,43 |
| B. Umlaufvermögen: | | | | |
| I. Vorräte: | | | | |
| 1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | 9.697.588,49 | | 10.532.945,17 | |
| 2. Unfertige Leistungen | 854.322,83 | 10.551.911,32 | 1.015.369,31 | 11.548.314,48 |
| II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände: | | | | |
| 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 47.522.597,57 | | 39.098.911,25 | |
| davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: | 0,00 € | | | |
| (31.12.2000: | 0,00 €) | | | |
| 2. Forderungen an den Krankenhausträger | 66.528,26 | | 101.293,16 | |
| davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: | 0,00 € | | | |
| (31.12.2000: | 0,00 €) | | | |
| 3. Forderungen nach dem Krankenhaus- finanzierungsrecht | 201.388,00 | | 0,00 | |
| davon nach der BpflV | 201.388,00 € | | | |
| (31.12.2000: | 0,00 €) | | | |
| davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: | 0,00 € | | | |
| (31.12.2000: | 0,00 €) | | | |
| 4. Sonstige Vermögensgegenstände | 123.196,89 | 47.913.710,72 | 315.662,35 | 39.515.866,76 |
| davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: | 0,00 € | | | |
| (31.12.2000: | 0,00 €) | | | |
| III. Schecks, Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten sowie der Landeshauptkasse Kiel | | 2.039.365,42 | | 14.674.371,89 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten: | | | | |
| 1. Andere Abgrenzungsposten | | 967.369,60 | | 937.863,81 |
| | | <u>243.814.024,65</u> | | <u>243.535.526,45</u> |

Anlage I

JAHRESBILANZ

PASSIVA

| | Stand 31.12.2001 | | Stand 31.12.2000 | |
|---|----------------------|-----------------------|----------------------|-----------------------|
| | € | € | € | € |
| A. Eigenkapital: | | | | |
| 1. Festgesetztes Kapital | 6.668.440,98 | | 6.668.440,98 | |
| 2. Kapitalrücklagen | 3.536.247,06 | | 9.450.239,51 | |
| 3. Gewinnrücklagen | 4.456.627,32 | | 4.431.780,10 | |
| 4. Bilanzgewinn / - Bilanzverlust | <u>0,00</u> | 14.661.315,36 | <u>0,00</u> | 20.550.460,59 |
| B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens: | | | | |
| 1. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand | 164.464.657,68 | | 163.421.143,32 | |
| 2. Sonderposten aus sonstigen Zuweisungen | <u>6.762.746,56</u> | 171.227.404,24 | <u>2.603.896,57</u> | 166.025.039,89 |
| C. Rückstellungen | | | | |
| 1. Sonstige Rückstellungen | | 16.512.542,02 | | 16.586.461,49 |
| D. Verbindlichkeiten | | | | |
| 1. Gegenüber der Landeshauptkasse Kiel davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: | 532.197,39 | | 0,00 | |
| | 532.197,39 € | | | |
| (31.12.2000: | 0,00 €) | | | |
| 2. Erhaltene Anzahlungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: | 34.806,82 | | 162.047,84 | |
| | 34.806,82 € | | | |
| (31.12.2000: | 162.047,84 €) | | | |
| 3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: | 19.330.998,97 | | 16.546.922,30 | |
| | 16.879.036,52 € | | | |
| (31.12.2000: | 13.368.720,86 €) | | | |
| 4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger: - aus noch nicht zweckentsprechend verwendetem Investitionszuschuss davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: | 2.248.413,63 | | 10.818.501,72 | |
| | 2.248.413,63 € | | | |
| (31.12.2000: | 10.818.501,72 €) | | | |
| 5. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhaus- finanzierungsrecht davon nach der Bundespflegesatz- verordnung | 0,00 | | 1.149.514,34 | |
| | 0,00 € | | | |
| (31.12.2000: | 1.149.514,34 €) | | | |
| davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: | 0,00 € | | | |
| (31.12.2000: | 1.149.514,34 €) | | | |
| 6. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: | 1.242.379,70 | | 1.153.631,28 | |
| | 1.242.379,70 € | | | |
| (31.12.2000: | 1.153.631,28 €) | | | |
| 7. Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: | <u>18.023.434,78</u> | 41.412.231,29 | <u>10.531.494,06</u> | 40.362.111,54 |
| | 18.023.434,78 € | | | |
| (31.12.2000: | 10.531.494,06 €) | | | |
| davon aus Steuern | 1.954.991,63 € | | | |
| (31.12.2000: | 1.897.589,20 €) | | | |
| davon im Rahmen der sozialen Sicherheit | 7.645,03 € | | | |
| (31.12.2000: | 11.399,42 €) | | | |
| E. Rechnungsabgrenzungsposten: | | 531,74 | | 11.452,94 |
| | | <u>243.814.024,65</u> | | <u>243.535.526,45</u> |

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

| | 2001 | | 2000 | |
|--|-----------------|----------------|----------------|----------------|
| | € | € | € | € |
| 1. Erlöse aus Allgemeinen Krankenhausleistungen | 201.544.828,33 | | 198.398.919,10 | |
| 2. Erlöse aus Wahlleistungen | 3.517.829,05 | | 3.586.457,64 | |
| 3. Erlöse aus Ambulanten Leistungen des Krankenhauses | 9.525.971,67 | | 9.353.469,91 | |
| 4. Nutzungsentgelte der Ärzte | 10.089.555,21 | | 9.417.417,21 | |
| 5. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen | -161.046,48 | | 110.903,79 | |
| 6. Zuweisungen und Zuschüsse | | | | |
| a. Zuweisungen und Zuschüsse des Landes, soweit nicht unter Nr. 10 | 69.513.710,29 | | 70.871.701,53 | |
| davon Umschichtung in den Finanzplan | -4.837.560,55 | | -2.269.999,77 | |
| dazu Umsetzung aus dem Finanzplan | 8.181.734,73 | | 1.448.326,48 | |
| b. Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand | 22.060,59 | | 7.997,86 | |
| 7. Sonstige betriebliche Erträge | 30.927.784,60 | 328.324.867,44 | 24.726.540,28 | 315.651.734,03 |
| davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre nach der BpflV, soweit nicht unter Nr. 1 | 0,00 € | | | |
| (2000: 1.237.404,07 €) | | | | |
| 8. Personalaufwand | | | | |
| a. Löhne und Gehälter | 159.185.406,71 | | 156.062.064,05 | |
| b. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung | 42.003.125,88 | | 41.371.195,47 | |
| davon für Altersversorgung | 13.230.958,49 € | | | |
| (2000: 13.017.254,46 €) | | | | |
| 9. Materialaufwand | | | | |
| a. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | 67.997.147,05 | | 63.678.168,17 | |
| b. Aufwendungen für bezogene Leistungen | 19.914.155,33 | 289.099.834,97 | 17.953.856,04 | 279.065.283,73 |
| Zwischenergebnis | | 39.225.032,47 | | 36.586.450,30 |
| 10. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen | | | | |
| a. Investitionszuschuss des Trägers | | | | |
| - Zuschüsse | 4.133.469,57 | | 13.083.791,96 | |
| - Zuführung aus EP 12 | 7.632.156,84 | | 8.886.643,02 | |
| b. HBFG | | | | |
| - Zuschüsse | 948.187,77 | | 1.303.105,35 | |
| c. Sonstige Investitionszuschüsse | 4.971.725,10 | | 1.562.859,57 | |
| 11. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten / Verbindlichkeiten aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens | 22.892.914,69 | | 20.461.283,44 | |
| 12. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten / Verbindlichkeiten aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens | 18.342.788,21 | | 25.322.263,81 | |
| 13. Aufwendungen für nicht aktivierungsfähige Maßnahmen | 0,00 | 22.235.665,76 | 0,00 | 19.975.419,53 |
| 14. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen | 23.099.914,47 | | 20.733.878,56 | |
| 15. Sonstige betriebliche Aufwendungen | 40.577.860,20 | 63.677.774,67 | 35.136.375,09 | 55.870.253,65 |
| davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre nach der BpflV, soweit nicht unter Nr. 1 | 0,00 € | | | |
| (2000: 38.740,59 €) | | | | |
| Zwischenergebnis | | -2.217.076,44 | | 691.616,18 |
| 16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | | 892.641,64 | | 889.047,15 |
| 17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | | -1.324.434,80 | | 1.580.663,33 |
| 18. Steuern | | 12.874,93 | | 13.408,67 |
| davon vom Einkommen und vom Ertrag | 0,00 | | | |
| 19. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag | | -1.337.309,73 | | 1.567.254,66 |
| 20. Zuführung zu Gewinnrücklagen | | 1.821.585,25 | | 4.431.780,12 |
| 21. Entnahmen aus Kapitalrücklagen / Gewinnrücklagen | | 3.158.894,98 | | 2.864.525,46 |
| 22. Bilanzgewinn / Bilanzverlust | | 0,00 | | 0,00 |

Anhang

Das Universitätsklinikum Kiel ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Es führt das Siegel der Hochschule mit einer das Klinikum kennzeichnenden Umschrift.



Organe des Klinikums sind der Aufsichtsrat und der Vorstand.

Für die Verbindlichkeiten des Universitätsklinikums Kiel haftet neben dem Klinikum das Land Schleswig-Holstein, soweit nicht Befriedigung aus dem Vermögen des Klinikums möglich ist.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss des Universitätsklinikums Kiel wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches unter Beachtung der Vorschriften der Krankenhausbuchführungsverordnung (KHBV) über Bewertung und Ausweis sowie der Abgrenzungsverordnung (AbgrV) erstellt.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten erfolgt nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB und §§ 340 ff. HGB.

Die Bilanzierung von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erfolgt zu Nominalwerten abzüglich gebildeter Einzelwertberichtigungen für erkennbare Einzelrisiken. Die übrigen Forderungen und Vermögensgegenstände werden mit ihren Nennwerten bilanziert.

Die Bilanzierung der Verbindlichkeiten erfolgt mit ihren verbliebenen Rückzahlungsbeträgen (Nennbeträgen).

Das Anlagevermögen ist zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich linearer Abschreibungen bewertet. Das Anlagevermögen wird im Wege der buchmäßigen Fortschreibung im einzelnen in einer EDV-Auflistung erfasst.

Gegenstände des Sachanlagevermögens mit einer zeitlich begrenzten Nutzungsdauer werden entsprechend den steuerrechtlichen Vorgaben bzw. den Vorschriften der KHBV abgeschrieben. Die Abschreibung der ge-

ringwertigen Wirtschaftsgüter erfolgt voll im Jahr der Anschaffung.

Die Vorräte sind unter Beachtung des Niederstwertprinzips mit Durchschnittspreisen bzw. den letzten Einstandspreisen bewertet.

Forderungen und Verbindlichkeiten sind in Saldenlisten zusammengestellt, Kassenbestände und Bankguthaben sind durch Bestandsaufnahmen und Tagesauszüge belegt.

Die noch nicht verwendeten Mittel für besondere Forschungsprojekte waren im Vorjahr in den Gewinn- und Kapitalrücklagen enthalten. Sie wurden zum 01.01.2001 in die Verbindlichkeiten gegenüber der Medizinischen Fakultät umgegliedert und werden somit erstmalig unter der Position Sonstige Verbindlichkeiten in der Bilanz ausgewiesen.

Die für Investitionen verwendeten Zuschüsse des Landes Schleswig-Holstein sind in einen Sonderposten eingestellt.

Für Investitionen, die mit Fördermitteln nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG) sowie mit Drittmitteln finanziert werden, ist in analoger Anwendung des § 5 Abs. 3 KHBV ein Sonderposten passiviert. Der Sonderposten wurde in Höhe der entsprechenden Abschreibung sowie der Restbuchwerte bei Anlagenabgängen aufgelöst.

Allen erkennbaren Risiken wird durch die Bildung von Wertberichtigungen oder Rückstellungen Rechnung getragen. Das Risiko eines Forderungsausfalls im Bereich der Krankenkassen wird durch eine Pauschalwertberichtigung abgedeckt. Zweifelhafte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden einzelwertberichtigt. Die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen werden von den Forderungsbeständen abgesetzt.

Die Ermittlung der Rückstellungen berücksichtigt die finanziellen Risiken. Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden nicht gebildet, da das Land Schleswig-Holstein als Träger des Klinikums hinsichtlich der Pensionszahlungen aufgrund der geleisteten Umlagezahlungen keine Forderungen an das Klinikum geltend machen wird. § 137 Abs. 1 des Gesetzes zur Neuordnung der Universitätsklinika in Schleswig-Holstein bestimmt, dass für die mit Wirkung vom 01.01.1999 übergetretenen aktiven Beamtinnen und Beamten ein Beitrag

zur Altersversorgung in Höhe des jeweiligen Beitrages der kommunalen Versorgungsausgleichskasse an das Land abzuführen ist. Bei Eintritt des Versorgungsfalles werden die Versorgungslasten vom Land geleistet. Einzelheiten regelt das Verwaltungsabkommen zwischen den Universitätsklinika des Landes Schleswig-Holstein und dem Land Schleswig-Holstein.

Für tarifvertraglich geregelte Vorruhestandsverpflichtungen nach dem Altersteilzeitgesetz (ATZ) besteht eine angemessene Rückstellung. Die Ermittlung erfolgt nach den handelsrechtlichen Vorschriften auf der Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens.

Das Risiko der Zahlungsverpflichtung gegenüber Mitarbeitern, die aufgrund der sog. 58er-Regelung bereits aus dem Unternehmen ausgeschieden sind, wird über eine entsprechende Rückstellung abgesichert.

Angaben zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Aktiva

Anlagevermögen

| | Immaterielle Vermögens- gegenstände | Grundstücke mit Betriebs- bauten | Grundstücke mit Wohnbauten | Technische Anlagen | Einrichtungen und Ausstattungen | geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | Gesamt |
|--------------------------------|---|--|-------------------------------|-----------------------|---------------------------------------|--|----------------|
| Anschaffungs- werte | T€ | T€ | T€ | T€ | T€ | T€ | T€ |
| Bestand 1.1.2001 | 2.744 | 156.020 | 6.081 | 5.152 | 138.699 | 104.170 | 412.866 |
| Zugänge | 652 | 10 | 0 | 29 | 13.710 | 13.025 | 27.426 |
| Abgänge | 17 | 0 | 0 | 0 | 4.625 | 0 | 4.642 |
| Umbuchungen | 29 | 885 | 500 | 137 | 1.395 | -2.946 | 0 |
| Korr.Reaktiv. AV | 0 | 0 | 0 | 673 | 8.522 | 0 | 9.195 |
| Bestand 31.12.2001 | 3.408 | 156.915 | 6.581 | 5.991 | 157.701 | 114.249 | 444.845 |
| Abschreibungen | | | | | | | |
| Bestand 1.1.2001 | 1.984 | 69.376 | 3.679 | 2.104 | 107.982 | 50.882 | 236.007 |
| Zuführungen | 377 | 3.400 | 150 | 303 | 11.042 | 7.828 | 23.100 |
| Abgänge | 17 | 0 | 0 | 0 | 4.509 | 0 | 4.526 |
| Korr.Reaktiv. AV | 0 | 0 | 0 | 334 | 7.588 | 0 | 7.922 |
| Bestand 31.12.2001 | 2.344 | 72.776 | 3.829 | 2.741 | 122.103 | 58.710 | 262.503 |
| Restbuchwerte | 1.064 | 84.139 | 2.752 | 3.250 | 35.598 | 55.539 | 182.342 |

Die Aktivierung der Anlagenzugänge erfolgte zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Die Abschreibung erfolgte linear und direkt unter Berücksichtigung der Vereinfachungsregelung des Abschnittes 44 Abs. 2 der Einkommensteuer-richtlinien, wonach bei den in der ersten Jahreshälfte angeschafften beweglichen Anlagegütern der volle und den in der 2. Jahreshälfte angeschafften Anlagegütern der halbe Abschreibungsbetrag angesetzt werden kann.

Anlagegüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis zu 410 € zzgl. Umsatzsteuer

(Geringwertige Wirtschaftsgüter) sowie Gebrauchsgüter im Wert bis zu 410 € zzgl. Umsatzsteuer wurden im Jahr der Anschaffung abgeschrieben.

Gebrauchsgüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten über 410 € zzgl. Umsatzsteuer werden über einen Zeitraum von 2 Jahren abgeschrieben.

Die Zugänge in Höhe von 27.426 T€ übersteigen die Abschreibungen von 23.100 T€ um 4.326 T€.

Umlaufvermögen

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

| | 31.12.2001 | 31.12.2000 | Veränderung | |
|----------------------|--------------|---------------|-------------|-------------|
| | T€ | T€ | T€ | % |
| Medizinischer Bedarf | 8.632 | 9.535 | -903 | -9,5 |
| Lebensmittel | 130 | 144 | -14 | -9,7 |
| Betriebsstoffe | 7 | 3 | 4 | 133,3 |
| Wirtschaftsbedarf | 172 | 173 | -1 | -0,6 |
| Technischer Bedarf | 175 | 175 | 0 | 0,0 |
| Verwaltungsbedarf | 560 | 479 | 81 | 16,9 |
| Reparaturbedarf | 22 | 24 | -2 | -8,3 |
| | 9.698 | 10.533 | -835 | -7,9 |

Das **Vorratsvermögen** verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 835 T€ oder 7,9 %.

Unfertige Leistungen

| 31.12.2001 | 31.12.2000 | Veränderung | |
|------------|--------------|-------------|--------------|
| | | T€ | % |
| 854 | 1.015 | -161 | -15,9 |

Der Bestand der **Unfertigen Leistungen** verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 161 T€ bzw. 15,9 %.

Diese Position dokumentiert stationäre Krankenhausleistungen, die im Rahmen der

Fallpauschalen-Regelung erbracht, aber zum Bilanzstichtag noch nicht abrechenbar waren, weil die Patienten am Bilanzstichtag noch nicht entlassen waren (sog. Überlieger).

**Forderungen aus Lieferungen
und Leistungen**

| | 31.12.2001 | 31.12.2000 | Veränderung | |
|--|---------------|---------------|--------------|-------------|
| | T€ | T€ | T€ | % |
| Stationäre Leistungen | 39.180 | 31.955 | 7.225 | 22,6 |
| Ambulante Leistungen | 3.226 | 2.537 | 689 | 27,2 |
| Nebentätigkeiten der Ärzte | 3.593 | 2.630 | 963 | 36,6 |
| Klinisch-Theoretische Institute und staatliche Blutalkoholstelle | 2.211 | 2.786 | -575 | -20,6 |
| Sonstige | 1.174 | 1.006 | 168 | 16,7 |
| | 49.384 | 40.914 | 8.470 | 20,7 |
| Einzelwertberichtigungen | 1.842 | 1.800 | 42 | 2,3 |
| Pauschalwertberichtigungen | 19 | 15 | 4 | 26,7 |
| | 47.523 | 39.099 | 8.424 | 21,5 |

Die **Forderungen aus stationären Leistungen** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 7.225 T€ oder 22,6 %. Folgende Gründe sind hierfür insbesondere maßgeblich:

- Erhöhung der Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen gegenüber 2000 um 3.146 T€ (siehe G.u.V. Pos. 1)
- Höherer Anteil der am Bilanzstichtag noch nicht fälligen Forderungen
- Strittige Abrechnungsfälle bzgl. der Klinik für Herzchirurgie

Darüber hinaus sind sämtliche das Geschäftsjahr 2001 betreffenden Leistungen periodengerecht abgerechnet worden.

Im Bereich der **Forderungen aus ambulanter Behandlung** ist gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung von 689 T€ bzw. 27,2 % zu verzeichnen. Dieser Anstieg ist darauf zurückzuführen, dass sich die Forderungen gegenüber der KV und gegenüber Selbstzahlern erhöht haben.

Die **Wertberichtigungen auf Forderungen** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt geringfügig um 46 T€ bzw. 2,53 %.

Sonstige Forderungen

| | 31.12.2001 | 31.12.2000 | Veränderung | |
|---|--------------|--------------|-------------|-------------|
| | T€ | T€ | T€ | % |
| Forderungen aus Drittmittelprojekten | 365 | 605 | -240 | -39,7 |
| Forderungen gegenüber Dritten aus Sonstigen Leistungen (z. B. Energielieferungen) | 127 | 36 | 91 | 252,8 |
| Forderungen an das Städt. Krankenhaus Kiel | 63 | 66 | -3 | -4,5 |
| Mietforderungen und Kindertagesstättengebühren | 12 | 14 | -2 | -14,3 |
| Andere sonstige Forderungen | 607 | 285 | 322 | 113,0 |
| | 1.174 | 1.006 | 168 | 16,7 |

Die **Sonstigen Forderungen** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 168 T€ bzw. 16,7 %.

Die Anderen sonstigen Forderungen in Höhe von 607 T€ bestehen hauptsächlich

gegenüber der GMSH, dem Universitätsklinikum Lübeck und einer Firma. Außerdem beinhaltet diese Position eine Forderung in Höhe von 60 T€ aus einer Nachlasssache.

Forderungen an den Krankenhausträger

| 31.12.2001 | 31.12.2000 | Veränderung | |
|------------|------------|-------------|--------------|
| | | T€ | % |
| 67 | 101 | -34 | -33,7 |

Die **Forderungen an den Krankenhausträger** in Höhe von 67 T€ beziehen sich

auf Nachversicherungen für Mitarbeiter gegenüber dem Land Schleswig-Holstein.

Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht

| | 31.12.2001 | 31.12.2000 | Veränderung | |
|----------------|------------|------------|-------------|------|
| | T€ | T€ | T€ | % |
| nach der BPfIV | 201 | 0 | 201 | n.e. |

Die **Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht** beinhalten die Forderung nach der Bundespflegesatzverordnung für das Geschäftsjahr 2001. Im

Vorjahr ergab sich für das UKK eine Verbindlichkeit nach der Bundespflegesatzverordnung.

Sonstige Vermögensgegenstände

| | 31.12.2001 | 31.12.2000 | Veränderung | |
|-----------------|------------|------------|-------------|--------------|
| | T€ | T€ | T€ | % |
| Personalbereich | 118 | 267 | -149 | -55,8 |
| Sonstige | 5 | 49 | -44 | -89,8 |
| | 123 | 316 | -193 | -61,1 |

Die **Forderungen** bzgl. des **Personalbereichs** beinhalten überwiegend Lohn- und

Gehaltsvorschüsse sowie überzahlte Löhne und Vergütungen.

**Schecks, Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten
sowie der Landeshauptkasse Kiel**

| | 31.12.2001 T€ | 31.12.2000 T€ | Veränderung T€ |
|--|------------------|------------------|-------------------|
| Landeshauptkasse | 0 | 12.750 | -12.750 |
| Sparkasse Kiel | 1.437 | 1.762 | -325 |
| Postbank | 480 | 61 | 419 |
| Kassenbestand | 5 | 9 | -4 |
| Schecks | 26 | 1 | 25 |
| Absenderfreistempler | 40 | 40 | 0 |
| Sparkasse Kreis Plön (Stiftungsvermögen) | 51 | 51 | 0 |
| | 2.039 | 14.674 | -12.635 |

Die Verminderung der Guthaben um insgesamt 12.635 T€ gegenüber 2000 hat folgende Ursachen:

- Erhöhung der Forderungen 8.470 T€
- Reduzierung der Verbindlichkeiten aus noch nicht verwendeten Investitionsmitteln 8.765 T€
- Anstieg der Personalkosten durch Tarifierhöhung in 2001 1.738 T€
- Reduzierung Landes-Zuschuss in 2001 1.358 T€

Die sich zum Jahresende ergebenden Verbindlichkeiten gegenüber der Landeshauptkasse Kiel sind unter der Bilanzposition Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Darüber hinaus ist in dieser Position das Bankguthaben einer im Geschäftsjahr 2000 zugunsten des Universitätsklinikums Kiel gegründeten Stiftung (Kinderstation der Orthopädischen Klinik) enthalten.

Rechnungsabgrenzungsposten

| 31.12.2001 T€ | 31.12.2000 T€ | Veränderung T€ | % |
|------------------|------------------|-------------------|------------|
| 967 | 938 | 29 | 3,1 |

Unter dieser Position werden zum Bilanzstichtag abzugrenzende Aufwendungen für

Energie, Mieten, Zeitschriften, Beamtenbe-
soldung usw. ausgewiesen.

Passiva

Eigenkapital

| | 31.12.2001 | 31.12.2000 | Veränderung | |
|-----------------------|---------------|---------------|---------------|--------------|
| | T€ | T€ | T€ | % |
| Festgesetztes Kapital | 6.668 | 6.668 | 0 | 0,0 |
| Kapitalrücklagen | 3.536 | 9.450 | -5.914 | -62,6 |
| Gewinnrücklagen | 4.457 | 4.432 | 25 | 0,6 |
| | 14.661 | 20.550 | -5.889 | -28,7 |

Das Festgesetzte Kapital beinhaltet insbesondere den Gegenwert der dem Universitätsklinikum Kiel vom Land Schleswig-Holstein zur dauerhaften Nutzung übertragenen Grundstücke. Die Veränderung von

Kapital- und Gewinnrücklagen beruht im Wesentlichen auf der Umgliederung der Rücklage für besondere Forschungsprojekte in Verbindlichkeiten gegenüber der Medizinischen Fakultät.

Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens

| | 31.12.2001 | 31.12.2000 | Veränderung | |
|---|----------------|----------------|--------------|------------|
| | T€ | T€ | T€ | % |
| Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand | 164.464 | 163.421 | 1.043 | 0,6 |
| Sonstige Zuweisungen | 6.763 | 2.604 | 4.159 | 159,7 |
| | 171.227 | 166.025 | 5.202 | 3,1 |

Der Sonderposten aus **Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand** bildet den Gegenposten zum Anlagevermögen, das aus Investitionsmitteln des Landes und des Bundes finanziert worden ist.

Der Sonderposten aus **Sonstigen Zuweisungen** dokumentiert das aus Drittmitteln finanzierte Anlagevermögen.

Rückstellungen

| Stand 31.12.2000 T€ | Inanspruchnahme Auflösung T€ | Zuführung T€ | Stand 31.12.2001 T€ | Veränderung | |
|---------------------------|------------------------------------|-----------------|---------------------------|-------------|------|
| | | | | T€ | % |
| 16.586 | 9.762 | 9.688 | 16.512 | -74 | -0,4 |

Die Rückstellungen verminderten sich im Vergleich zum Vorjahr um 74 T€ oder 0,4 %.

Von der per 31.12.2000 bestehenden Rückstellung wurden 7.073 T€ in Anspruch genommen. Die Inanspruchnahme erfolgte insbesondere für:

- Abrechnung. Blutstammzelltransplantationen 880 T€
- Unterlassene Instandhaltungen des Vorjahres 428 T€
- Arztthaftpflichtleistungen 225 T€
- Personalkostenerstattung
II. Medizin 148 T€
- Unständige Bezüge 2.503 T€
- Urlaubsrückstellung 2.370 T€
- Vorruhestandsgelder 89 T€

Die erfolgswirksame Auflösung für nicht in Anspruch genommene Rückstellungen betrug 2.689 T€. Diese Auflösung resultiert insbesondere aus der Auflösung der Rückstellung für ausstehende Abrechnungen für Blutstammzelltransplantationen (1,6 Mio. €) sowie der Anpassung der Risiken im Bereich der Arztthaftpflichtfälle (0,7 Mio. €) und der nicht erfolgten Inanspruchnahme von Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (0,2 Mio. €).

Die **Zuführungen** zu den Rückstellungen betragen im Geschäftsjahr 2001 insgesamt 9.688 T€, u.a.

- Unständige Bezüge 2.653 T€
- Altersteilzeitgesetz 804 T€
- Urlaubsrückstellung 2.743 T€
- Unterlassene
Instandhaltungen 532 T€

Verbindlichkeiten

| | 31.12.2001 | 31.12.2000 | Veränderung | | Restlaufzeiten p. 31.12.2001 | | |
|---|---------------|---------------|--------------|------------|------------------------------|--------------------------|---------------------|
| | | | | | bis zu 1 Jahr | von 1 bis zu 5 Jahren | mehr als 5 Jahre |
| | T€ | T€ | T€ | % | T€ | T€ | T€ |
| Gegenüber der Landeshaupt- kasse Kiel | 532 | 0 | 532 | n.e. | 532 | 0 | 0 |
| Aus erhaltenen Anzahlungen | 35 | 162 | -127 | -78,4 | 35 | 0 | 0 |
| Aus Lieferungen und Leistungen | 19.331 | 16.547 | 2.784 | 16,8 | 16.879 | 2.305 | 147 |
| Gegenüber dem Krankenhausträger aus noch nicht zweckentsprechend verwendetem Investitionszuschuss | 2.248 | 10.818 | -8.570 | -79,2 | 2.248 | 0 | 0 |
| Nach dem Krankenhaus- finanzierungsrecht | 0 | 1.149 | -1.149 | -100,0 | 0 | 0 | 0 |
| Aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlage- vermögens | 1.242 | 1.154 | 88 | 7,6 | 1.242 | 0 | 0 |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 18.024 | 10.532 | 7.492 | 71,1 | 18.024 | 0 | 0 |
| | 41.412 | 40.362 | 1.050 | 2,6 | 38.960 | 2.305 | 147 |

Die Verbindlichkeiten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 1.050 T€ oder 2,6 %.

Unter der Position „Verbindlichkeiten gegenüber der Landeshauptkasse Kiel“ wird der Negativbestand des UKK bei der Landeshauptkasse ausgewiesen, die ein Konto bei der Landeszentralbank für das UKK unterhält. Im Vorjahr wurde das Guthaben als Aktiva unter den Schecks, Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten sowie der Landeshauptkasse Kiel ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger aus noch nicht zweckentsprechend verwendetem Investitionszuschuss verminderte sich

gegenüber dem Vorjahr um 8,6 Mio. € auf 2,2 Mio. €. Diese Verminderung wurde durch die Umschichtung von Investitionsmitteln in den Erfolgsplan erreicht. Von den zum 31.12.2001 noch nicht zweckentsprechend verwendetem Investitionszuschuss in Höhe von 2,2 Mio. € sind 1,9 Mio. € durch Bestellungen gebunden.

Die Veränderung der Sonstigen Verbindlichkeiten ist zurückzuführen auf die Erhöhung der noch nicht zweckentsprechend verwendeten Zuwendungen Dritter in Höhe von 1,6 Mio. € und auf die erstmals in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber der Medizinischen Fakultät in Höhe von 5,94 Mio. €.

Rechnungsabgrenzungsposten

| 31.12.2001 | 31.12.2000 | Veränderung | |
|------------|------------|-------------|-------|
| | | T€ | % |
| 1 | 11 | -10 | -90,9 |

Unter dieser Position werden das folgende Geschäftsjahr betreffende Posten ausgewiesen:

- vereinnahmte Erträge aus Energielieferungen an die Universität und an Dritte sowie
- Mieten und Pachten.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Erlöse aus Allgemeinen

Krankenhausleistungen

| | 2001 T€ | % | 2000 T€ | % | Veränderung T€ % | |
|--|----------------|--------------|----------------|--------------|---------------------|-------------|
| Erlöse aus tagesgleichen Pfleagesätzen | 140.372 | 69,6 | 139.857 | 70,5 | 515 | 0,4% |
| Erlöse aus Pfleagesätzen für geson- derte Einrichtungen (teilstationär) | 3.423 | 1,7 | 2.725 | 1,4 | 698 | 25,6% |
| Sonderentgelte | 13.835 | 6,9 | 15.483 | 7,8 | -1.648 | -10,6% |
| Fallpauschalen | 41.508 | 20,6 | 40.525 | 20,4 | 983 | 2,4% |
| Sonstige Erlöse | 693 | 0,3 | 160 | 0,1 | 533 | 333,1% |
| Ausgleichsbeträge nach der Bundespflegesatzverordnung | 1.714 | 0,9 | -351 | -0,2 | 2.065 | n. e. |
| | 201.545 | 100,0 | 198.399 | 100,0 | 3.146 | 1,6% |

Die **Erlöse aus Allgemeinen Kranken-
hausleistungen** stiegen gegenüber dem
Vorjahr um 3.146 T€ bzw. 1,6 %

Die **Erlöse pro Pfl egetag**, bezogen auf
417.738 Pfl egetage (i. Vj. 415.796), betru-
gen im Berichtsjahr 482,46 € (i. Vj.
477,15 €). Das entspricht einer Steigerung
von 5,31 € bzw. 1,1 %.

Die Anzahl der **Pfl egetage** betrug insge-
samt 417.738 (i. Vj. 415.796). Das ent-
spricht einer Steigerung von 1.942
Pfl egetagen oder 0,46 %.

Die Zahl der **durchschnittlich belegten
Betten** stieg im Geschäftsjahr 2001 auf
1.084,4 (i. Vj. 1.080,9). Das entspricht einer
Erhöhung von 3,5 Betten bzw. 0,3 %.

Der Nutzungsgrad der **aufgestellten Bet-
ten** betrug im Jahre 2001 89,4 % (i. Vj.
85,5 %).

Die **durchschnittliche Verweildauer** – incl.
der internen Verlegungen von Klinik zu Kli-
nik – verbleibt gegenüber dem Vorjahr mit
7,3 Tagen auf gleichem Niveau. Ohne Be-
rücksichtigung der internen Verlegungen
betrug die durchschnittliche Verweildauer
8,2 Tage (Vorjahr 8,1 Tage).

Die nachfolgende Tabelle dokumentiert für die Geschäftsjahre 1999 bis 2001 die stationär behandelten Patienten nach **geographischen Gesichtspunkten**.

Der Anteil der Patienten aus Schleswig-Holstein betrug im Geschäftsjahr 2001 93,8 % (i. Vj. 94,4 %).

| Einzugsgebiet | Anzahl der Fälle ¹⁾ | | | | Pflegetage | | | |
|---------------------------|--------------------------------|--------------|---------------|---------------|----------------|--------------|----------------|----------------|
| | 2001 Anzahl | 2001 % | 2000 | 1999 | 2001 | 2001 % | 2000 | 1999 |
| Schleswig-Holstein | 52.294 | 93,8 | 52.305 | 51.904 | 391.714 | 93,8 | 391.260 | 387.590 |
| Hansestadt Hamburg | 537 | 1,0 | 512 | 439 | 3.946 | 0,9 | 4.694 | 3.647 |
| Niedersachsen | 1.173 | 2,1 | 1.208 | 1.058 | 7.902 | 1,9 | 8.923 | 8.085 |
| Hansestadt Bremen | 155 | 0,3 | 150 | 121 | 1.208 | 0,3 | 943 | 1.059 |
| Nordrhein-Westfalen | 393 | 0,7 | 349 | 395 | 3.152 | 0,8 | 2.973 | 3.165 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 208 | 0,4 | 199 | 208 | 2.427 | 0,6 | 2.088 | 1.919 |
| Übrige Bundesländer | 560 | 1,0 | 537 | 560 | 4.274 | 1,0 | 4.202 | 4.153 |
| Ausland | 422 | 0,7 | 139 | 164 | 3.115 | 0,7 | 713 | 1.127 |
| Insgesamt | 55.742 | 100,0 | 55.399 | 54.849 | 417.738 | 100,0 | 415.796 | 410.745 |

¹⁾ incl. interne Verlegungen von Klinik zu Klinik

Erlöse aus Wahlleistungen

| | 2001 | | 2000 | | Veränderung | |
|-------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-------------|--------------|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Einbettzimmer ohne Nasszelle | 172 | 4,9 | 155 | 4,3 | 17 | 11,0% |
| Einbettzimmer mit Nasszelle | 724 | 20,6 | 717 | 20,0 | 7 | 1,0% |
| Zweibettzimmer ohne Nasszelle | 818 | 23,2 | 877 | 24,5 | -59 | -6,7% |
| Zweibettzimmer mit Nasszelle | 1.793 | 51,0 | 1.824 | 50,8 | -31 | -1,7% |
| Begleitpersonen | 11 | 0,3 | 13 | 0,4 | -2 | -15,4% |
| | 3.518 | 100,0 | 3.586 | 100,0 | -68 | -1,9% |

Die **Erlöse aus Wahlleistungen** haben sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um

68 T€ bzw. 1,9 % auf insgesamt 3.518 T€ (i. Vj. 3.586 T€) verringert.

Erlöse aus Ambulanten

Leistungen des Krankenhauses

| | 2001 | | 2000 | | Abweichung | |
|---|----------------|--------------|----------------|--------------|--------------|--------------|
| | Fallzahl | Erlöse T€ | Fallzahl | Erlöse T€ | Fallzahl | Erlöse T€ |
| Pauschalfälle | 41.130 | 1.657 | 40.068 | 1.716 | 1.062 | -59 |
| Persönliche Ermächtigungen | 24.671 | 1.694 | 0 | 0 | 24.671 | 1.694 |
| Institutsambulanzen | 12.718 | 1.968 | 38.138 | 4.036 | -25.420 | -2.068 |
| <i>davon:</i> | | | | | | |
| <i>Sozialpädiatrisches Zentrum</i> | 646 | 190 | 667 | 197 | -21 | -7 |
| <i>Psychiatrische Institutsambulanz</i> | 1.269 | 259 | 831 | 220 | 438 | 39 |
| Notfälle | 17.257 | 423 | 16.122 | 380 | 1.135 | 43 |
| Selbstzahler | 12.741 | 1.821 | 12.074 | 1.610 | 667 | 211 |
| Zahnklinik | 19.778 | 1.202 | 19.094 | 1.028 | 684 | 174 |
| Erlöse aus der Medikamentenabrechnung | | 102 | | 134 | | -32 |
| Sonstige ambulante Leistungen | | 659 | | 450 | | 209 |
| | 128.295 | 9.526 | 125.496 | 9.354 | 2.799 | 172 |
| <i>nachrichtlich</i> | | | | | | |
| II. Med. Klinik im Städt. Krankenhaus Kiel | 4.888 | | 4.821 | | 67 | |
| | 133.183 | | 130.317 | | 2.866 | |

Die Erlöse aus Ambulanten Leistungen des Krankenhauses entwickelten sich von 9,4 Mio. € im Jahre 2000 auf 9,5 Mio. € im Jahre 2001. Das entspricht einer geringfügigen Steigerung um 172 T€.

Die Zahl der Behandlungsfälle erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 2.866 bzw. 2,2 % auf 133.183 Behandlungsfälle.

Die Erlöse der Selbstzahler erhöhten sich von 1.610 Mio. € im Jahre 2000 auf 1.821 Mio. € im Jahre 2001. Die übrigen Ambulanten Leis-

tungen erhöhten sich von 450 T€ auf 659 T€ durch die neu eröffnete Kieler Verhaltensmedizinischen Ambulanz (KIVA). Der Anstieg der Fallzahlen in den Zahnkliniken führte zu einer Erhöhung der betreffenden Erlöse von 1,0 Mio. € im Jahre 2000 auf 1,2 Mio. €.

Dagegen erzielten die Institutsambulanzen aufgrund der Umstellung auf Persönliche Ermächtigungen (Widersprüche seitens der KV-SH) und fallender Punktwerte Mindererlöse in Höhe von 374 T€ (- 9,26 %).

Nutzungsentgelte der Ärzte

| 2001 T€ | 2000 T€ | Veränderung | |
|------------|------------|-------------|------|
| | | T€ | % |
| 10.089 | 9.417 | 672 | 7,1% |

Die Nutzungsentgelte und sonstigen Abgaben der Ärzte betragen im Geschäftsjahr 2001 insgesamt 10.089 T€ (i. Vj. 9.417 T€).

Sie erhöhten sich gegenüber 2000 um 672 T€ oder 7,1 %.

Erhöhung bzw. Verminderung des Bestandes an Unfertigen Leistungen

| 2001 T€ | 2000 T€ | Veränderung | |
|------------|------------|-------------|---------|
| | | T€ | % |
| -161 | 111 | -272 | -245,0% |

Die Bestandsveränderung an Unfertigen Leistungen führte im Geschäftsjahr 2001 zu einem Aufwand in Höhe von 161 T€. Es handelt sich um erbrachte Krankenhaus-

leistungen für Patienten, die zum Bilanzstichtag noch nicht entlassen waren und deren Behandlungskosten über Fallpauschalen abgerechnet werden.

**Zuweisungen und Zuschüsse der Öffentlichen Hand
soweit nicht unter Nr. 10**

| <u>des Landes</u> | 2001 | | 2000 | | Veränderung | |
|---|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Betriebszuschuss für Forschung und Lehre | 67.778 | 93,0 | 69.136 | 98,7 | -1.358 | -2,0% |
| DV-Zuschuss | 1.736 | 2,4 | 1.736 | 2,5 | 0 | 0,0% |
| Gemäß Zuwendungsbescheid | 69.514 | 95,4 | 70.872 | 101,2 | -1.358 | -1,9% |
| Umschichtung in den Finanzplan | -4.838 | -6,6 | -2.270 | -3,2 | -2.568 | 113,1% |
| Umsetzung aus dem Finanzplan | 8.182 | 11,2 | 1.448 | 2,0 | 6.734 | 465,1% |
| Zuschüsse des Landes gesamt | 72.858 | 100,0 | 70.050 | 100,0 | 2.808 | |
| <u>Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse</u> | 22 | | 8 | | 14 | 175,0% |
| | 72.880 | | 70.058 | | 2.822 | |

Der Landeszuschuss für Forschung und Lehre wurde gegenüber dem Vorjahr um

1.358 T€ reduziert. Das entspricht einer Kürzung von 2,0 %.

Sonstige betriebliche Erträge

| | 2001 | | 2000 | | Veränderung | |
|---|---------------|--------------|---------------|--------------|--------------|-------------|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Zuwendungen Dritter zur Finanzierung laufender Aufwendungen | 12.983 | 42,0 | 10.583 | 42,8 | 2.400 | 22,7 |
| Periodenfremde Erträge | 3.472 | 11,2 | 2.226 | 9,0 | 1.246 | 56,0 |
| Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben | 4.072 | 13,2 | 5.077 | 20,5 | -1.005 | -19,8 |
| Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge | 1.791 | 5,8 | 1.687 | 6,8 | 104 | 6,2 |
| Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen | 2.689 | 8,7 | 1.747 | 7,1 | 942 | 53,9 |
| Erträge aus Ausgleichsbeträgen | 0 | 0,0 | 1.237 | 5,0 | -1.237 | -100,0 |
| Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens | 63 | 0,2 | 126 | 0,5 | -63 | -50,0 |
| Erträge aus der Auflösung von Pauschalwertberichtigungen | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | n.e. |
| Sonstige ordentliche Erträge | 5.857 | 18,9 | 2.043 | 8,3 | 3.814 | 186,7 |
| | 30.927 | 100,0 | 24.726 | 100,0 | 6.201 | 25,1 |

Die **Sonstigen betrieblichen Erträge** in Höhe von 30.927 T€ erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 6.201 T€ oder 25,1 %.

Die **Erträge aus Zuwendungen Dritter zur Finanzierung laufender Aufwendungen** konnten gegenüber dem Geschäftsjahr 2000 um 2.400 T€ oder 22,7 % gesteigert werden.

Die **periodenfremden Erträge** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 1.246 T€ bzw. 56,0 %. Im wesentlichen ist diese

Erhöhung zurückzuführen auf Neufakturierungen von stationären Leistungen (+ 489 T€), periodenfremden Erträgen im Bereich der Gutachternebenbetriebe (+ 352 T€) und im ambulanten Bereich (+ 216 T€).

Die **Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben** sind gegenüber dem Vorjahr um 1.005 T€ bzw. 19,8 % gesunken. Diese Verringerung ist im wesentlichen auf die rückläufigen Erträge aus dem Verkauf von Blutkonserven zurückzuführen.

Die **Erträge aus Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezügen**, die im Vergleich zum Vorjahr um 104 T€ oder 6,2 % gestiegen sind, beinhalten Erstattungen des Personals für Unterkunft (313 T€), für Verpflegung (348 T€) und für Telefonbenutzung (31 T€), die Erträge aus dem Betrieb der Kindertagesstätte (187 T€) und die Vergütung Dritter für weiterverkaufte Energieleistungen (905 T€).

Die **Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen** erhöhten sich gegenüber dem Jahre 2000 um 942 T€ oder 53,9 %.

Einzelheiten sind den Erläuterungen der entsprechenden Bilanzposition zu entnehmen.

Der Anstieg der **sonstigen ordentlichen Erträge** in Höhe von 3.814 T€ oder 186,7 % ist zurückzuführen auf die Erhöhung der Erträge aus der Auflösung von Verbindlichkeiten aus noch nicht zweckentsprechend verwendeten Zuwendungen Dritter und aus der Auflösung von Verbindlichkeiten gegenüber der Medizinischen Fakultät .

Personalaufwand

| | 2001 | 2000 | Veränderung | | 2001 | 2000 | Veränderung |
|--|----------------|----------------|--------------|------------|----------------|----------------|-------------|
| | T€ | T€ | T€ | % | Vollkräfte | Vollkräfte | Vollkräfte |
| Ärztlicher Dienst | 53.130 | 52.210 | 920 | 1,8 | 745,1 | 729,0 | 16,1 |
| Ärzte im Praktikum | 1.923 | 1.591 | 332 | 20,9 | 91,4 | 77,3 | 14,1 |
| Pflegedienst | 48.944 | 48.431 | 513 | 1,1 | 1.153,4 | 1.164,8 | -11,4 |
| Medizinisch-Technischer Dienst | 46.048 | 44.842 | 1.206 | 2,7 | 1.061,7 | 1.050,1 | 11,6 |
| Funktionsdienst | 18.522 | 17.604 | 918 | 5,2 | 414,7 | 401,4 | 13,3 |
| Klinisches Hauspersonal | 4.242 | 4.855 | -613 | -12,6 | 134,8 | 153,9 | -19,1 |
| Wirtschafts- und Versorgungsdienst | 5.051 | 4.900 | 151 | 3,1 | 143,2 | 139,0 | 4,2 |
| Technischer Dienst | 3.064 | 3.070 | -6 | -0,2 | 69,1 | 71,3 | -2,2 |
| Verwaltungsdienst | 11.418 | 10.885 | 533 | 4,9 | 269,8 | 262,7 | 7,1 |
| Sonderdienst | 1.037 | 1.159 | -122 | -10,5 | 23,6 | 25,1 | -1,5 |
| Personal der Ausbildungsstätten | 1.696 | 1.717 | -21 | -1,2 | 35,4 | 36,1 | -0,7 |
| Sonstiges Personal einschl. Azubis und Praktikanten | 656 | 578 | 78 | 13,5 | 18,9 | 17,9 | 1,0 |
| SchülerInnen der Pflegeberufe | 5.167 | 5.284 | -117 | -2,2 | 54,0 | 56,0 | -2,0 |
| Sonstige Personalaufwendungen | 291 | 307 | -16 | -5,2 | n.e. | n.e. | n.e. |
| | 201.189 | 197.433 | 3.756 | 1,9 | 4.215,1 | 4.184,6 | 30,5 |

Finanziert durch:

| | | | | | | | |
|--|---------|---------|-------|------|---------|---------|------|
| Krankenversorgung / Landeszuschuss für Forschung und Lehre | 190.019 | 188.239 | 1.780 | 0,9 | 3.960,0 | 3.959,9 | 0,1 |
| Sonstige Mittel (z. B. Drittmittel, Gutachternebenstätigkeit usw.) | 11.170 | 9.194 | 1.976 | 21,5 | 255,1 | 224,7 | 30,4 |

Die **Personalaufwendungen** erhöhten sich im Geschäftsjahr 2001 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 3.756 T€ oder 1,9 %.

Die zu Lasten der Erlöse aus Krankenhausleistungen sowie des Landeszuschusses für For-

schung und Lehre zu finanzierenden Personalaufwendungen (Haushalt) stiegen um 1.780 T€ bzw. 0,9 %.

Die aus Drittmitteln finanzierten Personalkosten erhöhten sich um 1.976 T€ oder 21,5 %.

Entwicklung des Personalbestandes in Vollkräften

| Dienstart | 2001 VK | 2000 VK | Veränderung | |
|--|-----------------|-----------------|--------------|-------------|
| | | | VK | % |
| Krankenversorgung, Landeszuschuss für Forschung und Lehre | | | | |
| Ärztlicher Dienst | 710,08 | 699,23 | 10,85 | 1,6 |
| Ärzte im Praktikum | 69,02 | 60,55 | 8,47 | 14,0 |
| Pflegedienst | 1.123,51 | 1.126,85 | -3,34 | -0,3 |
| Extrawachen | 23,16 | 35,55 | -12,39 | -34,9 |
| Med.-Techn. Dienst | 888,38 | 896,36 | -7,98 | -0,9 |
| Funktionsdienst | 412,95 | 399,83 | 13,12 | 3,3 |
| Klinisches Hauspersonal | 134,81 | 153,51 | -18,70 | -12,2 |
| Wirt.-/Versorg.dienst | 143,18 | 139,01 | 4,17 | 3,0 |
| Verwaltungsdienst | 258,67 | 249,93 | 8,74 | 3,5 |
| Sonderdienst | 23,45 | 24,42 | -0,97 | -4,0 |
| Sonstiges Personal, Azubis, Praktikanten (1:2) | 14,74 | 11,63 | 3,11 | 26,7 |
| Technischer Dienst | 68,58 | 70,85 | -2,27 | -3,2 |
| Ausbildungsstätten | 35,41 | 36,14 | -0,73 | -2,0 |
| Krankenpflegeschüler (1:7) | 54,04 | 56,03 | -1,99 | -3,6 |
| | 3.959,98 | 3.959,89 | 0,09 | 0,0 |
| Sonstige Bereiche (Drittmittel-, Forschungsprojekte etc.) | | | | |
| | 255,15 | 224,67 | 30,48 | 13,6 |
| | 4.215,13 | 4.184,56 | 30,57 | 0,7 |

Sachaufwendungen

| Materialaufwand | 2001 | | 2000 | | Veränderung | |
|------------------------------|---------------|--------------|---------------|--------------|--------------|------------|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Medizinischer Bedarf | 61.324 | 69,7 | 57.212 | 70,1 | 4.112 | 7,2 |
| Wirtschaftsbedarf | 18.270 | 20,8 | 16.857 | 20,6 | 1.413 | 8,4 |
| Wasser, Energie, Brennstoffe | 5.794 | 6,6 | 5.214 | 6,4 | 580 | 11,1 |
| Lebensmittel | 2.523 | 2,9 | 2.349 | 2,9 | 174 | 7,4 |
| | 87.911 | 100,0 | 81.632 | 100,0 | 6.279 | 7,7 |

Der **Materialaufwand** stieg im Geschäftsjahr 2001 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 6.279 T€ oder 7,7 %.

Der **Medizinische Bedarf** (Anteil 69,7 %), nahm gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 4.112 T€ zu. Das entspricht einer Steigerung von 7,2 %. Dieser Anstieg ist zurückzuführen auf die Inventurkorrekturen (niedrigerer Lagerbestand, der sich aufwandswirksam auswirkt (+ 1.0 Mio. €), Erhöhung der Kosten für Arzneien (+ 0,9 Mio. €,) davon 650 T€ durch Kostenanstieg in der Tagesklinik für Tumorthapie aufgrund gestiegener Behandlungstage), zusätzliche Kosten für ärztliches und pflegerisches Verbrauchsmaterial infolge erhöhten Verbrauchs in diversen Kliniken und Instituten (+ 0,8 Mio. €) sowie auf die im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Pfllegetage.

Die Aufwendungen **pro Pfllegetag** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 9,21 € oder 6,69 % auf 146,80 € (i. Vj. 137,59 €).

Pro stationär behandeltem Patienten - ohne interne Verlegungen - erhöhten sich die Aufwendungen im Berichtsjahr um 98,66 € bzw. 8,42 % auf 1.269,83 € (i. Vj. 1.171,17 €).

Der Anstieg des **Wirtschaftsbedarfs** gegenüber 2000 in Höhe von 1.413 T€ oder 8,4 % bezieht sich im wesentlichen auf die bezogenen Leistungen (Fremdleistungen). Dadurch wird gegenüber der Eigenleistung eine kostengünstigere Dienstleistung erreicht.

Die Aufwendungen für **Wasser, Energie und Brennstoffe** erhöhten sich insgesamt um 580 T€, entsprechend 11,1 %. Die im Vorjahr erzielte Kostenreduktion für Strom konnte im Geschäftsjahr 2001 nicht stabil gehalten werden. Ursachen sind die Erhöhung der Stromsteuer sowie ein Mehrverbrauch gegenüber 2000. Die Wärme-

kosten sind durch den erhöhten Fernwärmepreis ebenfalls gestiegen.

Im Bereich der Aufwendungen für **Lebensmittel** hat sich aufgrund gestiegener Fleischpreise eine Steigerung in Höhe von 174 T€ bzw. 7,4 % ergeben.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

| 2001 T€ | 2000 T€ | Veränderung T€ | % |
|------------|------------|-------------------|------|
| 40.578 | 35.136 | 5.442 | 15,5 |

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** erhöhen sich gegenüber 2000 um 5.442 T€ oder 15,5 %. Im wesentlichen beinhaltet diese Position folgende Aufwendungen:

- Die **Instandhaltungsaufwendungen** reduzierten sich gegenüber 2000 um 62 T€ oder 0,5 % auf 12.492 T€ (i. Vj. 12.554 T€).
- Der **Verwaltungsbedarf** in Höhe von insgesamt 9.449 T€ (i. Vj. 9.331 T€) erhöhte sich gegenüber 2000 um 118 T€, entsprechend 1,3 %.
- Die Aufwendungen für **sonstige Abgaben** betragen im Geschäftsjahr 2001 271 T€ (i. Vj. 332 T€) und reduzierten sich um 61 T€ oder 18,4 %.
- Die Aufwendungen für **Versicherungsbeiträge** verminderten sich auf 821 T€ (i. Vj. 850 T€).
- Die **Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen** betragen im Geschäftsjahr 2001 insgesamt 1.479 T€ (i. Vj. 1.152 T€). Die Zunahme in Höhe von 327 T€ bzw. 28,4 % gegenüber dem Vorjahr betrifft eine Wertberichtigung im Forderungsbereich.
- Die Aufwendungen aus **noch nicht zweckentsprechend verwendeten Zuwendungen Dritter** erhöhten sich auf 4.025 T€ (i. Vj. 3.450 T€).
- Erstmals werden im Geschäftsjahr 2001 die vom Klinikum für besondere Forschungsvorhaben zur Verfügung ge-

gestellten Mittel als Verbindlichkeiten gegenüber der Medizinischen Fakultät ausgewiesen. Der hiermit im Zusammenhang stehende Aufwand aus der Zuführung zu Verbindlichkeiten beträgt 4.330 T€ (i. Vj. 0 T€).

- Die Aufwendungen aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens erhöhten sich auf 103 T€ (im Vj. 48 T€).

- Die **Aufwendungen aus Ausgleichsbeiträgen nach der BPfIV für frühere Geschäftsjahre** betragen im Geschäftsjahr 2001 0 T€ (i. Vj. 39 T€).

Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen

| | T€ | T€ | 2001 % | % |
|--|---------------|---------------|-----------|--------------|
| - Investitionszuschuss des Landes für 2001 | 7.478 | | 42,3 | |
| - Zuführung aus dem Landeszuschuss für Forschung und Lehre | 4.838 | | 27,4 | |
| - Umsetzung in den Landeszuschuss für Forschung und Lehre | <u>-8.182</u> | 4.134 | -46,3 | 23,4 |
| - Erstattungen Rahmenplanvorhaben DV-Bereich | | 0 | | 0,0 |
| - Zuführung aus dem Einzelplan 12 des Landes | | 7.632 | | 43,2 |
| - Rahmenplan Linearbeschleuniger | | 0 | | 0,0 |
| - Zuschüsse nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFÜG) | | 948 | | 5,4 |
| - Sonstige Investitionszuschüsse | | 4.972 | | 28,0 |
| | | 17.686 | | 100,0 |

Die **Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen** betragen im Geschäftsjahr 2001 insgesamt 17.686 T€ (i. Vj. 24.837 T€). Der auf den Zuschuss

des Landes Schleswig-Holstein für Forschung und Lehre entfallende Anteil beträgt insgesamt 4.134 T€ bzw. 23,4 %.

Des weiteren erfolgte eine Zuführung aus dem Einzelplan 12 des Landeshaushalts in Höhe von 7.632 T€ zur Finanzierung von verschiedenen Baumaßnahmen:

Brandschutzmaßnahmen u.a. in der Kinderklinik, Umbau des Kreißsaaltraktes in der Frauenklinik, Bau einer Mittelspannungsübergabestation, Neubau Neurozentrum und Zentrale Versorgungseinrichtungen Neurozentrum / Wärmeversorgung. Es handelt sich hierbei um Zuschüsse des Trägers, die nicht Bestandteil des Wirt-

schaftsplans des UKK sind. Bezogen auf die Gesamterträge des Berichtsjahres beträgt dieser Anteil 43,2 %.

Die dem Universitätsklinikum Kiel im Geschäftsjahr 2001 zugewiesenen HBFG-Mittel betragen 948 T€ (im Vj. 1.303 T€).

Die Sonstigen Investitionszuschüsse betragen 4.972 T€ (im Vj. 1.563 T€). Es handelt sich ausschließlich um Zuwendungen Dritter.

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

| 2001 T€ | 2000 T€ | Veränderung | |
|------------|------------|-------------|-----|
| | | T€ | % |
| 893 | 889 | 4 | 0,4 |

Die **Sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge** erhöhten sich im Geschäftsjahr 2001 gegenüber dem Vorjahr geringfügig um

4 T€. Es handelt sich im wesentlichen um Zinserträge, die das Klinikum für die Verzinsung seiner Liquidität erhalten hat.

Zuführung zu Gewinnrücklagen

Zum Bilanzstichtag 31.12.2001 wurden den Rücklagen die folgenden Beträge zugeführt:

| | 2001 | |
|---|--------------|--------------|
| | T€ | % |
| - Wissenschaft, Forschung und Lehre | 535 | 29,4 |
| - Bonusausschüttung 2001 | 511 | 28,0 |
| - Gutachternebenstätigkeit | 245 | 13,4 |
| - Eigene Einrichtungen | 202 | 11,1 |
| - Begutachtung Sterilisationsbereiche Kliniken | 20 | 1,1 |
| - Rücklage für Instandhaltung Diesterwegstraße | 16 | 0,9 |
| - Krebsregister | 14 | 0,8 |
| - Verlustausgleich Jahresfehlbeträge | 279 | 15,3 |
| | 1.822 | 100,0 |

Entnahmen aus Rücklagen

Zum Bilanzstichtag 31.12.2001 wurden den Rücklagen die folgenden Beträge entnommen:

| | 2001 | |
|--|--------------|--------------|
| | T€ | % |
| Reste Wissenschaft und Forschung | 226 | 7,2 |
| DV-Konzept | 1.459 | 46,2 |
| Fusion UKK / UKL | 240 | 7,6 |
| Nicht durch die Haftpflichtversicherung abgedeckte Arzthaftpflichtfälle | 148 | 4,7 |
| Gutachternebenätigkeit - Reste - | 353 | 11,1 |
| Sonstige | 733 | 23,2 |
| | 3.159 | 100,0 |

Die Entnahmen aus Kapitalrücklagen betragen im Geschäftsjahr 2001 2.692 T€. (i. Vj. 2.864 T€). Den Gewinnrücklagen wurden 467 T€ (i. Vj. 0 T€) entnommen. Es handelt sich hierbei überwiegend um die Auflösung

bestehender zweckgebundener Rücklagen, denen im Berichtsjahr in gleicher Höhe entsprechende Aufwendungen gegenüberstanden.

Organe des Universitätsklinikums Kiel

Aufsichtsrat

Stimmberechtigte Mitglieder

Vorsitzender

Ministerialdirigent a. D. Uwe Lützen
Ministerium für Bildung, Wissenschaft,
Forschung und Kultur

Edda Tichelmann
Vertreterin der Beschäftigten
des Universitätsklinikums Kiel

Stellvertretender Vorsitzender

Prof. Dr. Reinhard Demuth
Rektor der Christian-Albrechts-
Universität zu Kiel

Barbara Scheel
Vertreterin der Beschäftigten
des Universitätsklinikums Lübeck

Regierungsdirektor Klaus-Dietrich Neuhausen
Ministerium für Finanzen und Energie

Prof. Dr. Karl-Heinz Rahn
Universität Münster
Sachverständiger aus der
Medizinischen Wissenschaft

Ministerialdirigent Bernd Schloer
Ministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

Prof. Dr. Hans-Heinrich Driftmann
Peter Kölln Flocken KGaA,
Sachverständiger aus dem
Wirtschaftsleben
Elmshorn

Prof. Dr. Hans Arnold
Rektor der Medizinischen
Universität zu Lübeck

**Mitglieder mit Antragsrecht
und beratender Stimme**

Prof. Dr. Walter Jonat
Klinikdirektor des Universitätsklinikums Kiel

Prof. Dr. Alfred Feller
Klinikdirektor des Universitätsklinikums Lübeck

Dr. Christiane Hinck-Kneip
Vertreterin des wissenschaftlichen Personals
des Universitätsklinikums Kiel

Dr. Hauke Nielsen
Vertreter des wissenschaftlichen Personals
des Universitätsklinikums Lübeck

Kristin Bachmann
Vertreterin der Studierenden
der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Jens Ebnet
Vertreter der Studierenden
der Medizinischen Universität zu Lübeck

Dr. Elke von Haefen (bis März 2001)
Frauenbeauftragte des Fachbereichs Medizin
der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Dr. Sabine Voigt
Frauenbeauftragte der Medizinischen
Universität zu Lübeck

Wilhelm Kuhn
Gewerkschaft Öffentliche, Dienste, Transport und Verkehr

Ausschüsse des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat des Universitätsklinikums Kiel hat in seiner Sitzung am 15. November 2000 beschlossen, aus seiner Mitte einen Finanzausschuss und einen Ausschuss für Personalentwicklung und Patientenservice zu bestellen.

Die Ausschüsse haben die Aufgabe, die Beratungen und Beschlüsse des Aufsichtsrates vorzubereiten und die Ausführungen seiner Beschlüsse zu überwachen, und zwar

- a) der Finanzausschuss für die Bereiche Finanzplanung, Wirtschaftsführung, Bau- und Beschaffungsangelegenheiten sowie Rechnungslegung,
- b) der Ausschuss für Personalentwicklung und Patientenservice für die Bereiche Personalentwicklung, Personalstruktur und Personalausstattung sowie Struktur und Entwicklung der Krankenpflege und des Patientenservice.

Den Ausschüssen gehören je sechs Mitglieder des Aufsichtsrates an.

dem Finanzausschuss

Rektor Prof. Dr. Demuth (Vorsitzender)

Prof. Dr. Driftmann

Prof. Dr. Jonat
MDgt. a.D. Lützen
RD Neuhausen
Frau Tichelmann

dem Ausschuss für Personalentwicklung und Patientenservice

MDgt. a.D. Lützen (Vorsitzender)
Frau Dr. von Haeften (bis März 2001)
Frau Dr. Hinck-Kneip
Prof. Dr. Jonat
Herr Kuhn
Frau Tichelmann

Die Mitglieder des Aufsichtsrates, die nicht Mitglieder der vorgenannten Ausschüsse sind, haben die Möglichkeit, an den Sitzungen der Ausschüsse teilzunehmen.

Im Berichtsjahr tagten

- der Finanzausschuss zweimal und
- der Ausschuss für Personalentwicklung und Patientenservice zweimal.

Vorstand

Vorsitzender

Prof. Dr. Werner Grote

Ärztlicher Direktor

Stellvertretender Vorsitzender

Manfred Baxmann

Kaufmännischer Direktor

Prof. Dr. Michael Illert

Dekan der Medizinischen Fakultät

Uwe Petersen

Direktor Krankenpflege und Patientenservice

Ergänzende Angaben

Eigenkapital

Unter Berücksichtigung der Kapitalrücklagen entwickelte sich das **Eigenkapital** des UKK wie folgt:

| | 01.01.2001 | Umgliederung in Sonst.Verb. | Einstellung | Entnahme | 31.12.2001 |
|-----------------------|---------------|--------------------------------|--------------|--------------|---------------|
| | T€ | T€ | T€ | T€ | T€ |
| Festgesetztes Kapital | 6.668 | 0 | 0 | 0 | 6.668 |
| Kapitalrücklagen | 9.450 | 3.222 | 0 | 2.692 | 3.536 |
| Gewinnrücklagen | 4.432 | 1.330 | 1.822 | 467 | 4.457 |
| | 20.550 | 4.552 | 1.822 | 3.159 | 14.661 |

Aufwendungen des Aufsichtsrates

Der Gesamtaufwand des Aufsichtsrates des Universitätsklinikums Kiel betrug im Geschäftsjahr 2001 an Sitzungsgeldern und Fahrtkosten insgesamt 585,05 €. Außerdem erhielt der Aufsichtsratsvorsitzende für seine Tätigkeit im Geschäftsjahr 2001 eine Entschädigung in Höhe von 9.729 €.

Bezüge des Vorstandes

Die Gesamtbezüge der hauptamtlich und nebenamtlich tätigen Vorstandsmitglieder betragen im Geschäftsjahr 298 T€.

Besondere **Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen** bestanden zum Bilanzstichtag 31.12.2001 nicht.

Zur **Entwicklung des Personalbestandes** (Vollkräfte im Jahresdurchschnitt) wird auf die Angaben im gesonderten Personalbericht auf Seite 22 verwiesen.

Kiel, den 17. Juni 2002

Universitätsklinikum Kiel

Der Vorstand

Prof. Dr. Werner Grote Manfred Baxmann Prof. Dr. med. Michael Illert Uwe Petersen

ANLAGENNACHWEIS

| Bilanzposition: Anlagengruppen | Anfangsstand | Zugang | Umbuchungen | Korrekturen Reaktiv. AV und € - Diff. | Abgang |
|---|-----------------------|----------------------|-------------------|---|---------------------|
| | € | € | € | € | € |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| A.I. | | | | | |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 2.744.383,72 | 651.855,81 | 28.887,61 | 0,12 | 17.468,45 |
| A.II. Sachanlagen | | | | | |
| 1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebs- bauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken | 156.020.120,07 | 9.627,86 | 884.774,37 | 0,07 | 0,00 |
| 2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohn- bauten einschl. der Wohnbauten auf fremden Grundstücken | 6.080.830,46 | 442,59 | 499.658,08 | -0,01 | 0,00 |
| 3. Technische Anlagen | 5.151.822,77 | 28.648,94 | 138.486,43 | 672.311,41 | 0,00 |
| 4. Einrichtungen und Ausstattungen | 138.698.742,25 | 13.710.647,51 | 1.394.731,24 | 8.522.268,59 | 4.624.891,48 |
| 5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | 104.170.451,81 | 13.025.193,20 | -2.946.537,73 | 0,02 | 0,00 |
| | <u>410.121.967,36</u> | <u>26.774.560,10</u> | <u>-28.887,61</u> | <u>9.194.580,08</u> | <u>4.624.891,48</u> |
| Gesamt: | <u>412.866.351,08</u> | <u>27.426.415,91</u> | <u>0,00</u> | <u>9.194.580,20</u> | <u>4.642.359,93</u> |

| Endstand | Anfangsstand | Zuführungen | Korrekturen Reaktiv. AV und € - Diff. | Entnahme für Abgänge | Endstand | Restbuch- werte (Stand 31.12.2001) |
|-----------------------|-----------------------|----------------------|---|-------------------------|-----------------------|--|
| € | € | € | € | € | € | € |
| 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 |
| 3.407.658,81 | 1.983.500,64 | 376.621,01 | 0,02 | 16.615,01 | 2.343.506,66 | 1.064.152,15 |
| 156.914.522,37 | 69.375.750,27 | 3.399.603,63 | 0,02 | 0,00 | 72.775.353,92 | 84.139.168,45 |
| 6.580.931,12 | 3.679.387,02 | 149.802,05 | -0,01 | 0,00 | 3.829.189,06 | 2.751.742,06 |
| 5.991.269,55 | 2.104.496,62 | 303.272,19 | 334.336,91 | 0,00 | 2.742.105,72 | 3.249.163,83 |
| 157.701.498,11 | 107.982.180,32 | 11.042.065,00 | 7.588.131,78 | 4.509.690,00 | 122.102.687,10 | 35.598.811,01 |
| 114.249.107,30 | 50.881.926,70 | 7.828.550,59 | -0,08 | 0,00 | 58.710.477,21 | 55.538.630,09 |
| 441.437.328,45 | 234.023.740,93 | 22.723.293,46 | 7.922.468,62 | 4.509.690,00 | 260.159.813,01 | 181.277.515,44 |
| <u>444.844.987,26</u> | <u>236.007.241,57</u> | <u>23.099.914,47</u> | <u>7.922.468,64</u> | <u>4.526.305,01</u> | <u>262.503.319,67</u> | <u>182.341.667,59</u> |

Lagebericht

Aufgaben und gesetzliche Grundlagen

Das Universitätsklinikum Kiel (UKK) wird seit dem 1. Januar 1999 als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel geführt.

Das UKK ist gemäß Erlass des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 8. Mai 2001 (Amtsblatt Schleswig-Holstein 2001 S. 278) als Krankenhaus der Zentralversorgung in den Krankenhausplan des Landes Schleswig-Holstein aufgenommen und nimmt zusammen mit dem Universitätsklinikum Lübeck (UKL) die Aufgaben der Zentralversorgung in Schleswig-Holstein wahr.

Gemäß Mitteilung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 25. Januar 2001 wurde die Anzahl der in den Krankenhausplan aufgenommenen Gesamtbetten/-plätze mit 1.289 festgestellt.

Das UKK ist nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) nicht in die Förderung nach diesem Gesetz einbezogen. Es wird nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG) gefördert. Pflegesatzrechtlich ist das UKK den nach dem KHG geförderten Krankenhäusern gleichgestellt.

Im wesentlichen finanziert das UKK seine Aufgaben wie folgt:

- Einnahmen für die stationäre und ambulante Krankenversorgung sowie für andere Dienstleistungen
- Landeszuschuss für Forschung und Lehre
- Zuführung aus dem Haushalt des Landes Schleswig-Holstein für Investitionsmaßnahmen soweit nicht nach dem HBFG gefördert
- Zuwendungen von anderen Institutionen und natürlichen Personen (Drittmitel/Spenden)

Dem UKK obliegen nach § 119 des Gesetzes über die Hochschulen und Klinika im Lande Schleswig-Holstein (HSG) die den Zwecken von Forschung und Lehre dienende Krankenversorgung sowie die sonstigen ihm auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens übertragenen Aufgaben. Es beteiligt sich an der ärztlichen Fort- und Weiterbildung und an der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Angehörigen anderer Berufe des Gesundheitswesens.

Das UKK verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung.

Das UKK hält in enger Zusammenarbeit mit der Hochschule die für Forschung, Lehre und Studium notwendigen Voraussetzungen vor. Es wahrt die der Hochschule eingeräumte Freiheit in Forschung und Lehre und stellt sicher, dass die Mitglieder der Hochschule die nach dem Gesetz verbürgten Grundrechte und die ihnen nach dem Hochschulgesetz eingeräumten Freiheiten wahrnehmen können.

Es kann darüber hinaus weitere Leistungen erbringen, wenn diese mit seinen Aufgaben zusammenhängen.

Der Vorstand hat nach § 121 Absatz 1 Satz 2 HSG für die Einhaltung und Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit des UKK und seines Vermögens Sorge zu tragen. Zu seinen Aufgaben gehören auch die Sicherung der Arbeitsqualität und die Frauenförderung.

Forschung und Lehre

Die Forschungsschwerpunkte der Fakultät wurden im Berichtszeitraum konsequent weiterentwickelt. Die Förderung im Rahmen der besonderen Forschungsvorhaben konzentrierte sich auf die Forschungszentren Onkologie, Neurowissenschaften und Transplantationsmedizin. Besonders ist hervorzuheben, dass der SFB 415, Spezifität und Pathophysiologie von Signaltransduktionswegen, nach einer erfolgreichen Begutachtung für weitere drei Jahre von der Deutschen Forschungsgemeinschaft mit 3,1 Mio. € gefördert wird. Fakultät und Universität unterstützen den SFB ihrerseits mit weiteren 0,5 Mio. €.

An der Fakultät hat sich im Jahre 2001 mit der Genomforschung ein neuer Schwerpunkt gebildet, der bisherige hochqualifizierte Forschungsaktivitäten verschiedener Kliniken und Institute bündelt. Er wird durch Drittmittel des BMBF mit mehr als 8,2 Mio. € hochrangig gefördert. Zur Sicherung der Nachhaltigkeit hat die Fakultät den Grundsatzbeschluss zur Gründung eines Forschungsinstituts für klinische Molekularbiologie gefasst. Eng gekoppelt an die Etablierung dieses Schwerpunktes ist die Einrichtung eines Methodenzentrums Genetische Epidemiologie, das diesen Schwerpunkt methodisch begleiten und der Fakultät und Universität Expertise zu Fragen der Genetischen Epidemiologie bereitstellen wird.

Im Bereich der klinischen Forschung konnte die Schnittstelle zwischen Forschung und Krankenversorgung weiter gefestigt werden. Zur Zeit werden im Klinikum mehr als 138 klinische Studien durchgeführt, teilweise auf hochrangigem internationalen Niveau. In mehr als 131 Fällen liegt die Studienleitung bei Einrichtungen des UKK. Weiter muss in diesem Zusammenhang auf die große Zahl von Förderungen im Rahmen des MedNet-Programms des BMBF hingewiesen werden, an denen das UKK beteiligt ist. Mit den Kompetenznetzen "Akute und Chronische Leukämien" (Prof. Kneba, 2. Medizinische Universitätsklinik), "Chronisch entzündliche Darmerkrankungen" (Prof. Fölsch, Prof. Schreiber 1. Medizinische Klinik), „Neuropathische Schmerzen“ (Prof. Dr. Baron, Neurologische Klinik), "Hepatitis" (Dr. Hinrichsen, 1. Medizinische Klinik) und "Parkinson Syndrom" (Prof. Deuschl, Neurologische Klinik) konnte die Beteiligung an diesem Programm weiter ausgebaut werden, so dass das UKK inzwischen zu einer der Universitätskliniken gehört, die die höchste Zahl dieser qualitativ sehr hochwertigen, international begutachteten und höchst renommierten BMBF Förderungen erhält.

Insgesamt ist es damit gelungen, die Kopplung der Schwerpunkte in Forschung und Krankenversorgung voranzubringen.

Diese ist ein spezifisches Charakteristikum für die in einem Universitätsklinikum durchzuführende Medizin und eine essentielle Voraussetzung für die Entwicklung neuer und innovativer Konzepte und Strategien in der Krankenversorgung, wie sie von einem Universitätsklinikum im Gegensatz zu einem Krankenhaus der Maximalversorgung gefordert werden.

Im Bereich der Medizintechnik wurde von verschiedenen Kliniken des UKK in Zusammenarbeit mit Einrichtungen der MUL ein gemeinsames, vom BMBF großvolumig gefördertes Projekt eingeworben. Zur nachhaltigen Etablierung eines Standortes Medizintechnik in Schleswig-Holstein, in dem Partner von Hochschulen, Industrie und außeruniversitären Forschungseinrichtungen innovative neue Produkte entwickeln und testen wurde die CEMET GmbH gegründet, die diese Aufgaben übernimmt. Das UKK ist einer der wesentlichen Partner dieser Gesellschaft.

Die sehr aktive Forschungstätigkeit äußert sich in einer entsprechenden Zahl von Publikationen und Drittmittelinwerbungen. Die Qualität der Publikationen konnte deutlich gesteigert werden. Die medizinischen und zahnmedizinischen Promotionen blieben auf dem hohen Niveau des Vorjahres (Humanmedizin: 163; Zahnmedizin: 30). Insgesamt promovierten damit 65,2 % der Studierenden der Humanmedizin eines Studienjahres, bei einer Zulassungszahl von 250 Studierenden und 41,6 % der Studierenden der Zahnmedizin, bei einer Zulassungszahl von 72 Studierenden, was den Vergleichswerten der BRD entspricht. Gleiches gilt für die Zahl der Habilitationen (14).

Eine erhebliche Steigerung wurde in den Drittmittelinwerbungen erzielt. Im Vergleich zum Vorjahr wurde das Volumen der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Drittmittel um rd. 5,9 Mio. € erhöht (2000: 12,1 Mio. €; 2001: 18,0 Mio. €). Die Summe der im Geschäftsjahr 2001 bewilligten Drittmittel der Kliniken und Institute (ohne Vorklinische Institute) konnte um 14,7 Mio. € von 14,5 Mio. € in 2000 auf 29,2 Mio. € gesteigert werden. Besonders hervorzuheben ist dabei, dass diese Steigerung zum größten Teil auf die Zunahme von extern begutachteten Drittmitteln zurückgeht. Damit nimmt bei sinkendem Landeszuschuss für Forschung und Lehre der Anteil der eingeworbenen Drittmittel an der Finanzierung von Forschung und Lehre weiter zu.

Die curriculare Lehre für die Studierenden der Medizin und Zahnmedizin sowie für Studierende anderer Studiengänge (z.B. Pharmazeuten) wurde auf dem gewohnt hohen Niveau durchgeführt. Erhebliche Anstrengungen wurden in die Reorganisation des Curriculums investiert, um die Qualität der Lehrveranstaltungen zu sichern und weiter zu verbessern. Hier sind die Konzepte zu erwähnen, die die Fakultät zur Einbindung computergestützter Lehrmethoden in die curriculare Lehre entwickelt. Ausgehend von einem in dem Bereich der Vorklinik eingeworbenen hochrangigen BMBF-Verbundprojekt "Neue Medien in der Medizin - curriculare und extracurriculare Ausbildung" wird die Etablierung einer fakultätsweiten Teleplattform für den curricularen Unterricht und die Fort- und Weiterbildung angestrebt.

Diese sehr positiven Ergebnisse konnten trotz sich deutlich verschlechternden Rahmenbedingungen erreicht werden. Der Landeszuschuss für Forschung und Lehre wurde erneut erheblich abgesenkt, massive Reduktionen wurden für das Jahr 2002 angekündigt. Während die bisherigen Kürzungen vorwiegend linear auf die Einrichtungen umgelegt werden konnten, wird dies in Zukunft nicht mehr möglich sein. Die Fakultät sah sich deswegen gegen Ende des Jahres 2001 gezwungen, erhebliche Kürzungsmaßnahmen in strukturellen Bereichen zu beschließen. Einrichtungen und Sektionen werden verkleinert bzw. völlig geschlossen werden müssen. Es wird sich nicht verhindern lassen, dass geplante Forschungsschwerpunkte und Lehreinheiten verkleinert bzw. umstrukturiert werden müssen.

Mit großer Sorge muss festgehalten werden, dass der vom Lande zur Verfügung gestellte Zuschuss für Forschung und Lehre die Aufgaben in diesen Bereichen nicht mehr ausfinanziert. Wiederholt wurde deshalb vom Dekanat

darauf hingewiesen, dass dadurch Wettbewerbsnachteile entstehen werden, die die internationale Konkurrenzfähigkeit in Forschung und Lehre gefährden. Die Problematik der Entwicklung liegt darin, dass bei abnehmendem Landeszuschuss und gleichbleibenden bzw. in der Realität steigenden Trägerkosten die Finanzmittel für die Grundausrüstung von Forschung und Lehre überproportional abnehmen. Damit wird die Bereitstellung der Infrastruktur, die zur Einwerbung projektbezogener Drittmittel vorausgesetzt wird, zunehmend schwierig. Da die Entwicklung und Sicherung international hochrangiger Forschungsschwerpunkte nur aus einem breiten Spektrum von Einzelprojekten erfolgen kann, die zur Erreichung der "Drittmittelreife" eine hochwertige, von Fakultät und Klinikum vorzuhaltende Infrastruktur benötigen, gefährdet die abnehmende Finanzierung der Grundausrüstung langfristig die Qualität der Forschung und damit verbundener universitärer, innovativer Krankenversorgung und Lehre.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Stationäre Krankenversorgung

Das Universitätsklinikum Kiel verfügte im Geschäftsjahr 2001 über 1.289 Gesamtbetten/-plätze (Vorjahr Planbetten) sowie 1.256 tatsächlich genutzte (aufgestellte) Betten, darunter 121 Intensivbehandlungsbetten und 136 Intensivüberwachungsbetten.

| | 2001 | 2000 |
|---------------------------------------|---------|---------|
| Gesamtbetten/-plätze | 1.289 | 1.378 |
| Aufgestellte Betten | 1.256 | 1.309 |
| Patienten (incl. interne Verlegungen) | 55.742 | 55.399 |
| Verweildauer (Tage) | 7,3 | 7,3 |
| Pflegetage | 417.738 | 415.796 |
| Umsatz (Mio. €) | 205,1 | 202,0 |

Es wurden insgesamt 55.742 Patienten behandelt. Dies entspricht einer Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 343 Patienten oder 0,6 %.

Bei einer durchschnittlichen Verweildauer von 7,3 Tagen (Vorjahr 7,3 Tage) wurde eine Auslastung der aufgestellten Betten von 89,4 % (Vorjahr 85,5 %) erreicht.

Ohne Berücksichtigung der internen Verlegungen betrug die Zahl der Patienten 48.293 (Vorjahr 48.850) bei einer durchschnittlichen Verweildauer von 8,2 Tagen (Vorjahr 8,1 Tage).

Das mit den Krankenkassen abgerechnete Gesamtbudget betrug einschließlich der

Sonderentgelte und Fallpauschalleistungen 199,8 Mio. € (Vorjahr 198,7 Mio. €) bei insgesamt 417.738 Pflegetagen (Vorjahr 415.796).

Die Abrechnung der stationären Entgelte erfolgte auf der Grundlage der am 27.03./28.03.2001 mit den Krankenkassen abgeschlossenen Liquiditätsvereinbarung. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit bestand mit den Krankenkassen Einvernehmen darüber, auf den förmlichen, inhaltsgleichen, nachträglichen Abschluss einer Pflegesatzvereinbarung für 2001 zu verzichten. Stattdessen wurden im März 2002 auf der Grundlage der Liquiditätsvereinbarung die Pflegesatzverhandlungen für das Geschäftsjahr 2002 aufgenommen.

Die Erlöse aus Wahlleistungen betragen 3,5 Mio. € (Vorjahr 3,6 Mio. €).

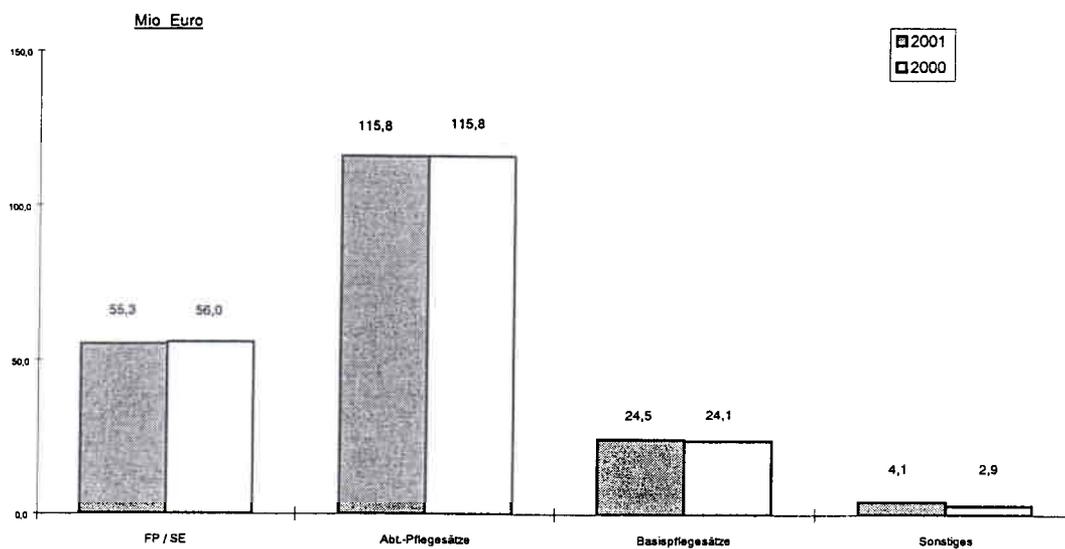
Zusammen mit dem von den Krankenkassen abgerechneten Gesamtbudget unter Berücksichtigung des Budgetausgleichs (+ 1,7 Mio. €) ergeben sich Umsatzerlöse für den stationären Bereich in Höhe von 205,1 Mio. € (Vorjahr 202,0 Mio. €).

Es wurden 96 Fallpauschalen, 148 Sonderentgelte und 30 Abteilungs- und Intensivpflegesätze abgerechnet. Hinzu kamen 6 teilstationäre Pflegesätze sowie die Basispflegesätze für teil- und vollstationäre Behandlungen.

Zusätzlich konnte das am 01.04.1998 gestartete Modellvorhaben „Operative Onkologie“ mit 19 gesondert entwickelten Fallpauschalen und

3 Pauschalen für Intensivpflege erfolgreich weitergeführt und über das Jahr 2001 hinaus verlängert werden.

Umsatzerlöse stationäre Krankenversorgung



Die Abrechnung der stationären Leistungen erfolgte mit 55,3 Mio. € (27,7 %) über Fallpauschalen und Sonderentgelte. Der übrige Umsatz in Höhe von 144,4 Mio. € (72,3 %) wurde

insbesondere über die Abteilungspflegesätze (115,8 Mio. €) sowie die Basispflegesätze (24,5 Mio. €) abgerechnet.

Bettenstruktur

| Klinik für | GESAMTBETTEN-/PLÄTZE | | AUFGESTELLTE BETTEN | |
|---|----------------------|--------------|---------------------|----------------|
| | 2001 | 2000 | 2001 | 2000 |
| Allgemeine Innere Medizin | 102 | 95 | 97,4 | 91,0 |
| Kardiologie | 55 | 62 | 53,9 | 45,1 |
| Nephrologie | 27 | 27 | 27,0 | 27,0 |
| Dermatologie, Venerologie und Allergologie | 65 | 70 | 60,5 | 64,0 |
| Allgemeine Pädiatrie | 70 | 79 | 70,0 | 79,0 |
| Kinderkardiologie | 25 | 20 | 25,0 | 20,0 |
| Neuropädiatrie | 15 | 15 | 15,0 | 15,0 |
| Allgemeine Chirurgie und Thoraxchirurgie | 107 | 114 | 105,5 | 111,7 |
| Herz- und Gefäßchirurgie | 61 | 57 | 61,0 | 56,3 |
| Urologie | 39 | 40 | 39,0 | 38,9 |
| Unfallchirurgie (Traumatologie) | 50 | 56 | 50,0 | 54,3 |
| Gynäkologie und Geburtshilfe | 82 | 101 | 76,4 | 87,7 |
| Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde, Kopf- und Halschirurgie | | | | |
| Phoniatry und Pädaudiologie | 79 | 80 | 75,0 | 79,2 |
| Orth- und Pleoptik | | | | |
| Ophthalmologie | 49 | 60 | 46,2 | 53,6 |
| Neurochirurgie | 72 | 70 | 72,0 | 67,7 |
| Orthopädie | 50 | 77 | 45,2 | 70,0 |
| Psychiatrie und Psychotherapie | 94 | 98 | 91,7 | 98,0 |
| Neurologie | 64 | 60 | 64,0 | 60,0 |
| Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychosomatik | 25 | 23 | 25,0 | 23,0 |
| Psychotherapie und Psychosomatik | 8 | 8 | 8,0 | 8,0 |
| Zahnerhaltungskunde und Parodontologie | | | | |
| Kieferorthopädie | | | | |
| Zahnärztliche Prothetik, Propädeutik und Werkstoffkunde | | | | |
| Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie | 24 | 34 | 22,1 | 28,3 |
| Anästhesiologie und Operative Intensivmedizin | 6 | 6 | 6,0 | 6,0 |
| Schmerztherapie | 8 | 10 | 7,9 | 7,4 |
| Strahlentherapie (Radioonkologie) | 17 | 17 | 17,0 | 16,7 |
| Diagnostische Radiologie | 4 | 4 | 4,0 | 3,9 |
| Nuklearmedizin | 9 | 10 | 9,0 | 9,7 |
| II. Medizinische Klinik und Poliklinik | 9 | 12 | 9,0 | 12,0 |
| | 1.216 | 1.305 | 1.182,8 | 1.233,5 |
| Tagesklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie | 10 | 10 | 10,0 | 10,0 |
| Tagesklinik für Dermatologie | 18 | 18 | 18,0 | 20,0 |
| Tageskliniken für Tumortherapie: | | | | |
| - Innere Medizin | 14 | 14 | 14,0 | 14,0 |
| - Frauenheilkunde und Geburtshilfe | 9 | 9 | 9,0 | 9,0 |
| - Strahlenheilkunde | 7 | 7 | 7,0 | 7,0 |
| Dialyse | 15 | 15 | 15,0 | 15,0 |
| | 1.289 | 1.378 | 1.255,8 | 1.308,5 |

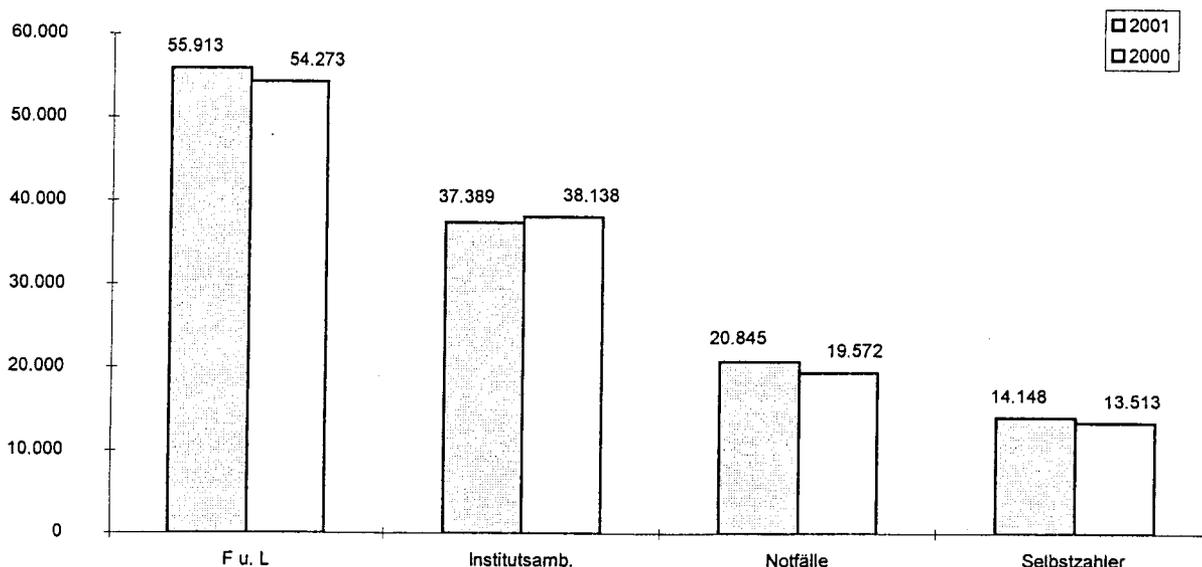
Ambulante Krankenversorgung

In den Ambulanzen des UKK wurden im Geschäftsjahr 2001 insgesamt 128.295 Patienten (i. Vj. 125.496) behandelt, davon 55.913 Patienten (i. Vj. 54.273) im Rahmen der Forschungs- und Lehrtätigkeiten (Polikliniken) und 37.389 Patienten (i. Vj. 38.138) auf der Grundlage von Institutsermächtigungen und Persönlichen Ermächtigungen.

Des weiteren wurden 20.845 Notfallbehandlungen (i. Vj. 19.572) durchgeführt. 14.148 Patienten waren Selbstzahler (i. Vj. 13.513).

Die Erlöse aus ambulanten Leistungen betragen insgesamt rund 9,5 Mio. € (i. Vj. 9,4 €).

Patienten



Die Ambulanzen des Klinikums waren im Geschäftsjahr 2001 geprägt durch die Umstellung der Institutsermächtigungen auf Persönliche Ermächtigungen ab dem 1.4.2001, die von der Kassenärztlichen Vereinigung und vom Zulassungsausschuss für Ärzte erzwungen worden sind. Erschwerend und Erlösmindernd kam hinzu, dass die Kassenärztliche Vereinigung

Schleswig-Holstein gegen nahezu alle Ermächtigungen des Zulassungsausschusses für Ärzte Widerspruch einlegte, die erst nach einem längeren Zeitraum durch den Widerspruchsausschuss ausgeräumt werden konnten. Dadurch ist dem UKK ein Mindererlös in Höhe von 368 T€ für 749 kostenlos behandelte Patienten entstanden.

Vermögens- und Finanzlage

| | 31.12.2001 | | 31.12.2000 | |
|--|----------------|--------------|----------------|--------------|
| Aktiva | T€ | % | T€ | % |
| Anlagevermögen (Langfristig gebundenes Vermögen) | 182.342 | 74,8 | 176.859 | 72,6 |
| Vorräte | 10.552 | 4,3 | 11.548 | 4,7 |
| Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 47.523 | 19,5 | 39.099 | 16,1 |
| Forderungen an den Träger | 67 | 0,0 | 101 | 0,1 |
| Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht | 201 | 0,1 | 0 | 0,0 |
| Flüssige Mittel | 2.039 | 0,8 | 14.675 | 6,0 |
| Sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten | 1.090 | 0,5 | 1.254 | 0,5 |
| Umlaufvermögen | 61.472 | 25,2 | 66.677 | 27,4 |
| | 243.814 | 100,0 | 243.536 | 100,0 |
| Passiva | | | | |
| Eigenkapital | 14.661 | 6,0 | 20.550 | 8,4 |
| Sonderposten | 171.227 | 70,2 | 166.025 | 68,2 |
| Langfristig verfügbare Mittel | 185.888 | 76,2 | 186.575 | 76,6 |
| Rückstellungen | 16.513 | 6,8 | 16.586 | 6,8 |
| Verbindlichkeiten gegenüber der Landeshauptkasse Kiel | 532 | 0,2 | 0 | 0,0 |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie erhaltene Anzahlungen | 19.366 | 7,9 | 16.709 | 6,9 |
| Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger | 2.248 | 0,9 | 10.819 | 4,4 |
| Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht | 0 | 0,0 | 1.150 | 0,5 |
| Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber der Medizinischen Fakultät | 5.937 | 2,4 | 0 | 0,0 |
| Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten | 13.330 | 5,5 | 11.697 | 4,8 |
| Fremde Mittel | 57.926 | 23,8 | 56.961 | 23,4 |
| | 243.814 | 100,0 | 243.536 | 100,0 |

Die Bilanzsumme des UKK erhöhte sich gegenüber der Bilanz zum 31.12.2000 geringfügig um 278 T€ bzw. 0,11 %.

Das Anlagevermögen erhöhte sich um 5.483 T€ bzw. 3,1 %. Um diesen Betrag überstiegen die Anlagenzugänge die Abschreibungen und Anlagenabgänge.

Das Vorratsvermögen verminderte sich insgesamt um 996 T€ bzw. 8,6 %. Die Vorräte an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 835 T€ bzw. 7,9 %. Die Unfertigen Leistungen verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 161 T€ oder 15,9 %. Es handelt sich hierbei um Abgrenzungen von Fallpauschalen für Patienten, die am Bilanzstichtag noch nicht entlassen waren.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 8.424 T€ oder 21,5 %. Diese Erhöhung ist überwiegend auf einen Anstieg der Forderungen aus stationären Leistungen zurückzuführen, wofür insbesondere folgende Gründe maßgeblich sind:

- Erhöhung der Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen gegenüber 2000 um 3.146 T€ (siehe G.u.V. Pos. 1)
- Höherer Anteil der am Bilanzstichtag noch nicht fälligen Forderungen insbesondere gegenüber den vier umsatzstärksten Krankenkassen
- Strittige Abrechnungsfälle bzgl. der Klinik für Herzchirurgie

Die Forderungen an den Träger beinhalten nur noch Nachversicherungen für Mitarbeiter gegenüber dem Land Schleswig-Holstein.

Die Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht erhöhten sich um 201 T€ bzw. 100 %. Hierbei handelt es sich ausschließlich um Forderungen nach der Bundespflegesatzverordnung für das Geschäftsjahr 2001. Im Vorjahr ergab sich für das UKK eine Verbindlichkeit nach der Bundespflegesatzverordnung.

Die flüssigen Mittel verminderten sich um 12.636 T€. Diese Verringerung hängt hauptsächlich zusammen mit der Zunahme der Forderungen und der Auflösung von Verbindlichkeiten aus noch nicht verwendeten Investitionsmitteln.

Im Bereich der Sonstigen Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten ist gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung um 164 T€ bzw. 13,1 % zu verzeichnen.

Das Eigenkapital verminderte sich um 5.889 T€ bzw. 28,66 %. Ein wesentlicher Grund hierfür ist die vom Aufsichtsrat beschlossene Umgliederung der Rücklage für besondere Forschungsprojekte in eine Verbindlichkeit gegenüber der Medizinischen Fakultät.

Der Sonderposten hat sich um 5.202 T€ bzw. 3,1 % erhöht. Der Anstieg korrespondiert mit der Erhöhung des Anlagevermögens.

Bei den Rückstellungen ist gegenüber dem Vorjahr eine geringfügige Verminderung von 73 T€ oder 0,4 % zu verzeichnen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Landeshauptkasse erhöhten sich um 532 T€ bzw. 100%. Hierbei handelt es sich um einen negativen Bankbestand des UKK bei der Landeshauptkasse, die ein Konto bei der Landeszentralbank für das UKK unterhält.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie erhaltenen Anzahlungen erhöhten sich gegenüber 2000 um insgesamt 2.657 T€ oder 15,9 %. Der Anstieg ist einerseits darauf zurückzuführen, dass Rechnungen für Energielieferungen für den Zeitraum September bis Dezember 2001 durch interne Probleme des Zulieferers erst im Januar des Folgejahres vorlagen. Andererseits wurde ein Großgerät Ende 2001 angeschafft und erst im Folgejahr bezahlt. Außerdem haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber Liefereranten des Medizinischen Bedarfs infolge gestiegenem Verbrauchs erhöht.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger betreffen den noch nicht verwendeten Investitionszuschuss des Landes und verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 8.571 T€ bzw. 79,2 %. Diese Verminderung resultiert insbesondere

aus der Umschichtung von Investitionsmitteln in den Erfolgsplan. Der Bestand per 31.12.2001 in Höhe von 2.248 T€ war mit 1.889 T€ oder 84,0 % durch Aufträge gebunden, die vor Ende des Geschäftsjahres 2001 erteilt, aber noch nicht ausgeführt waren.

Die Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 1.150 T€ oder 100,0 %. Bei diesem Posten handelt es sich um Ausgleichsbeträge nach der Bundespflegesatzverordnung, die im Geschäftsjahr 2001 eine Forderung nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht ergeben.

Erstmalig wird im Jahresabschluss 2001 eine Verbindlichkeit gegenüber der Medizinischen Fakultät in Höhe von 5.937 T€ ausgewiesen. Bisher erfolgt der Ausweis dieser Mittel als Rücklage unter der Position Eigenkapital.

Die übrigen Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 7.570 T€ oder 64,7 %. Im wesentlichen ist diese Erhöhung auf Verbindlichkeiten aus noch nicht zweckentsprechend verwendeten Zuwendungen Dritter (1,6 Mio. €) und auf Verbindlichkeiten gegenüber der Medizinischen Fakultät (5,94 Mio. €) zurückzuführen.

Zusammenfassung der Gewinn- und Verlustrechnung

| | 2001 | | 2000 | |
|---|---------------|-----------------|---------------|-----------------|
| | T€ | T€ | T€ | T€ |
| Erlöse aus Allgemeinen Krankenhausleistungen | 201.545 | | 198.399 | |
| Erlöse aus Wahlleistungen | 3.518 | | 3.587 | |
| Erlöse aus Ambulanten Leistungen | 9.526 | | 9.354 | |
| Nutzungsentgelte der Ärzte | 10.089 | | 9.417 | |
| Bestandsveränderung an unfertigen Leistungen | -161 | | 111 | |
| Landeszuschuss für Forschung und Lehre | 69.514 | | 70.872 | |
| dazu: Umsetzung aus dem Finanzplan | 3.344 | | -822 | |
| Sonstige betriebliche Erträge | <u>30.950</u> | 328.325 | <u>24.734</u> | 315.652 |
| Personalaufwand | 201.189 | | 197.433 | |
| Materialaufwand | <u>87.911</u> | 289.100 | <u>81.633</u> | 279.066 |
| Zwischenergebnis | | 39.225 | | 36.586 |
| Erträge aus Investitionszuschüssen | 17.685 | | 24.836 | |
| Erträge aus der Auflösung von Sonderposten / Verbindlichkeiten | 22.893 | | 20.461 | |
| Aufwendungen aus der Zuführung von Investitionszuschüssen zu Sonderposten / Verbindlichkeiten | <u>18.343</u> | 22.235 | <u>25.322</u> | 19.975 |
| Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen | 23.100 | | 20.734 | |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | <u>40.577</u> | 63.677 | <u>35.136</u> | 55.870 |
| Zwischenergebnis | | -2.217 | | 691 |
| Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | | 893 | | 889 |
| Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | | -1.324 | | 1.580 |
| Steuern | | <u>13</u> | | <u>13</u> |
| Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | | -1.337 | | 1.567 |
| Zuführung zu Gewinnrücklagen | | 1.822 | | 4.432 |
| Entnahmen aus Kapitalrücklagen / Gewinnrücklagen | | <u>3.159</u> | | <u>2.865</u> |
| Bilanzgewinn / Bilanzverlust | | <u>0</u> | | <u>0</u> |

Die einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung sind in vorstehender Aufstellung zu wesentlichen Positionen zusammengefasst worden.

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.337 T€ wird durch die Auflösung von Kapital- und Gewinnrücklagen ausgeglichen.

Die **Ertragslage** des UKK entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

Die **Betriebserträge** (einschließlich Drittmittel) nahmen gegenüber dem Vorjahr um 12,7 Mio. € bzw. 4,0 % zu. Bei den **Personal- und Materialaufwendungen** ist dagegen eine Erhöhung um 10,0 Mio. € oder 3,6 % zu verzeichnen.

Bei den **Betriebserträgen** erhöhten sich insbesondere die Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen (+ 3,1 Mio. €) und die Erlöse aus Nutzungsentgelten der Ärzte (+ 0,7 Mio. €). Eine weitere Erhöhung in Höhe von 2,94 Mio. € erfolgte aufgrund der erstmaligen Auflösung von Verbindlichkeiten gegenüber der Medizinischen Fakultät.

Die Steigerung des **Personalaufwands** ist zu einem wesentlichen Teil auf die sonstigen Finanzierungsbereiche (z.B. Drittmittel und besondere Forschungsmittel) zurückzuführen. Bei

den aus dem Haushalt finanzierten, ergebniswirksamen Personalkosten konnte unter Berücksichtigung der vorgegebenen Tarifsteigerung eine Einsparung von rd. 0,6 Mio. € erzielt werden.

Die Zunahme der **Materialaufwendungen** wurde im Geschäftsjahr 2001 im wesentlichen durch höhere Aufwendungen des medizinischen Bedarfs (+ 4,1 Mio. € bzw. 7,2 %) sowie des Wirtschaftsbedarfs (1,4 Mio. € bzw. 8,4 %) verursacht.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2000 um 5.441 T€ bzw. 15,5 %. Ein wesentlicher Anteil hiervon ist auf die Aufwendungen aus der Zuführung von Verbindlichkeiten gegenüber der Medizinischen Fakultät zurückzuführen.

Die Zinserträge stiegen gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 4 T€ .

Das **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** beträgt im Geschäftsjahr 2001 - 1.324 T€ und hat sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2000 um 2.904 T€ verschlechtert.

Weitergehende Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung sind dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen.

Risiken der künftigen Entwicklung

Der finanzielle Handlungsspielraum des Universitätsklinikums Kiel ist durch die seit Jahren zunehmend schwieriger werdende wirtschaftliche Lage erheblich eingeengt worden. Der Vorstand sieht diese Entwicklung mit großer Sorge, da mit ihr die Gefahr von Betriebsverlusten und der weitere Verlust von Arbeitsplätzen verbunden sind.

Die Ursachen für diese Entwicklung liegen zum einen in der seit Jahren gedeckelten Erlössituation für die Stationären Krankenhausleistungen, die zwischenzeitlich nicht einmal mehr die Kosten der laufenden Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst vollständig finanziert und die keine reale Möglichkeit bietet, nicht vermeidbare Mehrkosten des Medizinischen Fortschrittes sowie der steigenden Zahl der Patienten zu finanzieren. Die für das UKK gesetzlich geregelte Tarifbindung an den BAT schwächt die Konkurrenzfähigkeit und die Marktstellung des Klinikums erheblich. Beste Beispiele sind zum einen die Erhöhung der VBL-Beträge im Geschäftsjahr 2002, die eine zusätzliche Kostenbelastung von 2,96 Mio. € bedeuten und zum anderen das tarifvertraglich festgelegte Recht auf Altersteilzeit, von dem zunehmend Gebrauch gemacht wird.

Des Weiteren wird der Landeszuschuss für Forschung und Lehre seit Jahren kontinuierlich abgesenkt. Von 1996 bis 2001 erfolgte eine Reduzierung um 8,9 Mio. € oder 11,7 %.

Im Geschäftsjahr 2002 wird eine weitere Zuschussreduktion um rd. 2,3 Mio. € erfolgen.

Die zwischenzeitlich eingetretene erhebliche Unterfinanzierung in der Lehre (Humanmedizin und Zahnmedizin) sowie in der Forschung (Grundausrüstung und Ergänzungsausrüstung) entwickelt sich zur wirtschaftlichen Belastung des UKK. Sie wurde von der Medizinischen Fakultät für 2001 überschlägig mit 17,8 Mio. € ermittelt.

Die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Universitätsklinikums Kiel wird in den nächsten Jahren besonders abhängig sein vom Krankenhausplan des Landes Schleswig-Holstein, der zum 1. Januar 2001 in Kraft getreten ist, sowie das vom Gesetzgeber vorgesehene neue Vergütungssystem für stationäre Krankenhausleistungen (DRG-System). Für die Umstellung auf das neue Entgeltsystem hat der Vorstand eine Projektorganisation eingesetzt, bestehend aus einer Projektleitungsgruppe, einer Projektgruppe und verschiedenen Arbeitsgruppen. Diese hat die Aufgaben

- das neue Vergütungssystem zum 1. Januar 2003 einzuführen,
- die Stationären Erlöse abzusichern und zu optimieren,
- die Kostentransparenz zu erhöhen und
- die Qualität der Leistungen zu sichern.

Das UKK ist in das Benchmarking-Projekt der Deutschen Universitätskliniken eingebunden. Erste Ergebnisse zeigen zum einen, dass das UKK gegenüber nahezu allen anderen Universitätskliniken eine kostengünstige Erlösstruktur aufweist. Zum anderen lassen Vergleiche mit außeruniversitären Krankenhäusern erhebliche

Erlösrisiken erkennen. Des weiteren beabsichtigt das UKK im Geschäftsjahr 2002 eine kurzfristige Nachkalkulation der DRG-Leistungen unter Beteiligung eines externen Sachverständigen durchführen zu lassen.

Die Rechtslage hinsichtlich der Höhe der Erlöse aus Wahlleistungen ist noch nicht abschließend geklärt.

Die anhaltende Deckelungsphase für das stationäre Budget lässt für das Geschäftsjahr 2002 die gesetzlich vorgesehene Fortschreibung des Budgets 2001 mit einer Gesamt-Lohnsummensteigerung von 1,5 % erwarten. Das bedeutet, dass zusätzliche Kosten des medizinischen Fortschrittes sowie Fallzahlsteigerungen weiterhin nicht vergütet werden.

Die für 2002 zu erwartenden ungünstigen Bedingungen werden erhebliche Kostenreduktionen – insbesondere im Personalbereich – erfordern. Der Vorstand geht davon aus, dass die Profit-Center-Struktur innerhalb des Klinikums diesen notwendigen Prozess erfolgreich unterstützen wird.

Die Risiken des Urteils des Europäischen Gerichtshofs zum Bereitschaftsdienst der Ärzte in Verbindung mit dem zwischenzeitlich vorliegenden Urteil des Arbeitsgerichts Kiel am 8. November 2001 werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch als gering eingestuft. Sollte sich die Einschätzung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland durch entsprechende obergerichtliche Urteile ändern, würden ein erhebliches wirtschaftliches Risiko für das UKK durch die dadurch notwendig werdenden Neueinstellungen von Ärzten eintreten. Diese auch für alle

anderen Krankenhäuser geltenden Risiken wären finanziell nur noch zu beherrschen, wenn entsprechende die Finanzierung sichernde Begleitgesetze beschlossen würden.

Angesichts der zunehmenden Konkurrenz auf dem Krankenhaussektor, die insbesondere Folge von Überkapazitäten sein dürfte, wird - neben der Medizinischen Qualität der Patientenversorgung - der Ausstattungsstandard des UKK wettbewerbsbestimmend sein. Der erhebliche Investitionsstau im UKK birgt ein nicht zu unterschätzendes Umsatzrisiko:

- Die Gebäudesubstanz nahezu aller Kliniken, mit unzureichenden Nasszellen und zu großen Patientenzimmern mit fehlendem Hotelstandard ist dringend sanierungsbedürftig
- Für dringende Ersatzbeschaffungen HBMG-fähiger Geräte fehlen sowohl Bundes- als auch Landesmittel in erforderlichem Umfang
- Für die dringende Ersatzbeschaffung sonstiger Geräte und Ausstattungen fehlen ausreichende Landesmittel.

Für die Beschaffung der Investitionsgüter gilt das Prinzip der dualen Finanzierung, das vorsieht, dass Investitionen zu Lasten des Landes und des Bundes zu finanzieren sind. Der beständig enger werdende Finanzrahmen sowohl des Bundes als auch des Landes hat kontinuierlich dazu geführt, dass zwischenzeitlich ein erheblicher Investitionsstau sowohl an der Gebäudesubstanz als auch auf dem Sektor der Geräte und Ausstattung eingetreten ist.

Ausblick

Forschung

Der Vorstand hält an seinem Vorhaben fest, in den nächsten Jahren in enger Abstimmung mit der Medizinischen Fakultät anzustreben, die Mittel für die besonderen Forschungs- und Lehrvorhaben schrittweise anzuheben. Für die besonderen von der Medizinischen Fakultät begutachteten Forschungs- und Lehrvorhaben wurden in den Jahren 1996 bis 2001 durchschnittlich 2.393 T€ p. a. für zusätzliche Personal- und Sachaufwendungen und Investitionen zur Verfügung gestellt. Hinzu kamen im Geschäftsjahr 2001 1,5 Mio. € für besondere wissenschaftliche Ausgaben der Kliniken und Institute.

Die verbesserte Finanzierung der interdisziplinären Forschung soll durch Mittelumschichtungen realisiert werden.

Im Bereich der Drittmiteleinwerbung strebt die Medizinische Fakultät mittelfristig einen Umsatz an, der deutlich über dem bundesweiten Mittelwert liegt. Der Drittmittelzufluss Im Geschäftsjahr 2001 lag im Klinikum (ohne Vorklinik) bei 18,0 Mio. € (Vorjahr 12,1 Mio. €). Die Summe der bewilligten Drittmittel der Kliniken und Institute (ohne Vorklinische Institute) lag im Geschäftsjahr 2001 bei 29,2 Mio. €. (Vorjahr 14,5 Mio. €).

Der Vorstand strebt in enger Zusammenarbeit mit der Medizinischen Fakultät an, kurzfristig die Forschungsarbeit durch den Neubau der Zentralen Tierhaltung auf dem Klinikumsgelände entscheidend zu verbessern. Mit dem Bau wurde im Geschäftsjahr 2001 begonnen.

Lehre, Studentenausbildung

Die Approbationsordnung gibt für die Studentische Lehre ein präzises Curriculum vor.

In der Medizinischen Fakultät werden unter Koordination des Studiendekans Lehrstrukturen und Unterrichtsformen entwickelt, die die bisherige vorbildliche Ausbildung sichern sollen.

Durch diese Maßnahmen ist es der Medizinischen Fakultät gelungen, in den bundesweiten Examina einen Platz in der Spitzengruppe der deutschen Universitäten einzunehmen.

Im Rahmen einer leistungsorientierten Vergabe der Mittel für Forschung und Lehre spielt die

Evaluierung der Lehre zukünftig eine wichtige Rolle. Über den Studiendekan ist ein Pilotprojekt initiiert worden, dessen Ergebnis Grundlage einer Gesamtlehreevaluierung im Universitätsklinikum Kiel werden wird.

Zwischen der Gesellschaft für Systemberatung im Gesundheitswesen (GSbG mbH), dem Rektorat der CAU sowie dem UKK wurde ein Kooperationsvertrag zur Förderung der Gesundheitsökonomie geschlossen. Ziel der Kooperationsvereinbarung ist zum einen die Gründung einer Gemeinnützigen Gesellschaft sowie die Einrichtung eines Stiftungslehrstuhls für Gesundheitsökonomie.

Krankenversorgung

Mit Wirkung zum 01.01.2000 hat das Universitätsklinikum Kiel flächendeckend eine Profit-Center-Struktur eingeführt. Durch die Übertragung der wirtschaftlichen Verantwortung und der Entscheidung über die Verwendung der Finanzmittel auf den jeweiligen Direktor oder die Direktorin der Abteilung gemäß § 125, Absatz 4 HSG wird den Kliniken, Instituten und zentralen Einrichtungen die Möglichkeit gegeben, sich mit höherer Flexibilität auf neue Anforderungen des Marktes einzustellen und damit stärker zum wirtschaftlichen Gesamterfolg des "Unternehmens" Universitätsklinikum Kiel beizutragen.

Eigeninitiative und Eigenverantwortlichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Motiva-

tion und unternehmerisches Denken werden durch die neue Unternehmensstruktur gefördert.

Wirtschaftliche Ziele sind zum einen, im Bereich der stationären Krankenversorgung eine stabile Finanzierung und zum anderen eine ausreichende Finanzierung der Aufgaben der Forschung und der Lehre zu erreichen.

Die Krankenversorgung am Standort Kiel wird in den kommenden Jahren geprägt sein von der Zielsetzung, u.a. Kooperationen mit externen Partnern des Gesundheitswesens einzugehen sowie die verschiedenen Dienstleistungsprozesse wirtschaftlicher zu organisieren.

Darüber hinaus soll die zum 1. Januar 2003 geplante Fusion der beiden Universitätsklinika des Landes zum Universitätsklinikum Schleswig-Holstein als Chance genutzt werden zum einen für Kostenreduktionen und zum anderen um die bereits heute bestehende starke Position auf dem Gesundheitsmarkt zu stärken und auszubauen.

Die zunehmenden Kooperationen sollen zur wirtschaftlichen Stärkung des Universitätsklinikums Kiel beitragen, ohne das hohe Niveau der Krankenversorgung auf der einen Seite und den wissenschaftlichen Auftrag auf der anderen Seite zu gefährden.

Als bereits realisierte oder in Vorbereitung befindliche Beispiele für Kooperationen sind zu nennen:

- Der Kooperationsvertrag mit dem Westküstenklinikum Heide über die Erbringung von Herzoperationen durch Mitarbeiter/innen des UKK am Standort Heide zur Optimierung der wohnortnahen Patientenversorgung und zur langfristigen wirtschaftlichen Sicherung des Herzchirurgischen Standorts in Kiel.
- Der Vertrag mit der Stadt Kiel über den Betrieb von 50 universitären Gesamtbetten/-plätze (Vorjahr Planbetten) der II. Medizinischen Klinik im Städtischen Krankenhaus.
- Die Kooperation mit der Schmerzlinik, einer Klinik in privater Trägerschaft, die eine umfassende medizinische und wissenschaftliche Zusammenarbeit regelt.
- Die Kooperationsvereinbarung mit dem Norddeutschen Epilepsiezentrum in Raisdorf unter der Trägerschaft des Deutschen Roten Kreuzes als wichtiger und integrativer Bestandteil der medizinischen und wissenschaftlichen Arbeit der Klinik für Neuropädiatrie .
- Die Vereinbarung mit einer Reha-Einrichtung, die es ermöglicht, im Rahmen von Fallpauschalen bestimmte Zeiten der stationären Versorgung einzukaufen und so Kapazitäten für zusätzliche, wirtschaftlich vorteilhafte Leistungen freizusetzen.
- Kooperation mit dem Westküstenklinikum Heide zur Übernahme der dortigen Nuklearmedizin sowie Strahlentherapie zur Intensivierung der Forschung sowie zur Optimierung der flächendeckenden Patientenversorgung aber auch zur wirtschaftlichen Stärkung des Standorts Kiel.
- Kooperation mit der dänischen Gesundheitsverwaltung, um dänischen Patientinnen und Patienten, die an Krebserkrankungen leiden, die Möglichkeit zu geben, sich im UKK behandeln zu lassen.
- Kooperation mit der norwegischen Gesundheitsbehörde mit dem Ziel, norwegische Patientinnen und Patienten in den Bereichen der Kinderkardiologie, der Neurologie und der Neurochirurgie im UKK zu behandeln.
- Kooperation mit einem arabischen Arzt zur Vermittlung von Patienten aus dem Arabischen Raum.

- Kooperation mit der Dräger Forum GmbH zur Förderung der Ausbildung von Krankenpflegekräften und Ärzten im Ausland, zunächst in Saudi-Arabien.
- Kooperation mit einer niedergelassenen Fachärztin für Strahlentherapie zur Einrichtung einer Praxis im UKK mit dem Ziel, in Forschung und Lehre zusammenzuarbeiten, Leistungen zu koordinieren und die Qualität der Krankenversorgung durch eine enge Verbindung von ambulanter und stationärer Heilbehandlung zu verbessern.
- Kooperation mit einem niedergelassenen Facharzt für Labormedizin zur Einrichtung ausgelagerter Praxisräume im UKK mit dem Ziel, vorhandene Laborkapazitäten bestmöglich zu nutzen, in Forschung und Lehre zusammenzuarbeiten und die Qualität der Krankenversorgung durch eine konsiliarische Zusammenarbeit zu verbessern.
- Kooperation mit einer niedergelassenen Fachärztin für Nuklearmedizin zur Einrichtung einer Praxis im UKK mit dem Ziel, in Forschung und Lehre zusammenzuarbeiten, Leistungen zu koordinieren und die Qualität der Krankenversorgung durch eine enge Verbindung von ambulanter und stationärer Heilbehandlung zu verbessern.
- Kooperation mit einem niedergelassenen Facharzt für Pathologie zur Einrichtung ausgelagerter Praxisräume im UKK mit dem Ziel, vorhandene Laborkapazitäten bestmöglich zu nutzen, in Forschung und Lehre zusammenzuarbeiten sowie die

Qualität der Krankenversorgung zu verbessern.

Angestrebt werden Vereinbarungen mit niedergelassenen Ärzten zur kunden- und patientenorientierten Verzahnung zwischen ambulanter und stationärer Krankenversorgung auf dem Gelände des Universitätsklinikums Kiel oder in dessen unmittelbarer Nähe. Hierdurch lässt sich eine besser koordinierte ärztliche Betreuung erreichen.

Das UKK ist an folgenden Gesellschaften beteiligt:

- CEMET Center of Excellence in Medical Technology Schleswig-Holstein GmbH, deren Gegenstand die Förderung der Zusammenarbeit zwischen medizinisch-wissenschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Einrichtungen sowie Wirtschaftsunternehmen aus Schleswig-Holstein ist.
- Patent- und Verwertungsagentur GmbH Schleswig-Holstein, deren Gegenstand die Förderung des Technologietransfers, insbesondere durch Unterstützung von Patent- und Verwertungsaktivitäten für wissenschaftliche Einrichtungen in Schleswig-Holstein ist.

Die Kliniken für Orthopädie und Unfallchirurgie werden zu einem „Zentrum für Unfallchirurgie und Orthopädie“ zusammengefasst.

Die Institute für Rechtsmedizin in Kiel und Lübeck werden seit dem Sommersemester 2000 in Personalunion geleitet.

Die gemeindenahere Patientenversorgung der Stadt Kiel soll durch eine neu zu gründende Psychiatrie-Gesellschaft übernommen werden, an der das Universitätsklinikum Kiel mehrheitlich beteiligt sein wird. Die Belange der Forschung und Lehre sollen über einen entsprechenden Kooperationsvertrag abgesichert werden.

Auf dem Zentralgelände des Klinikums soll Ende des Jahres 2003 der Neubau für das Neurozentrum fertiggestellt sein. Die Kliniken für Neurochirurgie und Neurologie sowie die mit einer C-3-Professur ausgestattete Sektion Neuroradiologie werden unter einem Dach zusammengeführt. Gleichzeitig wird eine gemeinsame zentrale Notfallaufnahme ihren Betrieb aufnehmen. Im Juni 2001 wurde eine STROKE-UNIT mit 6 Betten in Betrieb genommen.

In der Frauenklinik wurde der geburtshilfliche Bereich saniert und eine neonatologische Station zur Betreuung Neugeborener realisiert.

Im Herbst des Jahres 2001 fand die Grundsteinlegung für das Dr. Mildred-Scheel-Haus auf dem Zentralgelände des UKK statt, das maßgeblich durch die Deutsche Krebshilfe gefördert wird.

Ende des Geschäftsjahres 2001 wurde mit der Sanierung des Bettenhauses der Orthopädischen Klinik begonnen.

Trotz der erfreulichen Investitionstätigkeit im UKK muss auf den erheblichen Investitionsstau hingewiesen werden, der sich in den letzten Jahren kontinuierlich gesteigert hat. Der Vorstand wird deshalb die Bereitstellung der notwendigen Mittel gegenüber dem Land Schles-

wig-Holstein weiterhin mit Nachdruck beantragen.

Ergänzend werden besondere Formen der Finanzierung geplant und größtenteils bereits praktiziert:

- Finanzierung medizinischer Geräte über Nutzungsentgelte, die je Einzelleistung über das betreffende Profit-Center abgerechnet werden (z. B. Röntgen, Labor). Das UKL plant entsprechende Modellvorhaben.
- Finanzierung der Sanierung und Herrichtung von Wahlleistungsbereichen, die durch Bankguthaben des UKK finanziert werden. Ein vom UKK beantragtes 6,1 Mio. € Investitionsprogramm wurde vom Aufsichtsrat des UKK genehmigt. Mit der Realisierung wurde im Geschäftsjahr 2001 begonnen. Die Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen werden über die Erlöse für Wahlleistungen refinanziert.
- Die Finanzierung der nicht HBMG-fähigen Beschaffung medizinischer sowie sonstiger Geräte und Ausstattungsgegenstände im Rahmen des verfügbaren Bankguthabens des UKK. Die Refinanzierung der Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen erfolgt durch Einsparungen in den jeweiligen Profit-Center-Budgets. Im Geschäftsjahr 2001 stand für diese Beschaffungsform ein Budget in Höhe von 0,5 Mio. € zur Verfügung. Dieses Budget wurde im Wirtschaftsplan für 2002 auf 5,1 Mio. € erhöht.
- Neubau und Betrieb von Einrichtungen (z. B. Physikalische Therapie) mit Fremd-

kapital durch ein Tochterunternehmen oder durch einen privaten Träger. Dieser Finanzierungsweg soll modellhaft für die Zentrale Physikalische Therapie erprobt werden.

Der Vorstand strebt an, die Dienstleistungsaufgaben professioneller und wirtschaftlicher zu organisieren sowie notwendige Investitionen zu unterstützen.

Als eine Möglichkeit sieht der Vorstand die Gründung umsatzsteuerbegünstigter Gesellschaften (Organschaften), die gemeinsam mit professionellen Kooperationspartnern zu betreiben wären.

Hierfür in Frage kommende Bereiche könnten z. B. das Rechenzentrum, die Zentralsterilisation und der Reinigungsdienst sein. Alternativ

zur Organisation in Tochtergesellschaften oder als Vorstufe wären auch Kooperationen mit kompetenten Anbietern denkbar, die das gleiche Ziel der qualitativ hochwertigen und wirtschaftlichen Leistungserbringung haben müssten.

Als Modell einer neuen Betriebsform soll auch die Zentrale Physikalische Therapie dienen, die - ggf. ergänzt um eine orthopädische Werkstatt, Rehamöglichkeiten o. ä. - auf dem Zentralgelände des Klinikums mit fremdem Kapital in einem Neubau errichtet werden soll. In dem Wirtschaftsplan für 2002 ist ein Betrag in Höhe von 120 T€ für den Erwerb entsprechender Unternehmensbeteiligungen aufgenommen worden.

Kiel, den 17. Juni 2002
Universitätsklinikum Kiel
Der Vorstand



Geschäftsbericht 2001

Inhalt

- 3 UKK auf einen Blick**
- 4 Vorwort des Vorstandes**
- 6 Bericht des Aufsichtsrates**

- 7 Lagebericht**
 - Aufgaben und gesetzliche Grundlagen
 - Forschung und Lehre
 - Wirtschaftliche Verhältnisse
 - Risiken der künftigen Entwicklung
 - Ausblick

- 29 Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**

- 30 Jahresabschluss 2001**
 - Jahresbilanz
 - Gewinn- und Verlustrechnung
 - Anlagennachweis

- 34 Anhang**
 - Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze
 - Angaben zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung
 - Organe des UKK
 - Ergänzende Angaben
 - Bestätigungsvermerk

- 69 Organisationsstruktur**

- 70 Lagepläne**

UKK auf einen Blick

Rechtsform

Anstalt des öffentlichen Rechts der
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Gewährträger

Land Schleswig-Holstein

Organe

Aufsichtsrat

Vorstand

| Eckdaten | 2001 | 2000 |
|--|-------------|-------------|
| Gesamtbetten/-plätze | 1.289 | 1.378 |
| Aufgestellte Betten | 1.256 | 1.309 |
| Stationäre und teilstationäre Patienten (incl. Interne Verlegungen) | 55.742 | 55.399 |
| Pflegetage | 417.738 | 415.796 |
| Durchschnittliche Verweildauer (Tage) im vollstationären Bereich | 7,3 | 7,3 |
| Nutzungsgrad der aufgestellten Betten (%) | 89,4 | 85,5 |
| Ambulante Patienten | 128.295 | 125.496 |
| Erlöse aus Allg. Krankenhausleistungen (T€) | 201.545 | 198.399 |
| Erlöse aus Wahlleistungen (T€) | 3.518 | 3.586 |
| Erlöse aus Ambulanten Leistungen (T€) | 9.526 | 9.354 |
| Landeszuschuss für Forschung und Lehre (T€) | 69.514 | 70.872 |
| Personalaufwand (T€) | 201.189 | 197.433 |
| Materialaufwand (T€) | 87.911 | 81.632 |
| Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (T€) | -1.337 | 1.567 |
| Bilanzgewinn/Bilanzverlust (T€) | 0 | 0 |

Vorwort des Vorstandes

Der Vorstand des Universitätsklinikums Kiel (UKK) legt seinen Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2001 mit einem Jahresfehlbetrag von 1.337 T€ vor, der durch Auflösung von Kapital- und Gewinnrücklagen ausgeglichen wird.

Der Verlauf des Geschäftsjahres 2001 war geprägt durch die wiederum nur unzureichend finanzierte Tarifsteigerung und den nochmals um 1,855 Mio. € abgesenkten Landeszuschuss für Forschung und Lehre. Auch die Kosten für die tarifvertraglich vereinbarte Altersteilzeit wirkten sich ergebnisbelastend aus.

Der Vorstand dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des UKK für ihr Engagement zugunsten des UKK.

Zur Förderung der interdisziplinären Forschungsschwerpunkte des UKK wurden im Geschäftsjahr 2001 4,46 Mio. € eingesetzt.

Mit großer Sorge verfolgt der Vorstand die Entwicklung der seit Jahren auf unzureichendem Niveau gedeckelten stationären Erlöse sowie den kontinuierlich sinkenden Landeszuschuss

für Forschung und Lehre. Diese Entwicklung schränkt den finanziellen Handlungsspielraum des Vorstandes zunehmend ein und birgt die Gefahr, dass die Aufgaben des Universitätsklinikums Kiel nur noch unzureichend oder in Teilbereichen nicht mehr wahrgenommen werden können. Die zwischenzeitlich eingetretene erhebliche Unterfinanzierung in der Lehre (Humanmedizin und Zahnmedizin) sowie in der Forschung (Grundausrüstung) entwickelt sich zur wirtschaftlichen Belastung des Universitätsklinikums Kiel. Das Risiko von Betriebsverlusten sowie des Wegfalls von Arbeitsplätzen steigt.

Hinzu kommt der unzureichende Zustand der Gebäude und Ausstattungen nahezu aller Kliniken, Institute und zentralen Einrichtungen, der angesichts des zunehmend spürbaren Konkurrenzdruckes auf dem Krankenhaussektor bereits kurzfristig Wettbewerbsnachteile des UKK nach sich ziehen könnte. Der Vorstand appelliert deshalb an die Verantwortlichen, dem UKK die für die Patientenversorgung sowie für die Forschung und Lehre notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse streben Vorstand und Medizinische Fakultät weiterhin an, die Mittel für die interdisziplinären Forschungsschwerpunkte durch Umschichtungen schrittweise anzuheben, die Drittmiteleinwerbungen zu intensivieren, die herausragenden Leistungen in der Studentischen Lehre zu erhalten und weiter auszubauen sowie darüber hinaus das Universitätsklinikum Kiel auf dem Sektor der Krankenversorgung zum „Gesundheitszentrum Kiel“ zu entwickeln. Hierzu sollen die Kooperationen mit externen Partnern im Gesundheitswesen umfassend ausgebaut werden.

Die von der Landesregierung angekündigte Zusammenlegung der Universitätsklinika Kiel und Lübeck zum 1. Januar 2003 sieht der Vorstand als Chance, die Arbeitsfähigkeit der bei-

den Standorte bei sinkenden Landeszuschüssen für Forschung und Lehre auf hohem Niveau zu erhalten. Der Vorstand warnt allerdings vor zu kurzfristigen Erfolgserwartungen. Fusionen dieser Größenordnung erfordern zum einen Mittel zur Vorfinanzierung der Fusionskosten und zum anderen einen längeren Zeitraum der Konsolidierung, um die erwarteten Synergien und Kosteneinsparungen realisieren zu können, zumal die für die Klinika geltenden Tarifbedingungen des öffentlichen Dienstes und die „Arbeitsplatzsicherheit“ nur einen stufenweisen Prozess der Kostenreduktion im Rahmen der natürlichen Fluktuation zulassen werden. Vor diesem Hintergrund sollte die Höhe des Landeszuschusses für Forschung und Lehre für beide Klinika während der längerfristigen Konsolidierungsphase konstant und kalkulierbar bleiben.

Kiel, den 17. Juni 2002

Universitätsklinikum Kiel
Der Vorstand

Prof. Dr. Werner Grote

Manfred Baxmann

Prof. Dr. med. Michael Illert

Uwe Petersen

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat wurde im Berichtsjahr laufend über die geschäftliche Entwicklung und über die Lage des Klinikums unterrichtet. Er hat die Geschäftsführung des Vorstandes nach den gesetzlichen und satzungsmäßigen Vorschriften überwacht sowie über die ihm vorgelegten zustimmungsbedürftigen Vorgänge entschieden.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC Deutsche Revision AG, Hamburg, hat den Jahresabschluss des Klinikums für das Geschäftsjahr 2001 unter Einbeziehung des Lageberichtes geprüft. Der Jahresabschluss entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss. Die Prüfungsgesellschaft hat den uneingeschränkten Prüfungsvermerk erteilt.

Der Aufsichtsrat hat den Bericht des Abschlussprüfers über das Ergebnis seiner Prüfung erörtert und erhebt nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfungen keine Einwen-

dungen. Der Aufsichtsrat hat auch den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und den Jahresbericht beraten. Einwendungen wurden nicht erhoben. Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht wurden vom Aufsichtsrat festgestellt.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Universitätsklinikums Kiel für die im Geschäftsjahr 2001 geleistete Arbeit.

Kiel, den 02. September 2002

Der Aufsichtsrat des Universitätsklinikums Kiel

Ministerialdirigent a. D. Uwe Lützen
Vorsitzender

Aufgaben und gesetzliche Grundlagen

Das Universitätsklinikum Kiel (UKK) wird seit dem 1. Januar 1999 als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel geführt.

Das UKK ist gemäß Erlass des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 8. Mai 2001 (Amtsblatt Schleswig-Holstein 2001 S. 278) als Krankenhaus der Zentralversorgung in den Krankenhausplan des Landes Schleswig-Holstein aufgenommen und nimmt zusammen mit dem Universitätsklinikum Lübeck (UKL) die Aufgaben der Zentralversorgung in Schleswig-Holstein wahr.

Gemäß Mitteilung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 25. Januar 2001 wurde die Anzahl der in den Krankenhausplan aufgenommenen Gesamtbetten/-plätze mit 1.289 festgestellt.

Das UKK ist nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) nicht in die Förderung nach diesem Gesetz einbezogen. Es wird nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG) gefördert. Pflegesatzrechtlich ist das UKK den nach dem KHG geförderten Krankenhäusern gleichgestellt.

Im wesentlichen finanziert das UKK seine Aufgaben wie folgt:

- Einnahmen für die stationäre und ambulante Krankenversorgung sowie für andere Dienstleistungen
- Landeszuschuss für Forschung und Lehre
- Zuführung aus dem Haushalt des Landes Schleswig-Holstein für Investitionsmaßnahmen soweit nicht nach dem HBFG gefördert
- Zuwendungen von anderen Institutionen und natürlichen Personen (Drittmittel/Spenden)

Dem UKK obliegen nach § 119 des Gesetzes über die Hochschulen und Klinika im Lande Schleswig-Holstein (HSG) die den Zwecken von Forschung und Lehre dienende Krankenversorgung sowie die sonstigen ihm auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens übertragenen Aufgaben. Es beteiligt sich an der ärztlichen Fort- und Weiterbildung und an der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Angehörigen anderer Berufe des Gesundheitswesens.

Das UKK verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung.

Das UKK hält in enger Zusammenarbeit mit der Hochschule die für Forschung, Lehre und Studium notwendigen Voraussetzungen vor. Es wahrt die der Hochschule eingeräumte Freiheit in Forschung und Lehre und stellt sicher, dass die Mitglieder der Hochschule die nach dem Gesetz verbürgten Grundrechte und die ihnen nach dem Hochschulgesetz eingeräumten Freiheiten wahrnehmen können.

Es kann darüber hinaus weitere Leistungen erbringen, wenn diese mit seinen Aufgaben zusammenhängen.

Der Vorstand hat nach § 121 Absatz 1 Satz 2 HSG für die Einhaltung und Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit des UKK und seines Vermögens Sorge zu tragen. Zu seinen Aufgaben gehören auch die Sicherung der Arbeitsqualität und die Frauenförderung.

Forschung und Lehre

Die Forschungsschwerpunkte der Fakultät wurden im Berichtszeitraum konsequent weiterentwickelt. Die Förderung im Rahmen der besonderen Forschungsvorhaben konzentrierte sich auf die Forschungszentren Onkologie, Neurowissenschaften und Transplantationsmedizin. Besonders ist hervorzuheben, dass der SFB 415, Spezifität und Pathophysiologie von Signaltransduktionswegen, nach einer erfolgreichen Begutachtung für weitere drei Jahre von der Deutschen Forschungsgemeinschaft mit 3,1 Mio. € gefördert wird. Fakultät und Universität unterstützen den SFB ihrerseits mit weiteren 0,5 Mio. €

An der Fakultät hat sich im Jahre 2001 mit der Genomforschung ein neuer Schwerpunkt gebildet, der bisherige hochqualifizierte Forschungsaktivitäten verschiedener Kliniken und Institute bündelt. Er wird durch Drittmittel des BMBF mit mehr als 8,2 Mio. € hochrangig gefördert. Zur Sicherung der Nachhaltigkeit hat die Fakultät den Grundsatzbeschluss zur Gründung eines Forschungsinstituts für klinische Molekularbiologie gefasst. Eng gekoppelt an die Etablierung dieses Schwerpunktes ist die Einrichtung eines Methodenzentrums Genetische Epidemiologie, das diesen Schwerpunkt methodisch begleiten und der Fakultät und Universität Expertise zu Fragen der Genetischen Epidemiologie bereitstellen wird.

Im Bereich der klinischen Forschung konnte die Schnittstelle zwischen Forschung und Krankenversorgung weiter gefestigt werden. Zur Zeit werden im Klinikum mehr als 138 klinische Studien durchgeführt, teilweise auf hochrangigem internationalen Niveau. In mehr als 131 Fällen liegt die Studienleitung bei Einrichtungen des UKK. Weiter muss in diesem Zusammenhang auf die große Zahl von Förderungen im Rahmen des MedNet-Programms des BMBF hingewiesen werden, an denen das UKK beteiligt ist. Mit den Kompetenznetzen "Akute und Chronische Leukämien" (Prof. Kneba, 2. Medizinische Universitätsklinik), "Chronisch entzündliche Darmerkrankungen" (Prof. Fölsch, Prof. Schreiber 1. Medizinische Klinik), „Neuropathische Schmerzen“ (Prof. Dr. Baron, Neurologische Klinik), "Hepatitis" (Dr. Hinrichsen, 1. Medizinische Klinik) und "Parkinson Syndrom" (Prof. Deuschl, Neurologische Klinik) konnte die Beteiligung an diesem Programm weiter ausgebaut werden, so dass das UKK inzwischen zu einer der Universitätskliniken gehört, die die höchste Zahl dieser qualitativ sehr hochwertigen, international begutachteten und höchst renommierten BMBF Förderungen erhält.

Insgesamt ist es damit gelungen, die Koppelung der Schwerpunkte in Forschung und Krankenversorgung voranzubringen.

Diese ist ein spezifisches Charakteristikum für die in einem Universitätsklinikum durchzuführende Medizin und eine essentielle Voraussetzung für die Entwicklung neuer und innovativer Konzepte und Strategien in der Krankenversorgung, wie sie von einem Universitätsklinikum im Gegensatz zu einem Krankenhaus der Maximalversorgung gefordert werden.

Im Bereich der Medizintechnik wurde von verschiedenen Kliniken des UKK in Zusammenarbeit mit Einrichtungen der MUL ein gemeinsames, vom BMBF großvolumig gefördertes Projekt eingeworben. Zur nachhaltigen Etablierung eines Standortes Medizintechnik in Schleswig-Holstein, in dem Partner von Hochschulen, Industrie und außeruniversitären Forschungseinrichtungen innovative neue Produkte entwickeln und testen wurde die CEMET GmbH gegründet, die diese Aufgaben übernimmt. Das UKK ist einer der wesentlichen Partner dieser Gesellschaft.

Die sehr aktive Forschungstätigkeit äußert sich in einer entsprechenden Zahl von Publikationen und Drittmittelinwerbungen. Die Qualität der Publikationen konnte deutlich gesteigert werden. Die medizinischen und zahnmedizinischen Promotionen blieben auf dem hohen Niveau des Vorjahres (Humanmedizin: 163; Zahnmedizin: 30). Insgesamt promovierten damit 65,2 % der Studierenden der Humanmedizin eines Studienjahres, bei einer Zulassungszahl von 250 Studierenden und 41,6 % der Studierenden der Zahnmedizin, bei einer Zulassungszahl von 72 Studierenden, was den Vergleichswerten der

BRD entspricht. Gleiches gilt für die Zahl der Habilitationen (14).

Eine erhebliche Steigerung wurde in den Drittmittelinwerbungen erzielt. Im Vergleich zum Vorjahr wurde das Volumen der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Drittmittel um rd. 5,9 Mio. € erhöht (2000: 12,1 Mio. €, 2001: 18,0 Mio. €). Die Summe der im Geschäftsjahr 2001 bewilligten Drittmittel der Kliniken und Institute (ohne Vorklinische Institute) konnte um 14,7 Mio. € von 14,5 Mio. € in 2000 auf 29,2 Mio. € gesteigert werden. Besonders hervorzuheben ist dabei, dass diese Steigerung zum größten Teil auf die Zunahme von extern begutachteten Drittmitteln zurückgeht. Damit nimmt bei sinkendem Landeszuschuss für Forschung und Lehre der Anteil der eingeworbenen Drittmittel an der Finanzierung von Forschung und Lehre weiter zu.

Die curriculare Lehre für die Studierenden der Medizin und Zahnmedizin sowie für Studierende anderer Studiengänge (z.B. Pharmazeuten) wurde auf dem gewohnt hohen Niveau durchgeführt. Erhebliche Anstrengungen wurden in die Reorganisation des Curriculums investiert, um die Qualität der Lehrveranstaltungen zu sichern und weiter zu verbessern. Hier sind die Konzepte zu erwähnen, die die Fakultät zur Einbindung computergestützter Lehrmethoden in die curriculare Lehre entwickelt. Ausgehend von einem in dem Bereich der Vorklinik eingeworbenen hochrangigen BMBF-Verbundprojekt "Neue Medien in der Medizin - curriculare und extracurriculare Ausbildung" wird die Etablierung einer fakultätsweiten Teleplattform für den

curricularen Unterricht und die Fort- und Weiterbildung angestrebt.

Diese sehr positiven Ergebnisse konnten trotz sich deutlich verschlechternden Rahmenbedingungen erreicht werden. Der Landeszuschuss für Forschung und Lehre wurde erneut erheblich abgesenkt, massive Reduktionen wurden für das Jahr 2002 angekündigt. Während die bisherigen Kürzungen vorwiegend linear auf die Einrichtungen umgelegt werden konnten, wird dies in Zukunft nicht mehr möglich sein. Die Fakultät sah sich deswegen gegen Ende des Jahres 2001 gezwungen, erhebliche Kürzungsmaßnahmen in strukturellen Bereichen zu beschließen. Einrichtungen und Sektionen werden verkleinert bzw. völlig geschlossen werden müssen. Es wird sich nicht verhindern lassen, dass geplante Forschungsschwerpunkte und Lehreinheiten verkleinert bzw. umstrukturiert werden müssen.

Mit großer Sorge muss festgehalten werden, dass der vom Lande zur Verfügung gestellte Zuschuss für Forschung und Lehre die Aufga-

ben in diesen Bereichen nicht mehr ausfinanziert. Wiederholt wurde deshalb vom Dekanat darauf hingewiesen, dass dadurch Wettbewerbsnachteile entstehen werden, die die internationale Konkurrenzfähigkeit in Forschung und Lehre gefährden. Die Problematik der Entwicklung liegt darin, dass bei abnehmendem Landeszuschuss und gleichbleibenden bzw. in der Realität steigenden Trägerkosten die Finanzmittel für die Grundausstattung von Forschung und Lehre überproportional abnehmen. Damit wird die Bereitstellung der Infrastruktur, die zur Einwerbung projektbezogener Drittmittel vorausgesetzt wird, zunehmend schwierig. Da die Entwicklung und Sicherung international hochrangiger Forschungsschwerpunkte nur aus einem breiten Spektrum von Einzelprojekten erfolgen kann, die zur Erreichung der "Drittmittelreife" eine hochwertige, von Fakultät und Klinikum vorzuhaltende Infrastruktur benötigen, gefährdet die abnehmende Finanzierung der Grundausstattung langfristig die Qualität der Forschung und damit verbundener universitärer, innovativer Krankenversorgung und Lehre.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Stationäre Krankenversorgung

Das Universitätsklinikum Kiel verfügte im Geschäftsjahr 2001 über 1.289 Gesamtbetten/-plätze (Vorjahr Planbetten) sowie 1.256 tatsächlich genutzte (aufgestellte) Betten, darunter 121 Intensivbehandlungsbetten und 136 Intensivüberwachungsbetten.

| | 2001 | 2000 |
|--|----------------|----------------|
| Gesamtbetten/-plätze | 1.289 | 1.378 |
| Aufgestellte Betten | 1.256 | 1.309 |
| Patienten (incl. interne Verlegungen) | 55.742 | 55.399 |
| Verweildauer (Tage) | 7,3 | 7,3 |
| Pflegetage | 417.738 | 415.796 |
| Umsatz (Mio. €) | 205,1 | 202,0 |

Es wurden insgesamt 55.742 Patienten behandelt. Dies entspricht einer Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 343 Patienten oder 0,6 %.

Bei einer durchschnittlichen Verweildauer von 7,3 Tagen (Vorjahr 7,3 Tage) wurde eine Auslastung der aufgestellten Betten von 89,4 % (Vorjahr 85,5 %) erreicht.

Ohne Berücksichtigung der internen Verlegungen betrug die Zahl der Patienten 48.293 (Vorjahr 48.850) bei einer durchschnittlichen Verweildauer von 8,2 Tagen (Vorjahr 8,1 Tage).

Das mit den Krankenkassen abgerechnete Gesamtbudget betrug einschließlich der Sonderentgelte und Fallpauschalleistungen

199,8 Mio. € (Vorjahr 198,7 Mio. €) bei insgesamt 417.738 Pflegetagen (Vorjahr 415.796).

Die Abrechnung der stationären Entgelte erfolgte auf der Grundlage der am 27.03./28.03.2001 mit den Krankenkassen abgeschlossenen Liquiditätsvereinbarung. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit bestand mit den Krankenkassen Einvernehmen darüber, auf den förmlichen, inhaltsgleichen, nachträglichen Abschluss einer Pflegesatzvereinbarung für 2001 zu verzichten. Stattdessen wurden im März 2002 auf der Grundlage der Liquiditätsvereinbarung die Pflegesatzverhandlungen für das Geschäftsjahr 2002 aufgenommen.

Die Erlöse aus Wahlleistungen betrugen 3,5 Mio. € (Vorjahr 3,6 Mio. €).

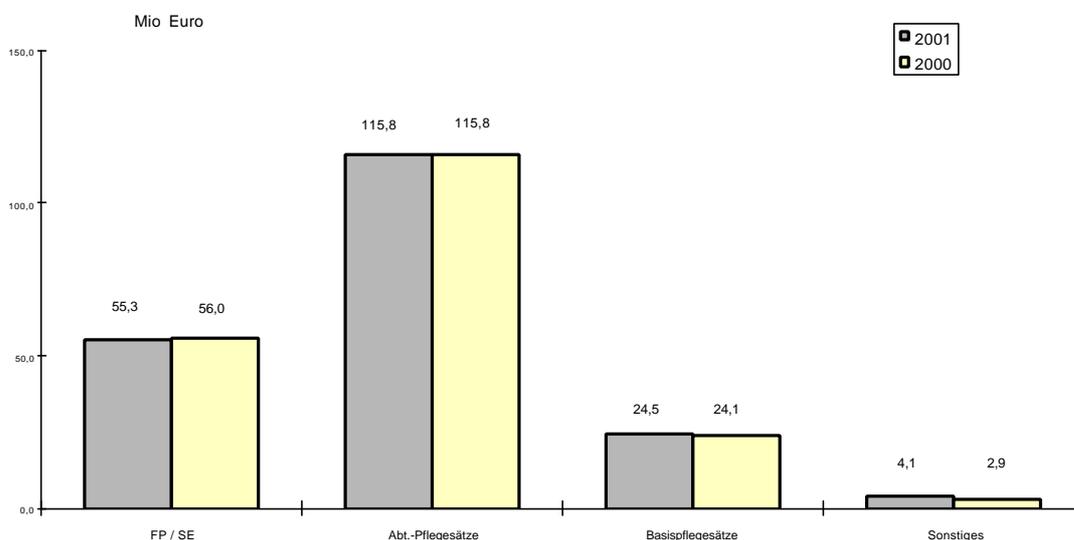
Zusammen mit dem von den Krankenkassen abgerechneten Gesamtbudget unter Berücksichtigung des Budgetausgleichs (+ 1,7 Mio. €) ergeben sich Umsatzerlöse für den stationären Bereich in Höhe von 205,1 Mio. € (Vorjahr 202,0 Mio. €).

Es wurden 96 Fallpauschalen, 148 Sonderentgelte und 30 Abteilungs- und Intensivpflegesätze abgerechnet. Hinzu kamen 6 teilstationäre Pflegesätze sowie die Basispflegesätze für teil- und vollstationäre Behandlungen.

Zusätzlich konnte das am 01.04.1998 gestartete Modellvorhaben „Operative Onkologie“ mit 19 gesondert entwickelten Fallpauschalen und 3

Pauschalen für Intensivpflege erfolgreich weitergeführt und über das Jahr 2001 hinaus verlängert werden.

Umsatzerlöse stationäre Krankenversorgung



Die Abrechnung der stationären Leistungen erfolgte mit 55,3 Mio. € (27,7 %) über Fallpauschalen und Sonderentgelte. Der übrige Umsatz in Höhe von 144,4 Mio. € (72,3 %) wurde ins-

besondere über die Abteilungspflegesätze (115,8 Mio. €) sowie die Basispflegesätze (24,5 Mio. €) abgerechnet.

Bettenstruktur

| Klinik für | GESAMTBETTEN-/PLÄTZE | | AUFGESTELLTE BETTEN | |
|---|----------------------|--------------|---------------------|----------------|
| | 2001 | 2000 | 2001 | 2000 |
| Allgemeine Innere Medizin | 102 | 95 | 97,4 | 91,0 |
| Kardiologie | 55 | 62 | 53,9 | 45,1 |
| Nephrologie | 27 | 27 | 27,0 | 27,0 |
| Dermatologie, Venerologie und Allergologie | 65 | 70 | 60,5 | 64,0 |
| Allgemeine Pädiatrie | 70 | 79 | 70,0 | 79,0 |
| Kinderkardiologie | 25 | 20 | 25,0 | 20,0 |
| Neuropädiatrie | 15 | 15 | 15,0 | 15,0 |
| Allgemeine Chirurgie und Thoraxchirurgie | 107 | 114 | 105,5 | 111,7 |
| Herz- und Gefäßchirurgie | 61 | 57 | 61,0 | 56,3 |
| Urologie | 39 | 40 | 39,0 | 38,9 |
| Unfallchirurgie (Traumatologie) | 50 | 56 | 50,0 | 54,3 |
| Gynäkologie und Geburtshilfe | 82 | 101 | 76,4 | 87,7 |
| Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde, Kopf- und Halschirurgie | | | | |
| Phoniatrie und Pädaudiologie | 79 | 80 | 75,0 | 79,2 |
| Orth- und Pleoptik | | | | |
| Ophthalmologie | 49 | 60 | 46,2 | 53,6 |
| Neurochirurgie | 72 | 70 | 72,0 | 67,7 |
| Orthopädie | 50 | 77 | 45,2 | 70,0 |
| Psychiatrie und Psychotherapie | 94 | 98 | 91,7 | 98,0 |
| Neurologie | 64 | 60 | 64,0 | 60,0 |
| Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychosomatik | 25 | 23 | 25,0 | 23,0 |
| Psychotherapie und Psychosomatik | 8 | 8 | 8,0 | 8,0 |
| Zahnerhaltungskunde und Parodontologie | | | | |
| Kieferorthopädie | | | | |
| Zahnärztliche Prothetik, Propädeutik und Werkstoffkunde | | | | |
| Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie | 24 | 34 | 22,1 | 28,3 |
| Anästhesiologie und Operative Intensivmedizin | 6 | 6 | 6,0 | 6,0 |
| Schmerztherapie | 8 | 10 | 7,9 | 7,4 |
| Strahlentherapie (Radioonkologie) | 17 | 17 | 17,0 | 16,7 |
| Diagnostische Radiologie | 4 | 4 | 4,0 | 3,9 |
| Nuklearmedizin | 9 | 10 | 9,0 | 9,7 |
| II. Medizinische Klinik und Poliklinik | 9 | 12 | 9,0 | 12,0 |
| | 1.216 | 1.305 | 1.182,8 | 1.233,5 |
| Tagesklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie | 10 | 10 | 10,0 | 10,0 |
| Tagesklinik für Dermatologie | 18 | 18 | 18,0 | 20,0 |
| Tageskliniken für Tumorthherapie: | | | | |
| - Innere Medizin | 14 | 14 | 14,0 | 14,0 |
| - Frauenheilkunde und Geburtshilfe | 9 | 9 | 9,0 | 9,0 |
| - Strahlenheilkunde | 7 | 7 | 7,0 | 7,0 |
| Dialyse | 15 | 15 | 15,0 | 15,0 |
| | 1.289 | 1.378 | 1.255,8 | 1.308,5 |

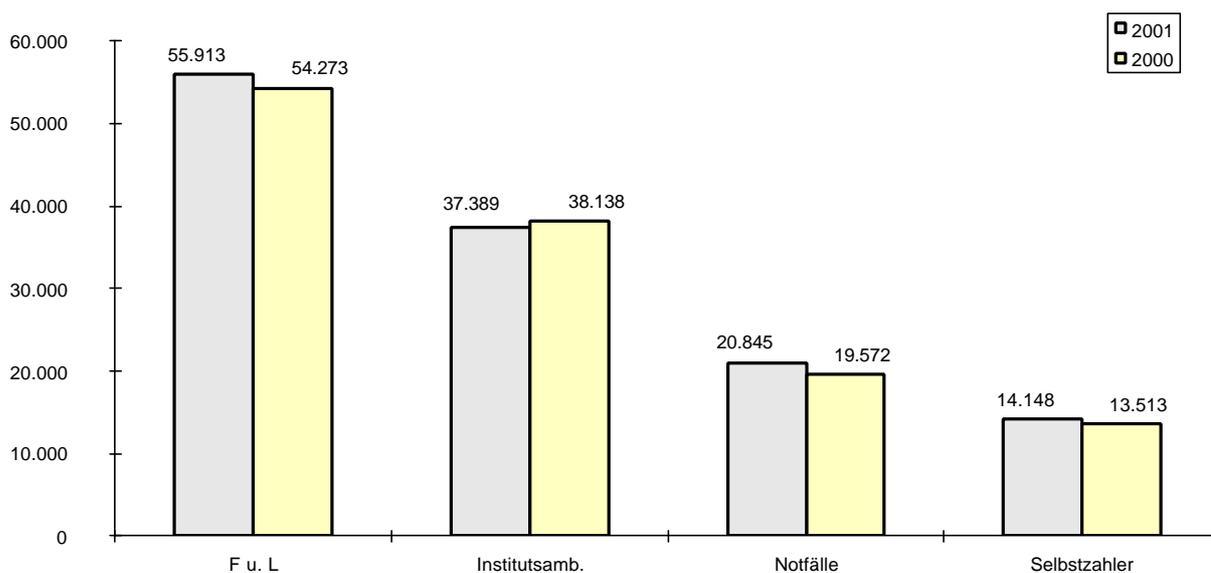
Ambulante Krankenversorgung

In den Ambulanzen des UKK wurden im Geschäftsjahr 2001 insgesamt 128.295 Patienten (i. Vj. 125.496) behandelt, davon 55.913 Patienten (i. Vj. 54.273) im Rahmen der Forschungs- und Lehrtätigkeiten (Polikliniken) und 37.389 Patienten (i. Vj. 38.138) auf der Grundlage von Institutsermächtigungen und Persönlichen Ermächtigungen.

Des Weiteren wurden 20.845 Notfallbehandlungen (i. Vj. 19.572) durchgeführt. 14.148 Patienten waren Selbstzahler (i. Vj. 13.513).

Die Erlöse aus ambulanten Leistungen betragen insgesamt rund 9,5 Mio. € (i. Vj. 9,4 €).

Patienten



Die Ambulanzen des Klinikums waren im Geschäftsjahr 2001 geprägt durch die Umstellung der Institutsermächtigungen auf Persönliche Ermächtigungen ab dem 1.4.2001, die von der Kassenärztlichen Vereinigung und vom Zulassungsausschuss für Ärzte erzwungen worden sind. Erschwerend und Erlösmindernd kam hinzu, dass die Kassenärztliche Vereinigung

Schleswig-Holstein gegen nahezu alle Ermächtigungen des Zulassungsausschusses für Ärzte Widerspruch einlegte, die erst nach einem längeren Zeitraum durch den Widerspruchsausschuss ausgeräumt werden konnten. Dadurch ist dem UKK ein Mindererlös in Höhe von 368 T€ für 749 kostenlos behandelte Patienten entstanden.

Vermögens- und Finanzlage

| | 31.12.2001 | | 31.12.2000 | |
|--|----------------|--------------|----------------|--------------|
| Aktiva | T€ | % | T€ | % |
| Anlagevermögen (Langfristig gebundenes Vermögen) | 182.342 | 74,8 | 176.859 | 72,6 |
| Vorräte | 10.552 | 4,3 | 11.548 | 4,7 |
| Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 47.523 | 19,5 | 39.099 | 16,1 |
| Forderungen an den Träger | 67 | 0,0 | 101 | 0,1 |
| Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht | 201 | 0,1 | 0 | 0,0 |
| Flüssige Mittel | 2.039 | 0,8 | 14.675 | 6,0 |
| Sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten | 1.090 | 0,5 | 1.254 | 0,5 |
| Umlaufvermögen | 61.472 | 25,2 | 66.677 | 27,4 |
| | 243.814 | 100,0 | 243.536 | 100,0 |
| Passiva | | | | |
| Eigenkapital | 14.661 | 6,0 | 20.550 | 8,4 |
| Sonderposten | 171.227 | 70,2 | 166.025 | 68,2 |
| Langfristig verfügbare Mittel | 185.888 | 76,2 | 186.575 | 76,6 |
| Rückstellungen | 16.513 | 6,8 | 16.586 | 6,8 |
| Verbindlichkeiten gegenüber der Landeshauptkasse Kiel | 532 | 0,2 | 0 | 0,0 |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie erhaltene Anzahlungen | 19.366 | 7,9 | 16.709 | 6,9 |
| Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger | 2.248 | 0,9 | 10.819 | 4,4 |
| Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht | 0 | 0,0 | 1.150 | 0,5 |
| Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber der Medizinischen Fakultät | 5.937 | 2,4 | 0 | 0,0 |
| Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten | 13.330 | 5,5 | 11.697 | 4,8 |
| Fremde Mittel | 57.926 | 23,8 | 56.961 | 23,4 |
| | 243.814 | 100,0 | 243.536 | 100,0 |

Die Bilanzsumme des UKK erhöhte sich gegenüber der Bilanz zum 31.12.2000 geringfügig um 278 T€ bzw. 0,11 %.

Das Anlagevermögen erhöhte sich um 5.483 T€ bzw. 3,1 %. Um diesen Betrag überstiegen die Anlagenzugänge die Abschreibungen und Anlagenabgänge.

Das Vorratsvermögen verminderte sich insgesamt um 996 T€ bzw. 8,6 %. Die Vorräte an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 835 T€ bzw. 7,9 %. Die Unfertigen Leistungen verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 161 T€ oder 15,9 %. Es handelt sich hierbei um Abgrenzungen von Fallpauschalen für Patienten, die am Bilanzstichtag noch nicht entlassen waren.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 8.424 T€ oder 21,5 %. Diese Erhöhung ist überwiegend auf einen Anstieg der Forderungen aus stationären Leistungen zurückzuführen, wofür insbesondere folgende Gründe maßgeblich sind:

- Erhöhung der Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen gegenüber 2000 um 3.146 T€ (siehe G.u.V. Pos. 1)
- Höherer Anteil der am Bilanzstichtag noch nicht fälligen Forderungen insbesondere gegenüber den vier umsatzstärksten Krankenkassen
- Strittige Abrechnungsfälle bzgl. der Klinik für Herzchirurgie

Die Forderungen an den Träger beinhalten nur noch Nachversicherungen für Mitarbeiter gegenüber dem Land Schleswig-Holstein.

Die Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht erhöhten sich um 201 T€ bzw. 100 %. Hierbei handelt es sich ausschließlich um Forderungen nach der Bundespflegesatzverordnung für das Geschäftsjahr 2001. Im Vorjahr ergab sich für das UKK eine Verbindlichkeit nach der Bundespflegesatzverordnung.

Die flüssigen Mittel verminderten sich um 12.636 T€ Diese Verringerung hängt hauptsächlich zusammen mit der Zunahme der Forderungen und der Auflösung von Verbindlichkeiten aus noch nicht verwendeten Investitionsmitteln.

Im Bereich der Sonstigen Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten ist gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung um 164 T€ bzw. 13,1 % zu verzeichnen.

Das Eigenkapital verminderte sich um 5.889 T€ bzw. 28,66 %. Ein wesentlicher Grund hierfür ist die vom Aufsichtsrat beschlossene Umgliederung der Rücklage für besondere Forschungsprojekte in eine Verbindlichkeit gegenüber der Medizinischen Fakultät.

Der Sonderposten hat sich um 5.202 T€ bzw. 3,1 % erhöht. Der Anstieg korrespondiert mit der Erhöhung des Anlagevermögens.

Bei den Rückstellungen ist gegenüber dem Vorjahr eine geringfügige Verminderung von 73 T€ oder 0,4 % zu verzeichnen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Landeshauptkasse erhöhten sich um 532 T€ bzw. 100%. Hierbei handelt es sich um einen negativen Bankbestand des UKK bei der Landeshauptkasse, die ein Konto bei der Landeszentralbank für das UKK unterhält.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie erhaltenen Anzahlungen erhöhten sich gegenüber 2000 um insgesamt 2.657 T€ oder 15,9 %. Der Anstieg ist einerseits darauf zurückzuführen, dass Rechnungen für Energielieferungen für den Zeitraum September bis Dezember 2001 durch interne Probleme des Zulieferers erst im Januar des Folgejahres vorlagen. Andererseits wurde ein Großgerät Ende 2001 angeschafft und erst im Folgejahr bezahlt. Außerdem haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber Liefereranten des Medizinischen Bedarfs infolge gestiegenem Verbrauchs erhöht.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger betreffen den noch nicht verwendeten Investitionszuschuss des Landes und verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 8.571 T€ bzw. 79,2 %. Diese Verminderung resultiert insbesondere

aus der Umschichtung von Investitionsmitteln in den Erfolgsplan. Der Bestand per 31.12.2001 in Höhe von 2.248 T€ war mit 1.889 T€ oder 84,0 % durch Aufträge gebunden, die vor Ende des Geschäftsjahres 2001 erteilt, aber noch nicht ausgeführt waren.

Die Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 1.150 T€ oder 100,0 %. Bei diesem Posten handelt es sich um Ausgleichsbeträge nach der Bundespflegesatzverordnung, die im Geschäftsjahr 2001 eine Forderung nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht ergeben.

Erstmalig wird im Jahresabschluss 2001 eine Verbindlichkeit gegenüber der Medizinischen Fakultät in Höhe von 5.937 T€ ausgewiesen. Bisher erfolgt der Ausweis dieser Mittel als Rücklage unter der Position Eigenkapital.

Die übrigen Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 7.570 T€ oder 64,7 %. Im wesentlichen ist diese Erhöhung auf Verbindlichkeiten aus noch nicht zweckentsprechend verwendeten Zuwendungen Dritter (1,6 Mio. €) und auf Verbindlichkeiten gegenüber der Medizinischen Fakultät (5,94 Mio. €) zurückzuführen.

Zusammenfassung der Gewinn- und Verlustrechnung

| | 2001 | | 2000 | |
|---|---------------|-----------------|---------------|-----------------|
| | T€ | T€ | T€ | T€ |
| Erlöse aus Allgemeinen Krankenhausleistungen | 201.545 | | 198.399 | |
| Erlöse aus Wahlleistungen | 3.518 | | 3.587 | |
| Erlöse aus Ambulanten Leistungen | 9.526 | | 9.354 | |
| Nutzungsentgelte der Ärzte | 10.089 | | 9.417 | |
| Bestandsveränderung an unfertigen Leistungen | -161 | | 111 | |
| Landeszuschuss für Forschung und Lehre | 69.514 | | 70.872 | |
| dazu: Umsetzung aus dem Finanzplan | 3.344 | | -822 | |
| Sonstige betriebliche Erträge | <u>30.950</u> | 328.325 | <u>24.734</u> | 315.652 |
| Personalaufwand | 201.189 | | 197.433 | |
| Materialaufwand | <u>87.911</u> | 289.100 | <u>81.633</u> | 279.066 |
| Zwischenergebnis | | 39.225 | | 36.586 |
| Erträge aus Investitionszuschüssen | 17.685 | | 24.836 | |
| Erträge aus der Auflösung von Sonderposten / Verbindlichkeiten | 22.893 | | 20.461 | |
| Aufwendungen aus der Zuführung von Investitionszuschüssen zu Sonderposten / Verbindlichkeiten | <u>18.343</u> | 22.235 | <u>25.322</u> | 19.975 |
| Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen | 23.100 | | 20.734 | |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | <u>40.577</u> | 63.677 | <u>35.136</u> | 55.870 |
| Zwischenergebnis | | -2.217 | | 691 |
| Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | | 893 | | 889 |
| Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | | -1.324 | | 1.580 |
| Steuern | | <u>13</u> | | <u>13</u> |
| Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | | -1.337 | | 1.567 |
| Zuführung zu Gewinnrücklagen | | 1.822 | | 4.432 |
| Entnahmen aus Kapitalrücklagen / Gewinnrücklagen | | <u>3.159</u> | | <u>2.865</u> |
| Bilanzgewinn / Bilanzverlust | | <u>0</u> | | <u>0</u> |

Die einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung sind in vorstehender Aufstellung zu wesentlichen Positionen zusammengefasst worden.

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.337 T€ wird durch die Auflösung von Kapital- und Gewinnrücklagen ausgeglichen.

Die **Ertragslage** des UKK entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

Die **Betriebserträge** (einschließlich Drittmittel) nahmen gegenüber dem Vorjahr um 12,7 Mio. € bzw. 4,0 % zu. Bei den **Personal- und Materialaufwendungen** ist dagegen eine Erhöhung um 10,0 Mio. € oder 3,6 % zu verzeichnen.

Bei den **Betriebserträgen** erhöhten sich insbesondere die Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen (+ 3,1 Mio. €) und die Erlöse aus Nutzungsentgelten der Ärzte (+ 0,7 Mio. €). Eine weitere Erhöhung in Höhe von 2,94 Mio. € erfolgte aufgrund der erstmaligen Auflösung von Verbindlichkeiten gegenüber der Medizinischen Fakultät.

Die Steigerung des **Personalaufwands** ist zu einem wesentlichen Teil auf die sonstigen Finanzierungsbereiche (z.B. Drittmittel und besondere Forschungsmittel) zurückzuführen. Bei

den aus dem Haushalt finanzierten, ergebniswirksamen Personalkosten konnte unter Berücksichtigung der vorgegebenen Tarifsteigerung eine Einsparung von rd. 0,6 Mio. € erzielt werden.

Die Zunahme der **Materialaufwendungen** wurde im Geschäftsjahr 2001 im wesentlichen durch höhere Aufwendungen des medizinischen Bedarfs (+ 4,1 Mio. € bzw. 7,2 %) sowie des Wirtschaftsbedarfs (1,4 Mio. € bzw. 8,4 %) verursacht.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2000 um 5.441 T€ bzw. 15,5 %. Ein wesentlicher Anteil hiervon ist auf die Aufwendungen aus der Zuführung von Verbindlichkeiten gegenüber der Medizinischen Fakultät zurückzuführen.

Die Zinserträge stiegen gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 4 T€.

Das **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** beträgt im Geschäftsjahr 2001 - 1.324 T€ und hat sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2000 um 2.904 T€ verschlechtert.

Weitergehende Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung sind dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen.

Risiken der künftigen Entwicklung

Der finanzielle Handlungsspielraum des Universitätsklinikums Kiel ist durch die seit Jahren zunehmend schwieriger werdende wirtschaftliche Lage erheblich eingeengt worden. Der Vorstand sieht diese Entwicklung mit großer Sorge, da mit ihr die Gefahr von Betriebsverlusten und der weitere Verlust von Arbeitsplätzen verbunden sind.

Die Ursachen für diese Entwicklung liegen zum einen in der seit Jahren gedeckelten Erlössituation für die Stationären Krankenhausleistungen, die zwischenzeitlich nicht einmal mehr die Kosten der laufenden Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst vollständig finanziert und die keine reale Möglichkeit bietet, nicht vermeidbare Mehrkosten des Medizinischen Fortschrittes sowie der steigenden Zahl der Patienten zu finanzieren. Die für das UKK gesetzlich geregelte Tarifbindung an den BAT schwächt die Konkurrenzfähigkeit und die Marktstellung des Klinikums erheblich. Beste Beispiele sind zum einen die Erhöhung der VBL-Beträge im Geschäftsjahr 2002, die eine zusätzliche Kostenbelastung von 2,96 Mio. € bedeuten und zum anderen das tarifvertraglich festgelegte Recht auf Altersteilzeit, von dem zunehmend Gebrauch gemacht wird.

Des Weiteren wird der Landeszuschuss für Forschung und Lehre seit Jahren kontinuierlich abgesenkt. Von 1996 bis 2001 erfolgte eine Reduzierung um 8,9 Mio. € oder 11,7 %.

Im Geschäftsjahr 2002 wird eine weitere Zuschussreduktion um rd. 2,3 Mio. € erfolgen.

Die zwischenzeitlich eingetretene erhebliche Unterfinanzierung in der Lehre (Humanmedizin und Zahnmedizin) sowie in der Forschung (Grundausrüstung und Ergänzungsausrüstung) entwickelt sich zur wirtschaftlichen Belastung des UKK. Sie wurde von der Medizinischen Fakultät für 2001 überschlägig mit 17,8 Mio. € ermittelt.

Die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Universitätsklinikums Kiel wird in den nächsten Jahren besonders abhängig sein vom Krankenhausplan des Landes Schleswig-Holstein, der zum 1. Januar 2001 in Kraft getreten ist, sowie das vom Gesetzgeber vorgesehene neue Vergütungssystem für stationäre Krankenhausleistungen (DRG-System). Für die Umstellung auf das neue Entgeltsystem hat der Vorstand eine Projektorganisation eingesetzt, bestehend aus einer Projektleitungsgruppe, einer Projektgruppe und verschiedenen Arbeitsgruppen. Diese hat die Aufgaben

- das neue Vergütungssystem zum 1. Januar 2003 einzuführen,
- die Stationären Erlöse abzusichern und zu optimieren,
- die Kostentransparenz zu erhöhen und
- die Qualität der Leistungen zu sichern.

Das UKK ist in das Benchmarking-Projekt der Deutschen Universitätskliniken eingebunden. Erste Ergebnisse zeigen zum einen, dass das UKK gegenüber nahezu allen anderen Universitätskliniken eine kostengünstige Erlösstruktur

aufweist. Zum anderen lassen Vergleiche mit außeruniversitären Krankenhäusern erhebliche

Erlörisiken erkennen. Des Weiteren beabsichtigt das UKK im Geschäftsjahr 2002 eine kurzfristige Nachkalkulation der DRG-Leistungen unter Beteiligung eines externen Sachverständigen durchführen zu lassen.

Die Rechtslage hinsichtlich der Höhe der Erlöse aus Wahlleistungen ist noch nicht abschließend geklärt.

Die anhaltende Deckelungsphase für das stationäre Budget lässt für das Geschäftsjahr 2002 die gesetzlich vorgesehene Fortschreibung des Budgets 2001 mit einer Gesamt-Lohnsummensteigerung von 1,5 % erwarten. Das bedeutet, dass zusätzliche Kosten des medizinischen Fortschrittes sowie Fallzahlsteigerungen weiterhin nicht vergütet werden.

Die für 2002 zu erwartenden ungünstigen Bedingungen werden erhebliche Kostenreduktionen – insbesondere im Personalbereich – erfordern. Der Vorstand geht davon aus, dass die Profit-Center-Struktur innerhalb des Klinikums diesen notwendigen Prozess erfolgreich unterstützen wird.

Die Risiken des Urteils des Europäischen Gerichtshofs zum Bereitschaftsdienst der Ärzte in Verbindung mit dem zwischenzeitlich vorliegenden Urteil des Arbeitsgerichts Kiel am 8. November 2001 werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch als gering eingestuft. Sollte sich die Einschätzung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland durch entsprechende obergerichtliche Urteile ändern, würden ein erhebliches

wirtschaftliches Risiko für das UKK durch die dadurch notwendig werdenden Neueinstellungen von Ärzten eintreten. Diese auch für alle anderen Krankenhäuser geltenden Risiken wären finanziell nur noch zu beherrschen, wenn entsprechende die Finanzierung sichernde Begleitgesetze beschlossen würden.

Angesichts der zunehmenden Konkurrenz auf dem Krankenhaussektor, die insbesondere Folge von Überkapazitäten sein dürfte, wird - neben der Medizinischen Qualität der Patientenversorgung - der Ausstattungsstandard des UKK wettbewerbsbestimmend sein. Der erhebliche Investitionsstau im UKK birgt ein nicht zu unterschätzendes Umsatzrisiko:

- Die Gebäudesubstanz nahezu aller Kliniken, mit unzureichenden Nasszellen und zu großen Patientenzimmern mit fehlendem Hotelstandard ist dringend sanierungsbedürftig
- Für dringende Ersatzbeschaffungen HBMG-fähiger Geräte fehlen sowohl Bundes- als auch Landesmittel in erforderlichem Umfang
- Für die dringende Ersatzbeschaffung sonstiger Geräte und Ausstattungen fehlen ausreichende Landesmittel.

Für die Beschaffung der Investitionsgüter gilt das Prinzip der dualen Finanzierung, das vorsieht, dass Investitionen zu Lasten des Landes und des Bundes zu finanzieren sind. Der beständig enger werdende Finanzrahmen sowohl des Bundes als auch des Landes hat kontinuierlich dazu geführt, dass zwischenzeitlich ein erheblicher Investitionsstau sowohl an der Gebäudesubstanz als auch auf dem Sektor der Geräte und Ausstattung eingetreten ist.

Ausblick

Forschung

Der Vorstand hält an seinem Vorhaben fest, in den nächsten Jahren in enger Abstimmung mit der Medizinischen Fakultät anzustreben, die Mittel für die besonderen Forschungs- und Lehrvorhaben schrittweise anzuheben. Für die besonderen von der Medizinischen Fakultät begutachteten Forschungs- und Lehrvorhaben wurden in den Jahren 1996 bis 2001 durchschnittlich 2.393 T€ p. a. für zusätzliche Personal- und Sachaufwendungen und Investitionen zur Verfügung gestellt. Hinzu kamen im Geschäftsjahr 2001 1,5 Mio. € für besondere wissenschaftliche Ausgaben der Kliniken und Institute.

Die verbesserte Finanzierung der interdisziplinären Forschung soll durch Mittelumschichtungen realisiert werden.

Im Bereich der Drittmittelinwerbung strebt die Medizinische Fakultät mittelfristig einen Umsatz an, der deutlich über dem bundesweiten Mittelwert liegt. Der Drittmittelzufluss Im Geschäftsjahr 2001 lag im Klinikum (ohne Vorklinik) bei 18,0 Mio. € (Vorjahr 12,1 Mio. €). Die Summe der bewilligten Drittmittel der Kliniken und Institute (ohne Vorklinische Institute) lag im Geschäftsjahr 2001 bei 29,2 Mio. € (Vorjahr 14,5 Mio. €).

Der Vorstand strebt in enger Zusammenarbeit mit der Medizinischen Fakultät an, kurzfristig die Forschungsarbeit durch den Neubau der Zentralen Tierhaltung auf dem Klinikumsgelände entscheidend zu verbessern. Mit dem Bau wurde im Geschäftsjahr 2001 begonnen.

Lehre, Studentenausbildung

Die Approbationsordnung gibt für die Studentische Lehre ein präzises Curriculum vor.

In der Medizinischen Fakultät werden unter Koordination des Studiendekans Lehrstrukturen und Unterrichtsformen entwickelt, die die bisherige vorbildliche Ausbildung sichern sollen.

Durch diese Maßnahmen ist es der Medizinischen Fakultät gelungen, in den bundesweiten Examina einen Platz in der Spitzengruppe der deutschen Universitäten einzunehmen.

Im Rahmen einer leistungsorientierten Vergabe der Mittel für Forschung und Lehre spielt die Evaluierung der Lehre zukünftig eine wichtige Rolle. Über den Studiendekan ist ein Pilotprojekt

initiiert worden, dessen Ergebnis Grundlage einer Gesamtlehreevaluierung im Universitätsklinikum Kiel werden wird.

Zwischen der Gesellschaft für Systemberatung im Gesundheitswesen (GSbG mbH), dem Rektorat der CAU sowie dem UKK wurde ein Kooperationsvertrag zur Förderung der Gesundheitsökonomie geschlossen. Ziel der Kooperationsvereinbarung ist zum einen die Gründung einer Gemeinnützigen Gesellschaft sowie die Einrichtung eines Stiftungslehrstuhls für Gesundheitsökonomie.

Krankenversorgung

Mit Wirkung zum 01.01.2000 hat das Universitätsklinikum Kiel flächendeckend eine Profit-Center-Struktur eingeführt. Durch die Übertragung der wirtschaftlichen Verantwortung und der Entscheidung über die Verwendung der Finanzmittel auf den jeweiligen Direktor oder die Direktorin der Abteilung gemäß § 125, Absatz 4 HSG wird den Kliniken, Instituten und zentralen Einrichtungen die Möglichkeit gegeben, sich mit höherer Flexibilität auf neue Anforderungen des Marktes einzustellen und damit stärker zum wirtschaftlichen Gesamterfolg des "Unternehmens" Universitätsklinikum Kiel beizutragen.

Eigeninitiative und Eigenverantwortlichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Motiva-

tion und unternehmerisches Denken werden durch die neue Unternehmensstruktur gefördert.

Wirtschaftliche Ziele sind zum einen, im Bereich der stationären Krankenversorgung eine stabile Finanzierung und zum anderen eine ausreichende Finanzierung der Aufgaben der Forschung und der Lehre zu erreichen.

Die Krankenversorgung am Standort Kiel wird in den kommenden Jahren geprägt sein von der Zielsetzung, u.a. Kooperationen mit externen Partnern des Gesundheitswesens einzugehen sowie die verschiedenen Dienstleistungsprozesse wirtschaftlicher zu organisieren.

Darüber hinaus soll die zum 1. Januar 2003 geplante Fusion der beiden Universitätsklinika des Landes zum Universitätsklinikum Schleswig-Holstein als Chance genutzt werden zum einen für Kostenreduktionen und zum anderen um die bereits heute bestehende starke Position auf dem Gesundheitsmarkt zu stärken und auszubauen.

Die zunehmenden Kooperationen sollen zur wirtschaftlichen Stärkung des Universitätsklinikums Kiel beitragen, ohne das hohe Niveau der Krankenversorgung auf der einen Seite und den wissenschaftlichen Auftrag auf der anderen Seite zu gefährden.

Als bereits realisierte oder in Vorbereitung befindliche Beispiele für Kooperationen sind zu nennen:

- Der Kooperationsvertrag mit dem Westküstenklinikum Heide über die Erbringung von Herzoperationen durch Mitarbeiter/innen des UKK am Standort Heide zur Optimierung der wohnortnahen Patientenversorgung und zur langfristigen wirtschaftlichen Sicherung des Herzchirurgischen Standorts in Kiel.
- Der Vertrag mit der Stadt Kiel über den Betrieb von 50 universitären Gesamtbetten/-plätze (Vorjahr Planbetten) der II. Medizinischen Klinik im Städtischen Krankenhaus.
- Die Kooperation mit der Schmerzlinik, einer Klinik in privater Trägerschaft, die eine umfassende medizinische und wissenschaftliche Zusammenarbeit regelt.
- Die Kooperationsvereinbarung mit dem Norddeutschen Epilepsiezentrum in Raisdorf unter der Trägerschaft des Deutschen Roten Kreuzes als wichtiger und integrativer Bestandteil der medizinischen und wissenschaftlichen Arbeit der Klinik für Neuropädiatrie .
- Die Vereinbarung mit einer Reha-Einrichtung, die es ermöglicht, im Rahmen von Fallpauschalen bestimmte Zeiten der stationären Versorgung einzukaufen und so Kapazitäten für zusätzliche, wirtschaftlich vorteilhafte Leistungen freizusetzen.
- Kooperation mit dem Westküstenklinikum Heide zur Übernahme der dortigen Nuklearmedizin sowie Strahlentherapie zur Intensivierung der Forschung sowie zur Optimierung der flächendeckenden Patientenversorgung aber auch zur wirtschaftlichen Stärkung des Standorts Kiel.
- Kooperation mit der dänischen Gesundheitsverwaltung, um dänischen Patientinnen und Patienten, die an Krebserkrankungen leiden, die Möglichkeit zu geben, sich im UKK behandeln zu lassen.
- Kooperation mit der norwegischen Gesundheitsbehörde mit dem Ziel, norwegische Patientinnen und Patienten in den Bereichen der Kinderkardiologie, der Neurologie und der Neurochirurgie im UKK zu behandeln.

- Kooperation mit einem arabischen Arzt zur Vermittlung von Patienten aus dem Arabischen Raum.
- Kooperation mit der Dräger Forum GmbH zur Förderung der Ausbildung von Krankenpflegekräften und Ärzten im Ausland, zunächst in Saudi-Arabien.
- Kooperation mit einer niedergelassenen Fachärztin für Strahlentherapie zur Einrichtung einer Praxis im UKK mit dem Ziel, in Forschung und Lehre zusammenzuarbeiten, Leistungen zu koordinieren und die Qualität der Krankenversorgung durch eine enge Verbindung von ambulanter und stationärer Heilbehandlung zu verbessern.
- Kooperation mit einem niedergelassenen Facharzt für Labormedizin zur Einrichtung ausgelagerter Praxisräume im UKK mit dem Ziel, vorhandene Laborkapazitäten bestmöglich zu nutzen, in Forschung und Lehre zusammenzuarbeiten und die Qualität der Krankenversorgung durch eine konsiliarische Zusammenarbeit zu verbessern.
- Kooperation mit einer niedergelassenen Fachärztin für Nuklearmedizin zur Einrichtung einer Praxis im UKK mit dem Ziel, in Forschung und Lehre zusammenzuarbeiten, Leistungen zu koordinieren und die Qualität der Krankenversorgung durch eine enge Verbindung von ambulanter und stationärer Heilbehandlung zu verbessern.
- Kooperation mit einem niedergelassenen Facharzt für Pathologie zur Einrichtung

ausgelagerter Praxisräume im UKK mit dem Ziel, vorhandene Laborkapazitäten bestmöglich zu nutzen, in Forschung und Lehre zusammenzuarbeiten sowie die Qualität der Krankenversorgung zu verbessern.

Angestrebt werden Vereinbarungen mit niedergelassenen Ärzten zur kunden- und patientenorientierten Verzahnung zwischen ambulanter und stationärer Krankenversorgung auf dem Gelände des Universitätsklinikums Kiel oder in dessen unmittelbarer Nähe. Hierdurch lässt sich eine besser koordinierte ärztliche Betreuung erreichen.

Das UKK ist an folgenden Gesellschaften beteiligt:

- CEMET Center of Excellence in Medical Technology Schleswig-Holstein GmbH, deren Gegenstand die Förderung der Zusammenarbeit zwischen medizinisch-wissenschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Einrichtungen sowie Wirtschaftsunternehmen aus Schleswig-Holstein ist.
- Patent- und Verwertungsagentur GmbH Schleswig-Holstein, deren Gegenstand die Förderung des Technologietransfers, insbesondere durch Unterstützung von Patent- und Verwertungsaktivitäten für wissenschaftliche Einrichtungen in Schleswig-Holstein ist.

Die Kliniken für Orthopädie und Unfallchirurgie werden zu einem „Zentrum für Unfallchirurgie und Orthopädie“ zusammengefasst.

Die Institute für Rechtsmedizin in Kiel und Lübeck werden seit dem Sommersemester 2000 in Personalunion geleitet.

Die gemeindenahere Patientenversorgung der Stadt Kiel soll durch eine neu zu gründende Psychiatrie-Gesellschaft übernommen werden, an der das Universitätsklinikum Kiel mehrheitlich beteiligt sein wird. Die Belange der Forschung und Lehre sollen über einen entsprechenden Kooperationsvertrag abgesichert werden.

Auf dem Zentralgelände des Klinikums soll Ende des Jahres 2003 der Neubau für das Neurozentrum fertiggestellt sein. Die Kliniken für Neurochirurgie und Neurologie sowie die mit einer C-3-Professur ausgestattete Sektion Neuroradiologie werden unter einem Dach zusammengeführt. Gleichzeitig wird eine gemeinsame zentrale Notfallaufnahme ihren Betrieb aufnehmen. Im Juni 2001 wurde eine STROKE-UNIT mit 6 Betten in Betrieb genommen.

In der Frauenklinik wurde der geburtshilfliche Bereich saniert und eine neonatologische Station zur Betreuung Neugeborener realisiert. Im Herbst des Jahres 2001 fand die Grundsteinlegung für das Dr. Mildred-Scheel-Haus auf dem Zentralgelände des UKK statt, das maßgeblich durch die Deutsche Krebshilfe gefördert wird.

Ende des Geschäftsjahres 2001 wurde mit der Sanierung des Bettenhauses der Orthopädischen Klinik begonnen.

Trotz der erfreulichen Investitionstätigkeit im UKK muss auf den erheblichen Investitionsstau hingewiesen werden, der sich in den letzten Jahren kontinuierlich gesteigert hat. Der Vorstand wird deshalb die Bereitstellung der notwendigen Mittel gegenüber dem Land Schleswig-Holstein weiterhin mit Nachdruck beantragen.

Ergänzend werden besondere Formen der Finanzierung geplant und größtenteils bereits praktiziert:

- Finanzierung medizinischer Geräte über Nutzungsentgelte, die je Einzelleistung über das betreffende Profit-Center abgerechnet werden (z. B. Röntgen, Labor). Das UKL plant entsprechende Modellvorhaben.
- Finanzierung der Sanierung und Herrichtung von Wahlleistungsbereichen, die durch Bankguthaben des UKK finanziert werden. Ein vom UKK beantragtes 6,1 Mio. € Investitionsprogramm wurde vom Aufsichtsrat des UKK genehmigt. Mit der Realisierung wurde im Geschäftsjahr 2001 begonnen. Die Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen werden über die Erlöse für Wahlleistungen refinanziert.
- Die Finanzierung der nicht HBMG-fähigen Beschaffung medizinischer sowie sonstiger Geräte und Ausstattungsgegenstände im Rahmen des verfügbaren Bankguthabens des UKK. Die Refinanzierung der Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen erfolgt durch Einsparungen in den jeweiligen Profit-Center-Budgets. Im Geschäfts-

jahr 2001 stand für diese Beschaffungsform ein Budget in Höhe von 0,5 Mio. € zur Verfügung. Dieses Budget wurde im Wirtschaftsplan für 2002 auf 5,1 Mio. € erhöht.

- Neubau und Betrieb von Einrichtungen (z. B. Physikalische Therapie) mit Fremdkapital durch ein Tochterunternehmen oder durch einen privaten Träger. Dieser Finanzierungsweg soll modellhaft für die Zentrale Physikalische Therapie erprobt werden.

Der Vorstand strebt an, die Dienstleistungsaufgaben professioneller und wirtschaftlicher zu organisieren sowie notwendige Investitionen zu unterstützen.

Als eine Möglichkeit sieht der Vorstand die Gründung umsatzsteuerbegünstigter Gesellschaften (Organschaften), die gemeinsam mit professionellen Kooperationspartnern zu betreiben wären.

Hierfür in Frage kommende Bereiche könnten z. B. das Rechenzentrum, die Zentralsterilisation und der Reinigungsdienst sein. Alternativ zur Organisation in Tochtergesellschaften oder als Vorstufe wären auch Kooperationen mit kompetenten Anbietern denkbar, die das gleiche Ziel der qualitativ hochwertigen und wirtschaftlichen Leistungserbringung haben müssten.

Als Modell einer neuen Betriebsform soll auch die Zentrale Physikalische Therapie dienen, die - ggf. ergänzt um eine orthopädische Werkstatt, Rehamöglichkeiten o. ä. - auf dem Zentralgelände des Klinikums mit fremdem Kapital in einem Neubau errichtet werden soll. In dem Wirtschaftsplan für 2002 ist ein Betrag in Höhe von 120 T€ für den Erwerb entsprechender Unternehmensbeteiligungen aufgenommen worden.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die fachliche und persönliche Qualifikation unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist der Schlüssel für die erfolgreiche Tätigkeit in der Forschung und Lehre sowie in der Krankenversorgung auf Spitzenniveau.

Der Einsatz des aus Mitteln der Krankenversorgung sowie des Landeszuschusses für Forschung und Lehre finanzierten Personals im Geschäftsjahr 2001 entspricht dem Niveau des Vorjahres. Allerdings konnte durch eine günstigere Altersstruktur neu eingestellter Mitarbeiter eine Einsparung in Höhe von 0,6 Mio. € erreicht werden.

Im gesondert und zweckgebunden finanzierten Bereich (Drittmittel, Forschungsprojekte etc.) erhöhte sich der Personaleinsatz um 30,5 VK (13,6 %).

Von den 5.266 Beschäftigten (Vorjahr 5.289) betrug der Anteil der Frauen rd. 72,6 %.

Auch im Hinblick auf den hohen Frauenanteil im UKK sieht der Vorstand die Notwendigkeit, den Frauenanteil für höherdotierte und leitende Funktionen zu steigern. Der Vorstand ist bestrebt, mittelfristig durch geeignete Maßnahmen den Anteil der Frauen in diesen Bereichen um die im Frauenförderplan ausgewiesene Quote von 5 % pro Jahr zu erhöhen.

Ausbildung

Das UKK bietet 633 Ausbildungsplätze an für die Krankenpflege, die Ausbildung von Hebammen, Technische OP-Assistenten, Diätassistenten, Medizinisch-Technische Assistenten, Zahnärzthelferinnen bzw. Zahnmedizinische Fachangestellte sowie in der Tierpflege. Außerdem beteiligt sich das Universitätsklinikum Kiel maßgeblich an einer Kooperation zur Ausbildung von Operationstechnischen Assistenten in Kiel.

Fort- und Weiterbildung

Der Fort- und Weiterbildung wird besondere Priorität eingeräumt. Besonders hervorzuheben sind die Angebote der Fachweiterbildungen für die Anästhesiologie und Intensivpflege, für die Pädiatrische Intensivmedizin, für den Operationsdienst, für die Psychiatrie und für die Leitung einer Pflegeeinheit sowie ein Mentorenlehrgang.

Der Vorstand dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des UKK, die mit ihrer Leistung, ihrer Einsatzfreude und ihrem Engagement zum Ergebnis des Geschäftsjahres 2001 beigetragen haben.

Der Dank gilt auch den Personalräten für die vertrauensvolle, kooperative und konstruktive Zusammenarbeit.

Jahresabschluss 2001

JAHRESBILANZ

AKTIVA

| | Stand 31.12.2001 | Stand 31.12.2000 |
|--|-----------------------|-----------------------|
| | € | € |
| A. Anlagevermögen: | | |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen | 1.064.152,15 | 760.883,08 |
| II. Sachanlagen: | | |
| 1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken | 84.139.168,45 | 86.644.369,80 |
| 2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken | 2.751.742,06 | 2.401.443,44 |
| 3. Technische Anlagen | 3.249.163,83 | 3.047.326,15 |
| 4. Einrichtungen und Ausstattungen | 35.598.811,01 | 30.716.561,93 |
| 5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | 55.538.630,09 | 53.288.525,11 |
| | 181.277.515,44 | 176.098.226,43 |
| B. Umlaufvermögen: | | |
| I. Vorräte: | | |
| 1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | 9.697.588,49 | 10.532.945,17 |
| 2. Unfertige Leistungen | 854.322,83 | 1.015.369,31 |
| | 10.551.911,32 | 11.548.314,48 |
| II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände: | | |
| 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 47.522.597,57 | 39.098.911,25 |
| <i>davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr:</i> | <i>0,00 €</i> | |
| <i>(31.12.2000: 0,00 €)</i> | | |
| 2. Forderungen an den Krankenhausträger | 66.528,26 | 101.293,16 |
| <i>davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr:</i> | <i>0,00 €</i> | |
| <i>(31.12.2000: 0,00 €)</i> | | |
| 3. Forderungen nach dem Krankenhaus- finanzierungsrecht | 201.388,00 | 0,00 |
| <i>davon nach der BpflV 201.388,00 €</i> | | |
| <i>(31.12.2000: 0,00 €)</i> | | |
| <i>davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr:</i> | <i>0,00 €</i> | |
| <i>(31.12.2000: 0,00 €)</i> | | |
| 4. Sonstige Vermögensgegenstände | 123.196,89 | 315.662,35 |
| <i>davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr:</i> | <i>0,00 €</i> | |
| <i>(31.12.2000: 0,00 €)</i> | | |
| | 47.913.710,72 | 39.515.866,76 |
| III. Schecks, Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten sowie der Landeshauptkasse Kiel | 2.039.365,42 | 14.674.371,89 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten: | | |
| 1. Andere Abgrenzungsposten | 967.369,60 | 937.863,81 |
| | 243.814.024,65 | 243.535.526,45 |

JAHRESBILANZ

PASSIVA

| | Stand 31.12.2001 | | Stand 31.12.2000 | |
|--|----------------------|-----------------------|----------------------|-----------------------|
| | € | € | € | € |
| A. Eigenkapital: | | | | |
| 1. Festgesetztes Kapital | 6.668.440,98 | | 6.668.440,98 | |
| 2. Kapitalrücklagen | 3.536.247,06 | | 9.450.239,51 | |
| 3. Gewinnrücklagen | 4.456.627,32 | | 4.431.780,10 | |
| 4. Bilanzgewinn / - Bilanzverlust | <u>0,00</u> | 14.661.315,36 | <u>0,00</u> | 20.550.460,59 |
| B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens: | | | | |
| 1. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand | 164.464.657,68 | | 163.421.143,32 | |
| 2. Sonderposten aus sonstigen Zuweisungen | <u>6.762.746,56</u> | 171.227.404,24 | <u>2.603.896,57</u> | 166.025.039,89 |
| C. Rückstellungen | | | | |
| 1. Sonstige Rückstellungen | | 16.512.542,02 | | 16.586.461,49 |
| D. Verbindlichkeiten | | | | |
| 1. Gegenüber der Landeshauptkasse Kiel | 532.197,39 | | 0,00 | |
| <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:</i> | 532.197,39 € | | | |
| <i>(31.12.2000:</i> | 0,00 €) | | | |
| 2. Erhaltene Anzahlungen | 34.806,82 | | 162.047,84 | |
| <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:</i> | 34.806,82 € | | | |
| <i>(31.12.2000:</i> | 162.047,84 €) | | | |
| 3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 19.330.998,97 | | 16.546.922,30 | |
| <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:</i> | 16.879.036,52 € | | | |
| <i>(31.12.2000:</i> | 13.368.720,86 €) | | | |
| 4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger: | | | | |
| - aus noch nicht zweckentsprechend verwendetem Investitionszuschuss | 2.248.413,63 | | 10.818.501,72 | |
| <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:</i> | 2.248.413,63 € | | | |
| <i>(31.12.2000:</i> | 10.818.501,72 €) | | | |
| 5. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhaus- finanzierungsrecht | 0,00 | | 1.149.514,34 | |
| <i>davon nach der Bundespflegesatz- verordnung</i> | 0,00 € | | | |
| <i>(31.12.2000:</i> | 1.149.514,34 €) | | | |
| <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:</i> | 0,00 € | | | |
| <i>(31.12.2000:</i> | 1.149.514,34 €) | | | |
| 6. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens | 1.242.379,70 | | 1.153.631,28 | |
| <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:</i> | 1.242.379,70 € | | | |
| <i>(31.12.2000:</i> | 1.153.631,28 €) | | | |
| 7. Sonstige Verbindlichkeiten | <u>18.023.434,78</u> | 41.412.231,29 | <u>10.531.494,06</u> | 40.362.111,54 |
| <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:</i> | 18.023.434,78 € | | | |
| <i>(31.12.2000:</i> | 10.531.494,06 €) | | | |
| <i>davon aus Steuern</i> | 1.954.991,63 € | | | |
| <i>(31.12.2000:</i> | 1.897.589,20 €) | | | |
| <i>davon im Rahmen der sozialen Sicherheit</i> | 7.645,03 € | | | |
| <i>(31.12.2000:</i> | 11.399,42 €) | | | |
| E. Rechnungsabgrenzungsposten: | | 531,74 | | 11.452,94 |
| | | <u>243.814.024,65</u> | | <u>243.535.526,45</u> |

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

| | 2001 | | 2000 | |
|--|----------------------|---------------------|----------------------|---------------------|
| | € | € | € | € |
| 1. Erlöse aus Allgemeinen Krankenhausleistungen | 201.544.828,33 | | 198.398.919,10 | |
| 2. Erlöse aus Wahlleistungen | 3.517.829,05 | | 3.586.457,64 | |
| 3. Erlöse aus Ambulanten Leistungen des Krankenhauses | 9.525.971,67 | | 9.353.469,91 | |
| 4. Nutzungsentgelte der Ärzte | 10.089.555,21 | | 9.417.417,21 | |
| 5. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen | -161.046,48 | | 110.903,79 | |
| 6. Zuweisungen und Zuschüsse | | | | |
| a. Zuweisungen und Zuschüsse des Landes, soweit nicht unter Nr. 10 | 69.513.710,29 | | 70.871.701,53 | |
| davon Umschichtung in den Finanzplan | -4.837.560,55 | | -2.269.999,77 | |
| dazu Umsetzung aus dem Finanzplan | 8.181.734,73 | | 1.448.326,48 | |
| b. Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand | 22.060,59 | | 7.997,86 | |
| 7. Sonstige betriebliche Erträge | <u>30.927.784,60</u> | 328.324.867,44 | <u>24.726.540,28</u> | 315.651.734,03 |
| davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre nach der BPfIV, soweit nicht unter Nr. 1 | 0,00 € | | | |
| (2000: 1.237.404,07 €) | | | | |
| 8. Personalaufwand | | | | |
| a. Löhne und Gehälter | 159.185.406,71 | | 156.062.064,05 | |
| b. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung | 42.003.125,88 | | 41.371.195,47 | |
| davon für Altersversorgung | 13.230.958,49 € | | | |
| (2000: 13.017.254,46 €) | | | | |
| 9. Materialaufwand | | | | |
| a. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | 67.997.147,05 | | 63.678.168,17 | |
| b. Aufwendungen für bezogene Leistungen | <u>19.914.155,33</u> | 289.099.834,97 | <u>17.953.856,04</u> | 279.065.283,73 |
| Zwischenergebnis | | 39.225.032,47 | | 36.586.450,30 |
| 10. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen | | | | |
| a. Investitionszuschuss des Trägers | | | | |
| - Zuschüsse | 4.133.469,57 | | 13.083.791,96 | |
| - Zuführung aus EP 12 | 7.632.156,84 | | 8.886.643,02 | |
| b. HBFG | | | | |
| - Zuschüsse | 948.187,77 | | 1.303.105,35 | |
| c. Sonstige Investitionszuschüsse | 4.971.725,10 | | 1.562.859,57 | |
| 11. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten / Verbindlichkeiten aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens | 22.892.914,69 | | 20.461.283,44 | |
| 12. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten / Verbindlichkeiten aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens | 18.342.788,21 | | 25.322.263,81 | |
| 13. Aufwendungen für nicht aktivierungsfähige Maßnahmen | <u>0,00</u> | 22.235.665,76 | <u>0,00</u> | 19.975.419,53 |
| 14. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen | 23.099.914,47 | | 20.733.878,56 | |
| 15. Sonstige betriebliche Aufwendungen | <u>40.577.860,20</u> | 63.677.774,67 | <u>35.136.375,09</u> | 55.870.253,65 |
| davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre nach der BPfIV, soweit nicht unter Nr. 1 | 0,00 € | | | |
| (2000: 38.740,59 €) | | | | |
| Zwischenergebnis | | -2.217.076,44 | | 691.616,18 |
| 16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | | 892.641,64 | | 889.047,15 |
| 17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | | -1.324.434,80 | | 1.580.663,33 |
| 18. Steuern | | 12.874,93 | | 13.408,67 |
| davon vom Einkommen und vom Ertrag | 0,00 | | | |
| 19. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag | | -1.337.309,73 | | 1.567.254,66 |
| 20. Zuführung zu Gewinnrücklagen | | 1.821.585,25 | | 4.431.780,12 |
| 21. Entnahmen aus Kapitalrücklagen / Gewinnrücklagen | | <u>3.158.894,98</u> | | <u>2.864.525,46</u> |
| 22. Bilanzgewinn / Bilanzverlust | | <u>0,00</u> | | <u>0,00</u> |

ANLAGENNACHWEIS

| Bilanzposition: Anlagengruppen | Anfangsstand | Zugang | Umbuchungen | Korrekturen | Abgang | Endstand | Anfangsstand | Zuführungen | Korrekturen | Entnahme für | Endstand | Restbuch- |
|---|-----------------------|----------------------|-------------------|-----------------------------|---------------------|-----------------------|-----------------------|----------------------|---------------------|-----------------------------|-----------------------|-----------------------|
| | € | € | | Reaktiv. AV und €- Diff. | | € | € | € | € | Reaktiv. AV und €- Diff. | Abgänge | € |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 |
| A.I. | | | | | | | | | | | | |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 2.744.383,72 | 651.855,81 | 28.887,61 | 0,12 | 17.468,45 | 3.407.658,81 | 1.983.500,64 | 376.621,01 | 0,02 | 16.615,01 | 2.343.506,66 | 1.064.152,15 |
| A.II. Sachanlagen | | | | | | | | | | | | |
| 1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken | | | | | | | | | | | | |
| | 156.020.120,07 | 9.627,86 | 884.774,37 | 0,07 | 0,00 | 156.914.522,37 | 69.375.750,27 | 3.399.603,63 | 0,02 | 0,00 | 72.775.353,92 | 84.139.168,45 |
| 2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschl. der Wohnbauten auf fremden Grundstücken | | | | | | | | | | | | |
| | 6.080.830,46 | 442,59 | 499.658,08 | -0,01 | 0,00 | 6.580.931,12 | 3.679.387,02 | 149.802,05 | -0,01 | 0,00 | 3.829.189,06 | 2.751.742,06 |
| 3. Technische Anlagen | 5.151.822,77 | 28.648,94 | 138.486,43 | 672.311,41 | 0,00 | 5.991.269,55 | 2.104.496,62 | 303.272,19 | 334.336,91 | 0,00 | 2.742.105,72 | 3.249.163,83 |
| 4. Einrichtungen und Ausstattungen | 138.698.742,25 | 13.710.647,51 | 1.394.731,24 | 8.522.268,59 | 4.624.891,48 | 157.701.498,11 | 107.982.180,32 | 11.042.065,00 | 7.588.131,78 | 4.509.690,00 | 122.102.687,10 | 35.598.811,01 |
| 5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | | | | | | | | | | | | |
| | 104.170.451,81 | 13.025.193,20 | -2.946.537,73 | 0,02 | 0,00 | 114.249.107,30 | 50.881.926,70 | 7.828.550,59 | -0,08 | 0,00 | 58.710.477,21 | 55.538.630,09 |
| | 410.121.967,36 | 26.774.560,10 | -28.887,61 | 9.194.580,08 | 4.624.891,48 | 441.437.328,45 | 234.023.740,93 | 22.723.293,46 | 7.922.468,62 | 4.509.690,00 | 260.159.813,01 | 181.277.515,44 |
| Gesamt: | 412.866.351,08 | 27.426.415,91 | 0,00 | 9.194.580,20 | 4.642.359,93 | 444.844.987,26 | 236.007.241,57 | 23.099.914,47 | 7.922.468,64 | 4.526.305,01 | 262.503.319,67 | 182.341.667,59 |

Anhang

Das Universitätsklinikum Kiel ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Es führt das Siegel der Hochschule mit einer das Klinikum kennzeichnenden Umschrift.



Organe des Klinikums sind der Aufsichtsrat und der Vorstand.

Für die Verbindlichkeiten des Universitätsklinikums Kiel haftet neben dem Klinikum das Land Schleswig-Holstein, soweit nicht Befriedigung aus dem Vermögen des Klinikums möglich ist.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss des Universitätsklinikums Kiel wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches unter Beachtung der Vorschriften der Krankenhausbuchführungsverordnung (KHBV) über Bewertung und Ausweis sowie der Abgrenzungsverordnung (AbgrV) erstellt.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten erfolgt nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB und §§ 340 ff. HGB.

Die Bilanzierung von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erfolgt zu Nominalwerten abzüglich gebildeter Einzelwertberichtigungen für erkennbare Einzelrisiken. Die übrigen Forderungen und Vermögensgegenstände werden mit ihren Nennwerten bilanziert.

Die Bilanzierung der Verbindlichkeiten erfolgt mit ihren verbliebenen Rückzahlungsbeträgen (Nennbeträgen).

Das Anlagevermögen ist zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich linearer Abschreibungen bewertet. Das Anlagevermögen wird im Wege der buchmäßigen Fortschreibung im einzelnen in einer EDV-Auflistung erfasst.

Gegenstände des Sachanlagevermögens mit einer zeitlich begrenzten Nutzungsdauer werden entsprechend den steuerrechtlichen Vorgaben bzw. den Vorschriften der KHBV abgeschrieben. Die Abschreibung der ge-

ringwertigen Wirtschaftsgüter erfolgt voll im Jahr der Anschaffung.

Die Vorräte sind unter Beachtung des Niederstwertprinzips mit Durchschnittspreisen bzw. den letzten Einstandspreisen bewertet.

Forderungen und Verbindlichkeiten sind in Saldenlisten zusammengestellt, Kassenbestände und Bankguthaben sind durch Bestandsaufnahmen und Tagesauszüge belegt.

Die noch nicht verwendeten Mittel für besondere Forschungsprojekte waren im Vorjahr in den Gewinn- und Kapitalrücklagen enthalten. Sie wurden zum 01.01.2001 in die Verbindlichkeiten gegenüber der Medizinischen Fakultät umgegliedert und werden somit erstmalig unter der Position Sonstige Verbindlichkeiten in der Bilanz ausgewiesen.

Die für Investitionen verwendeten Zuschüsse des Landes Schleswig-Holstein sind in einen Sonderposten eingestellt.

Für Investitionen, die mit Fördermitteln nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG) sowie mit Drittmitteln finanziert werden, ist in analoger Anwendung des § 5 Abs. 3 KHBV ein Sonderposten passiviert. Der Sonderposten wurde in Höhe der entsprechenden Abschreibung sowie der Restbuchwerte bei Anlagenabgängen aufgelöst.

Allen erkennbaren Risiken wird durch die Bildung von Wertberichtigungen oder Rückstellungen Rechnung getragen. Das Risiko eines Forderungsausfalls im Bereich der Krankenkassen wird durch eine Pauschalwertberichtigung abgedeckt. Zweifelhafte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden einzelwertberichtigt. Die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen werden von den Forderungsbeständen abgesetzt.

Die Ermittlung der Rückstellungen berücksichtigt die finanziellen Risiken. Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden nicht gebildet, da das Land Schleswig-Holstein als Träger des Klinikums hinsichtlich der Pensionszahlungen aufgrund der geleisteten Umlagezahlungen keine Forderungen an das Klinikum geltend machen wird. § 137 Abs. 1 des Gesetzes zur Neuordnung der Universitätsklinika in Schleswig-Holstein bestimmt, dass für die mit Wirkung vom 01.01.1999 übergetretenen aktiven Beamtinnen und Beamten ein Beitrag zur Al-

tersversorgung in Höhe des jeweiligen Beitrages der kommunalen Versorgungsausgleichskasse an das Land abzuführen ist. Bei Eintritt des Versorgungsfalles werden die Versorgungslasten vom Land geleistet. Einzelheiten regelt das Verwaltungsabkommen zwischen den Universitätsklinika des Landes Schleswig-Holstein und dem Land Schleswig-Holstein.

Für tarifvertraglich geregelte Vorruhestandsverpflichtungen nach dem Altersteilzeitgesetz (ATZ) besteht eine angemessene Rückstellung. Die Ermittlung erfolgt nach den handelsrechtlichen Vorschriften auf der Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens.

Das Risiko der Zahlungsverpflichtung gegenüber Mitarbeitern, die aufgrund der sog. 58er-Regelung bereits aus dem Unternehmen ausgeschieden sind, wird über eine entsprechende Rückstellung abgesichert.

Angaben zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Aktiva

Anlagevermögen

| | Immaterielle Vermögens- gegenstände | Grundstücke mit Betriebs- bauten | Grundstücke mit Wohnbauten | Technische Anlagen | Einrichtungen und Ausstattungen | geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | Gesamt |
|--------------------------------|---|--|-------------------------------|-----------------------|---------------------------------------|--|----------------|
| Anschaffungs- werte | T€ | T€ | T€ | T€ | T€ | T€ | T€ |
| Bestand 1.1.2001 | 2.744 | 156.020 | 6.081 | 5.152 | 138.699 | 104.170 | 412.866 |
| Zugänge | 652 | 10 | 0 | 29 | 13.710 | 13.025 | 27.426 |
| Abgänge | 17 | 0 | 0 | 0 | 4.625 | 0 | 4.642 |
| Umbuchungen | 29 | 885 | 500 | 137 | 1.395 | -2.946 | 0 |
| Korr.Reaktiv. AV | 0 | 0 | 0 | 673 | 8.522 | 0 | 9.195 |
| Bestand 31.12.2001 | 3.408 | 156.915 | 6.581 | 5.991 | 157.701 | 114.249 | 444.845 |
| Abschreibungen | | | | | | | |
| Bestand 1.1.2001 | 1.984 | 69.376 | 3.679 | 2.104 | 107.982 | 50.882 | 236.007 |
| Zuführungen | 377 | 3.400 | 150 | 303 | 11.042 | 7.828 | 23.100 |
| Abgänge | 17 | 0 | 0 | 0 | 4.509 | 0 | 4.526 |
| Korr.Reaktiv. AV | 0 | 0 | 0 | 334 | 7.588 | 0 | 7.922 |
| Bestand 31.12.2001 | 2.344 | 72.776 | 3.829 | 2.741 | 122.103 | 58.710 | 262.503 |
| Restbuchwerte | 1.064 | 84.139 | 2.752 | 3.250 | 35.598 | 55.539 | 182.342 |

Die Aktivierung der Anlagenzugänge erfolgte zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Die Abschreibung erfolgte linear und direkt unter Berücksichtigung der Vereinfachungsregelung des Abschnittes 44 Abs. 2 der Einkommensteuer-richtlinien, wonach bei den in der ersten Jahreshälfte angeschafften beweglichen Anlagegütern der volle und den in der 2. Jahreshälfte angeschafften Anlagegütern der halbe Abschreibungsbetrag angesetzt werden kann.

Anlagegüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis zu 410 € zzgl. Umsatzsteuer (Geringwertige Wirtschaftsgüter) sowie Gebrauchsgüter

im Wert bis zu 410 € zzgl. Umsatzsteuer wurden im Jahr der Anschaffung abgeschrieben.

Gebrauchsgüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten über 410 € zzgl. Umsatzsteuer werden über einen Zeitraum von 2 Jahren abgeschrieben.

Die Zugänge in Höhe von 27.426 T€ übersteigen die Abschreibungen von 23.100 T€ um 4.326 T€

Umlaufvermögen

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

| | 31.12.2001 | 31.12.2000 | Veränderung | |
|----------------------|--------------|---------------|-------------|-------------|
| | T€ | T€ | T€ | % |
| Medizinischer Bedarf | 8.632 | 9.535 | -903 | -9,5 |
| Lebensmittel | 130 | 144 | -14 | -9,7 |
| Betriebsstoffe | 7 | 3 | 4 | 133,3 |
| Wirtschaftsbedarf | 172 | 173 | -1 | -0,6 |
| Technischer Bedarf | 175 | 175 | 0 | 0,0 |
| Verwaltungsbedarf | 560 | 479 | 81 | 16,9 |
| Reparaturbedarf | 22 | 24 | -2 | -8,3 |
| | 9.698 | 10.533 | -835 | -7,9 |

Das **Vorratsvermögen** verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 835 T€ oder 7,9 %.

Unfertige Leistungen

| 31.12.2001 | 31.12.2000 | Veränderung | |
|------------|--------------|-------------|--------------|
| T€ | T€ | T€ | % |
| 854 | 1.015 | -161 | -15,9 |

Der Bestand der **Unfertigen Leistungen** verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 161 T€ bzw. 15,9 %.

Diese Position dokumentiert stationäre Krankenhausleistungen, die im Rahmen der

Fallpauschalen-Regelung erbracht, aber zum Bilanzstichtag noch nicht abrechenbar waren, weil die Patienten am Bilanzstichtag noch nicht entlassen waren (sog. Überlieger).

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

| | 31.12.2001 T€ | 31.12.2000 T€ | Veränderung | |
|--|------------------|------------------|--------------|-------------|
| | | | T€ | % |
| Stationäre Leistungen | 39.180 | 31.955 | 7.225 | 22,6 |
| Ambulante Leistungen | 3.226 | 2.537 | 689 | 27,2 |
| Nebentätigkeiten der Ärzte | 3.593 | 2.630 | 963 | 36,6 |
| Klinisch-Theoretische Institute und staatliche Blutalkoholstelle | 2.211 | 2.786 | -575 | -20,6 |
| Sonstige | 1.174 | 1.006 | 168 | 16,7 |
| | 49.384 | 40.914 | 8.470 | 20,7 |
| Einzelwertberichtigungen | 1.842 | 1.800 | 42 | 2,3 |
| Pauschalwertberichtigungen | 19 | 15 | 4 | 26,7 |
| | 47.523 | 39.099 | 8.424 | 21,5 |

Die **Forderungen aus stationären Leistungen** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 7.225 T€ oder 22,6 %. Folgende Gründe sind hierfür insbesondere maßgeblich:

- Erhöhung der Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen gegenüber 2000 um 3.146 T€ (siehe G.u.V. Pos. 1)
- Höherer Anteil der am Bilanzstichtag noch nicht fälligen Forderungen
- Strittige Abrechnungsfälle bzgl. der Klinik für Herzchirurgie

Darüber hinaus sind sämtliche das Geschäftsjahr 2001 betreffenden Leistungen periodengerecht abgerechnet worden.

Im Bereich der **Forderungen aus ambulanter Behandlung** ist gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung von 689 T€ bzw. 27,2 % zu verzeichnen. Dieser Anstieg ist darauf zurückzuführen, dass sich die Forderungen gegenüber der KV und gegenüber Selbstzahlern erhöht haben.

Die **Wertberichtigungen auf Forderungen** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt geringfügig um 46 T€ bzw. 2,53 %.

Sonstige Forderungen

| | 31.12.2001 | 31.12.2000 | Veränderung | |
|---|--------------|--------------|-------------|-------------|
| | T€ | T€ | T€ | % |
| Forderungen aus Drittmittelprojekten | 365 | 605 | -240 | -39,7 |
| Forderungen gegenüber Dritten aus Sonstigen Leistungen (z. B. Energielieferungen) | 127 | 36 | 91 | 252,8 |
| Forderungen an das Städt. Krankenhaus Kiel | 63 | 66 | -3 | -4,5 |
| Mietforderungen und Kindertagesstättegebühren | 12 | 14 | -2 | -14,3 |
| Andere sonstige Forderungen | 607 | 285 | 322 | 113,0 |
| | 1.174 | 1.006 | 168 | 16,7 |

Die **Sonstigen Forderungen** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 168 T€ bzw. 16,7 %.

Die Anderen sonstigen Forderungen in Höhe von 607 T€ bestehen hauptsächlich gegenüber der GMSH, dem Universitätsklini-

kum Lübeck und einer Firma. Außerdem beinhaltet diese Position eine Forderung in Höhe von 60 T€ aus einer Nachlasssache.

Forderungen an den Krankenhausträger

| 31.12.2001 | 31.12.2000 | Veränderung | |
|------------|------------|-------------|--------------|
| | | T€ | % |
| 67 | 101 | -34 | -33,7 |

Die **Forderungen an den Krankenhausträger** in Höhe von 67 T€ beziehen sich auf

Nachversicherungen für Mitarbeiter gegenüber dem Land Schleswig-Holstein.

Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht

| | 31.12.2001 T€ | 31.12.2000 T€ | Veränderung | |
|----------------|------------------|------------------|-------------|------|
| | | | T€ | % |
| nach der BPfIV | 201 | 0 | 201 | n.e. |

Die **Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht** beinhalten die Forderung nach der Bundespflegesatzverordnung für das Geschäftsjahr 2001. Im

Vorjahr ergab sich für das UKK eine Verbindlichkeit nach der Bundespflegesatzverordnung.

Sonstige Vermögensgegenstände

| | 31.12.2001 T€ | 31.12.2000 T€ | Veränderung | |
|-----------------|------------------|------------------|-------------|--------------|
| | | | T€ | % |
| Personalbereich | 118 | 267 | -149 | -55,8 |
| Sonstige | 5 | 49 | -44 | -89,8 |
| | 123 | 316 | -193 | -61,1 |

Die **Forderungen** bzgl. des **Personalbereichs** beinhalten überwiegend Lohn- und

Gehaltsvorschüsse sowie überzahlte Löhne und Vergütungen.

**Schecks, Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten
sowie der Landeshauptkasse Kiel**

| | 31.12.2001 T€ | 31.12.2000 T€ | Veränderung T€ |
|--|------------------|------------------|-------------------|
| Landeshauptkasse | 0 | 12.750 | -12.750 |
| Sparkasse Kiel | 1.437 | 1.762 | -325 |
| Postbank | 480 | 61 | 419 |
| Kassenbestand | 5 | 9 | -4 |
| Schecks | 26 | 1 | 25 |
| Absenderfreistempler | 40 | 40 | 0 |
| Sparkasse Kreis Plön (Stiftungsvermögen) | 51 | 51 | 0 |
| | 2.039 | 14.674 | -12.635 |

Die Verminderung der Guthaben um insgesamt 12.635 T€ gegenüber 2000 hat folgende Ursachen:

- Erhöhung der Forderungen 8.470 T€
- Reduzierung der Verbindlichkeiten aus noch nicht verwendeten Investitionsmitteln 8.765 T€
- Anstieg der Personalkosten durch Tarifierhöhung in 2001 1.738 T€
- Reduzierung Landes-Zuschuss in 2001 1.358 T€

Die sich zum Jahresende ergebenden Verbindlichkeiten gegenüber der Landeshauptkasse Kiel sind unter der Bilanzposition Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Darüber hinaus ist in dieser Position das Bankguthaben einer im Geschäftsjahr 2000 zugunsten des Universitätsklinikums Kiel gegründeten Stiftung (Kinderstation der Orthopädischen Klinik) enthalten.

Rechnungsabgrenzungsposten

| 31.12.2001 T€ | 31.12.2000 T€ | Veränderung | |
|------------------|------------------|-------------|------------|
| | | T€ | % |
| 967 | 938 | 29 | 3,1 |

Unter dieser Position werden zum Bilanzstichtag abzugrenzende Aufwendungen für

Energie, Mieten, Zeitschriften, Beamtenbe-
soldung usw. ausgewiesen.

Passiva

Eigenkapital

| | 31.12.2001 | 31.12.2000 | Veränderung | |
|-----------------------|---------------|---------------|---------------|--------------|
| | T€ | T€ | T€ | % |
| Festgesetztes Kapital | 6.668 | 6.668 | 0 | 0,0 |
| Kapitalrücklagen | 3.536 | 9.450 | -5.914 | -62,6 |
| Gewinnrücklagen | 4.457 | 4.432 | 25 | 0,6 |
| | 14.661 | 20.550 | -5.889 | -28,7 |

Das Festgesetzte Kapital beinhaltet insbesondere den Gegenwert der dem Universitätsklinikum Kiel vom Land Schleswig-Holstein zur dauerhaften Nutzung übertragenen Grundstücke. Die Veränderung von

Kapital- und Gewinnrücklagen beruht im Wesentlichen auf der Umgliederung der Rücklage für besondere Forschungsprojekte in Verbindlichkeiten gegenüber der Medizinischen Fakultät.

Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens

| | 31.12.2001 | 31.12.2000 | Veränderung | |
|---|----------------|----------------|--------------|------------|
| | T€ | T€ | T€ | % |
| Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand | 164.464 | 163.421 | 1.043 | 0,6 |
| Sonstige Zuweisungen | 6.763 | 2.604 | 4.159 | 159,7 |
| | 171.227 | 166.025 | 5.202 | 3,1 |

Der Sonderposten aus **Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand** bildet den Gegenposten zum Anlagevermögen, das aus Investitionsmitteln des Landes und des Bundes finanziert worden ist.

Der Sonderposten aus **Sonstigen Zuweisungen** dokumentiert das aus Drittmitteln finanzierte Anlagevermögen.

Rückstellungen

| Stand 31.12.2000 T€ | Inanspruchnahme Auflösung T€ | Zuführung T€ | Stand 31.12.2001 T€ | Veränderung | |
|---------------------------|------------------------------------|-----------------|---------------------------|-------------|-------------|
| | | | | T€ | % |
| 16.586 | 9.762 | 9.688 | 16.512 | -74 | -0,4 |

Die Rückstellungen verminderten sich im Vergleich zum Vorjahr um 74 T€ oder 0,4 %.

Von der per 31.12.2000 bestehenden Rückstellung wurden 7.073 T€ in Anspruch genommen. Die Inanspruchnahme erfolgte insbesondere für:

- Abrechnung. Blutstammzelltransplantationen 880 T€
- Unterlassene Instandhaltungen des Vorjahres 428 T€
- Arzthaftpflichtleistungen 225 T€
- Personalkostenerstattung II. Medizin 148 T€
- Unständige Bezüge 2.503 T€
- Urlaubsrückstellung 2.370 T€
- Vorruhestandsgelder 89 T€

Die erfolgswirksame Auflösung für nicht in Anspruch genommene Rückstellungen betrug 2.689 T€. Diese Auflösung resultiert insbesondere aus der Auflösung der Rückstellung für ausstehende Abrechnungen für Blutstammzelltransplantationen (1,6 Mio. €) sowie der Anpassung der Risiken im Bereich der Arzthaftpflichtfälle (0,7 Mio. €) und der nicht erfolgten Inanspruchnahme von Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (0,2 Mio. €).

Die **Zuführungen** zu den Rückstellungen betragen im Geschäftsjahr 2001 insgesamt 9.688 T€, u.a.

- Unständige Bezüge 2.653 T€
- Altersteilzeitgesetz 804 T€
- Urlaubsrückstellung 2.743 T€
- Unterlassene Instandhaltungen 532 T€

Verbindlichkeiten

| | 31.12.2001 | 31.12.2000 | Veränderung | | Restlaufzeiten p. 31.12.2001 | | |
|---|---------------|---------------|--------------|------------|------------------------------|--------------------------|---------------------|
| | | | | | bis zu 1 Jahr | von 1 bis zu 5 Jahren | mehr als 5 Jahre |
| | T€ | T€ | T€ | % | T€ | T€ | T€ |
| Gegenüber der Landeshaupt- kasse Kiel | 532 | 0 | 532 | n.e. | 532 | 0 | 0 |
| Aus erhaltenen Anzahlungen | 35 | 162 | -127 | -78,4 | 35 | 0 | 0 |
| Aus Lieferungen und Leistungen | 19.331 | 16.547 | 2.784 | 16,8 | 16.879 | 2.305 | 147 |
| Gegenüber dem Krankenhausträger aus noch nicht zweckentsprechend verwendetem Investitionszuschuss | 2.248 | 10.818 | -8.570 | -79,2 | 2.248 | 0 | 0 |
| Nach dem Krankenhaus- finanzierungsrecht | 0 | 1.149 | -1.149 | -100,0 | 0 | 0 | 0 |
| Aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlage- vermögens | 1.242 | 1.154 | 88 | 7,6 | 1.242 | 0 | 0 |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 18.024 | 10.532 | 7.492 | 71,1 | 18.024 | 0 | 0 |
| | 41.412 | 40.362 | 1.050 | 2,6 | 38.960 | 2.305 | 147 |

Die Verbindlichkeiten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 1.050 T€ oder 2,6 %.

Unter der Position „Verbindlichkeiten gegenüber der Landeshauptkasse Kiel“ wird der Negativbestand des UKK bei der Landeshauptkasse ausgewiesen, die ein Konto bei der Landeszentralbank für das UKK unterhält. Im Vorjahr wurde das Guthaben als Aktiva unter den Schecks, Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten sowie der Landeshauptkasse Kiel ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger aus noch nicht zweckentsprechend verwendetem Investitionszuschuss verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 8,6 Mio. € auf

2,2 Mio. €. Diese Verminderung wurde durch die Umschichtung von Investitionsmitteln in den Erfolgsplan erreicht. Von den zum 31.12.2001 noch nicht zweckentsprechend verwendetem Investitionszuschuss in Höhe von 2,2 Mio. € sind 1,9 Mio. € durch Bestellungen gebunden.

Die Veränderung der Sonstigen Verbindlichkeiten ist zurückzuführen auf die Erhöhung der noch nicht zweckentsprechend verwendeten Zuwendungen Dritter in Höhe von 1,6 Mio. € und auf die erstmals in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber der Medizinischen Fakultät in Höhe von 5,94 Mio. €.

Rechnungsabgrenzungsposten

| 31.12.2001 | 31.12.2000 | Veränderung | |
|------------|------------|-------------|--------------|
| T€ | T€ | T€ | % |
| 1 | 11 | -10 | -90,9 |

Unter dieser Position werden das folgende Geschäftsjahr betreffende Posten ausgewiesen:

- vereinnahmte Erträge aus Energielieferungen an die Universität und an Dritte sowie
- Mieten und Pachten.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Erlöse aus Allgemeinen

Krankenhausleistungen

| | 2001 | | 2000 | | Veränderung | |
|--|----------------|--------------|----------------|--------------|--------------|-------------|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Erlöse aus tagesgleichen Pflegesätzen | 140.372 | 69,6 | 139.857 | 70,5 | 515 | 0,4% |
| Erlöse aus Pflegesätzen für gesonderte Einrichtungen (teilstationär) | 3.423 | 1,7 | 2.725 | 1,4 | 698 | 25,6% |
| Sonderentgelte | 13.835 | 6,9 | 15.483 | 7,8 | -1.648 | -10,6% |
| Fallpauschalen | 41.508 | 20,6 | 40.525 | 20,4 | 983 | 2,4% |
| Sonstige Erlöse | 693 | 0,3 | 160 | 0,1 | 533 | 333,1% |
| Ausgleichsbeträge nach der Bundespflegesatzverordnung | 1.714 | 0,9 | -351 | -0,2 | 2.065 | n. e. |
| | 201.545 | 100,0 | 198.399 | 100,0 | 3.146 | 1,6% |

Die **Erlöse aus Allgemeinen Krankenhausleistungen** stiegen gegenüber dem Vorjahr um 3.146 T€ bzw. 1,6 %

Die **Erlöse pro Pfl egetag**, bezogen auf 417.738 Pfl egetage (i. Vj. 415.796), betragen im Berichtsjahr 482,46 € (i. Vj. 477,15 €). Das entspricht einer Steigerung von 5,31 € bzw. 1,1 %.

Die Anzahl der **Pfl egetage** betrug insgesamt 417.738 (i. Vj. 415.796). Das entspricht einer Steigerung von 1.942 Pfl egetagen oder 0,46 %.

Die Zahl der **durchschnittlich belegten Betten** stieg im Geschäftsjahr 2001 auf 1.084,4 (i. Vj. 1.080,9). Das entspricht einer Erhöhung von 3,5 Betten bzw. 0,3 %.

Der Nutzungsgrad der **aufgestellten Betten** betrug im Jahre 2001 89,4 % (i. Vj. 85,5 %).

Die **durchschnittliche Verweildauer** – incl. der internen Verlegungen von Klinik zu Klinik – verbleibt gegenüber dem Vorjahr mit 7,3 Tagen auf gleichem Niveau. Ohne Berücksichtigung der internen Verlegungen betrug die durchschnittliche Verweildauer 8,2 Tage (Vorjahr 8,1 Tage).

Die nachfolgende Tabelle dokumentiert für die Geschäftsjahre 1999 bis 2001 die stationär behandelten Patienten nach **geographischen Gesichtspunkten**.

Der Anteil der Patienten aus Schleswig-Holstein betrug im Geschäftsjahr 2001 93,8 % (i. Vj. 94,4 %).

| Einzugsgebiet | Anzahl der Fälle ¹⁾ | | | | Pflegetage | | | |
|---------------------------|--------------------------------|--------------|---------------|---------------|----------------|--------------|----------------|----------------|
| | 2001 Anzahl | 2001 % | 2000 | 1999 | 2001 | 2001 % | 2000 | 1999 |
| Schleswig-Holstein | 52.294 | 93,8 | 52.305 | 51.904 | 391.714 | 93,8 | 391.260 | 387.590 |
| Hansestadt Hamburg | 537 | 1,0 | 512 | 439 | 3.946 | 0,9 | 4.694 | 3.647 |
| Niedersachsen | 1.173 | 2,1 | 1.208 | 1.058 | 7.902 | 1,9 | 8.923 | 8.085 |
| Hansestadt Bremen | 155 | 0,3 | 150 | 121 | 1.208 | 0,3 | 943 | 1.059 |
| Nordrhein-Westfalen | 393 | 0,7 | 349 | 395 | 3.152 | 0,8 | 2.973 | 3.165 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 208 | 0,4 | 199 | 208 | 2.427 | 0,6 | 2.088 | 1.919 |
| Übrige Bundesländer | 560 | 1,0 | 537 | 560 | 4.274 | 1,0 | 4.202 | 4.153 |
| Ausland | 422 | 0,7 | 139 | 164 | 3.115 | 0,7 | 713 | 1.127 |
| Insgesamt | 55.742 | 100,0 | 55.399 | 54.849 | 417.738 | 100,0 | 415.796 | 410.745 |

¹⁾ incl. interne Verlegungen von Klinik zu Klinik

Erlöse aus Walleistungen

| | 2001 | | 2000 | | Veränderung | |
|-------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-------------|--------------|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Einbettzimmer ohne Nasszelle | 172 | 4,9 | 155 | 4,3 | 17 | 11,0% |
| Einbettzimmer mit Nasszelle | 724 | 20,6 | 717 | 20,0 | 7 | 1,0% |
| Zweibettzimmer ohne Nasszelle | 818 | 23,2 | 877 | 24,5 | -59 | -6,7% |
| Zweibettzimmer mit Nasszelle | 1.793 | 51,0 | 1.824 | 50,8 | -31 | -1,7% |
| Begleitpersonen | 11 | 0,3 | 13 | 0,4 | -2 | -15,4% |
| | 3.518 | 100,0 | 3.586 | 100,0 | -68 | -1,9% |

Die **Erlöse aus Walleistungen** haben sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 68

T€ bzw. 1,9 % auf insgesamt 3.518 T€ (i. Vj. 3.586 T€) verringert.

Erlöse aus Ambulanten

Leistungen des Krankenhauses

| | 2001 | | 2000 | | Abweichung | |
|---|----------------|--------------|----------------|--------------|--------------|--------------|
| | Fallzahl | Erlöse T€ | Fallzahl | Erlöse T€ | Fallzahl | Erlöse T€ |
| Pauschalfälle | 41.130 | 1.657 | 40.068 | 1.716 | 1.062 | -59 |
| Persönliche Ermächtigungen | 24.671 | 1.694 | 0 | 0 | 24.671 | 1.694 |
| Institutsambulanzen | 12.718 | 1.968 | 38.138 | 4.036 | -25.420 | -2.068 |
| <i>davon:</i> | | | | | | |
| <i>Sozialpädiatrisches Zentrum</i> | 646 | 190 | 667 | 197 | -21 | -7 |
| <i>Psychiatrische Institutsambulanz</i> | 1.269 | 259 | 831 | 220 | 438 | 39 |
| Notfälle | 17.257 | 423 | 16.122 | 380 | 1.135 | 43 |
| Selbstzahler | 12.741 | 1.821 | 12.074 | 1.610 | 667 | 211 |
| Zahnklinik | 19.778 | 1.202 | 19.094 | 1.028 | 684 | 174 |
| Erlöse aus der Medikamentenabrechnung | | 102 | | 134 | | -32 |
| Sonstige ambulante Leistungen | | 659 | | 450 | | 209 |
| | 128.295 | 9.526 | 125.496 | 9.354 | 2.799 | 172 |
| <i>nachrichtlich</i> | | | | | | |
| II. Med. Klinik im Städt. Krankenhaus Kiel | 4.888 | | 4.821 | | 67 | |
| | 133.183 | | 130.317 | | 2.866 | |

Die **Erlöse aus Ambulanten Leistungen** des Krankenhauses entwickelten sich von 9,4 Mio. € im Jahre 2000 auf 9,5 Mio. € im Jahre 2001. Das entspricht einer geringfügigen Steigerung um 172 T€

Die Zahl der Behandlungsfälle erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 2.866 bzw. 2,2 % auf 133.183 Behandlungsfälle.

Die Erlöse der Selbstzahler erhöhten sich von 1.610 Mio. € im Jahre 2000 auf 1.821 Mio. € im Jahre 2001. Die übrigen Ambulanten Lei-

stungen erhöhten sich von 450 T€ auf 659 T€ durch die neu eröffnete Kieler Verhaltensmedizinischen Ambulanz (KIVA). Der Anstieg der Fallzahlen in den Zahnkliniken führte zu einer Erhöhung der betreffenden Erlöse von 1,0 Mio. € im Jahre 2000 auf 1,2 Mio. €

Dagegen erzielten die Institutsambulanzen aufgrund der Umstellung auf Persönliche Ermächtigungen (Widersprüche seitens der KV-SH) und fallender Punktwerte Mindererlöse in Höhe von 374 T€ (- 9,26 %).

Nutzungsentgelte der Ärzte

| 2001 T€ | 2000 T€ | Veränderung | |
|------------|------------|-------------|------|
| | | T€ | % |
| 10.089 | 9.417 | 672 | 7,1% |

Die Nutzungsentgelte und sonstigen Abgaben der Ärzte betragen im Geschäftsjahr 2001 insgesamt 10.089 T€ (i. Vj. 9.417 T€).

Sie erhöhten sich gegenüber 2000 um 672 T€ oder 7,1 %.

Erhöhung bzw. Verminderung des Bestandes an Unfertigen Leistungen

| 2001 T€ | 2000 T€ | Veränderung | |
|------------|------------|-------------|---------|
| | | T€ | % |
| -161 | 111 | -272 | -245,0% |

Die Bestandsveränderung an Unfertigen Leistungen führte im Geschäftsjahr 2001 zu einem Aufwand in Höhe von 161 T€. Es handelt sich um erbrachte Krankenhauslei-

stungen für Patienten, die zum Bilanzstichtag noch nicht entlassen waren und deren Behandlungskosten über Fallpauschalen abgerechnet werden.

**Zuweisungen und Zuschüsse der Öffentlichen Hand
soweit nicht unter Nr. 10**

| <u>des Landes</u> | 2001 | | 2000 | | Veränderung | |
|---|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Betriebszuschuss für Forschung und Lehre | 67.778 | 93,0 | 69.136 | 98,7 | -1.358 | -2,0% |
| DV-Zuschuss | 1.736 | 2,4 | 1.736 | 2,5 | 0 | 0,0% |
| Gemäß Zuwendungsbescheid | 69.514 | 95,4 | 70.872 | 101,2 | -1.358 | -1,9% |
| Umschichtung in den Finanzplan | -4.838 | -6,6 | -2.270 | -3,2 | -2.568 | 113,1% |
| Umsetzung aus dem Finanzplan | 8.182 | 11,2 | 1.448 | 2,0 | 6.734 | 465,1% |
| Zuschüsse des Landes gesamt | 72.858 | 100,0 | 70.050 | 100,0 | 2.808 | |
| <u>Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse</u> | 22 | | 8 | | 14 | 175,0% |
| | 72.880 | | 70.058 | | 2.822 | |

Der Landeszuschuss für Forschung und
Lehre wurde gegenüber dem Vorjahr um

1.358 T€ reduziert. Das entspricht einer
Kürzung von 2,0 %.

Sonstige betriebliche Erträge

| | 2001 | | 2000 | | Veränderung | |
|---|---------------|--------------|---------------|--------------|--------------|-------------|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Zuwendungen Dritter zur Finanzierung laufender Aufwendungen | 12.983 | 42,0 | 10.583 | 42,8 | 2.400 | 22,7 |
| Periodenfremde Erträge | 3.472 | 11,2 | 2.226 | 9,0 | 1.246 | 56,0 |
| Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben | 4.072 | 13,2 | 5.077 | 20,5 | -1.005 | -19,8 |
| Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge | 1.791 | 5,8 | 1.687 | 6,8 | 104 | 6,2 |
| Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen | 2.689 | 8,7 | 1.747 | 7,1 | 942 | 53,9 |
| Erträge aus Ausgleichsbeträgen | 0 | 0,0 | 1.237 | 5,0 | -1.237 | -100,0 |
| Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens | 63 | 0,2 | 126 | 0,5 | -63 | -50,0 |
| Erträge aus der Auflösung von Pauschalwertberichtigungen | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | n.e. |
| Sonstige ordentliche Erträge | 5.857 | 18,9 | 2.043 | 8,3 | 3.814 | 186,7 |
| | 30.927 | 100,0 | 24.726 | 100,0 | 6.201 | 25,1 |

Die **Sonstigen betrieblichen Erträge** in Höhe von 30.927 T€ erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 6.201 T€ oder 25,1 %.

Die **Erträge aus Zuwendungen Dritter zur Finanzierung laufender Aufwendungen** konnten gegenüber dem Geschäftsjahr 2000 um 2.400 T€ oder 22,7 % gesteigert werden.

Die **periodenfremden Erträge** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 1.246 T€ bzw. 56,0 %. Im wesentlichen ist diese

Erhöhung zurückzuführen auf Neufakturierungen von stationären Leistungen (+ 489 T€), periodenfremden Erträgen im Bereich der Gutachternebenaktivitäten (+ 352 T€) und im ambulanten Bereich (+ 216 T€).

Die **Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben** sind gegenüber dem Vorjahr um 1.005 T€ bzw. 19,8 % gesunken. Diese Verringerung ist im wesentlichen auf die rückläufigen Erträge aus dem Verkauf von Blutkonserven zurückzuführen.

Die **Erträge aus Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezügen**, die im Vergleich zum Vorjahr um 104 T€ oder 6,2 % gestiegen sind, beinhalten Erstattungen des Personals für Unterkunft (313 T€), für Verpflegung (348 T€) und für Telefonbenutzung (31 T€), die Erträge aus dem Betrieb der Kindertagesstätte (187 T€) und die Vergütung Dritter für weiterverkaufte Energieleistungen (905 T€).

Die **Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen** erhöhten sich gegenüber dem Jahre 2000 um 942 T€ oder 53,9 %.

Einzelheiten sind den Erläuterungen der entsprechenden Bilanzposition zu entnehmen.

Der Anstieg der **sonstigen ordentlichen Erträge** in Höhe von 3.814 T€ oder 186,7 % ist zurückzuführen auf die Erhöhung der Erträge aus der Auflösung von Verbindlichkeiten aus noch nicht zweckentsprechend verwendeten Zuwendungen Dritter und aus der Auflösung von Verbindlichkeiten gegenüber der Medizinischen Fakultät .

Personalaufwand

| | 2001 | 2000 | Veränderung | | 2001 | 2000 | Veränderung |
|--|----------------|----------------|--------------|------------|----------------|----------------|-------------|
| | T€ | T€ | T€ | % | Vollkräfte | Vollkräfte | Vollkräfte |
| Ärztlicher Dienst | 53.130 | 52.210 | 920 | 1,8 | 745,1 | 729,0 | 16,1 |
| Ärzte im Praktikum | 1.923 | 1.591 | 332 | 20,9 | 91,4 | 77,3 | 14,1 |
| Pflegedienst | 48.944 | 48.431 | 513 | 1,1 | 1.153,4 | 1.164,8 | -11,4 |
| Medizinisch-Technischer Dienst | 46.048 | 44.842 | 1.206 | 2,7 | 1.061,7 | 1.050,1 | 11,6 |
| Funktionsdienst | 18.522 | 17.604 | 918 | 5,2 | 414,7 | 401,4 | 13,3 |
| Klinisches Hauspersonal | 4.242 | 4.855 | -613 | -12,6 | 134,8 | 153,9 | -19,1 |
| Wirtschafts- und Versorgungsdienst | 5.051 | 4.900 | 151 | 3,1 | 143,2 | 139,0 | 4,2 |
| Technischer Dienst | 3.064 | 3.070 | -6 | -0,2 | 69,1 | 71,3 | -2,2 |
| Verwaltungsdienst | 11.418 | 10.885 | 533 | 4,9 | 269,8 | 262,7 | 7,1 |
| Sonderdienst | 1.037 | 1.159 | -122 | -10,5 | 23,6 | 25,1 | -1,5 |
| Personal der Ausbildungsstätten | 1.696 | 1.717 | -21 | -1,2 | 35,4 | 36,1 | -0,7 |
| Sonstiges Personal einschl. Azubis und Praktikanten | 656 | 578 | 78 | 13,5 | 18,9 | 17,9 | 1,0 |
| SchülerInnen der Pflegeberufe | 5.167 | 5.284 | -117 | -2,2 | 54,0 | 56,0 | -2,0 |
| Sonstige Personalaufwendungen | 291 | 307 | -16 | -5,2 | n.e. | n.e. | n.e. |
| | 201.189 | 197.433 | 3.756 | 1,9 | 4.215,1 | 4.184,6 | 30,5 |

Finanziert durch:

| | | | | | | | |
|--|---------|---------|-------|------|---------|---------|------|
| Krankenversorgung / Landeszuschuss für Forschung und Lehre | 190.019 | 188.239 | 1.780 | 0,9 | 3.960,0 | 3.959,9 | 0,1 |
| Sonstige Mittel (z. B. Drittmittel, Gutachternebenstätigkeit usw.) | 11.170 | 9.194 | 1.976 | 21,5 | 255,1 | 224,7 | 30,4 |

Die **Personalaufwendungen** erhöhten sich im Geschäftsjahr 2001 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 3.756 T€ oder 1,9 %.

Die zu Lasten der Erlöse aus Krankenhausleistungen sowie des Landeszuschusses für For-

schung und Lehre zu finanzierenden Personalaufwendungen (Haushalt) stiegen um 1.780 T€ bzw. 0,9 %.

Die aus Drittmitteln finanzierten Personalkosten erhöhten sich um 1.976 T€ oder 21,5 %.

Entwicklung des Personalbestandes in Vollkräften

| Dienststart | 2001 | 2000 | Veränderung | |
|---|-----------------|-----------------|--------------|-------------|
| | VK | VK | VK | % |
| Krankenversorgung, Landeszuschuss für Forschung und Lehre | | | | |
| Ärztlicher Dienst | 710,08 | 699,23 | 10,85 | 1,6 |
| Ärzte im Praktikum | 69,02 | 60,55 | 8,47 | 14,0 |
| Pflegedienst | 1.123,51 | 1.126,85 | -3,34 | -0,3 |
| Extrawachen | 23,16 | 35,55 | -12,39 | -34,9 |
| Med.-Techn. Dienst | 888,38 | 896,36 | -7,98 | -0,9 |
| Funktionsdienst | 412,95 | 399,83 | 13,12 | 3,3 |
| Klinisches Hauspersonal | 134,81 | 153,51 | -18,70 | -12,2 |
| Wirt.-/Versorg.dienst | 143,18 | 139,01 | 4,17 | 3,0 |
| Verwaltungsdienst | 258,67 | 249,93 | 8,74 | 3,5 |
| Sonderdienst | 23,45 | 24,42 | -0,97 | -4,0 |
| Sonstiges Personal, Azubis, Praktikanten (1:2) | 14,74 | 11,63 | 3,11 | 26,7 |
| Technischer Dienst | 68,58 | 70,85 | -2,27 | -3,2 |
| Ausbildungsstätten | 35,41 | 36,14 | -0,73 | -2,0 |
| Krankenpflegeschüler (1:7) | 54,04 | 56,03 | -1,99 | -3,6 |
| | 3.959,98 | 3.959,89 | 0,09 | 0,0 |
| Sonstige Bereiche (Drittmittel-, Forschungsprojekte etc.) | | | | |
| | 255,15 | 224,67 | 30,48 | 13,6 |
| | 4.215,13 | 4.184,56 | 30,57 | 0,7 |

Sachaufwendungen

| Materialaufwand | 2001 | | 2000 | | Veränderung | |
|------------------------------|---------------|--------------|---------------|--------------|--------------|------------|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Medizinischer Bedarf | 61.324 | 69,7 | 57.212 | 70,1 | 4.112 | 7,2 |
| Wirtschaftsbedarf | 18.270 | 20,8 | 16.857 | 20,6 | 1.413 | 8,4 |
| Wasser, Energie, Brennstoffe | 5.794 | 6,6 | 5.214 | 6,4 | 580 | 11,1 |
| Lebensmittel | 2.523 | 2,9 | 2.349 | 2,9 | 174 | 7,4 |
| | 87.911 | 100,0 | 81.632 | 100,0 | 6.279 | 7,7 |

Der **Materialaufwand** stieg im Geschäftsjahr 2001 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 6.279 T€ oder 7,7 % .

Der **Medizinische Bedarf** (Anteil 69,7 %), nahm gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 4.112 T€ zu. Das entspricht einer Steigerung von 7,2 %. Dieser Anstieg ist zurückzuführen auf die Inventurkorrekturen (niedrigerer Lagerbestand, der sich aufwandswirksam auswirkt (+ 1.0 Mio. €), Erhöhung der Kosten für Arzneien (+ 0,9 Mio. €) davon 650 T€ durch Kostenanstieg in der Tagesklinik für Tumorthherapie aufgrund gestiegener Behandlungstage), zusätzliche Kosten für ärztliches und pflegerisches Verbrauchsmaterial infolge erhöhten Verbrauchs in diversen Kliniken und Instituten (+ 0,8 Mio. €) sowie auf die im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Pflage tage.

Die Aufwendungen **pro Pflage tag** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 9,21 € oder 6,69 % auf 146,80 € (i. Vj. 137,59 €).

Pro stationär behandeltem Patienten - ohne interne Verlegungen - erhöhten sich die Aufwendungen im Berichtsjahr um 98,66 € bzw. 8,42 % auf 1.269,83 € (i. Vj. 1.171,17 €).

Der Anstieg des **Wirtschaftsbedarfs** gegenüber 2000 in Höhe von 1.413 T€ oder 8,4 % bezieht sich im wesentlichen auf die bezogenen Leistungen (Fremdleistungen). Dadurch wird gegenüber der Eigenleistung eine kostengünstigere Dienstleistung erreicht.

Die Aufwendungen für **Wasser, Energie und Brennstoffe** erhöhten sich insgesamt um 580 T€, entsprechend 11,1 %. Die im Vorjahr erzielte Kostenreduktion für Strom konnte im Geschäftsjahr 2001 nicht stabil gehalten werden. Ursachen sind die Erhöhung der Stromsteuer sowie ein Mehrverbrauch gegenüber 2000. Die Wärmekosten

sind durch den erhöhten Fernwärmepreis ebenfalls gestiegen.

Im Bereich der Aufwendungen für **Lebensmittel** hat sich aufgrund gestiegener Fleischpreise eine Steigerung in Höhe von 174 T€ bzw. 7,4 % ergeben.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

| 2001 T€ | 2000 T€ | Veränderung | |
|---------------|---------------|--------------|-------------|
| | | T€ | % |
| 40.578 | 35.136 | 5.442 | 15,5 |

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** erhöhen sich gegenüber 2000 um 5.442 T€ oder 15,5 %. Im wesentlichen beinhaltet diese Position folgende Aufwendungen:

- Die **Instandhaltungsaufwendungen** reduzierten sich gegenüber 2000 um 62 T€ oder 0,5 % auf 12.492 T€ (i. Vj. 12.554 T€).
- Der **Verwaltungsbedarf** in Höhe von insgesamt 9.449 T€ (i. Vj. 9.331 T€) erhöhte sich gegenüber 2000 um 118 T€, entsprechend 1,3 %.
- Die Aufwendungen für **sonstige Abgaben** betragen im Geschäftsjahr 2001 271 T€ (i. Vj. 332 T€) und reduzierten sich um 61 T€ oder 18,4 %.

- Die Aufwendungen für **Versicherungsbeiträge** verminderten sich auf 821 T€ (i. Vj. 850 T€).
- Die **Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen** betragen im Geschäftsjahr 2001 insgesamt 1.479 T€ (i. Vj. 1.152 T€). Die Zunahme in Höhe von 327 T€ bzw. 28,4 % gegenüber dem Vorjahr betrifft eine Wertberichtigung im Forderungsbereich.
- Die Aufwendungen aus **noch nicht zweckentsprechend verwendeten Zuwendungen Dritter** erhöhten sich auf 4.025 T€ (i. Vj. 3.450 T€).
- Erstmals werden im Geschäftsjahr 2001 die vom Klinikum für besondere Forschungsvorhaben zur Verfügung ge-

gestellten Mittel als Verbindlichkeiten gegenüber der Medizinischen Fakultät ausgewiesen. Der hiermit im Zusammenhang stehende Aufwand aus der Zuführung zu Verbindlichkeiten beträgt 4.330 T€ (i. Vj. 0 T€).

- Die Aufwendungen aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens erhöhten sich auf 103 T€ (im Vj. 48 T€).

- Die **Aufwendungen aus Ausgleichsbeiträgen nach der BPfIV für frühere Geschäftsjahre** betragen im Geschäftsjahr 2001 0 T€ (i. Vj. 39 T€).

Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen

| | T€ | T€ | 2001 % | % |
|--|---------------|---------------|-----------|--------------|
| - Investitionszuschuss des Landes für 2001 | 7.478 | | 42,3 | |
| - Zuführung aus dem Landeszuschuss für Forschung und Lehre | 4.838 | | 27,4 | |
| - Umsetzung in den Landeszuschuss für Forschung und Lehre | <u>-8.182</u> | 4.134 | -46,3 | 23,4 |
| - Erstattungen Rahmenplanvorhaben DV-Bereich | | 0 | | 0,0 |
| - Zuführung aus dem Einzelplan 12 des Landes | | 7.632 | | 43,2 |
| - Rahmenplan Linearbeschleuniger | | 0 | | 0,0 |
| - Zuschüsse nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG) | | 948 | | 5,4 |
| - Sonstige Investitionszuschüsse | | 4.972 | | 28,0 |
| | | 17.686 | | 100,0 |

Die **Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen** betragen im Geschäftsjahr 2001 insgesamt 17.686 T€

(i. Vj. 24.837 T€). Der auf den Zuschuss des Landes Schleswig-Holstein für For-

schung und Lehre entfallende Anteil beträgt insgesamt 4.134 T€ bzw. 23,4 %.

Des weiteren erfolgte eine Zuführung aus dem Einzelplan 12 des Landeshaushalts in Höhe von 7.632 T€ zur Finanzierung von verschiedenen Baumaßnahmen:

Brandschutzmaßnahmen u.a. in der Kinderklinik, Umbau des Kreißsaaltraktes in der Frauenklinik, Bau einer Mittelspannungsübergabestation, Neubau Neurozentrum und Zentrale Versorgungseinrichtungen Neurozentrum / Wärmeversorgung. Es handelt sich hierbei um Zuschüsse des Trägers, die nicht Bestandteil des Wirt-

schaftsplans des UKK sind. Bezogen auf die Gesamterträge des Berichtsjahres beträgt dieser Anteil 43,2 %.

Die dem Universitätsklinikum Kiel im Geschäftsjahr 2001 zugewiesenen HBFG-Mittel betragen 948 T€ (im Vj. 1.303 T€).

Die Sonstigen Investitionszuschüsse betragen 4.972 T€ (im Vj. 1.563 T€). Es handelt sich ausschließlich um Zuwendungen Dritter.

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

| 2001 T€ | 2000 T€ | Veränderung | |
|------------|------------|-------------|-----|
| | | T€ | % |
| 893 | 889 | 4 | 0,4 |

Die **Sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge** erhöhten sich im Geschäftsjahr 2001 gegenüber dem Vorjahr geringfügig um

4 T€ Es handelt sich im wesentlichen um Zinserträge, die das Klinikum für die Verzinsung seiner Liquidität erhalten hat.

Zuführung zu Gewinnrücklagen

Zum Bilanzstichtag 31.12.2001 wurden den Rücklagen die folgenden Beträge zugeführt:

| | 2001 | |
|---|--------------|--------------|
| | T€ | % |
| - Wissenschaft, Forschung und Lehre | 535 | 29,4 |
| - Bonusausschüttung 2001 | 511 | 28,0 |
| - Gutachternebenstätigkeit | 245 | 13,4 |
| - Eigene Einrichtungen | 202 | 11,1 |
| - Begutachtung Sterilisationsbereiche Kliniken | 20 | 1,1 |
| - Rücklage für Instandhaltung Diesterwegstraße | 16 | 0,9 |
| - Krebsregister | 14 | 0,8 |
| - Verlustausgleich Jahresfehlbeträge | 279 | 15,3 |
| | 1.822 | 100,0 |

Entnahmen aus Rücklagen

Zum Bilanzstichtag 31.12.2001 wurden den Rücklagen die folgenden Beträge entnommen:

| | 2001 | |
|---|--------------|--------------|
| | T€ | % |
| Reste Wissenschaft und Forschung | 226 | 7,2 |
| DV-Konzept | 1.459 | 46,2 |
| Fusion UKK / UKL | 240 | 7,6 |
| Nicht durch die Haftpflichtversicherung abgedeckte Arzthaftpflichtfälle | 148 | 4,7 |
| Gutachternebenstätigkeit - Reste - | 353 | 11,1 |
| Sonstige | 733 | 23,2 |
| | 3.159 | 100,0 |

Die Entnahmen aus Kapitalrücklagen betragen im Geschäftsjahr 2001 2.692 T€ (i. Vj. 2.864 T€). Den Gewinnrücklagen wurden 467 T€ (i. Vj. 0 T€) entnommen. Es handelt sich hierbei überwiegend um die Auflösung

bestehender zweckgebundener Rücklagen, denen im Berichtsjahr in gleicher Höhe entsprechende Aufwendungen gegenüberstanden.

Organe des Universitätsklinikums Kiel

Aufsichtsrat

Stimmberechtigte Mitglieder

Vorsitzender

Ministerialdirigent a. D. Uwe Lützen
Ministerium für Bildung, Wissenschaft,
Forschung und Kultur

Stellvertretender Vorsitzender

Prof. Dr. Reinhard Demuth
Rektor der Christian-Albrechts-
Universität zu Kiel

Regierungsdirektor Klaus-Dietrich Neuhausen
Ministerium für Finanzen und Energie

Ministerialdirigent Bernd Schloer
Ministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

Prof. Dr. Hans Arnold
Rektor der Medizinischen
Universität zu Lübeck

Edda Tichelmann
Vertreterin der Beschäftigten
des Universitätsklinikums Kiel

Barbara Scheel
Vertreterin der Beschäftigten
des Universitätsklinikums Lübeck

Prof. Dr. Karl-Heinz Rahn
Universität Münster
Sachverständiger aus der
Medizinischen Wissenschaft

Prof. Dr. Hans-Heinrich Driftmann
Peter Kölln Flocken KGaA,
Sachverständiger aus dem
Wirtschaftsleben
Elmshorn

**Mitglieder mit Antragsrecht
und beratender Stimme**

Prof. Dr. Walter Jonat
Klinikdirektor des Universitätsklinikums Kiel

Prof. Dr. Alfred Feller
Klinikdirektor des Universitätsklinikums Lübeck

Dr. Christiane Hinck-Kneip
Vertreterin des wissenschaftlichen Personals
des Universitätsklinikums Kiel

Dr. Hauke Nielsen
Vertreter des wissenschaftlichen Personals
des Universitätsklinikums Lübeck

Kristin Bachmann
Vertreterin der Studierenden
der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Jens Ebnet
Vertreter der Studierenden
der Medizinischen Universität zu Lübeck

Dr. Elke von Haefen (bis März 2001)
Frauenbeauftragte des Fachbereichs Medizin
der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Dr. Sabine Voigt
Frauenbeauftragte der Medizinischen
Universität zu Lübeck

Wilhelm Kuhn
Gewerkschaft Öffentliche, Dienste, Transport und Verkehr

Ausschüsse des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat des Universitätsklinikums Kiel hat in seiner Sitzung am 15. November 2000 beschlossen, aus seiner Mitte einen Finanzausschuss und einen Ausschuss für Personalentwicklung und Patientenservice zu bestellen.

Die Ausschüsse haben die Aufgabe, die Beratungen und Beschlüsse des Aufsichtsrates vorzubereiten und die Ausführungen seiner Beschlüsse zu überwachen, und zwar

- a) der Finanzausschuss für die Bereiche Finanzplanung, Wirtschaftsführung, Bau- und Beschaffungsangelegenheiten sowie Rechnungslegung,
- b) der Ausschuss für Personalentwicklung und Patientenservice für die Bereiche Personalentwicklung, Personalstruktur und Personalausstattung sowie Struktur und Entwicklung der Krankenpflege und des Patientenservice.

Den Ausschüssen gehören je sechs Mitglieder des Aufsichtsrates an.

dem Finanzausschuss

Rektor Prof. Dr. Demuth (Vorsitzender)
Prof. Dr. Driftmann

Prof. Dr. Jonat
MDgt. a.D. Lützen
RD Neuhausen
Frau Tichelmann

dem Ausschuss für Personalentwicklung und Patientenservice

MDgt. a.D. Lützen (Vorsitzender)
Frau Dr. von Haeften (bis März 2001)
Frau Dr. Hinck-Kneip
Prof. Dr. Jonat
Herr Kuhn
Frau Tichelmann

Die Mitglieder des Aufsichtsrates, die nicht Mitglieder der vorgenannten Ausschüsse sind, haben die Möglichkeit, an den Sitzungen der Ausschüsse teilzunehmen.

Im Berichtsjahr tagten

- der Finanzausschuss zweimal und
- der Ausschuss für Personalentwicklung und Patientenservice zweimal.

Vorstand

Vorsitzender

Prof. Dr. Werner Grote

Ärztlicher Direktor

Stellvertretender Vorsitzender

Manfred Baxmann

Kaufmännischer Direktor

Prof. Dr. Michael Illert

Dekan der Medizinischen Fakultät

Uwe Petersen

Direktor Krankenpflege und Patientenservice

Ergänzende Angaben

Eigenkapital

Unter Berücksichtigung der Kapitalrücklagen entwickelte sich das **Eigenkapital** des UKK wie folgt:

| | 01.01.2001 | Umgliederung in Sonst.Verb. | Einstellung | Entnahme | 31.12.2001 |
|-----------------------|---------------|--------------------------------|--------------|--------------|---------------|
| | T€ | T€ | T€ | T€ | T€ |
| Festgesetztes Kapital | 6.668 | 0 | 0 | 0 | 6.668 |
| Kapitalrücklagen | 9.450 | 3.222 | 0 | 2.692 | 3.536 |
| Gewinnrücklagen | 4.432 | 1.330 | 1.822 | 467 | 4.457 |
| | 20.550 | 4.552 | 1.822 | 3.159 | 14.661 |

Aufwendungen des Aufsichtsrates

Der Gesamtaufwand des Aufsichtsrates des Universitätsklinikums Kiel betrug im Geschäftsjahr 2001 an Sitzungsgeldern und Fahrtkosten insgesamt 585,05 €. Außerdem erhielt der Aufsichtsratsvorsitzende für seine Tätigkeit im Geschäftsjahr 2001 eine Entschädigung in Höhe von 9.729 €

Bezüge des Vorstandes

Die Gesamtbezüge der hauptamtlich und nebenamtlich tätigen Vorstandsmitglieder betragen im Geschäftsjahr 298 T€

Besondere **Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen** bestanden zum Bilanzstichtag 31.12.2001 nicht.

Zur **Entwicklung des Personalbestandes** (Vollkräfte im Jahresdurchschnitt) wird auf die Angaben im gesonderten Personalbericht auf Seite 54 verwiesen.

Bestätigungsvermerk

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir unter dem Vorbehalt, dass der Aufsichtsrat den im Jahresabschluss berücksichtigten

- Entnahmen aus den Kapitalrücklagen von € 2.691.515,82, den Gewinnrücklagen von € 467.379,16 und Einstellungen in die Gewinnrücklagen von € 1.821.585,25 sowie
- der Umgliederung der zugewiesenen, noch nicht verwendeten Mittel für besondere Forschungsprojekte aus den Kapitalrücklagen von € 3.222.476,63 und den Gewinnrücklagen von € 1.329.358,87 in die Sonstigen Verbindlichkeiten

zustimmt, mit Datum vom 11. Juni 2002 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Klinikums an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Anstalt des öffentlichen Rechts, Kiel, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2001 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den Vorschriften der KHBV und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verant-

wortung des Vorstands des Klinikums. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Klinikums sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresab-

schluss und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tat-

sächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Klinikums. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Klinikums und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Kiel, den 11. Juni 2002

PwC Deutsche Revision
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Vorstandszuständigkeiten

Prof. Dr. Werner Grote

Ärztlicher Direktor

Vorstandsvorsitzender

- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Zentrale Unternehmensplanung
- Justizariat
- Innenrevision
- Qualitätssicherung
- Strahlenschutz

Manfred Baxmann

Kaufmännischer Direktor

Stellvertretender Vorstandsvorsitzender

- Controlling
- Rechenzentrum
- Allgemeine Verwaltung
- Personalwesen
- Finanz-, Rechnungs- und Patientenwesen
- Zentraler Einkauf
- Technische Dienste; Bauangelegenheiten

Prof. Dr. Michael Illert

Dekan der Medizinischen Fakultät

- Wissenschaftsverwaltung

Uwe Petersen

Direktor für Krankenpflege und Patientenservice

- Grundsatzangelegenheiten Krankenpflege und Patientenservice
- Fort- und Weiterbildung für das nichtwissenschaftliche Personal
- Ver- und Entsorgungsdienste

Lagepläne des UKK



Zentralgelände

Standort Niemansweg 147
(Klinik für Nervenheilkunde)

Standort Weimarer Straße 8
(Klinik für Neurochirurgie)

PwC Deutsche Revision

Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Auszug aus dem Bericht

Universitätsklinikum Lübeck,
Anstalt des öffentlichen Rechts
Lübeck

Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2001
und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2001

Auftrag: 20 14 0127

Exemplar:



IV. Bestätigungsvermerk

15. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir unter dem Vorbehalt, dass der Aufsichtsrat
- den im Jahresabschluss berücksichtigten Entnahmen aus den Kapitalrücklagen von € 1.108.272,31, den Gewinnrücklagen von € 597.121,06 sowie
 - der im Jahresabschluss berücksichtigten Umgliederung der zugewiesenen, noch nicht verwendeten Mittel für besondere Forschungsprojekte aus den Kapitalrücklagen von € 1.912.588,96 und den Gewinnrücklagen von € 1.359.958,77 in die Sonstigen Verbindlichkeiten

zustimmt, mit Datum vom 18. Juni 2002 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Universitätsklinikum Lübeck, Anstalt des öffentlichen Rechts, Lübeck, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2001 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den Vorschriften der KHBV und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands des Klinikums. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Klinikums sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Klinikums. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Klinikums und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar."

II. Feststellungen gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB (Redepflicht)

9. Unrichtigkeiten oder Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften sowie Tatsachen, die schwerwiegende Verstöße des Vorstands oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Satzung darstellen, haben wir bei Durchführung unserer Prüfung nicht festgestellt.

Die Ertragslage hat sich in 2001 im Vergleich zum Vorjahr erheblich verschlechtert. Eine weitere Verschlechterung ist für das Jahr 2002 insbesondere durch nicht finanzierte Beitragserhöhungen der VBL, geplante weitere Kürzungen des Zuschusses für Forschung und Lehre, zusätzlich im Lagebericht aufgeführte Kostenbelastungen sowie Wegfall von Zinserträgen aufgrund verschlechterter Liquiditätslage zu erwarten.

H. Schlussbemerkung

146. Den vorstehenden Bericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (Prüfungsstandard 450 des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.).

Der von uns mit Datum vom 18. Juni 2002 erteilte uneingeschränkte, unter einem Vorbehalt stehende Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt B. IV "Bestätigungsvermerk" wiedergegeben.

Hamburg, den 18. Juni 2002

PwC Deutsche Revision

Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Lorenzen)
Wirtschaftsprüfer

(ppa. Fritsch)
Wirtschaftsprüferin



6. Bilanz des UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck

AKTIVA

| AKTIVA | Stand am 31.12.2001 | | Stand am 31.12.2000 | |
|--|---------------------|----------------|---------------------|----------------|
| | € | € | € | € |
| A. Anlagevermögen | | | | |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | | 1.203.322,40 | | 1.088.656,63 |
| II. Sachanlagen | | | | |
| 1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschl. der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken | 120.193.221,99 | | 123.158.561,83 | |
| 2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschl. Wohnbauten auf fremden Grundstücken | 1.298.525,00 | | 1.346.640,04 | |
| 3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten | 3.634.671,73 | | 3.634.671,73 | |
| 4. Technische Anlagen | 64.937.657,00 | | 69.665.096,68 | |
| 5. Einrichtungen und Ausstattungen | 32.146.866,00 | | 32.346.263,75 | |
| 6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | 82.992.020,63 | 305.202.962,35 | 74.907.604,76 | 305.058.838,79 |
| B. Umlaufvermögen | | | | |
| I. Vorräte | | | | |
| 1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | | 7.552.809,58 | | 7.711.344,38 |
| 2. Unfertige Leistungen | | 354.373,84 | | 448.366,30 |
| II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | | | | |
| 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen - davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vorjahr: T€ 0) | 32.856.034,17 | | 23.389.958,94 | |
| 2. Forderungen an den Krankenhausträger | 2.208,05 | | 2.208,05 | |
| 3. Sonstige Vermögensgegenstände davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vorjahr: T€ 0) | 987.155,28 | 33.845.397,50 | 456.368,93 | 23.848.535,92 |
| III. Wertpapiere des Umlaufvermögens | | 0,00 | | 19.483.718,76 |
| IV. Kassenbestand Guthaben bei Kreditinstituten | | 18.626.701,89 | | 10.482.332,62 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | | 1.277.397,82 | | 615.427,46 |
| Summe Aktiva | | 368.062.965,38 | | 368.737.220,86 |

6. Bilanz des UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck

PASSIVA

| PASSIVA | Stand am 31.12.2001 | | Stand am 31.12.2000 | |
|---|---------------------|----------------|---------------------|----------------|
| | € | € | € | € |
| A. Eigenkapital | | | | |
| 1. Festgesetztes Kapital | 14.101.013,78 | | 14.101.013,78 | |
| 2. Kapitalrücklagen | 4.294.252,53 | | 7.315.113,80 | |
| 3. Gewinnrücklagen | 957.248,12 | | 2.914.327,95 | |
| | | 19.352.514,43 | | 24.330.455,53 |
| B. Sonderposten aus Zuweisungen | | | | |
| <u>zur Finanzierung des Anlagevermögens</u> | | | | |
| 1. Zuweisungen u. Zuschüsse der öffentlichen Hand | 297.109.779,98 | | 297.267.932,22 | |
| 2. Sonderposten aus sonstigen Zuweisungen | 1.944.469,10 | 299.054.249,08 | 1.527.528,48 | 298.795.460,70 |
| C. Rückstellungen | | | | |
| Sonstige Rückstellungen | | 13.144.253,34 | | 17.236.641,06 |
| D. Verbindlichkeiten | | | | |
| 1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vorjahr: T€ 0) | 8.754.586,59 | | 8.841.537,58 | |
| 2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vorjahr: T€ 0) | 9.100.153,14 | | 9.481.742,16 | |
| 3. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vorjahr: T€ 0) davon nach der BpflV € 3.474.462,24 (Vorjahr T€ 839) | 3.474.462,24 | | 838.835,28 | |
| 4. Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vorjahr: T€ 0) davon aus Steuern € 11.476,33 (Vorjahr T€ 21) davon im Rahmen der Sozialsicherheit € 0,00 (Vorjahr T€ 0) | 15.182.746,56 | 36.511.948,53 | 9.212.548,55 | 28.374.663,57 |
| Summe Passiva | | 368.062.965,38 | | 368.737.220,86 |

6. Gewinn- und Verlustrechnung

| | 2001 | 2001 | 2000 | 2000 |
|--|----------------|----------------------|----------------|----------------------|
| | € | € | € | € |
| 1. Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen | 165.615.142,81 | | 163.477.637,36 | |
| 2. Erlöse aus Wahlleistungen | 1.753.423,23 | | 1.662.449,19 | |
| 3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses | 9.861.645,19 | | 10.150.922,01 | |
| 4. Nutzungsentgelte der Ärzte | 5.734.485,27 | | 5.397.048,17 | |
| 5. Verminderung (Vorjahr Erhöhung) des Bestandes an unfertigen Leistungen | -93.992,45 | | 184.382,62 | |
| 6. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand | | | | |
| a) Zuweisungen und Zuschüsse des Landes, soweit nicht unter Nr. 10 | 59.893.097,15 | | 58.019.181,83 | |
| davon Umwidmung in den Finanzplan | -3.456.075,55 | | -796.426,30 | |
| davon Umwidmung aus dem Finanzplan | 88.658,01 | | 3.214.004,95 | |
| b) sonstige Zuweisungen der öffentlichen Hand | 202.807,17 | | 238.890,56 | |
| 7. Sonstige betriebliche Erträge | 26.999.540,25 | 266.598.731,08 | 22.515.934,98 | 264.064.025,37 |
| 8. Personalkosten | | | | |
| a) Löhne und Gehälter | 134.427.289,12 | | 132.040.066,49 | |
| b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung € 9.505.388,59 (Vorjahr T€ 10.182) | 33.699.034,49 | | 34.148.447,56 | |
| 9. Materialaufwand | | | | |
| a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | 56.336.267,17 | | 58.113.846,04 | |
| b) Aufwendungen für bezogene Leistungen | 12.326.482,75 | 236.789.073,53 | 11.905.157,73 | 236.207.517,82 |
| Zwischenergebnis | | 29.809.657,55 | | 27.856.507,55 |
| 10. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen | | | | |
| a) Investitionszuschuß des Trägers | | | | |
| - Zuschüsse | 10.187.644,83 | | 8.468.667,75 | |
| - davon Umwidmung in den Erfolgsplan | -88.658,01 | | -3.214.004,95 | |
| b) Zuwendung Fremdfinanzierung Ersteinrichtung | 4.069.528,29 | | 8.987.686,60 | |
| c) Zuwendung Fremdfinanzierung HBFVG | 1.758.543,11 | | 913.067,91 | |
| 11. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten | 18.605.883,19 | | 18.782.605,04 | |
| 12. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlageverm. | 19.247.781,91 | 15.285.159,50 | 16.752.794,25 | 17.185.228,10 |
| 13. Abschreibungen | 18.452.387,01 | | 18.516.371,70 | |
| 14. Sonstige betriebliche Aufwendungen | 28.151.391,60 | -46.603.778,61 | 25.808.672,88 | -44.325.044,58 |
| Zwischenergebnis | | -1.508.961,56 | | 716.691,07 |
| 15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 1.586.662,98 | | 904.497,29 | |
| 16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 1.385,55 | 1.585.277,43 | 1.436,70 | 903.060,59 |
| 17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | | 76.315,87 | | 1.619.751,66 |
| 18. Steuern | 76.315,87 | -76.315,87 | 65.506,55 | -65.506,55 |
| 19. Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag | | 0,00 | | 1.554.245,11 |
| 20. Entnahme aus Kapitalrücklage | | 0,00 | | 12.993,46 |
| 21. Einstellung in Gewinnrücklage | | 0,00 | | -1.567.238,57 |
| 22. Bilanzgewinn | | 0,00 | | 0,00 |

7. Anhang

7.1 Allgemeine Angaben zum

Jahresabschluss

Das Klinikum an der Medizinischen Universität zu Lübeck ist seit dem 01.01.1999 eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts der Medizinischen Universität zu Lübeck. Die Anstalt führt den Namen UNIVERSITÄTSKLINIKUM Lübeck.

Dem Klinikum obliegen die den Zwecken von Forschung und Lehre dienende Krankenversorgung, sowie die sonstigen ihm auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens übertragenen Aufgaben. Es beteiligt sich an der ärztlichen Fort- und Weiterbildung und der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Angehörigen anderer Berufe des Gesundheitswesens.

Am 01.01.1999 ging das im Besitz des Klinikums als Landesbetrieb befindliche Vermögen, soweit für betriebliche Zwecke des Klinikums erforderlich, in das Eigentum des Klinikums über. Das Grundvermögen wird dem Klinikum dauerhaft zur Verfügung gestellt. Juristischer Eigentümer ist nach wie vor das Land Schleswig-Holstein.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2001 ist entsprechend den Gliederungsvorschriften der Krankenhausbuchführungsverordnung (KHBV) unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften aufgestellt worden.

7. Anhang

7.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Im Jahr 2001 wurde der Jahresabschluss des UKLs erstmalig in EURO ausgewiesen. Die Umrechnung der ursprünglichen Währung DM in die jetzige Hauswährung EURO führte zu kleineren Rundungsdifferenzen.

Das Anlagevermögen ist in Höhe der Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen bewertet.

Bei beweglichen Anlagegütern wird auf die Zugänge in der ersten Jahreshälfte die volle, auf die Zugänge in der zweiten Jahreshälfte die halbe Jahresabschreibung verrechnet. Anlagegüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis zu € 410,00 (ohne Umsatzsteuer) und einer Nutzungsdauer von bis zu drei Jahren werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben.

Die Anlagen im Bau werden mit den bis zum Bilanzstichtag angefallenen Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert.

Dem aus Fördermitteln und sonstigen Zuwendungen finanzierten Anlagevermögen stehen in Höhe der Buchwerte auf der Passivseite der Bilanz die Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens gegenüber. In Höhe der noch

nicht verwendeten Zuwendungen wurden entsprechende Verbindlichkeiten passiviert.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens wurden zu Anschaffungskosten bilanziert.

Die Vorräte der Apotheke und des sonstigen medizinischen Bedarfs sowie des Wirtschaftsbedarfs sind grundsätzlich zu gleitenden Durchschnittspreisen bewertet. Für derartige Vorräte in den Kliniken und Instituten wurden Festwerte gebildet.

Der Ansatz der Durchschnittswerte sowie der Festwerte erfolgte jeweils einschließlich Umsatzsteuer. Bei der Bewertung der unfertigen Leistungen (Überlieger) wurde angenommen, daß die Erlöse je Fallpauschale den Kosten des Klinikums entsprechen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nennbetrag unter Abzug angemessener Wertberichtigungen bilanziert. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden daneben pauschal wertberichtigt. Forderungen, die älter als 5 Jahre sind, existierten zum Jahresabschluss nicht.

Unter den Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht werden Ansprüche nach HBFVG auf Fördermittel zur Finanzierung von Investitionen in Höhe der Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt.

7. Anhang

Gemäß § 5 Abs. 6 KHBV weist das UKL unter dem Festgesetzten Kapital die Beträge aus, die der Krankenhausträger auf Dauer dem UKL zur Verfügung gestellt hat.

Die Bewertung der Rückstellungen entspricht den HGB-Vorschriften.

Die Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Zum Jahresabschluss existierten keine Verbindlichkeiten, die älter als 5 Jahre waren.

Bei der Ermittlung des Ergebnisses in der Gewinn- und Verlustrechnung kommt das Gesamtkostenverfahren zur Anwendung.

Die zugewiesenen aber noch nicht verwendeten Mittel für besondere Forschungs- und Lehrvorhaben wurden erstmalig im Geschäftsjahr 2001 unter den sonstigen Verbindlichkeiten geführt. In den Vorjahren erfolgte der Ausweis in den Kapital- und Gewinnrücklagen.

7. Anhang Erläuterungen zur Bilanz - Aktiva

7.3 Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im einzelnen im Anlagennachweis dargestellt.

Die Fortschreibung des Anlagevermögens geschieht mit Hilfe des eingesetzten SAP – Moduls „AM“ .

Immaterielle Vermögensgegenstände

| Bilanzwert per | 31.12.01 T€ | 31.12.00 T€ |
|----------------|----------------|----------------|
| Anfangsbestand | 1.089 | 936 |
| Zugänge | 652 | 417 |
| Umbuchungen | 0 | 66 |
| Abgänge | 0 | -5 |
| Abschreibungen | -538 | -325 |
| Endbestand | 1.203 | 1.089 |

Unter dem Posten Immaterielle Vermögensgegenstände wurde entgeltlich erworbene Software aktiviert. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Immateriellen Vermögensgegenstände um T€ 114.

Sachanlagen

| Bilanzwert per | 31.12.01 T€ | 31.12.00 T€ |
|-----------------------------------|----------------|----------------|
| Anfangsbestand | 305.058 | 301.648 |
| Zugänge | 18.217 | 22.272 |
| Umbuchungen | 0 | 66 |
| Abgänge | -159 | -604 |
| Nachaktivierung (Restbuchwert) | 2 | 0 |
| Abschreibungen | -17.915 | -18.192 |
| Endbestand | 305.203 | 305.058 |

Aus Anlagenabgängen wurden Verkaufserlöse in Höhe von T€ 27 erzielt. Die Erträge (Erlös/Restbuchwert) betragen T€ 20. Die Aufwendungen aus Anlagenabgängen beliefen sich auf T€ 153.

7. Anhang Erläuterungen zur Bilanz - Aktiva

7.4 Umlaufvermögen

7.4.1 Vorräte

Der Bestand an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen und unfertigen Leistungen verringerte sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um T€ 252.

Dies resultiert aus dem geringeren Bestand bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen in Höhe von T€ 158 und den niedrigeren unfertigen Leistungen in Höhe von T€ 94.

Die Vorräte des UNIVERSITÄTSKLINIKUMS gliedern sich wie folgt:

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

| Bilanzwert per | 31.12.01 T€ | 31.12.00 T€ |
|-------------------------------------|----------------|----------------|
| Arzneimittel, Heil- und Hilfsmittel | 4.137 | 4.064 |
| Medizinischer Bedarf | 2.127 | 2.546 |
| Wirtschaftsbedarf | 43 | 45 |
| Verwaltungsbedarf | 122 | 137 |
| Technischer Bedarf | 423 | 381 |
| Brenn- und Treibstoffe | 132 | 64 |
| Blutprodukte | 569 | 474 |
| Gesamt | 7.553 | 7.711 |

Die Vorräte wurden, soweit keine Festwerte beibehalten wurden, zum Bilanzstichtag körperlich aufgenommen.

7.4.2 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen setzten sich am Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Forderungen

| Bilanzwert per | 31.12.01 T€ | 31.12.00 T€ |
|--------------------------------------|----------------|----------------|
| Allgemeine Krankenhausleistungen | 33.121 | 24.351 |
| Nebentätigkeiten der Ärzte | 1.497 | 1.655 |
| Sonstige Forderungen | 1.194 | 1.071 |
| Zwischensumme | 35.812 | 27.077 |
| Einzel- und Pauschalwertberichtigung | -2.956 | -3.687 |
| Summe | 32.856 | 23.390 |

Die Forderungen sind zum Nennbetrag bewertet.

7. Anhang Erläuterungen zur Bilanz - Aktiva

Erkennbare Ausfallrisiken wurden durch die Bildung einer Einzelwertberichtigung in Höhe von T€ 1.856 (Vorjahr T€ 2.690) berücksichtigt.

Für das allgemeine Kreditrisiko wurde eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von T€ 1.100 (Vorjahr T€ 997) gebildet.

Die sonstigen Forderungen beinhalten im wesentlichen Forderungen gegenüber sonstigen Debitoren, darunter hauptsächlich Forderungen aufgrund von Lieferungen und Leistungen an andere Krankenhäuser in Höhe von T€ 1.194 (Vorjahr T€ 1.071).

7.4.3 Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von T€ 987 erhöhten sich um T€ 531. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus dem Anstieg der debitorischen Kreditoren.

Alle Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und die sonstigen Vermögensgegenstände sind innerhalb eines Jahres fällig.

7.4.4 Wertpapiere des Umlaufvermögens

Im Geschäftsjahr wurde vom Vorstand beschlossen, nur noch Tages- und Festgeldanlagen zu tätigen, so dass der Bestand der Wertpapiere des Umlaufvermögens im Jahr 2001 T€ 0 ausweist.

7.4.5 Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten

Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postbankguthaben und die Guthaben bei Kreditinstituten betragen T€ 18.627 (Vorjahr T€ 10.482). Der Anstieg beruht auf der Erhöhung der Tages- und Festgeldanlagen.

7.4.6 Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungsposten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 662 auf T€ 1.277 im Jahr 2001. Der Anstieg resultiert im wesentlichen aus der Vorauszahlung in Höhe von T€ 609 an das Universitätsklinikum Kiel im Zusammenhang mit der CEMET-Gründung und den Bezügen der Beamten für Januar 2002.

7. Anhang Erläuterungen zur Bilanz - Passiva

7.5 Eigenkapital

| Bilanzwert per | 31.12.01 T€ | 31.12.00 T€ |
|-----------------------|----------------|----------------|
| <i>Eigenkapital</i> | | |
| Festgesetztes Kapital | 14.101 | 14.101 |
| Kapitalrücklagen | 4.294 | 7.315 |
| Gewinnrücklagen | 957 | 2.914 |

Entwicklung der Rücklagen:

| | Stand 31.12.00 € | Entnahme € | Zuführung € | Umgliederung € | Stand 31.12.01 € |
|-----------------|------------------------|---------------|----------------|-------------------|------------------------|
| Kapitalrücklage | 7.315.113,80 | 1.108.272,31 | 0,00 | 1.912.588,96 | 4.294.252,53 |
| Gewinnrücklage | 2.914.327,95 | 597.121,06 | 0,00 | 1.359.958,77 | 957.248,12 |
| Ausweis | 10.229.441,75 | 1.705.393,37 | 0,00 | 3.272.547,73 | 5.251.500,65 |

Die Bilanzposition Rücklagen sank im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr um T€ 4.978 auf T€ 5.252 (Vorjahr T€ 10.229).

Die zugewiesenen aber noch nicht verwendeten Mittel für besondere Forschungs- und Lehrvorhaben, die am 01.01.2001 mit dem

Betrag in Höhe von T€ 1.913 in der Kapitalrücklage und T€ 1.360 in der Gewinnrücklage ausgewiesen wurden, wurden im Geschäftsjahr 2001 in die sonstigen Verbindlichkeiten umgliedert. Die Entnahmen aus den Rücklagen wurden zur Reinvestition des Anlagevermögens genutzt.

7. Anhang Erläuterungen zur Bilanz - Passiva

7.6 Sonderposten

Die Sonderposten entwickelten sich analog zum Anlagevermögen und erhöhten sich um T€ 259 auf T€ 299.054 (Vorjahr T€ 298.795).

Die Sonderposten bilden mit Ausnahme der Grundstücke den Gegenposten zum Anlage-

vermögen, den mit Zuschüssen des Trägers intern erwirtschafteten Mitteln aus Sonderverträgen sowie zweckentsprechenden Mitteln nach HBFG und den zur Finanzierung von Anlagegegenständen eingesetzten Drittmitteln.

7.7 Rückstellungen

Entwicklung der sonstigen Rückstellungen:

| | Stand 31.12.00 € | Inanspruchnahme € | Auflösung € | Zuführung € | Stand 31.12.01 € |
|---------------------------------------|------------------------|----------------------|----------------|----------------|------------------------|
| Prozeßkosten / Schadensfälle | 3.491.170,84 | 5.211,37 | 417.728,06 | 156.665,55 | 3.224.896,96 |
| Sonstige andere Rückstellungen | 12.747.939,73 | 1.899.206,69 | 2.178.289,71 | 748.913,05 | 9.419.356,38 |
| Rückstellungen für Bauunterhaltung | 997.530,49 | 997.530,49 | 0,00 | 500.000,00 | 500.000,00 |
| Ausweis | 17.236.641,06 | 2.901.948,55 | 2.596.017,77 | 1.405.578,60 | 13.144.253,34 |

Die sonstigen anderen Rückstellungen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 3.329 auf T€ 9.419. Im wesentlichen be-

ruht der Rückgang auf die Inanspruchnahme der Rückstellungen für die Jahrtausendwende bzw. der Hauswährungsumstellung.

7. Anhang Erläuterungen zur Bilanz - Passiva

7.8 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sanken um T€ 88 auf T€ 8.754 (Vorjahr T€ 8.842).

Der Posten Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger reduzierte sich um T€ 382 auf T€ 9.100 (Vorjahr T€ 9.482) aufgrund des teilweise abgebauten Investitionsstaus.

Die Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht stiegen um T€ 2.635 auf T€ 3.474 (Vorjahr T€ 839). In dieser Bilanzposition werden Überzahlungen aufgrund der im vergangenen Jahr abgerechneten Pflegesätze ausgewiesen.

Sonstige Verbindlichkeiten

| Bilanzwert per | 31.12.01 | 31.12.00 |
|---|---------------|--------------|
| | T€ | T€ |
| - Drittmittel | 6.818 | 4.502 |
| - Sonderverträge | 927 | 1.075 |
| - zugewiesene aber noch nicht verwendete Mittel für besondere Forschungs- und Lehrevorhaben | 3.671 | 0 |
| - Lohnsteuer / Sozialversicherungsbeiträge | 1.019 | 989 |
| - Umsatzsteuer | 0 | 21 |
| - Noch nicht ausgezahlte Bereitschaftsvergütungen | 1138 | 1.082 |
| - Andere sonstige Verbindlichkeiten | 1610 | 1.544 |
| Ausweis | 15.183 | 9.213 |

Die sonstigen Verbindlichkeiten stiegen um T€ 5.970 auf T€ 15.183 (Vorjahr T€ 9.213). Dieser Anstieg resultiert im wesentlichen aus dem Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Drittmittelgebern in Höhe von T€ 2.316 durch das im Jahr 2001 begonnene CEMET-Projekt und dem erstmaligen Ausweis für zugewiesene aber noch nicht verwendete Mittel für besondere Forschungs- und Lehrevorhaben in Höhe von T€ 3.671. Diese Mittel wurden bisher in der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklage geführt.

7. Anhang Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Unter dem Posten **Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen** werden Erträge in Höhe von T€ 165.615 ausgewiesen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Erlöse aus Krankenhausleistungen

| | 2001 T€ | 2000 T€ |
|--|----------------|----------------|
| Erlöse aus Pflegesätzen | 130.128 | 126.517 |
| Erlöse aus Fallpauschalen | 24.571 | 23.815 |
| Erlöse aus Sonderentgelte | 12.401 | 11.985 |
| Erlöse aus vor- und nachstationären Behandlungen | 998 | 692 |
| Sonstige Erlöse | 153 | 145 |
| Ausgleiche | -2.636 | 324 |
| Ausweis | 165.615 | 163.478 |

Unter dem Posten **Erlöse aus Wahlleistungen** werden Erträge in Höhe von T€ 1.753 ausgewiesen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Erlöse aus Wahlleistungen

| | 2001 T€ | 2000 T€ |
|-------------------------------------|--------------|--------------|
| Erlöse aus Einbett-/Zweibettzimmern | 1.745 | 1.656 |
| Sonstige | 8 | 6 |
| Ausweis | 1.753 | 1.662 |

Aufgrund des BGH-Urteils wurde das Risiko aus Wahlleistungszuschlägen für Einbett- und Zweibettzimmer in den Wertberichtigungen berücksichtigt.

Die Wahlleistungszuschläge betragen im Berichtsjahr:

| | |
|------------------|-------------------------------------|
| - Einbettzimmer | € 95,00 bzw. € 103,00* |
| - Zweibettzimmer | € 59,00 bzw. € 64,00* |
| | pro Berechnungstag *mit Naßzelle |
| Begleitperson | € 20,00 |

Unter dem Posten **Erlöse aus ambulanten Leistungen** werden Erträge in Höhe von T€ 9.862 ausgewiesen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Erlöse aus ambulanten Leistungen

| | 2001 T€ | 2000 T€ |
|-----------------------------------|--------------|---------------|
| Kassenärztliche Vereinigung | 3.280 | 4.242 |
| Selbstzahler | 724 | 679 |
| Sozialleistungsträger | 1.715 | 1.481 |
| Erlöse aus ambulanten Operationen | 497 | 481 |
| Erlöse aus Medikamentenverkäufen | 3.646 | 3.268 |
| Ausweis | 9.862 | 10.151 |

Die Erlöse durch die Kassenärztlichen Vereinigung sanken aufgrund der Umwandlung von Institutsermächtigungen in persönliche Ermächtigungen. Die Erlöseinbußen im 2. Quartal 2001 konnten zum Teil durch Erlössteigerungen im Bereich der Medikamentenabgabe des ambulanten Bereiches kompensiert werden.

Unter dem Posten **Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte** werden Erträge in Höhe von T€ 5.734 (Vorjahr T€ 5.397) ausgewiesen.

7. Anhang Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Unter dem Posten **Verminderung (Vorjahr Erhöhung) des Bestandes an unfertigen Leistungen** werden Aufwendungen in Höhe von T€ 94 (Vorjahr T€ 184 Erträge) ausgewiesen.

Unter dem Posten **Sonstige betriebliche Erträge** wird ein Saldo von T€ 27.000 ausgewiesen. Dieser setzt sich wie folgt zusammen:

Sonstige betriebliche Erträge

| | 2001 T€ | 2000 T€ |
|--|---------------|---------------|
| Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge | 2.040 | 2.070 |
| Hilfs- und Nebenbetriebe | 3.824 | 3.500 |
| Sonderverträge | 1.442 | 1.573 |
| Zuwendungen Dritter zur Finanzierung lfd. Aufwendungen | 12.434 | 9.313 |
| Anlagenverkäufe | 20 | 68 |
| Auflösung von Rückstellungen | 2.596 | 1.206 |
| Auslösung von Wertberichtigungen | 735 | 712 |
| Sonstige ordentliche Erträge | 1.478 | 2.559 |
| Periodenfremde Erträge | 2.431 | 1.515 |
| Ausweis | 27.000 | 22.516 |

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** erhöhten sich um T€ 4.484 gegenüber dem Vorjahr. Dies ist zum Teil in den gestiegenen Erträgen aus Zuwendungen Dritter durch das CEMET-Projekt begründet.

Unter dem Posten **Personalaufwendungen** wird ein Saldo in Höhe von T€ 168.126 ausgewiesen. Dieser setzt sich wie folgt zusammen:

Personalaufwendungen

| | 2001 T€ | 2000 T€ |
|--|----------------|----------------|
| Löhne und Gehälter | 134.427 | 132.041 |
| Sozialabgaben, Altersversorgung und Beihilfe | 33.699 | 34.148 |
| Ausweis | 168.126 | 166.189 |
| davon für Altersversorgung | 9.505 | 10.182 |

Der Anstieg der Personalaufwendungen wurde durch die Ergebnisse bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst und die Erhöhung der Beschäftigten von 4.653 um 9 auf 4.662 geprägt.

Die Bezahlung der Beschäftigten erfolgt für Beamte nach dem Bundesbesoldungsgesetz, für die Angestellten nach dem Bundesangestelltentarif Bund und Länder und für die Lohnempfänger nach dem Manteltarifvertrag für Arbeiter.

7. Anhang Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Angestellte und Lohnempfänger sind bei Erfüllung der rechtlichen Voraussetzungen bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versichert und erhalten bei Eintritt des Versicherungsfalles eine Zusatzrente. Im Rahmen der Tarifverträge wird Arbeit in Altersteilzeit ermöglicht.

Entsprechend den Bestimmungen innerhalb des Landes Schleswig-Holstein besteht auch am UNIVERSITÄTSKLINIKUM Lübeck ein Frauenförderplan.

Unter dem Posten **Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** werden Aufwendungen in Höhe von T€ 56.336 ausgewiesen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ohne bezogene Leistungen

| | 2001 T€ | 2000 T€ |
|---------------------------------|---------------|---------------|
| Lebensmittel | 2.882 | 3.055 |
| Medizinischer Bedarf | 47.724 | 50.286 |
| Wasser, Energie, Brennstoffe | 4.442 | 3.535 |
| Wirtschaftsbedarf | 1.288 | 1.238 |
| Ausweis | 56.336 | 58.114 |

Die Wasser und Energiekosten (Strom, Gas und Öl) stiegen um T€ 907 auf T€ 4.442 (Vorjahr T€ 3.535) aufgrund einer weiteren im Jahr 2001 in Kraft getretenen Stufe der ökologischen Steuerreform sowie durch die weltweit angestiegenen Energiekosten.

Aufwendungen für bezogene Leistungen

| | 2001 T€ | 2000 T€ |
|----------------------|---------------|---------------|
| Medizinischer Bedarf | 3.528 | 3.322 |
| Wirtschaftsbedarf | 7.976 | 7.574 |
| Sonstige | 822 | 1.009 |
| Ausweis | 12.326 | 11.905 |

Die **bezogenen Leistungen** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 421.

7. Anhang Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Unter dem Posten **Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen** werden Erträge in Höhe von T€ 15.927 ausgewiesen.

Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen

| | 2001 T€ | 2000 T€ |
|---------------------------------------|---------------|---------------|
| Investitionszuschuß | 10.099 | 5.254 |
| Zuwendungen Fremd- finanzierung | | |
| Ersteinrichtung | 4.069 | 8.988 |
| Zuwendungen Fremdfinanzierung HBFG | 1.759 | 913 |
| Ausweis | 15.927 | 15.155 |

Der Posten **Erträge aus der Auflösung von Sonderposten zur Finanzierung des Anlagevermögens** sank um T€ 177 auf T€ 18.606 (Vorjahr T€ 18.783).

Der Posten **Aufwendungen aus der Zuführung von Sonderposten und Verbindlichkeiten zur Finanzierung des Anlagevermögens** stieg um T€ 2.495 auf T€ 19.248 (Vorjahr T€ 16.753).

Unter dem Posten **Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen** werden Aufwendungen in Höhe von T€ 18.452 (Vorjahr T€ 18.516) ausgewiesen.

Den Abschreibungen stehen in voller Höhe Auflösungen von Sonderposten gegenüber. Bezüglich der Zuordnung der Abschreibungen wird auf den Anlagenspiegel verwiesen.

7. Anhang Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Unter dem Posten **Sonstige betriebliche Aufwendungen** werden Aufwendungen in Höhe von T€ 28.151 ausgewiesen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

| | 2001 T€ | 2000 T€ |
|---|---------------|---------------|
| Verwaltungsbedarf | 8.474 | 7.406 |
| Instandhaltung | 11.392 | 12.099 |
| Sonstige Abgaben | 463 | 440 |
| Versicherungen | 761 | 719 |
| Aufwendungen für Einzel- und Pauschalwertberichtigung | 731 | 1.122 |
| Abschreibungen auf Forderungen | 15 | 18 |
| Sachaufwand der Ausbildungsstätten | 241 | 192 |
| Sonstige ordentliche Aufwendungen | 3.930 | 1.886 |
| Aufwendungen aus dem Abgang vom Anlagevermögen | 154 | 266 |
| Periodenfremde Aufwendungen | 1.987 | 1.653 |
| Freibehandlungen | 3 | 8 |
| Ausweis | 28.151 | 25.809 |

Der Aufwand für den Verwaltungsbedarf stieg gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.068. Dies ist zum Teil in den erstmalig auftretenden Kosten der Fusion begründet.

Die Aufwendungen für Instandhaltung verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 707. Für unterlassene Bauunterhaltung wurde eine Rückstellung in Höhe von T€ 500 gebildet.

Die sonstigen Abgaben erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig um T€ 23.

Durch das CEMET-Projekt und FuL-Projekte stiegen die sonstigen ordentlichen Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr von T€ 1.886 um T€ 2.044 auf T€ 3.930 im Jahr 2001.

Bei den Mietaufwendungen entfielen die größten Positionen auf angemietete Räumlichkeiten im Städtischen Krankenhaus Süd mit T€ 176 und auf die Anmietung eines MRT (Magnet Resonanz Tomographen) der Firma Siemens mit T€ 430.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen stiegen durch den Zuschuß und Verwendung von Mitteln des CEMET-Projektes in Höhe von T€ 1.886 und der Zuführung von zugewiesenen aber noch nicht verwendeten Mitteln für Forschungs- und Lehrevorhaben in Höhe von T€ 398.

7. Anhang Sonstige Angaben

Mitglieder des Aufsichtsrates

Stimmberechtigte Mitglieder

Ministerialdirigent a. D. Uwe Lützen

Vorsitzender des Aufsichtsrates des
UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck
Vertreter des Ministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Kultur des
Landes Schleswig-Holstein

Regierungsdirektor Klaus Dietrich Neuhausen

Ministerium für Finanzen und Energie
des Landes Schleswig-Holstein

Ministerialdirigent Bernd Schloer

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landes Schleswig-Holstein

Prof. Dr. Reinhard Demuth

Rektor der Christian-Albrecht-Universität
zu Kiel

Prof. Dr. Hans Arnold

Rektor der Medizinischen Universität zu Lübeck

Edda Tichelmann

Vertreterin der Beschäftigten des
Universitätsklinikums Kiel

Barbara Scheel

Vertreterin der Beschäftigten des
UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck

Prof. Dr. Karl Heinz Rahn

Sachverständiger aus der medizinischen Wissen-
schaft

Med. Poliklinik der Westfälischen Wilhelms-
Universität / Innere Medizin D

Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann

Sachverständiger aus dem Wirtschaftsleben
Peter Kölln KGaA

Beratende Mitglieder

Prof. Walter Jonat

Universitätsklinikum Kiel
Direktor der Klinik für Gynäkologie und Geburts-
hilfe

Prof. Dr. Alfred Feller

UNIVERSITÄTSKLINIKUM Lübeck
Direktor des Institutes für Pathologie

Dr. Christiane Hinck-Kneip

Vertreterin des wissenschaftlichen Personals der
Christian-Albrecht-Universität zu Kiel

Dr. Hauke Nielsen

Vertreter des wissenschaftlichen Personals des
UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck

Kirstin Bachmann

Vertreterin der Studierenden der
Christian-Albrecht-Universität zu Kiel

Jens Ebnert

Vertreter der Studierenden der
Medizinischen Universität zu Lübeck

Dr. Elke von Haefen

Frauenbeauftragte der
Christian-Albrecht-Universität zu Kiel

(bis 19.03.2001)

N. N.

Frauenbeauftragte der
Christian-Albrecht-Universität zu Kiel

(ab 20.03.2001)

Dr. Sabine Voigt

Frauenbeauftragte der Medizinischen Universität
zu Lübeck

Wilhelm Kuhn

Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und
Verkehr – Bezirksverwaltung Lübeck

7. Anhang Sonstige Angaben

Anzahl der Mitarbeiter*

Im Jahresdurchschnitt waren folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Universitätsklinikum Lübeck beschäftigt:

| | 2001 | 2000 |
|---------------|-------|-------|
| Angestellte | 4.322 | 4.298 |
| Beamte | 83 | 87 |
| Auszubildende | 257 | 268 |
| | 4.662 | 4.653 |

* incl. DRK-Schwesterschaft

Mitglieder des Vorstandes

Prof. Dr. Detlef Kömpf
Ärztlicher Direktor
Vorsitzender des Vorstandes
Geschäftsbereich Vorstandsvorsitzender und Ärztlicher Direktor

Dr. rer. pol. Klaus Schmolling (ab 01.06.2002)
Kaufmännischer Direktor
Stellvertr. Vorsitzender des Vorstandes
Kaufmännischer Geschäftsbereich

Dipl.-Kaufm. Helmut Schüttig (bis 30.04.2002)
Kaufmännischer Direktor
Stellvertr. Vorsitzender des Vorstandes
Kaufmännischer Geschäftsbereich

Barbara Schulte (ab 07.11.2001)
Direktorin für Krankenpflege und
Patientenservice
Geschäftsbereich Krankenpflege und
Patientenservice

Ulrich Heller (bis 30.09.2001)
Direktor für Krankenpflege und
Patientenservice
Geschäftsbereich Krankenpflege und
Patientenservice

Prof. Dr. Dieter Jocham
Direktor der Klinik für Urologie
Geschäftsbereich Dekan

Die Gesamtbezüge der hauptamtlichen Vorstandsmitglieder betragen in 2001 T€ 305.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Wesentliche sonstige finanzielle Verpflichtungen bestanden am Abschlußstichtag nur im Rahmen der Aufwendungen für Mieten in Höhe von T€ 843.

Träger des UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck ist das Land Schleswig Holstein.

Lübeck, der 12.06.2002

Prof. Dr. Detlef Kömpf
Vorsitzender des Vorstandes

Dr. rer. pol. Klaus Schmolling
Kaufmännischer Direktor

Barbara Schulte
Vorstandsmitglied

Prof. Dr. Dieter Jocham
Vorstandsmitglied

8. Entwicklung des Anlagevermögens

| Bilanzposten | Anschaffungskosten | | | | | |
|--|-----------------------|----------------------|------------------|---------------------|----------------------|-----------------------|
| | Anfangsstand | Zugang | Um- buchungen | Abgang | Nach- aktivierung | Endstand |
| | 01.01.01 € | € | € | € | € | 31.12.01 € |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | | | | | | |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 3.681.845,18 | 652.505,86 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 4.334.351,04 |
| II. Sachanlagen | | | | | | |
| 1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken | 155.095.715,27 | 0,00 | 85.314,83 | 0,00 | 0,00 | 155.181.030,10 |
| 2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich Wohnbauten auf fremden Grundstücken | 2.338.415,61 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 2.338.415,61 |
| 3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten | 3.634.671,73 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 3.634.671,73 |
| 4. Technische Anlagen | 119.619.454,99 | 143.567,95 | 500.980,09 | 0,00 | 0,00 | 120.264.003,03 |
| 5. Einrichtungen und Ausstattungen | 144.782.121,56 | 9.085.649,45 | 316.023,17 | 2.169.149,37 | 466.243,58 | 152.480.888,39 |
| 6. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | 74.907.604,72 | 8.986.734,00 | -902.318,09 | 0,00 | 0,00 | 82.992.020,63 |
| Summe Sachanlagen | 500.377.983,88 | 18.215.951,40 | 0,00 | 2.169.149,37 | 466.243,58 | 516.891.029,49 |
| GESAMT | 504.059.829,06 | 18.868.457,26 | 0,00 | 2.169.149,37 | 466.243,58 | 521.225.380,53 |

8. Entwicklung des Anlagevermögens

Abschreibungswerte

| Anfangsstand | Abschreibungen des Geschäfts- jahres | Entnahme für Abgänge | Nach- aktivierung | Endstand | Restbuchwerte Stand | Restbuchwerte Stand |
|----------------|--|----------------------------|----------------------|----------------|------------------------|------------------------|
| 01.01.01 | | | | 31.12.01 | 31.12.01 | 31.12.00 |
| € | € | € | € | € | € | € |
| 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 |
| 2.593.187,71 | 537.840,93 | 0,00 | 0,00 | 3.131.028,64 | 1.203.322,40 | 1.088.656,63 |
| 31.937.153,34 | 3.050.654,77 | 0,00 | 0,00 | 34.987.808,11 | 120.193.221,99 | 123.158.561,83 |
| 991.775,56 | 48.115,05 | 0,00 | 0,00 | 1.039.890,61 | 1.298.525,00 | 1.346.640,04 |
| 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 3.634.671,73 | 3.634.671,73 |
| 49.954.358,32 | 5.371.987,71 | 0,00 | 0,00 | 55.326.346,03 | 64.937.657,00 | 69.665.096,68 |
| 112.435.858,14 | 9.443.788,55 | 2.010.448,88 | 464.824,58 | 120.334.022,39 | 32.146.866,00 | 32.346.263,75 |
| 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 82.992.020,63 | 74.907.604,76 |
| 195.319.145,36 | 17.914.546,08 | 2.010.448,88 | 464.824,58 | 211.688.067,14 | 305.202.962,35 | 305.058.838,79 |
| 197.912.333,07 | 18.452.387,01 | 2.010.448,88 | 464.824,58 | 214.819.095,78 | 306.406.284,75 | 306.147.495,42 |

5. Der Lagebericht

5.1. Forschungsförderung an der Medizinischen Universität zu Lübeck Schwerpunktförderung der Medizinischen Fakultät

Als übergeordnete Maßnahme zur strukturellen Förderung von Forschung und Lehre wurde zum 01.01.2001 für alle Kliniken und Institute der Medizinischen Fakultät (ohne Vorklinik) die "Leistungsbezogene Mittelverteilung (LbMV)" zunächst für einen Erprobungszeitraum von drei Jahren eingeführt.

Die Leistungsbezogene Mittelverteilung zielt auf die Schaffung größerer Leistungstransparenz und Verteilungsgerechtigkeit sowie auf zusätzliche Anreize für das Engagement in der Forschung. Weitere Funktionen des Systems sind die Profilschärfung nach außen sowie eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit um externe Drittmittel. Grundlage in der ersten Phase 2001 war die retrospektive Bewertung wissenschaftsbezogener Parameter für zunächst vier gleich gewichtete Leistungsbereiche: Publikationen, Drittmittelwerbung, Nachwuchsförderung und Transferleistungen. Eine Ausweitung um den Bereich Lehre ist in Vorbereitung. Leistungen in der Krankenversorgung werden nicht berücksichtigt. Im Berichtszeitraum wurde die LbMV vom Vorstand des UKLs mit T€ 510 aus dem Landeszuschuss Forschung und Lehre der beteiligten Einrichtungen ausgestattet. Für die Folgejahre ist eine stetige Erhöhung des Finanzvolumens vorgesehen.

Die (projektorientierte) Forschungsförderung der Medizinischen Fakultät wird durch den Etat für "besondere Forschungs- und Lehrvorhaben" aus dem Landeszuschuss für Forschung und Lehre gespeist. Im Jahr 2001 standen hieraus für alle relevanten Vorhaben insgesamt Mio.€ 3,0 zur Verfügung.

Die Ausschreibung von Programmen sowie die Entscheidungsfindung erfolgen in Verantwortung der Forschungskommission der Fakultät unter Leitung des Dekans. Im Mai 2001 wurde hierzu durch den Konvent der Medizinischen Fakultät ein entsprechend den Erfahrungen der letzten Jahre überarbeitetes Regelwerk (sog. "Grünes Heft") verabschiedet.

Es handelt sich beim Forschungsförderungsprogramm der Fakultät um ein differenziertes System aus unterschiedlichen Antrags- bzw. Projektkategorien (Junior- und Normalanträge, Anträge zur Förderung der Lehre, Forschungsschwerpunkte).

Forschungsschwerpunkte werden dabei in einem von den übrigen Antrags- bzw. Projektkategorien getrennten Beantragungszklus ausgeschrieben und begutachtet.

Von den im Berichtszeitraum 2001 bewilligten Mitteln entfielen T€ 1.125 auf 6 Forschungsschwerpunkte sowie T€ 806 auf 24 bewilligte Junior- und Normalanträge sowie Projekte zur Förderung der Lehre.

5. Der Lagebericht

Dabei war mit 62 Anträgen aus dem Bereich Junior-/Normal-Anträgen und Anträgen zur Förderung der Lehre im Vergleich zu den Vorjahren (59 bzw. 45 Anträge) trotz Einführung einer Altersgrenze für Junioranträge insgesamt eine weiter steigende Nachfrage zu verzeichnen. Die Bewilligungsquote von 39 % der beantragten Projekte mit durchschnittlich T€ 34 Fördervolumen spricht für gute Förderbedingungen im Nachwuchsbe-
reich.

5.2. Schwerpunktförderung 2001

Die Förderung von Forschungsschwerpunkten der Medizinischen Fakultät dient der Schärfung des Forschungsprofils durch gezielte Förderung einer kleinen Anzahl von Forschungsbereichen, die besondere Entwicklungspotentiale aufweisen. Dabei wird eine Erhöhung und Konzentration der Mittel auf eine geringere Zahl von Forschungsschwerpunkten angestrebt.

Weiteres Ziel ist die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit um kompetitiv vergebene externe Drittmittel. Eine wesentliche Entscheidungsgrundlage der Forschungsförderungs-Kommission ist die Stellungnahme des Wissenschaftsrates zur Entwicklung der MUL.

Für den Zeitraum vom 01.04.2001 bis zum 31.12.2001 wurde auf Grundlage der Begutachtung schriftlicher Anträge und einer fakultätsöffentlichen Präsentation der Antragsteller die Förderung folgender Forschungs-

schwerpunkte durch die Forschungskommission beschlossen:

| Schwerpunkt | Koordinatoren | Förderungsvolumen T€ |
|--|----------------------|-------------------------|
| 1. Körpereigene Infektabwehr | Prof. Solbach et al. | 230 |
| 2. Endokrine Transmission | Prof. Fehm et al. | 280 |
| 3. Cerebrale und neuroendokrine Kontrolle von Wahrnehmung und Bewegung | Prof. Kömpf et al. | 180 |
| 4. Entwicklung onkologischer Therapieansätze | Prof. Feller et al. | 360 |
| 5. Kardiovaskuläre Erkrankungen | Prof. Katus et al. | 75 |

Für den Zeitraum vom 01.01.2002 bis zum 31.12.2002 ist eine weitere Förderung der genannten Forschungsschwerpunkte in gleicher Höhe vorgesehen.

5.3. Weitere Forschungsvorhaben

Unterstützt durch die Schwerpunktförderung der Medizinischen Fakultät konnten 2001 mehrere hochkarätige externe Drittmittelprojekte eingeworben werden:

- Im Nationalen Genomforschungsnetz (BMBF) im Forschungsschwerpunkt "Genetische Forschung bei Herz-Kreislauf-erkrankungen", Prof. Dr. med. Hugo A. Katus, Medizinische Klinik II, und Prof. Dr. med. Eberhard Schwinger, Institut für Humangenetik, (ca. T€ 3.374).

5. Der Lagebericht

- DFG-Klinische Forschergruppe "Intersexualität – vom Gen zur Geschlechtsidentität", Prof. Dr. med. Olaf Hiort, Klinik für Kinder- und Jugendmedizin (T€ 920 für zunächst 3 Jahre).
- DFG-Forschergruppe "Gedächtnisbildung im Schlaf", Prof. Dr. med. Jan Born, Medizinische Klinik I (ca. T€ 1.790 für zunächst 3 Jahre).
- DFG-Forschergruppe "Neurobiologische Prädiktoren und Korrelate von Psychotherapie" (mit den Universitäten Freiburg, Kiel und Aachen), Prof. Dr. med. Fritz Hohagen, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie (insgesamt T€ 3.579, davon in Lübeck T€ 1.022 für zunächst 3 Jahre).

Die Summe der in 2001 eingeworbenen Drittmittel betrug insgesamt T€ 12.434.

Der Mittelursprung ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle:

| Mittelherkunft | € |
|----------------|----------------------|
| Bund | 5.122.199,89 |
| DFG | 1.416.060,94 |
| EU | 399.181,62 |
| Industrie | 2.518.928,37 |
| Land | 453.672,84 |
| SFB | 1.313.434,10 |
| Spenden | 29.473,52 |
| Stiftung | 671.091,93 |
| Verbände | 509.612,66 |
| | 12.433.655,87 |

5.4. Drittmittel 2001

Die von dritter Seite zugegangenen Mittel sind zur Finanzierung von Einzelmaßnahmen verwendet worden, die sich möglichst an den obigen Schwerpunkten orientieren.

5. Der Lagebericht

5.5 Entwicklung der Krankenhauslandschaft in Schleswig-Holstein im Vergleich

Mit dem im Mai 2001 veröffentlichten Krankenhausplan für Schleswig-Holstein ist ein Kompromiss zwischen den an der Krankenhausplanung Beteiligten und der Landesregierung gefunden worden. Auch im Hinblick auf die Einführung pauschalierter Entgelte für alle Leistungen der stationären Krankenversorgung hat sich die Planungsbehörde auf eine Festlegung von Planbetten für das Gesamthaus beschränkt. Für die einzelnen Fachabteilungen sind den Verhandlungspartnern Fallzahlen vorgegeben.

Die aktuellen Daten des Statistischen Bundesamtes sind aus 1999 und beinhalten noch die Kennzahl „Bettenauslastung“. Für die kommenden Jahre wird aufgrund der Einführung pauschalierter Entgelte diese Kennzahl an Bedeutung verlieren. Es wird dem einzelnen Krankenhaus überlassen bleiben, mit wieviel aufgestellten Betten die notwendige Leistung in der Krankenversorgung erbracht wird.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick zu Krankenhauskosten, Anzahl der Patienten und Kosten je Patient je Bundesland.

Krankenhauskosten je Patient 1999

| | Krankenhauskosten Mio. € | Patienten TSD | Kosten je Patient / € |
|---------------------|--------------------------|---------------|-----------------------|
| Schleswig-Holstein | 1.588 | 507 | 3.130 |
| Hamburg | 1.491 | 361 | 4.133 |
| Meckl. Vorpommern | 1.045 | 383 | 2.726 |
| Niedersachsen | 4.629 | 1.450 | 3.193 |
| Bremen | 666 | 181 | 3.677 |
| Brandenburg | 1.289 | 476 | 2.707 |
| Hessen | 3.786 | 1.153 | 3.283 |
| Thüringen | 1.413 | 515 | 2.746 |
| Berlin | 2.952 | 659 | 4.481 |
| Nordrhein Westfalen | 11.941 | 3.784 | 3.156 |
| Sachsen-Anhalt | 1.602 | 566 | 2.829 |
| Rheinland-Pfalz | 2.376 | 803 | 2.957 |
| Saarland | 832 | 254 | 3.270 |
| Sachsen | 2.472 | 872 | 2.834 |
| Baden-Württemberg | 6.081 | 1.835 | 3.314 |
| Bayern | 7.778 | 2.460 | 3.161 |

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden

Die Krankenhauskosten je Patient sind danach besonders hoch in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg. Auch in den Flächenländern Baden-Württemberg, Hessen und Saarland liegen diese Kosten wesentlich höher als in Schleswig-Holstein. Die Werte der neuen Bundesländer sind vergleichsweise gering, da die Personaltarife noch bei rund 85% gegenüber den alten Bundesländern liegen.

In dieser Vergleichstabelle liegt Schleswig-Holstein bei den alten Bundesländern auf dem zweitgünstigsten Platz nach Rheinland-Pfalz.

5. Der Lagebericht

Bei der Betrachtung der Krankenhauskosten je Einwohner schneidet Schleswig-Holstein als das drittgünstigste Bundesland nach Brandenburg und Sachsen ab. Hier sind ebenfalls die Stadtstaaten und zusätzlich das Saarland und Nordrhein Westfalen die kostenstärksten Bundesländer.

Krankenhauskosten je Einwohner 1999

| | Krankenhauskosten Mio.€ | Einwohner TSD | Kosten je Einw./€ |
|---------------------|-------------------------|---------------|-------------------|
| Schleswig-Holstein | 1.588 | 2.777 | 572 |
| Hamburg | 1.491 | 1.705 | 874 |
| Meckl. Vorpommern | 1.045 | 1.789 | 584 |
| Niedersachsen | 4.629 | 7.899 | 586 |
| Bremen | 666 | 663 | 1.005 |
| Brandenburg | 1.289 | 2.601 | 496 |
| Hessen | 3.786 | 6.052 | 626 |
| Thüringen | 1.413 | 2.449 | 577 |
| Berlin | 2.952 | 3.387 | 872 |
| Nordrhein Westfalen | 11.941 | 18.000 | 663 |
| Sachsen-Anhalt | 1.602 | 2.649 | 605 |
| Rheinland-Pfalz | 2.376 | 4.031 | 589 |
| Saarland | 832 | 1.072 | 776 |
| Sachsen | 2.472 | 4.460 | 554 |
| Baden-Württemberg | 6.081 | 10.476 | 580 |
| Bayern | 7.778 | 12.155 | 640 |

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden

Die Situation für Schleswig-Holstein stellt sich bei der Auslastung der Krankenhausbetten positiv dar.

Mit 83,7 % hat Schleswig-Holstein bundesweit mit die höchste Belegung. Bremen und die Länder Rheinland-Pfalz und Hessen weisen die geringste Belegung aus.

Auslastung der Krankenhausbetten und durchschnittliche Verweildauer 1999

| | Bettenauslastung in % | Verweildauer in Tagen |
|---------------------|-----------------------|-----------------------|
| Schleswig-Holstein | 83,7 | 10,1 |
| Hamburg | 81,2 | 11,2 |
| Meckl. Vorpommern | 80,4 | 8,8 |
| Niedersachsen | 82,5 | 10,1 |
| Bremen | 78,7 | 10,1 |
| Brandenburg | 83,2 | 10,5 |
| Hessen | 79,0 | 10,1 |
| Thüringen | 81,7 | 10,4 |
| Berlin | 83,9 | 11,2 |
| Nordrhein Westfalen | 81,1 | 10,7 |
| Sachsen-Anhalt | 81,4 | 9,8 |
| Rheinland-Pfalz | 78,3 | 9,9 |
| Saarland | 83,4 | 9,7 |
| Sachsen | 84,6 | 10,6 |
| Baden-Württemberg | 81,7 | 10,5 |
| Bayern | 83,7 | 10,4 |

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden

Bei der Verweildauer liegt Schleswig-Holstein mit 10,1 Tagen im unteren Drittel, die kürzeste Verweildauer gibt es in Meckl. Vorpommern und im Saarland.

5. Der Lagebericht

Die Betrachtung der Bettendichte offenbart, daß Schleswig-Holstein im Bundesvergleich den geringsten Wert ausweist. Die Länder Bremen, Hamburg und Nordrhein Westfalen verfügen über eine deutlich höhere Bettendichte.

Krankenhausbetten je Einwohner
(Bettendichte) 1999

| | Kranken- häuser | Betten | Betten je Einwohner (in 10.000) |
|---------------------|--------------------|---------|---------------------------------------|
| Schleswig-Holstein | 111 | 16.706 | 60,3 |
| Hamburg | 36 | 13.650 | 80,2 |
| Meckl.Vorpommern | 35 | 11.510 | 64,2 |
| Niedersachsen | 209 | 48.452 | 61,5 |
| Bremen | 16 | 6.360 | 95,5 |
| Brandenburg | 53 | 16.430 | 63,3 |
| Hessen | 181 | 40.527 | 67,1 |
| Thüringen | 53 | 17.955 | 73,1 |
| Berlin | 74 | 24.170 | 71,2 |
| Nordrhein Westfalen | 461 | 136.716 | 76,0 |
| Sachsen-Anhalt | 58 | 18.689 | 70,2 |
| Rheinland-Pfalz | 118 | 27.767 | 68,9 |
| Saarland | 27 | 8.101 | 75,5 |
| Sachsen | 95 | 29.994 | 67,0 |
| Baden-Württemberg | 320 | 64.523 | 61,8 |
| Bayern | 405 | 83.718 | 69,1 |

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden

In der Schlussfolgerung aus dieser differenzierten Betrachtung des statistischen Materials um Krankenhauskosten, Bettendichte, Auslastung und Verweildauer wird klar, dass im Bundesvergleich, auch im Vergleich der alten Bundesländer, eine sehr unterschiedliche Situation besteht. Damit besteht auch ein sehr unterschiedlicher Handlungsbedarf, soweit die Diskussion um Lohnnebenkosten und Beitragssatzstabilität bei den Krankenkassen weiterhin dominant bleibt.

Aus unter anderem den oben genannten Gründen ist für die Bundesrepublik Deutschland die Einführung eines pauschalierten Erössystems für die stationäre Krankenversorgung in Anlehnung an das Australische AR-DRG System entschieden worden.

DRGs ist die Abkürzung für Diagnosis Related Groups und steht für Gruppen ähnlicher bzw. verwandter Diagnosen. Diese Diagnosegruppen sollen sowohl medizinisch als auch ökonomisch homogene Behandlungsfälle zusammenfassen. Aufgrund der Hauptdiagnose und einiger weiterer Gewichtungen werden die Patienten einer dieser Fallgruppen zugeordnet. Dabei findet auch die Behandlung erschwerender Risiken wie z.B. Nebendiagnosen, das Alter etc. Beachtung.

Ein System wie die DRGs, die sich statistisch bzw. am Durchschnitt orientieren, sind für Krankenhäuser optimal, die den Mittelwert repräsentieren.

Die Universitätsklinika betrachten die Entwicklung jedoch mit größter Sorge, da die unterschiedliche Behandlung in einem Krankenhaus der Grund- bzw. Regelversorgung und einer Klinik der Zentral- bzw. Maximalversorgung nicht ohne weiteres in der vorgesehenen Form über Diagnose und Prozedur differenziert werden kann.

5. Der Lagebericht

5.6 Wirtschaftliche Situation

Im Geschäftsjahr 2001 wurde die positive wirtschaftliche Entwicklung des UNIVERSITÄTSKLINIKUMS Lübeck durch das sich weiter negativ entwickelnde Umfeld belastet.

Neben dem seit 1997 weiter abgesenkten Zuschuss für Forschung und Lehre vergütete die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein im Wirtschaftsjahr 2001 im Bereich der Poliklinikabrechnung keine über die vertraglich festgelegte Poliklinikfallzahl von 31.900 Fällen hinausgehende Leistung.

Für das Jahr 2001 konnten mit den Kostenträgern neben der fixierten Erhöhungsrates der beitragspflichtigen Einnahmen der Krankenkassen zusätzliche Erlöse für weitere Strukturmaßnahmen vereinbart werden. Das Budget der Kostenträger orientierte sich auch im Jahr 2001 nicht an den erbrachten Leistungen und den damit zusammenhängenden Aufwendungen. Die Kostenträger gestanden dem Klinikum im wesentlichen für das Berichtsjahr eine Veränderungsrate von 1,63% zu, die nicht ausreichend ist, den Anstieg bei Sach- und Personalkosten zu kompensieren. Darüber hinaus wurden erbrachte Mehrleistungen nur teilweise ausgeglichen.

Die Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen stiegen im abgelaufenen Geschäftsjahr um T€ 2.138. Das Vorjahresergebnis bei den Erlösen aus ambulanten Leistungen konnte im Jahr 2001 nicht gehalten werden, da durch den Punktwerteverfall im

Bereich der Ermächtigungen, durch die Umwandlung der Institutsermächtigungen in persönliche Ermächtigungen und durch eine fixierte Poliklinikfallzahl Erlöseinbußen zu verzeichnen waren. Die Erlöse aus Wahlleistungen und Nutzungsentgelten konnten gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht werden.

Durch zusätzliche Maßnahmen wie die Erlösbudgetierung, die Aufwandsbudgetierung, den Einsatz der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung sowie die Einführung eines Bonus-Malus-Systems in den Kliniken und Instituten konnte den Belastungen bei der Zuschußentwicklung und beim Budget für die Krankenversorgung entgegengewirkt werden.

Die projektorientierte Forschungsförderung wurde im Jahr 2001 aus dem Jahresüberschuß 2000 um T€ 511 angehoben, obwohl im abgelaufenen Geschäftsjahr der Zuschuss für Forschung und Lehre abermals um T€ 1.246 auf T€ 58.815 gesenkt wurde.

Der Anstieg im Bereich Personalkosten resultiert im wesentlichen aus der tariflichen Lohn- und Gehaltssteigerung.

5. Der Lagebericht

Die Leistungen in der stationären Krankenversorgung konnten auf dem hohen Niveau des Vorjahres gehalten werden. Dies belegt die nachfolgende Tabelle.

| | 2001 | 2000 |
|-----------------------------------|---------|---------|
| Fallzahlen | 43.597 | 43.903 |
| Belegungs- und Berechnungstage | 382.912 | 395.700 |
| Budget ohne Ausgleich | 163.533 | 160.344 |

Der Vergleich mit dem Vorjahr ergibt, dass bei relativ konstanter Fallzahl die Berechnungstage um 12.788 Tage geringfügig sanken und das Budget um T€ 3.189 erhöht werden konnte.

Die Erlöse je Fall und Tag sind im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen. Dieses belegt die nachfolgende Tabelle:

Erlöse je Fall und Erlöse je Tag

| | 2001 € | 2000 € |
|---------------|-----------|-----------|
| Erlöse / Fall | 3.751,01 | 3.648,84 |
| Erlöse / Tag | 427,07 | 405,14 |

Die Gesamterträge erreichten im Jahr 2001 T€ 268.185 (Vorjahr T€ 264.969). Die Aufwendungen betragen T€ 268.185 (Vorjahr T€ 263.414). Das Jahr endete mit einem ausgeglichenen Ergebnis (Vorjahr T€ 1.554).

Im Berichtsjahr konnte das Konzept zur Bildung von Ergebniscentern weiterentwickelt werden. Teil dieses Konzeptes sind die kaufmännischen Berater, die den Vorstand und die Direktoren der Kliniken und Institute im Rahmen des zentralen und dezentralen Controllings beraten.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die immer schwieriger werdenden Rahmenbedingungen, insbesondere bei der Entwicklung des Zuschusses und beim Budget zur Krankenversorgung, für die weitere Entwicklung des UKLs in Forschung und Lehre aber auch in der Krankenversorgung, neue Wege erfordern.

Um diesen negativen Entwicklungen entgegen zu wirken, sollen die beiden Universitätsklinika in Schleswig-Holstein durch die beschlossene Fusion im Jahr 2003 zu einem Universitätsklinikum zusammengeführt werden.

Aus der Fusion werden positive Effekte aufgrund von Synergie und Schwerpunktbildung für beide Universitätsklinika erwartet. Die hieraus zu erwartenden Effekte sollen dann das zukünftige Universitätsklinikum Schleswig-Holstein in die Lage versetzen, am immer schwieriger werdenden Gesundheitsmarkt zu bestehen.

5. Der Lagebericht

5.7 Leistungszahlen im Überblick

| Kliniken | Fallzahl | | Verweil- dauer | | Berechnungs- u. Belegungstage | |
|-------------------------------------|----------|----------|-------------------|-------|----------------------------------|---------|
| | 2001 | 2000 | 2001 | 2000 | 2001 | 2000 |
| Anästhesiologie | 1.849,0 | 1.851,0 | 2,53 | 2,56 | 4.674 | 4.738 |
| Augenheilkunde | 2.646,5 | 2.592,0 | 4,85 | 5,02 | 12.843 | 13.004 |
| Chirurgie | 6.428,5 | 6.167,5 | 9,50 | 10,02 | 61.087 | 61.818 |
| Dermatologie und Venerologie | 1.063,5 | 995,0 | 9,03 | 10,66 | 9.608 | 10.609 |
| Frauenheilkunde und Geburtshilfe | 4.814,0 | 5.079,0 | 5,97 | 5,97 | 28.737 | 30.297 |
| HNO-Heilkunde | 3.126,5 | 3.174,5 | 5,28 | 5,43 | 16.514 | 17.235 |
| Herzchirurgie | 1.076,5 | 1.002,5 | 5,13 | 5,90 | 5.527 | 5.911 |
| Kinderchirurgie | 2.108,0 | 2.034,0 | 5,44 | 5,86 | 11.464 | 11.919 |
| Kieferchirurgie | 1.075,0 | 1.150,5 | 5,10 | 5,69 | 5.483 | 6.543 |
| Medizinische Klinik I | 5.034,5 | 5.208,5 | 9,22 | 9,09 | 46.409 | 47.369 |
| Medizinische Klinik II | 6.221,5 | 6.279,5 | 8,26 | 8,30 | 51.408 | 52.092 |
| Neurochirurgie | 1.464,5 | 1.442,5 | 11,38 | 11,56 | 16.668 | 16.675 |
| Neurologie | 2.283,0 | 2.160,5 | 8,70 | 9,02 | 19.855 | 19.492 |
| Strahlenth. u. Nuklearmed. | 760,5 | 718,0 | 7,78 | 8,70 | 5.914 | 6.249 |
| Orthopädie | 969,0 | 1.089,5 | 9,30 | 9,98 | 9.008 | 10.873 |
| Kinder- u. Jugendmedizin* | 3.615,0 | 3.997,0 | 7,17 | 5,80 | 25.916 | 23.179 |
| Neonatologie | | 331,5 | | 14,50 | | 4.808 |
| Psychiatrie und Psychotherapie | 1.197,0 | 1.079,5 | 27,70 | 30,66 | 33.162 | 33.101 |
| Urologie | 2.662,0 | 2.731,0 | 6,39 | 6,61 | 17.010 | 18.046 |
| Zentrale Notaufnahme | 10.350,0 | 9.836,0 | 0,16 | 0,18 | 1.625 | 1.742 |
| Klinikum (ohne interne Verlegungen) | 43.597,0 | 43.903,0 | 8,78 | 9,01 | 382.912 | 395.700 |

* 2001 incl. Neonatologie / 2000 ohne Neonatologie

5. Der Lagebericht

5.8. Personal- und Sozialbereich

Vom Dezernat Personal werden die Personalangelegenheiten einschl. Abrechnung für die nicht-wissenschaftlichen Beschäftigten in eigener Zuständigkeit bearbeitet. Für die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Landesbedienstete (§ 127 Abs. 6 Hochschulgesetz) erfolgt die Personalbearbeitung im Auftrage des Landes auf der Grundlage eines Delegationserlasses vom 13.09.2000.

Das Dezernat Personal ist ferner für die Beschäftigten der Universität (427) im Wege der Aufgabenübertragung zuständig. Die Personalbetreuung wird seit 1999 bereichsweise durchgeführt. Trotz der angespannten Lage konnte die Zahl der Beschäftigten gehalten werden (im Jahresdurchschnitt 4.662).

Die Arbeiten zur Ablösung des Personalverwaltungssystems (PVS) wurden nach erfolgreichem Releasewechsel im SAP HR auf dem Stand 4.6c begonnen und werden Ende März 2002 abgeschlossen sein.

Die Umstellung auf den EURO zum 01.01.2002 verlief erfolgreich und ohne große Probleme.

Im Rahmen des KTQ-Projektes wurde eine Erhebung durchgeführt.

Aufgrund eines Aufsichtsratsbeschlusses zum Thema „Personalentwicklung“ wurde ebenfalls eine Bestandsaufnahme in Zusammenarbeit mit dem Bereich Pflege vorgenommen.

5. Der Lagebericht

5.9. Ausblick und Risiken

Die Entwicklung des Universitätsklinikums Lübeck wird im Jahr 2002 von einem herausragenden Ereignis beeinflusst: Die Fusion der Universitätsklinik in Schleswig-Holstein. Diese Zusammenlegung der beiden Universitätskliniken ist für das Jahr 2003 beschlossen. Die Universitätskliniken Lübeck und Kiel werden unter dem Dach des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein zusammengeführt. Dem Beschluss zur Fusion folgte eine Grobanalyse durch die Unternehmensberatung Roland Berger; diese wird auch den Fusionsprozess beider Kliniken beratend begleiten. Die Vorarbeiten zur Fusion haben Anfang des Jahres 2002 begonnen. Zur Umsetzung der Fusion wurde bereits ein umfassendes Projekt initiiert.

Durch das im Jahr 2000 mit den Kostenträgern verabschiedete Zwei-Jahres-Budget (2000-2001) war für das Wirtschaftsjahr 2001 Planungssicherheit gegeben. Durch die für das UKL positiven Entwicklungen im Krankenhausplan für Schleswig-Holstein erhielt das Klinikum eine gute Basis für zukünftige Entwicklungen. Das Vorjahresergebnis bei den Erlösen aus ambulanten Leistungen wurde im Jahr 2001 durch den Punktwerteverfall im Bereich der Ermächtigungen, die Umwandlung der Institutsermächtigungen in persönliche Ermächtigungen und eine fixierte Poliklinikfallzahl belastet. Für das Jahr 2002 ist die Entwicklung für diesen Bereich nicht abzuschätzen. Die Pflegesatzverhandlungen

für das Wirtschaftsjahr 2002 sind noch nicht zum Abschluß gekommen.

Im Zusammenhang mit der Einführung der DRGs und bei der Ersatzbeschaffung der dringlichsten medizinischen Geräte hat das Klinikum im Rahmen seiner Möglichkeiten durch ein gezieltes Ersatzbeschaffungsprogramm zusätzliche Mittel bereitgestellt. Weitere erhebliche finanzielle Anstrengungen sind in Anbetracht der Patientensicherheit, der Wirtschaftlichkeit und durch den voranschreitenden technischen Fortschritt nötig, um den überalterten Geräteanteil durch eine zeitgemäße Geräteausstattung zu ersetzen.

Die durch die Krankenhausgesellschaft, die Spitzenverbände, die Krankenkassen und den Verband der Privaten Krankenversicherungen beschlossene Einführung eines DRG-Systems für die Abrechnung von Krankenhausleistungen basiert auf dem australischen AR-DRG-System (Australian-Refined-Diagnostic-Related-Group-System). Die Anpassung an die deutschen Verhältnisse soll bis zum 01. Januar 2003 erfolgen. Um die Einführung der DRG's im UNIVERSITÄTSKLINIKUM Lübeck optimal zu begleiten, wurde bereits im Jahr 2000 ein Projekt vom Vorstand installiert. Dieses hat die Aufgabe, mittels EDV-gestützter Erfassung die Grundlagen der DRG-Grupper (Diagnosen und Prozeduren) zu optimieren und durch Vergleichsbetrachtungen die wirtschaftliche Situation des Standortes zu analysieren.

5. Der Lagebericht

Hinsichtlich möglicher Risiken wird auf die Ausführungen beim Gliederungspunkt „5.5 Entwicklung der Krankenhauslandschaft in Schleswig-Holstein im Vergleich“ verwiesen.

Aufgrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes zur Bewertung von Bereitschaftsdiensten von Ärzten als Arbeitszeit können zukünftige Belastungen für das UKL auftreten, die jedoch derzeit nicht quantifizierbar sind.

Für das Wirtschaftsjahr 2002 und 2003 bestehen wirtschaftliche Risiken, deren finanzielle Auswirkung noch nicht abschließend zu beurteilen sind. Es könnten sich Risiken mit einer zusätzlichen Belastung für das Klinikum im Jahr 2002 in Höhe von T€ 9.387 und für das Jahr 2003 in Höhe von T€ 11.633 ergeben. In der nachfolgenden Tabelle sind diese beschrieben:

| Belastungen | 2002 T€ | 2003 T€ |
|--|--------------|---------------|
| 1. Zuschusskürzung | 1.830 | 2.257 |
| 2. Fehlende Tariffinanzierung im Bereich Forschung und Lehre | 743 | 1.501 |
| 3. Fehlende Tariffinanzierung im Bereich der Krankenversorgung | 483 | 1.480 |
| 4. Erhöhung des Arbeitgeberanteils an der Zusatzversorgung des Bundes und der Länder (VBL) | 2.173 | 2.173 |
| 5. Erhöhung Sozialversicherung | 478 | 478 |
| 6. Interne Kosten der Fusion | 551 | 551 |
| 7. Fusion Roland Berger | 742 | 742 |
| 8. Kosten GMSH | 614 | 614 |
| 9. Rechenzentrum | | |
| - Leitung | 500 | 500 |
| - Sachkosten | 389 | 389 |
| 10. Zusatzkosten DRG-Einführung Kodierhilfen in den Kliniken | 192 | 256 |
| 11. Umstellung der Institutsermächtigungen auf persönliche Ermächtigungen | 692 | 692 |
| Summe | 9.387 | 11.633 |

5. Der Lagebericht

5.10. Umweltrisiken

5.10.1 Röntgeneinrichtungen und ionisierende Strahlung

Die Funktion des Strahlenschutzverantwortlichen des UKLs übt der Ärztliche Direktor aus. Der Strahlenschutz beim Umgang mit diagnostischen und therapeutischen Röntgengeräten, After-Loading Anlagen sowie bei Tätigkeiten in den Isotopen-Laboratorien mit offenen radioaktiven Präparaten wird durch einen Strahlenschutzbeauftragten sichergestellt. Die Aufgaben sind in der Strahlenschutzverordnung festgeschrieben. Die Einhaltung der Vorschriften wird durch den vom Ärztlichen Direktor bestellten Strahlenschutzbevollmächtigten überwacht.

Alle Mitarbeiter, die in den Kontrollbereichen tätig sind, unterliegen der regelmäßigen betriebsärztlichen Überwachung.

Desweiteren wird die technische Funktionsfähigkeit der Anlagen durch regelmäßige Untersuchungen des TÜVs oder anderer Einrichtungen sichergestellt.

5.10.2. Gentechnik

Der Vorstand ist für den Schutz von Leben und Gesundheit von Mensch und Umwelt vor möglichen Gefahren von gentechnischen Verfahren verantwortlich.

Innerhalb des Vorstandes fällt diese Verantwortung in den Geschäftsbereich des Ärztlichen Direktors.

Beraten wird er dabei durch die Beauftragte für Biologische Sicherheit (BBS) und den Gentechnikbevollmächtigten (GB).

Zur ständigen Wahrung der gentechnischen Sicherheit in allen Einrichtungen des UKLs überwachen BBS und GB die verantwortlichen Projektleiter.

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den gentechnischen Anlagen der Sicherheitsstufe 2 tätig sind und mit humanpathogenen Organismen umgehen, unterliegen der regelmäßigen betriebsärztlichen Überwachung.

5.10.3. Abfallentsorgung

Verantwortlich für die Abfallvermeidung bzw. die für die Umwelt schadlosen und nach Maßgabe des KrW-/AbfG durchzuführenden Abfallentsorgungen am UKL ist der Vorstand. Innerhalb des Vorstandes fällt diese Verantwortung in den Geschäftsbereich des Kaufmännischen Direktors.

Alle Maßnahmen im Rahmen der Abfallentsorgung werden durch den Betriebsbeauftragten für Abfall überwacht.

Durch die ordnungsgemäße Beseitigung der infektiösen, schadstoffhaltigen und giftigen bzw. radioaktiven Abfälle werden Schäden an der Umwelt vermieden.

5. Der Lagebericht

5.11 Apotheke

Die Apotheke des UNIVERSITÄTSKLINIKUMS ist eine zentrale Einrichtung und sieht ihre Aufgabe als Dienstleistungszentrum. Es werden folgende Leistungen angeboten:

Beschaffung und Herstellung von Arzneimitteln und Laborbedarf, Information über Arzneimitteldosierungen, -nebenwirkungen und -risiken, Belieferung der Verbrauchsstellen, Geschäftsführung der Arzneimittelkommission, Anfertigen von Infusionslösungen und sterilen Zubereitungen, Stationsbegehungen, Mitarbeit bei klinischen Studien, Budgetberatung und Weiterbildung zum Apotheker für Klinische Pharmazie.

5.11.1 Arzneimittel- und Laborversorgung

Der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt in der Beschaffung, Lagerung und Ausgabe der Arzneimittel, Blutprodukte, Infusionslösungen, Desinfektionsmittel, des Laborbedarfs und der Radiopharmazeutika für die Stationen, Institute und Funktionsbereiche der Kliniken. Das Jahresumsatzvolumen dieser Güter belief sich auf ca. T€ 26.000.

Als besondere Leistung ist die Projektierung und Realisierung eines Online-Bestellsystems für Medikamente auf den Stationen zu nennen, an das im Jahr 2002 alle Stationen angeschlossen und über das in einer 2. Stufe sämtliche Beschaffungsgüter

geordert werden können. Für die Stationen liegt dadurch auch eine elektronische Arzneimittelliste vor und der Informationsfluss für die Stationen verbessert sich deutlich.

5.11.2 Laboreinkauf

Seit November 2000 sind nahezu alle laborrelevanten Beschaffungsvorgänge in der Apotheke gebündelt. Durch erfolgreiche Preisverhandlungen und weiterhin sukzessive Umstellung der Routineanalytik auf modernere Vertragsformen konnten die Laborverbrauchsgüter incl. Reagenzien- und Diagnostikakosten im letzten Jahr nahezu exakt auf dem Vorjahresniveau von ca. T€ 10.000 gehalten werden. Entgegen dem Bundestrend ist es somit gelungen, die Laborverbrauchskosten in den letzten 4 Jahren konstant zu halten, obwohl die Leistungen gestiegen sind.

5.11.3 Arzneimittelherstellung

Nicht alle notwendigen Arzneimittel können von der Industrie zur Verfügung gestellt werden. Für die vielseitigen Universitätskliniken ist es daher unverzichtbar, dass die Krankenhausapotheke auf spezielle Wünsche aus der Pflege- und Ärzteschaft eingehen kann. Die Herstellungsbereiche der Apotheke gliedern sich in: Rezeptur, Defektur, Sterillabor, Zytostatikaabteilung.

5. Der Lagebericht

5.11.4 Defektur/Rezeptur

Individuell auf ärztliche Verordnung hergestellte Rezepturen und die defekturmäßige Anfertigung von Arzneimitteln tragen zur Optimierung der Arzneimitteltherapie bei.

Eine wichtige Neueinführung stellte das zur Wundbehandlung bei der chirurgischen Versorgung von akuten und chronischen Knochen- und Weichteilinfektionen eingesetzte Lavasept Gel dar. Seit der Einführung im September 2001 wurden bereits 1.100 Tuben verbraucht.

Darüber hinaus wurden für die Schmerzambulanz 485 Dipidilor – befüllte Reservoirs für PCA – Schmerzpumpen hergestellt. Eine weitere wichtige Aufgabe der Apotheke besteht in der Bereitstellung von Notfallspritzen sowohl für das UKL als auch für die Intensivstation des Städt. Krankenhauses Süd.

Für viele Erkrankungen und Krankheitsabläufe ist es nicht möglich oder sinnvoll Fertigarzneimittel zu beziehen. Die Apotheke stellt für solche Fälle Arzneimittel selbst her und sichert so eine möglichst rationelle Therapie für Patienten mit häufig besonders komplexen und/oder schwierigen Erkrankungen.

5.11.6 Sterillabor

Im Bereich der Sterilproduktion wurden nicht handelsübliche Lösungen für die Herzchirurgie, die Pädiatrie, die Urologie und die Chirurgie hergestellt. Die Infusionslösungen werden auf Sterilität und Pyrogenfreiheit geprüft. Das Sortiment wurde auch in diesem Jahr erweitert und an die Bedürfnisse der Statio-

nen angepasst. U. a. wird jetzt eine MG-Infusion für die Wehenunterdrückung in der Frauenklinik hergestellt. Im Jahr 2001 wurden ca. 55.000 Flaschen abgefüllt.

5.11.7 Zytostatikaherstellung

Es wurden in der Zytostatika-Abteilung 7.329 applikationsfertige Zytostatika-Zubereitungen für das UKL, das Städt. Krankenhaus Süd und das DRK Krankenhaus Ratzeburg hergestellt. Nach wie vor war die Gynäkologie des UKLs der Spitzenreiter unter den Kliniken mit den meisten Anforderungen an die Apotheke, nämlich 2.821, das entspricht 39% des Gesamtumfanges. Um zukünftig das ganze Klinikum des UKLs mit Zytostatika-Zubereitungen beliefern zu können, wurden in diesem Jahr die Planungen des Ausbaues der Apotheke für Zytostatikaarbeitsplätze durchgeführt. Der Baustart erfolgt im Februar 2002.

5.11.8 Zentrale Infusionen Pädiatrie

Seit dem 01. Juli besteht die neue Abteilung Zentrale Infusionen. Ziel dieser Abteilung ist es, qualitativ hochwertige Lösungen aseptisch unter standardisierten Bedingungen für die parenterale Ernährung sowie Spüllösungen für onkologische Patienten herzustellen. Diese hochkomplexen Lösungen wurden zu einem Teil standardisiert. Es gibt 4 Standardlösungen, die in größerer Stückzahl hergestellt und in der Abteilung vorrätig gehalten werden. Die Hauptabnehmer dafür sind die Stationen 12n und 49i.

5. Der Lagebericht

Außerdem stellt die Abteilung alle individuell verordneten Lösungen zur parenteralen Ernährungstherapie sowie Fettzubereitungen her, die bei Bedarf mit Leistungen und Filtern versehen werden. In gleichen Mengen werden auch Infusionen für das Wochenende vorbereitet. Seit Oktober 2001 werden für die Station 490 Spüllösungen für onkologische Patienten hergestellt. Bei Bestehen des Projektes wurden 720 Beutel Standardlösungen und ca. 1.500 individuelle Zubereitungen in Spritzen und Beutel hergestellt. In der Abteilung Zentrale Infusionen arbeiten ein Apotheker, eine PTA und eine Kinderkrankenschwester.

5.11.9 Untersuchungslabor

Im Jahr 2001 wurden im Untersuchungslabor der Apotheke 600 Chargen Eigenherstellungen und 600 Ausgangsstoffe auf ihre pharmazeutische Qualität untersucht. Mit Hilfe der IR-Spektroskopie wurde die Zusammensetzung von 256 Nierensteinen analysiert. Für die Versorgung diverser Labore wurden 210 Chargen Pufferlösungen im Untersuchungslabor hergestellt. Darüber hinaus konnte im vergangenen Jahr die Ersatzbeschaffung eines Infrarotspektrometers realisiert werden, mit dem die Rohstoff- und Nierensteinanalytik deutlich effizienter und exakter durchgeführt werden kann.

5.11.10 Sitzungen und Kommissionen

Die Apotheke hat schließlich eine vielseitig koordinierende Funktion innerhalb des Klinikums. Der Leiter der Apotheke bereitet die Sitzungen der Arzneimittelkommission vor und moderiert sie in Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden. Steigen Arzneimittel im Verbrauch stark an, ermittelt er die Ursachen und führt entsprechende Gespräche mit den Kliniken und anderen Fachleuten, damit der Arzneimittelverbrauch im Rahmen bleibt. Er leitet die Diätkommission und ist Mitglied von Hygiene- und Umweltkommission. Desweiteren ist die Apotheke in der Laborkommission vertreten. Somit ist die Apotheke in ein vielseitiges Beziehungsgeflecht mit Ärzten, Pflegedienst, Instituten und Verwaltung eingebunden im Bemühen, den Patienten das Optimale zu vernünftigen Kosten zur Verfügung zu stellen.

5. Der Lagebericht

5.12 Beschaffung

5.12.1 Einkauf

Im Jahr 2001 konnte durch intensive Bemühungen der Mitarbeiter der Einkaufsabteilung das Budget für medizinisches Verbrauchsmaterial entgegen der aufgrund der erneuter Stufe der Ökosteuer implizierten Preissteigerung unterschritten werden.

Im Jahr 2001 wurde im Bereich der Verbrauchsartikel - Medicalprodukte - verstärkt an der Standardisierung verschiedener Produktgruppen gearbeitet.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Zusammenarbeit mit der Medizinischen Hochschule Hannover, sowie den Universitätsklinikum Göttingen und Magdeburg. Hier wurden in einem umfassenden Benchmarking die Einkaufsvolumina und Preise der 1000 umsatzstärksten Artikel des medizinischen Bedarfs der Häuser verglichen. Ergebnis dieses Vergleiches war die Feststellung, dass aus dem betrachteten Artikelspektrum nur 10% der Artikel in mindestens zwei Häusern eingesetzt werden. Trotz dieses geringen Anteils der Übereinstimmung wurde auch für das UKL ein erhebliches Einsparpotential festgestellt. Gemeinsam mit den Partnern wurden Strategien für die Hebung dieser Potentiale ausgearbeitet. Ende des Jahres wurde ein Kooperationsvertrag geschlossen, der dem Universitätsklinikum Kiel jederzeit offensteht und ab dem Jahr 2003 mit einer Nachfrage für ca. 7.500 Betten eine interessante Perspektive für den Einkauf des neuen UNIVERSITÄTSKLINIKUMS Schleswig-Holstein

bietet. Es wird erwartet, dass der mit den anderen drei Universitätsklinikum koordinierte Einkauf bereits im Jahr 2002 zu signifikanten Einsparungen für das UKL führen wird.

5.12.2 Investitionen

Es wurden im Jahre 2001 aus den Kliniken und Instituten des UKLs 117 Anträge für Neugeräte mit einem Gesamtwert von T€ 5.624 gestellt. Zur Beschaffung standen Mittel in Höhe von T€ 483 zur Verfügung. Die Auswahl wurde von der Gerätekommission vorgenommen.

Für den Ersatz abgängiger Medizingeräte standen T€ 511 pauschal zur Verfügung. Durch Einzelzuweisungen wurden im Laufe des Jahres weitere T€ 1.544 bereitgestellt.

Neu-, Aus- und Umbauvorhaben wurden zahlreich abgewickelt:

- Fortsetzung der Einrichtung Neubau Pädiatrie, Abschnitt Poliklinik der Klinik für Orthopädie
- Einrichtung des grundsanierten Hauses 4 für die Belange der Klinik für Psychiatrie sowie des Institutes für Medizinische Biometrie und Statistik
- Einrichtung des Neubaus der Medizinischen Klinik II - Linksherzkathetermeßplätze
- Fortsetzung der Einrichtung von Laborräumen im Gebäude 50 nach der Grundsanierung
- Beschaffung einer Gammakamera und eines Multileafkollimators für die Klinik für Nuklearmedizin und Strahlentherapie

5. Der Lagebericht

5.12.3 Neukonzeption der internen Warenversorgung

Gemeinsam mit dem Hauptsachgebiet 230 und der Apotheke wurde die Neukonzeption der internen Warenlogistik vorbereitet. Ziel dieser Neukonzeption ist die Beschleunigung der internen Logistikerhöhung der Versorgungssicherheit bei gleichzeitiger Einsparung von Lager und Transportkosten. Hierzu wurde unter Einbindung eines externen Logistikers, eines Anbieter von Logistiksystemen und dem Fraunhoferinstitut für Materialfluß und Logistik ein Logistikprojekt entwickelt. Aufgrund der anstehenden Fusion wurde dieses Projekt zunächst zurückgestellt.

5.12.4 Umstellung der EDV-Drucker

Nach umfangreichen Erhebungen der EDV-Infrastruktur und der Druckkosten wurde zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der EDV-Drucker im kaufmännischen Bereich ein alternatives Abrechnungskonzept für die Versorgung mit Arbeitsplatz, und Abteilungs-

druckern entwickelt. Zukünftig werden Drucker nicht mehr angeschafft, sondern es erfolgt eine Abrechnung pro gedruckter Seite mit einem Dienstleister, der den gesamten Druckerpark bereitstellt und unterhält.

Hierdurch wird eine Senkung der Verbrauchskosten und des Personalaufwands für die Administration der Systeme erwartet.

5.12.5 Gerätewirtschaft

Auf Basis der Anlageninventur und nach umfangreichen Befragungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Kliniken und Instituten wurde eine umfangreiche Analyse zur Altersstruktur der Medizingeräte durchgeführt.

Basierend auf diesen Analysen wurde ein Reinvestitionskonzept für den Bestand der Medizingeräte des UKL entwickelt.

Parallel wurden Vorbereitungen zum Aufbau eines First-Line-Service (hausinterne Wartung) für Medizingeräte getroffen.

5. Der Lagebericht

5.13 Erläuterungen zur Vermögens- und Finanzlage

Für die Analyse der Vermögens- und Finanzstruktur werden nachstehende Bilanzpositionen, soweit sachlich geboten, gegeneinander aufgerechnet.

Forderungen und Verbindlichkeiten nach dem KHG sowie gegenüber dem Träger wurden miteinander verrechnet. Im Eigenkapital enthaltene, noch nicht verwendete Mittel, wurden den zweckgebunden Mitteln zugeordnet.

| Aktiva | 31.12.01 | % | 31.12.00 | % | Abweichung |
|---|----------------|-------------|----------------|-------------|-------------|
| | T€ | | T€ | | T€ |
| Anlagevermögen | 306.406 | 83% | 306.147 | 83% | 259 |
| Vorräte | 7.907 | 2% | 8.160 | 2% | -253 |
| Forderungen gegen den Träger | 2 | 0% | 2 | 0% | 0 |
| Kurzfristige Forderungen | 35.121 | 10% | 24.462 | 7% | 10.659 |
| Flüssige Mittel | 18.627 | 5% | 29.966 | 8% | -11.339 |
| Summe Aktiva | 368.063 | 100% | 368.737 | 100% | -674 |
| Passiva | | | | | |
| Eigenkapital | 18.791 | 5% | 20.748 | 6% | -1.957 |
| Sonderposten | 299.054 | 81% | 298.795 | 81% | 259 |
| Summe langfristig verfügbare Mittel | 317.845 | 86% | 319.543 | 87% | -1.698 |
| Zweckgebundene Mittel | 562 | 0% | 3.583 | 1% | -3.021 |
| Beauftragte Investitionen | 9.100 | 2% | 9.481 | 3% | -381 |
| Kurzfristige Verbindlichkeiten | 37.082 | 10% | 35.291 | 9% | 1.791 |
| Kurzfristige Verbindlichkeiten nach dem KHG | 3.474 | 1% | 839 | 0% | 2.635 |
| Summe Passiva | 368.063 | 100% | 368.737 | 100% | -674 |

5. Der Lagebericht

Die Bilanzsumme blieb gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Auf Seiten der Aktiva stieg das Anlagevermögen um T€ 259 auf T€ 306.406 (Vorjahr T€ 306.147) aufgrund von bereits im Jahr 2000 begonnenen Baumaßnahmen und Investitionen. Das Vorratsvermögen reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 253. Im wesentlichen ist dieser Rückgang auf eine geringere Lagerhaltung zurückzuführen.

Die Forderungen gegenüber dem Träger blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Auf Seiten der Passiva verringerte sich das Eigenkapital um T€ 4.978 unter anderem durch die Umgliederung der zugewiesenen aber noch nicht verwendeten Mittel für besondere Forschungs- und Lehrvorhaben aus den Kapital- und Gewinnrücklagen von ins-

gesamt T€ 3.672 in die sonstigen Verbindlichkeiten.

Die Sonderposten betreffen die für Investitionen verwendeten Zuschüsse des Trägers (T€ 293.205), Förderung nach dem HBFG (T€ 3.905) sowie sonstige verwendete Fördermittel von Dritten (T€ 1.944).

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten erhöhten sich um T€ 1.791 auf T€ 37.082 (Vorjahr T€ 35.291). Diese Erhöhung ist unter anderem durch die Änderung des Ausweises der zugewiesenen aber noch nicht verwendeten Mittel für besondere Forschungs- und Lehrvorhaben begründet.

5. Der Lagebericht

5.14 Erträge / Aufwendungen

Das Wirtschaftsjahr 2001 war durch vom Vorstand nicht zu vertretende äußere Rahmenbedingungen belastet.

So musste das Klinikum einerseits die zusätzlichen Kosten der Verselbständigung in Vorjahreshöhe erwirtschaften und andererseits erstmals die vollen GMSH-Gebühren sowie die Unfallversicherungsbeiträge tragen.

Darüber hinaus konnten die tariflichen Steigerungen im Personalbereich nicht vollständig durch Erhöhungen der Budgets für stationäre Leistungen kompensiert werden. Gleichwohl konnte ein ausgeglichenes Jahresergebnis erwirtschaftet werden.

Dieses konnte nur durch Reduzierung des Materialaufwandes erreicht werden. Intensive Vertragsverhandlungen konnten drohende Preissteigerungen bei den Material-, Energie- und Sachkosten abwenden. In einigen Bereichen wurden Preisreduzierungen durchgesetzt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen um T€ 4.484 auf T€ 27.000 (Vorjahr T€ 22.516), wobei vor allem der Anstieg bei den Einnahmen aus dem Drittmittelbereich um T€ 3.121 signifikant war.

| | 2001 T€ | 2000 T€ | Veränderung in % |
|----------------------------------|------------|--------------|---------------------|
| Betriebserträge | 266.599 | 264.064 | 1,0 |
| Personalaufwand | 168.126 | 166.189 | 1,2 |
| Materialaufwand | 68.663 | 70.019 | -1,9 |
| Sonstige Aufwendungen | 31.319 | 27.140 | 15,4 |
| Steuern / Zinsen (Saldo: Ertrag) | 1.509 | 838 | 80,1 |
| Jahresüberschuß | 0 | 1.554 | |

Geschäftsbericht Universitätsklinikum Lübeck 2001

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|---------------|
| 1. Vorwort | Seite 1 - 3 |
| 2. Das UNIVERSITÄTSKLINIKUM Lübeck im Überblick | Seite 4 |
| 3. Der Aufsichtsrat | Seite 5 - 7 |
| 4. Der Vorstand | Seite 8 - 9 |
| 5. Der Lagebericht | |
| Forschungsförderung an der Medizinischen Universität zu Lübeck | Seite 10 - 12 |
| Entwicklung der Krankenhauslandschaft in Schleswig-Holstein | Seite 13 - 15 |
| Wirtschaftliche Situation | Seite 16 - 17 |
| Leistungszahlen im Überblick | Seite 18 |
| Personal- und Sozialbereich | Seite 19 |
| Ausblick und Risiken | Seite 20 - 30 |
| 6. Jahresabschluss 2001 | |
| Bilanz | Seite 32 - 33 |
| Gewinn- und Verlustrechnung | Seite 34 |
| 7. Der Anhang | |
| Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss | Seite 35 |
| Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden | Seite 36 – 37 |
| Erläuterungen zur Bilanz | Seite 38 - 43 |
| Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung | Seite 44 - 48 |
| Sonstige Angaben | Seite 49 - 50 |
| 8. Entwicklung des Anlagevermögens | Seite 52 - 53 |

1. Vorwort

Das Geschäftsjahr 2001 war in besonderem Maße von der Ankündigung der Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein, Frau Heide Simonis, die Universitätsklinik in Kiel und Lübeck unter einem Dach zusammenzuführen geprägt. Wichtige Entscheidungen zu Investitionen für das UKL, insbesondere zum Neubau der Kliniken für Orthopädie und Neurochirurgie, und die Strukturentscheidung des Aufsichtsrates zur Bildung der Zentralen Einrichtung des „Klinikums- und Universitätsrechenzentrums“, bildeten weitere Meilensteine des vergangenen Jahres. Die hohen, vom Vorstand initiierten Aktivitäten im Vorfeld der Währungsumstellung von der DM auf den Euro konnten ebenso erfolgreich gestaltet werden wie die rechtzeitigen und umfassenden Vorbereitungen zur Einführung der DRGs ab dem 01.01.2003.

Der auch für den Vorstand überraschenden Ankündigung der Fusion beider Universitätsklinik zu dem 01.01.2003 folgten eine außerordentliche Sitzung beider Aufsichtsräte im März, monatliche Sitzungen der Lenkungsgruppe unter Leitung des zuständigen Staatssekretärs und Beteiligung beider Vorstände, die Einrichtung einer wissenschaftlichen Kommission zur Vorbereitung von Entscheidungen im Bereich Forschung und Lehre, die Einrichtung einer Arbeitsgruppe sowie die Vergabe eines „Gutachtens zur kritischen Bestandsaufnahme und Erstellung eines Grobkonzeptes zur Zusammenführung der beiden schleswig-holsteinischen Universi-

tätsklinik zu einem Universitätsklinikum Schleswig-Holstein“. Es folgte der Gesetzesentwurf des Landes mit den notwendigen Änderungen des Hochschulgesetzes zur Fusion und zum Ende des Jahres die Vergabe des Detailgutachtens zur Feinkonzeption an die Firma Roland Berger. Der Prozess insgesamt wird vom Wissenschaftsministerium straff und differenziert gestaltet und läuft zielgerichtet auf die planmäßige Fusion zum 01.01.2003 hinaus. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Vorfeld des Jahres 2001 und der Folgejahre sind geprägt von weiteren, zum Teil erheblichen Zuschusskürzungen, von weiteren zu übernehmenden Zusatzkosten sowie schließlich von den Kosten der Fusion selbst.

Die weiteren Zuschusskürzungen des Jahres 2001, die ersten externen und internen Zusatzkosten im Vorfeld der Fusion, ein etwa 3%iger Belegungsrückgang bei der stationären Krankenversorgung und ein komplizierter Prozess der Umstellung der vorhandenen Instituts- auf persönliche Ermächtigungen mit einer Zahlungsverweigerung der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holsteins über den Zeitraum eines halben Jahres, waren insgesamt äußerst widrige Rahmenbedingungen, die einen Abschluss ohne Verlust unmöglich erscheinen ließen. Dennoch ist es dem Vorstand gelungen, wiederum ein leicht positives Jahresergebnis zu präsentieren.

1. Vorwort

Dies führt der Vorstand zurück auf die weiter verbesserten Planungs- und Steuerungsinstrumente im Controlling, die konzentrierte Berichterstattung und das innerhalb des UKLs ausgeprägte gemeinsame Ziel, im wirtschaftlichen Bereich weiterhin zumindest ein ausgeglichenes Ergebnis anzustreben.

Im Universitätsklinikum Lübeck besteht bei Bau und Geräten weiterhin ein sehr hoher Investitionsstau. Es ist daher besonders erfreulich, dass das Großprojekt „Neubau für die Kliniken für Orthopädie und Neurochirurgie“ mit einem finanziellen Volumen von 46,2 Mio.€ mit Kategorie I in den 31. Rahmenplan aufgenommen wurde und höchstwahrscheinlich im Jahre 2002 mit dem Bau begonnen werden kann. Damit wird ein Großprojekt realisiert, das in Varianten geplant, umgeplant und in der Investitionssumme mehrfach reduziert wurde und mit dem ungünstige Voraussetzungen in den Kliniken für Orthopädie und Neurochirurgie spürbar verbessert werden können. Damit wächst das für den Standort Lübeck besonders wichtige moderne Zentralklinikum weiter und schafft für Patienten und Mitarbeiter hervorragende Bedingungen. Durch Nachfolgenutzungen werden Verbesserungen für weitere kleinere Kliniken angestrebt. Neben diesem sehr erfolgreichen Projekt ist es dem Vorstand nicht gelungen, ein mit externer Unterstützung intensiv vorbereitetes Nutzungsmodell für die Radiologie/Neuroradiologie, bei dem die Investitionen aus eigener Kraft durch Rationalisierung ver-

dient werden sollten, im Aufsichtsrat zur Zustimmung zu bringen. Nunmehr wird dieses Großprojekt auf traditionellem Wege aus Bundes- und Landesmitteln finanziert, das wegen zeitlicher Verzögerung um mehrere Jahre Zwischenlösungen erforderlich macht.

Außerdem wurde im Geschäftsjahr 2001 die Analyse zum Reinvestitionsbedarf bei medizinischen Geräten, ausgehend von der umfassenden Anlageninventur 1998/ 1999, abgeschlossen. Der sich ergebende Ersatzbeschaffungsbedarf von mindestens 2,5 Mio.€ p.a. für medizinische Geräte wird sich in den Folgejahren nur unter Aufbietung großer Kreativität, Prioritätensetzung und gleichzeitiger Alternativen verwirklichen lassen.

Nach jahrelangen Diskussionen zwischen dem Universitätsklinikum Lübeck, der Medizinischen Universität zu Lübeck und dem Institut für Medizinische Informatik konnte zum Ende des Geschäftsjahres durch einen Aufsichtsratsbeschluss die Bildung einer Zentralen Einrichtung des UKL, „Klinikums- und Universitätsrechenzentrum“ (Ku-RZ), erreicht werden. Dies steht unter der Regie des Ku-RZ-Vorstandes, soll das UKL in der DV-Versorgung und der weiteren Entwicklung voranbringen und gleichzeitig die MUL versorgen. Der Vorstand ist optimistisch, eine gute Basis gefunden zu haben, um den notwendigen technologischen Fortschritt besonders für die Ärzte und Pflegekräfte schrittweise angehen und realisieren zu können.

1. Vorwort

Bereits im Jahr 2000 hat der Vorstand ein Projekt zur Vorbereitung und späteren systematischen Einführung der Fallpauschalen (DRG – Diagnosis Related Groups) begonnen. Dazu gehören eine zentrale Projektgruppe, dezentrale Teams und ein Projektleitungsausschuss. Schwerpunkte der Vorbereitung sind die Schaffung notwendiger personeller und investiver Voraussetzungen vor der Einführung der DRGs, die Teilnahme an einem Benchmarking-Projekt, die Schulung der Ärzte und die Strategievorbereitung. Die Einführung der DRGs wird gemeinsam mit dem Thema Fusion in den Folgejahren die Dominanz des Geschehens im Klinikum ausmachen.

Das Projekt der Währungsumstellung von DM auf Euro konnte nach umfassenden und gezielten Vorbereitungen im Geschäftsbereich des Kaufmännischen Direktors unter Federführung des Dezernates für Finanzen und Controlling erfolgreich abgeschlossen werden.

In der Leistungsentwicklung der stationären Krankenversorgung trat im Geschäftsjahr 2001 erstmalig eine Stagnation bzw. ein Rückgang zum Vorjahr ein. Die Fallzahl

konnte mit 43.597 etwa gehalten werden; die Verweildauer wiederum ist von 9,01 auf 8,78 Tage gesunken. Die Anzahl der Berechnungstage war um rd. 13.000 rückläufig; parallel reduzierte sich die Auslastung der aufgestellten Betten auf 87,6%. Damit liegt unser Universitätsklinikum bei einer außerordentlich hohen Belegungsquote und sehr hoher Fallzahl bei einer äußerst geringen Verweildauer im Bundesvergleich immer noch auf sehr hohem Niveau.

Die Nachfrage bei stationären und ambulanten Patienten sowie die Überweisungen der niedergelassenen Ärzte sind ungebrochen und bestätigen wiederum das hohe Vertrauen in das Universitätsklinikum Lübeck. Der Vorstand ist allen Beteiligten dankbar, dass es trotz der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen und bei reduzierter Beschäftigung gelungen ist, diese Leistungen zu erbringen. Ganz besonders dankt der Vorstand allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des UKLs für das große Engagement und die weiterhin ungebrochene Leistungsbereitschaft.

Der Vorstand

2. Das UNIVERSITÄTSKLINIKUM Lübeck im Überblick

| | | 2001 | 2000 | Abw. in % |
|--|---------------|----------------|----------------|--------------|
| Aufgestellte Betten | 31.12. | 1.225 | 1.223 | 0,16 |
| Berechnungstage | | 382.912 | 395.700 | -3,23 |
| Zahl der stationären Patienten (Fallzahl) | | 43.597 | 43.903 | -0,70 |
| Auslastung nach aufgestellten Betten (%) | | 87,57 | 90,39 | -3,12 |
| Verweildauer (Tage) | | 8,78 | 9,01 | -2,55 |
| Poliklinische Neuzugänge | | 35.402 | 36.585 | -3,23 |
| Sonstige ambulante Fälle | | 60.083 | 61.748 | -2,70 |
| Summe Erträge (T€) | | 268.185 | 264.969 | 1,21 |
| Summe Aufwendungen (T€) | | 267.787 | 263.414 | 1,66 |

3. Der Aufsichtsrat

Das Klinikum an der Medizinischen Universität zu Lübeck ist seit dem 01.01.1999 eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts der Medizinischen Universität zu Lübeck. Die Anstalt, mit Sitz in Lübeck, führt den Namen "UNIVERSITÄTSKLINIKUM Lübeck" (UKL).

Der Aufsichtsrat des UKLs setzt sich aus 18 Mitgliedern zusammen. Zu seinen Aufgaben gehören die Aufsicht über die Tätigkeit des Vorstandes, die Bestellung und Berufung von Vorstandsmitgliedern, die Kontrolle der Umsetzung der Betriebsziele und der Zielerreichung, die Beauftragung der Jahresabschlussprüfung, die Feststellung des Jahres-

abschlusses, die Genehmigung des Lageberichtes sowie die Zustimmung zu wichtigen Unternehmensentscheidungen.

Der Aufsichtsrat kann einzelne Mitglieder oder für bestimmte Aufgaben besondere Sachverständige beauftragen und kann Art und Umfang der Berichterstattung des Vorstandes festlegen.

Der Aufsichtsrat tritt mindestens in jedem Kalenderhalbjahr zu einer Sitzung zusammen, an der, soweit nicht anders beschlossen, auch die Mitglieder des Vorstandes teilnehmen.

3. Der Aufsichtsrat

3.1. Mitglieder des Aufsichtsrates

Stimmberechtigte Mitglieder

Ministerialdirigent a. D. Uwe Lützen

Vorsitzender des Aufsichtsrates des
UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck
Vertreter des Ministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Kultur des
Landes Schleswig-Holstein

Regierungsdirektor Klaus Dietrich Neuhausen

Ministerium für Finanzen und Energie
des Landes Schleswig-Holstein

Ministerialdirigent Bernd Schloer

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landes Schleswig-Holstein

Prof. Dr. Reinhard Demuth

Rektor der Christian-Albrecht-Universität
zu Kiel

Prof. Dr. Hans Arnold

Rektor der Medizinischen Universität zu Lübeck

Edda Tichelmann

Vertreterin der Beschäftigten des
Universitätsklinikums Kiel

Barbara Scheel

Vertreterin der Beschäftigten des
UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck

Prof. Dr. Karl Heinz Rahn

Sachverständiger aus der medizinischen Wissen-
schaft
Med. Poliklinik der Westfälischen Wilhelms-
Universität / Innere Medizin D

Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann

Sachverständiger aus dem Wirtschaftsleben
Peter Köln KgaA

Beratende Mitglieder

Prof. Walter Jonat

Universitätsklinikum Kiel
Direktor der Klinik für Gynäkologie und Geburtshil-
fe

Prof. Dr. Alfred Feller

UNIVERSITÄTSKLINIKUM Lübeck
Direktor des Institutes für Pathologie

Dr. Christiane Hinck-Kneip

Vertreterin des wissenschaftlichen Personals der
Christian-Albrecht-Universität zu Kiel

Dr. Hauke Nielsen

Vertreter des wissenschaftlichen Personals des
UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck

Kirstin Bachmann

Vertreterin der Studierenden der
Christian-Albrecht-Universität zu Kiel

Jens Ebnet

Vertreter der Studierenden der
Medizinischen Universität zu Lübeck

Dr. Elke von Haeften *(bis 19.03.2001)*

Frauenbeauftragte der
Christian-Albrecht-Universität zu Kiel

N. N. *(ab 20.03.2001)*

Frauenbeauftragte der
Christian-Albrecht-Universität zu Kiel

Dr. Sabine Voigt

Frauenbeauftragte der Medizinischen Universität
zu Lübeck

Wilhelm Kuhn

Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und
Verkehr – Bezirksverwaltung Lübeck

3. Der Aufsichtsrat

3.2. Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat wurde im Berichtsjahr laufend über die geschäftliche Entwicklung und über die Lage des Klinikums unterrichtet. Er hat die Geschäftsführung des Vorstandes nach den gesetzlichen und satzungsmäßigen Vorschriften überwacht sowie über die ihm vorgelegten zustimmungsbedürftigen Vorgänge entschieden.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC Deutsche Revision AG, Hamburg, hat die Buchführung und den Jahresabschluss des Klinikums für das Geschäftsjahr 2001 unter Einbeziehung des Lageberichtes geprüft. Der Jahresabschluss entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss. Die Prüfungsgesellschaft hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Aufsichtsrat hat den Bericht des Abschlussprüfers über das Ergebnis seiner Prüfung erörtert und erhebt nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfungen keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat auch den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluß und den Jahresbericht beraten. Einwendungen wurden nicht erhoben. Der testierte, vom Vorstand aufgestellte, Jahresabschluss und der Lagebericht wurden vom Aufsichtsrat festgestellt.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck für die im Geschäftsjahr 2001 geleistete Arbeit.

Der Aufsichtsrat

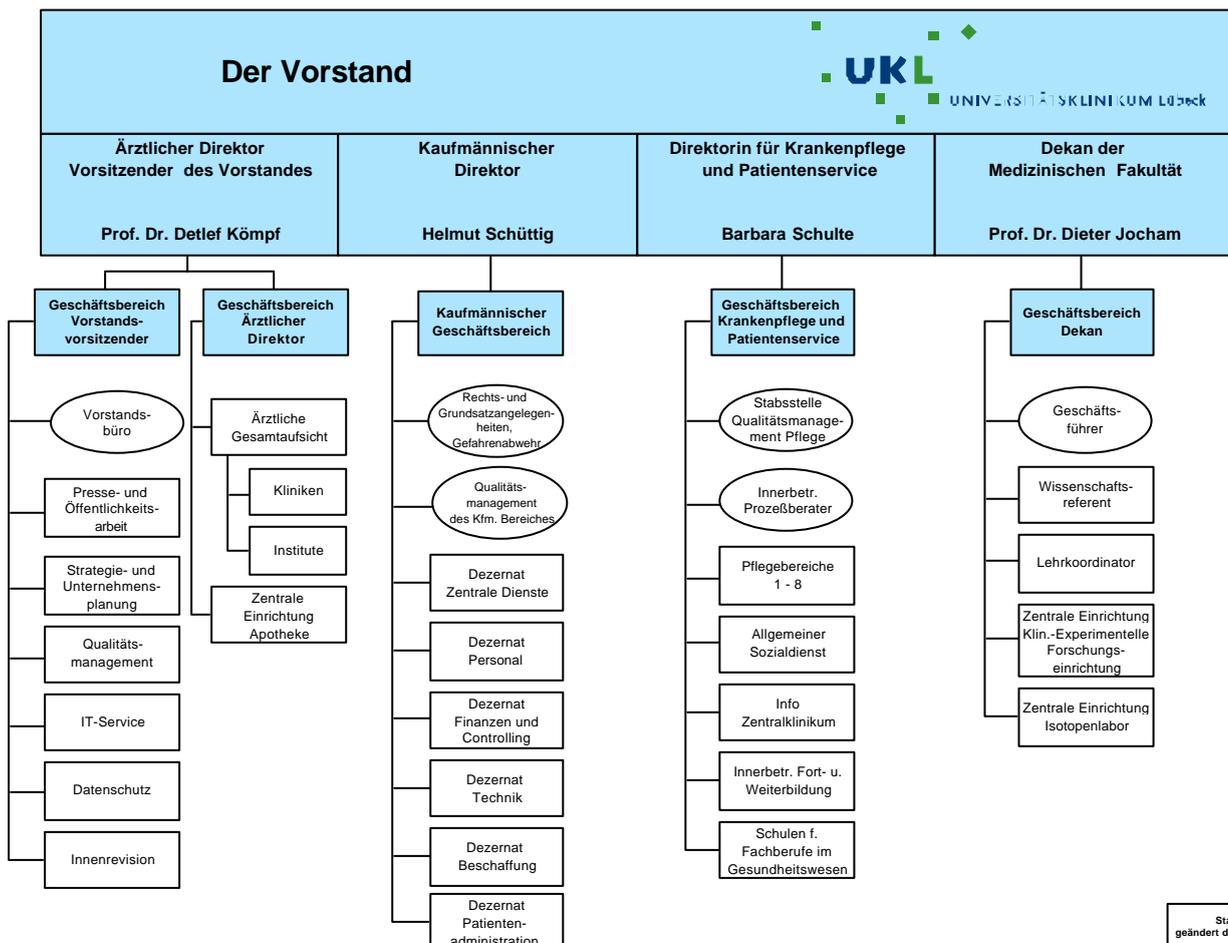
4. Der Vorstand

Der Vorstand des UKLs besteht aus vier Mitgliedern. Ihm obliegt die Leitung des UNIVERSITÄTSKLINIKUMS Lübeck (UKL). Der Ärztliche Direktor und der Kaufmännische Direktor vertreten das UKL gemeinschaftlich in gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten.

Aufgabe des Vorstandes ist es ferner, die allgemeinen Rechtsvorschriften und die Bestimmungen der Satzung zu beachten und deren Einhaltung zu überwachen.

Der Vorstand unterrichtet den Aufsichtsrat regelmäßig über wichtige Angelegenheiten des UKLs.

In Angelegenheiten, die die betrieblichen Ziele wesentlich beeinflussen, entscheidet der Vorstand gemeinsam.



Stand: 01.11.2001
geändert durch Stabsstelle - 050 -

4. Der Vorstand

Mitglieder des Vorstandes

Prof. Dr. Detlef Kömpf

Ärztlicher Direktor

Vorsitzender des Vorstandes

Geschäftsbereich Vor-
standsvorsitzender
und Ärztlicher Direktor

Dipl.-Kaufm. Helmut

Schüttig

Kaufmännischer Direktor

(bis 30.04.2002)

Kaufmännischer Geschäfts-
bereich

Barbara Schulte

Direktorin für Krankenpflege

und

Patientenservice

Geschäftsbereich Kranken-
pflege und Patientenservice
Ab 07.11.2001

Prof. Dr. Dieter Jocham

Dekan der Medizinischen

Fakultät

Geschäftsbereich Dekan

5. Der Lagebericht

5.1. Forschungsförderung an der Medizinischen Universität zu Lübeck Schwerpunktförderung der Medizinischen Fakultät

Als übergeordnete Maßnahme zur strukturellen Förderung von Forschung und Lehre wurde zum 01.01.2001 für alle Kliniken und Institute der Medizinischen Fakultät (ohne Vorklinik) die "Leistungsbezogene Mittelverteilung (LbMV)" zunächst für einen Erprobungszeitraum von drei Jahren eingeführt.

Die Leistungsbezogene Mittelverteilung zielt auf die Schaffung größerer Leistungstransparenz und Verteilungsgerechtigkeit sowie auf zusätzliche Anreize für das Engagement in der Forschung. Weitere Funktionen des Systems sind die Profilschärfung nach außen sowie eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit um externe Drittmittel. Grundlage in der ersten Phase 2001 war die retrospektive Bewertung wissenschaftsbezogener Parameter für zunächst vier gleich gewichtete Leistungsbereiche: Publikationen, Drittmittelwerbung, Nachwuchsförderung und Transferleistungen. Eine Ausweitung um den Bereich Lehre ist in Vorbereitung. Leistungen in der Krankenversorgung werden nicht berücksichtigt. Im Berichtszeitraum wurde die LbMV vom Vorstand des UKLs mit T€ 510 aus dem Landeszuschuss Forschung und Lehre der beteiligten Einrichtungen ausgestattet. Für die Folgejahre ist eine stetige Erhöhung des Finanzvolumens vorgesehen.

Die (projektorientierte) Forschungsförderung der Medizinischen Fakultät wird durch den Etat für "besondere Forschungs- und Lehrvorhaben" aus dem Landeszuschuss für Forschung und Lehre gespeist. Im Jahr 2001 standen hieraus für alle relevanten Vorhaben insgesamt Mio.€ 3,0 zur Verfügung.

Die Ausschreibung von Programmen sowie die Entscheidungsfindung erfolgen in Verantwortung der Forschungskommission der Fakultät unter Leitung des Dekans. Im Mai 2001 wurde hierzu durch den Konvent der Medizinischen Fakultät ein entsprechend den Erfahrungen der letzten Jahre überarbeitetes Regelwerk (sog. "Grünes Heft") verabschiedet.

Es handelt sich beim Forschungsförderungsprogramm der Fakultät um ein differenziertes System aus unterschiedlichen Antrags- bzw. Projektkategorien (Junior- und Normalanträge, Anträge zur Förderung der Lehre, Forschungsschwerpunkte).

Forschungsschwerpunkte werden dabei in einem von den übrigen Antrags- bzw. Projektkategorien getrennten Beantragungszyklus ausgeschrieben und begutachtet.

Von den im Berichtszeitraum 2001 bewilligten Mitteln entfielen T€ 1.125 auf 6 Forschungsschwerpunkte sowie T€ 806 auf 24 bewilligte Junior- und Normalanträge sowie Projekte zur Förderung der Lehre.

5. Der Lagebericht

Dabei war mit 62 Anträgen aus dem Bereich Junior-/Normal-Anträgen und Anträgen zur Förderung der Lehre im Vergleich zu den Vorjahren (59 bzw. 45 Anträge) trotz Einführung einer Altersgrenze für Junioranträge insgesamt eine weiter steigende Nachfrage zu verzeichnen. Die Bewilligungsquote von 39 % der beantragten Projekte mit durchschnittlich T€ 34 Fördervolumen spricht für gute Förderbedingungen im Nachwuchsbereich.

5.2. Schwerpunktförderung 2001

Die Förderung von Forschungsschwerpunkten der Medizinischen Fakultät dient der Schärfung des Forschungsprofils durch gezielte Förderung einer kleinen Anzahl von Forschungsbereichen, die besondere Entwicklungspotentiale aufweisen. Dabei wird eine Erhöhung und Konzentration der Mittel auf eine geringere Zahl von Forschungsschwerpunkten angestrebt.

Weiteres Ziel ist die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit um kompetitiv vergebene externe Drittmittel. Eine wesentliche Entscheidungsgrundlage der Forschungsförderungs-Kommission ist die Stellungnahme des Wissenschaftsrates zur Entwicklung der MUL.

Für den Zeitraum vom 01.04.2001 bis zum 31.12.2001 wurde auf Grundlage der Begutachtung schriftlicher Anträge und einer fakultätsöffentlichen Präsentation der Antragsteller die Förderung folgender For-

schungsschwerpunkte durch die Forschungskommission beschlossen:

| Schwerpunkt | Koordinatoren | Förderungsvolumen T€ |
|--|----------------------|-------------------------|
| 1. Körpereigene Infektabwehr | Prof. Solbach et al. | 230 |
| 2. Endokrine Transmission | Prof. Fehm et al. | 280 |
| 3. Cerebrale und neuroendokrine Kontrolle von Wahrnehmung und Bewegung | Prof. Kömpf et al. | 180 |
| 4. Entwicklung onkologischer Therapieansätze | Prof. Feller et al. | 360 |
| 5. Kardiovaskuläre Erkrankungen | Prof. Katus et al. | 75 |

Für den Zeitraum vom 01.01.2002 bis zum 31.12.2002 ist eine weitere Förderung der genannten Forschungsschwerpunkte in gleicher Höhe vorgesehen.

5.3. Weitere Forschungsvorhaben

Unterstützt durch die Schwerpunktförderung der Medizinischen Fakultät konnten 2001 mehrere hochkarätige externe Drittmittelprojekte eingeworben werden:

- Im Nationalen Genomforschungsnetz (BMBF) im Forschungsschwerpunkt "Genetische Forschung bei Herz-Kreislauf-erkrankungen", Prof. Dr. med. Hugo A. Katus, Medizinische Klinik II, und Prof. Dr. med. Eberhard Schwinger, Institut für Humangenetik, (ca. T€3.374).

5. Der Lagebericht

- DFG-Klinische Forschergruppe "Intersexualität – vom Gen zur Geschlechtsidentität", Prof. Dr. med. Olaf. Hiort, Klinik für Kinder- und Jugendmedizin (T€ 920 für zunächst 3 Jahre).
- DFG-Forschergruppe "Gedächtnisbildung im Schlaf", Prof. Dr. med. Jan Born, Medizinische Klinik I (ca. T€ 1.790 für zunächst 3 Jahre).
- DFG-Forschergruppe "Neurobiologische Prädiktoren und Korrelate von Psychotherapie" (mit den Universitäten Freiburg, Kiel und Aachen), Prof. Dr. med. Fritz Hohagen, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie (insgesamt T€ 3.579, davon in Lübeck T€ 1.022 für zunächst 3 Jahre).

Die Summe der in 2001 eingeworbenen Drittmittel betrug insgesamt T€ 12.434.

Der Mittelursprung ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle:

| Mittelherkunft | € |
|----------------|----------------------|
| Bund | 5.122.199,89 |
| DFG | 1.416.060,94 |
| EU | 399.181,62 |
| Industrie | 2.518.928,37 |
| Land | 453.672,84 |
| SFB | 1.313.434,10 |
| Spenden | 29.473,52 |
| Stiftung | 671.091,93 |
| Verbände | 509.612,66 |
| | 12.433.655,87 |

5.4. Drittmittel 2001

Die von dritter Seite zugegangenen Mittel sind zur Finanzierung von Einzelmaßnahmen verwendet worden, die sich möglichst an den obigen Schwerpunkten orientieren.

5. Der Lagebericht

5.5 Entwicklung der Krankenhauslandschaft in Schleswig-Holstein im Vergleich

Mit dem im Mai 2001 veröffentlichten Krankenhausplan für Schleswig-Holstein ist ein Kompromiss zwischen den an der Krankenhausplanung Beteiligten und der Landesregierung gefunden worden. Auch im Hinblick auf die Einführung pauschalierter Entgelte für alle Leistungen der stationären Krankenversorgung hat sich die Planungsbehörde auf eine Festlegung von Planbetten für das Gesamthaus beschränkt. Für die einzelnen Fachabteilungen sind den Verhandlungspartnern Fallzahlen vorgegeben.

Die aktuellen Daten des Statistischen Bundesamtes sind aus 1999 und beinhalten noch die Kennzahl „Bettenauslastung“. Für die kommenden Jahre wird aufgrund der Einführung pauschalierter Entgelte diese Kennzahl an Bedeutung verlieren. Es wird dem einzelnen Krankenhaus überlassen bleiben, mit wieviel aufgestellten Betten die notwendige Leistung in der Krankenversorgung erbracht wird.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick zu Krankenhauskosten, Anzahl der Patienten und Kosten je Patient je Bundesland.

Krankenhauskosten je Patient 1999

| | Krankenhauskosten Mio. € | Patienten TSD | Kosten je Patient / € |
|---------------------|--------------------------|---------------|-----------------------|
| Schleswig-Holstein | 1.588 | 507 | 3.130 |
| Hamburg | 1.491 | 361 | 4.133 |
| Meckl.Vorpommern | 1.045 | 383 | 2.726 |
| Niedersachsen | 4.629 | 1.450 | 3.193 |
| Bremen | 666 | 181 | 3.677 |
| Brandenburg | 1.289 | 476 | 2.707 |
| Hessen | 3.786 | 1.153 | 3.283 |
| Thüringen | 1.413 | 515 | 2.746 |
| Berlin | 2.952 | 659 | 4.481 |
| Nordrhein Westfalen | 11.941 | 3.784 | 3.156 |
| Sachsen-Anhalt | 1.602 | 566 | 2.829 |
| Rheinland-Pfalz | 2.376 | 803 | 2.957 |
| Saarland | 832 | 254 | 3.270 |
| Sachsen | 2.472 | 872 | 2.834 |
| Baden-Württemberg | 6.081 | 1.835 | 3.314 |
| Bayern | 7.778 | 2.460 | 3.161 |

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden

Die Krankenhauskosten je Patient sind danach besonders hoch in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg. Auch in den Flächenländern Baden-Württemberg, Hessen und Saarland liegen diese Kosten wesentlich höher als in Schleswig-Holstein. Die Werte der neuen Bundesländer sind vergleichsweise gering, da die Personaltarife noch bei rund 85% gegenüber den alten Bundesländern liegen.

In dieser Vergleichstabelle liegt Schleswig-Holstein bei den alten Bundesländern auf dem zweitgünstigsten Platz nach Rheinland-Pfalz.

5. Der Lagebericht

Bei der Betrachtung der Krankenhauskosten je Einwohner schneidet Schleswig-Holstein als das drittgünstigste Bundesland nach Brandenburg und Sachsen ab. Hier sind ebenfalls die Stadtstaaten und zusätzlich das Saarland und Nordrhein Westfalen die kostenstärksten Bundesländer.

Krankenhauskosten je Einwohner 1999

| | Krankenhauskosten Mio.€ | Einwohner TSD | Kosten je Einw./€ |
|---------------------|-------------------------|---------------|-------------------|
| Schleswig-Holstein | 1.588 | 2.777 | 572 |
| Hamburg | 1.491 | 1.705 | 874 |
| Meckl.Vorpommern | 1.045 | 1.789 | 584 |
| Niedersachsen | 4.629 | 7.899 | 586 |
| Bremen | 666 | 663 | 1.005 |
| Brandenburg | 1.289 | 2.601 | 496 |
| Hessen | 3.786 | 6.052 | 626 |
| Thüringen | 1.413 | 2.449 | 577 |
| Berlin | 2.952 | 3.387 | 872 |
| Nordrhein Westfalen | 11.941 | 18.000 | 663 |
| Sachsen-Anhalt | 1.602 | 2.649 | 605 |
| Rheinland-Pfalz | 2.376 | 4.031 | 589 |
| Saarland | 832 | 1.072 | 776 |
| Sachsen | 2.472 | 4.460 | 554 |
| Baden-Württemberg | 6.081 | 10.476 | 580 |
| Bayern | 7.778 | 12.155 | 640 |

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden

Die Situation für Schleswig-Holstein stellt sich bei der Auslastung der Krankenhausbetten positiv dar.

Mit 83,7 % hat Schleswig-Holstein bundesweit mit die höchste Belegung. Bremen und die Länder Rheinland-Pfalz und Hessen weisen die geringste Belegung aus.

Auslastung der Krankenhausbetten und durchschnittliche Verweildauer 1999

| | Bettenauslastung in % | Verweildauer in Tagen |
|---------------------|-----------------------|-----------------------|
| Schleswig-Holstein | 83,7 | 10,1 |
| Hamburg | 81,2 | 11,2 |
| Meckl.Vorpommern | 80,4 | 8,8 |
| Niedersachsen | 82,5 | 10,1 |
| Bremen | 78,7 | 10,1 |
| Brandenburg | 83,2 | 10,5 |
| Hessen | 79,0 | 10,1 |
| Thüringen | 81,7 | 10,4 |
| Berlin | 83,9 | 11,2 |
| Nordrhein Westfalen | 81,1 | 10,7 |
| Sachsen-Anhalt | 81,4 | 9,8 |
| Rheinland-Pfalz | 78,3 | 9,9 |
| Saarland | 83,4 | 9,7 |
| Sachsen | 84,6 | 10,6 |
| Baden-Württemberg | 81,7 | 10,5 |
| Bayern | 83,7 | 10,4 |

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden

Bei der Verweildauer liegt Schleswig-Holstein mit 10,1 Tagen im unteren Drittel, die kürzeste Verweildauer gibt es in Meckl. Vorpommern und im Saarland.

5. Der Lagebericht

Die Betrachtung der Bettendichte offenbart, daß Schleswig-Holstein im Bundesvergleich den geringsten Wert ausweist. Die Länder Bremen, Hamburg und Nordrhein Westfalen verfügen über eine deutlich höhere Bettendichte.

Krankenhausbetten je Einwohner (Bettendichte) 1999

| | Kranken- häuser | Betten | Betten je Einwohner (in 10.000) |
|---------------------|--------------------|---------|---------------------------------------|
| Schleswig-Holstein | 111 | 16.706 | 60,3 |
| Hamburg | 36 | 13.650 | 80,2 |
| Meckl.Vorpommern | 35 | 11.510 | 64,2 |
| Niedersachsen | 209 | 48.452 | 61,5 |
| Bremen | 16 | 6.360 | 95,5 |
| Brandenburg | 53 | 16.430 | 63,3 |
| Hessen | 181 | 40.527 | 67,1 |
| Thüringen | 53 | 17.955 | 73,1 |
| Berlin | 74 | 24.170 | 71,2 |
| Nordrhein Westfalen | 461 | 136.716 | 76,0 |
| Sachsen-Anhalt | 58 | 18.689 | 70,2 |
| Rheinland-Pfalz | 118 | 27.767 | 68,9 |
| Saarland | 27 | 8.101 | 75,5 |
| Sachsen | 95 | 29.994 | 67,0 |
| Baden-Württemberg | 320 | 64.523 | 61,8 |
| Bayern | 405 | 83.718 | 69,1 |

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden

In der Schlussfolgerung aus dieser differenzierten Betrachtung des statistischen Materials um Krankenhauskosten, Bettendichte, Auslastung und Verweildauer wird klar, dass im Bundesvergleich, auch im Vergleich der alten Bundesländer, eine sehr unterschiedliche Situation besteht. Damit besteht auch ein sehr unterschiedlicher Handlungsbedarf, soweit die Diskussion um Lohnnebenkosten und Beitragssatzstabilität bei

den Krankenkassen weiterhin dominant bleibt.

Aus unter anderem den oben genannten Gründen ist für die Bundesrepublik Deutschland die Einführung eines pauschalierten Erlössystems für die stationäre Krankenversorgung in Anlehnung an das Australische AR- DRG System entschieden worden.

DRGs ist die Abkürzung für Diagnosis Related Groups und steht für Gruppen ähnlicher bzw. verwandter Diagnosen. Diese Diagnosegruppen sollen sowohl medizinisch als auch ökonomisch homogene Behandlungsfälle zusammenfassen. Aufgrund der Hauptdiagnose und einiger weiterer Gewichtungen werden die Patienten einer dieser Fallgruppen zugeordnet. Dabei findet auch die Behandlung erschwerender Risiken wie z.B. Nebendiagnosen, das Alter etc. Beachtung.

Ein System wie die DRGs, die sich statistisch bzw. am Durchschnitt orientieren, sind für Krankenhäuser optimal, die den Mittelwert repräsentieren.

Die Universitätsklinika betrachten die Entwicklung jedoch mit größter Sorge, da die unterschiedliche Behandlung in einem Krankenhaus der Grund- bzw. Regelversorgung und einer Klinik der Zentral- bzw. Maximalversorgung nicht ohne weiteres in der vorgesehenen Form über Diagnose und Prozedur differenziert werden kann.

5. Der Lagebericht

5.6 Wirtschaftliche Situation

Im Geschäftsjahr 2001 wurde die positive wirtschaftliche Entwicklung des UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck durch das sich weiter negativ entwickelnde Umfeld belastet.

Neben dem seit 1997 weiter abgesenkten Zuschuss für Forschung und Lehre vergütete die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein im Wirtschaftsjahr 2001 im Bereich der Poliklinikabrechnung keine über die vertraglich festgelegte Poliklinikfallzahl von 31.900 Fällen hinausgehende Leistung.

Für das Jahr 2001 konnten mit den Kostenträgern neben der fixierten Erhöhungsrates der beitragspflichtigen Einnahmen der Krankenkassen zusätzliche Erlöse für weitere Strukturmaßnahmen vereinbart werden. Das Budget der Kostenträger orientierte sich auch im Jahr 2001 nicht an den erbrachten Leistungen und den damit zusammenhängenden Aufwendungen. Die Kostenträger gestanden dem Klinikum im wesentlichen für das Berichtsjahr eine Veränderungsrate von 1,63% zu, die nicht ausreichend ist, den Anstieg bei Sach- und Personalkosten zu kompensieren. Darüber hinaus wurden erbrachte Mehrleistungen nur teilweise ausgeglichen.

Die Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen stiegen im abgelaufenen Geschäftsjahr um T€ 2.138. Das Vorjahresergebnis bei den Erlösen aus ambulanten Leistungen konnte im Jahr 2001 nicht gehalten werden,

da durch den Punktwerteverfall im Bereich der Ermächtigungen, durch die Umwandlung der Institutsermächtigungen in persönliche Ermächtigungen und durch eine fixierte Poliklinikfallzahl Erlöseinbußen zu verzeichnen waren. Die Erlöse aus Wahlleistungen und Nutzungsentgelten konnten gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht werden.

Durch zusätzliche Maßnahmen wie die Erlösbudgetierung, die Aufwandsbudgetierung, den Einsatz der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung sowie die Einführung eines Bonus-Malus-Systems in den Kliniken und Instituten konnte den Belastungen bei der Zuschußentwicklung und beim Budget für die Krankenversorgung entgegengewirkt werden.

Die projektorientierte Forschungsförderung wurde im Jahr 2001 aus dem Jahresüberschuß 2000 um T€ 511 angehoben, obwohl im abgelaufenen Geschäftsjahr der Zuschuss für Forschung und Lehre abermals um T€ 1.246 auf T€ 58.815 gesenkt wurde.

Der Anstieg im Bereich Personalkosten resultiert im wesentlichen aus der tariflichen Lohn- und Gehaltssteigerung.

5. Der Lagebericht

Die Leistungen in der stationären Krankenversorgung konnten auf dem hohen Niveau des Vorjahres gehalten werden. Dies belegt die nachfolgende Tabelle.

| | 2001 | 2000 |
|--------------------------------|---------|---------|
| Fallzahlen | 43.597 | 43.903 |
| Belegungs- und Berechnungstage | 382.912 | 395.700 |
| Budget ohne Ausgleich | 163.533 | 160.344 |

Der Vergleich mit dem Vorjahr ergibt, dass bei relativ konstanter Fallzahl die Berechnungstage um 12.788 Tage geringfügig sanken und das Budget um T€ 3.189 erhöht werden konnte.

Die Erlöse je Fall und Tag sind im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen. Dieses belegt die nachfolgende Tabelle:

Erlöse je Fall und Erlöse je Tag

| | 2001 € | 2000 € |
|---------------|-----------|-----------|
| Erlöse / Fall | 3.751,01 | 3.648,84 |
| Erlöse / Tag | 427,07 | 405,14 |

Die Gesamterträge erreichten im Jahr 2001 T€ 268.185 (Vorjahr T€ 264.969). Die Aufwendungen betragen T€ 267.787 (Vorjahr T€ 263.414). Das Jahr endete mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 398 (Vorjahr T€ 1.554).

Im Berichtsjahr konnte das Konzept zur Bildung von Ergebniscentern weiterentwickelt werden. Teil dieses Konzeptes sind die kaufmännischen Berater, die den Vorstand und die Direktoren der Kliniken und Institute im Rahmen des zentralen und dezentralen Controllings beraten.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die immer schwieriger werdenden Rahmenbedingungen, insbesondere bei der Entwicklung des Zuschusses und beim Budget zur Krankenversorgung, für die weitere Entwicklung des UKLs in Forschung und Lehre aber auch in der Krankenversorgung, neue Wege erfordern.

Um diesen negativen Entwicklungen entgegen zu wirken, sollen die beiden Universitätsklinika in Schleswig-Holstein durch die beschlossene Fusion im Jahr 2003 zu einem Universitätsklinikum zusammengeführt werden.

Aus der Fusion werden positive Effekte aufgrund von Synergie und Schwerpunktbildung für beide Universitätsklinika erwartet. Die hieraus zu erwartenden Effekte sollen dann das zukünftige Universitätsklinikum Schleswig-Holstein in die Lage versetzen, am immer schwieriger werdenden Gesundheitsmarkt zu bestehen.

5. Der Lagebericht

5.7 Leistungszahlen im Überblick

| Kliniken | Fallzahl | | Verweil- dauer | | Berechnungs- u. Belegungstage | |
|--|-----------------|-----------------|-------------------|-------------|----------------------------------|----------------|
| | 2001 | 2000 | 2001 | 2000 | 2001 | 2000 |
| Anästhesiologie | 1.849,0 | 1.851,0 | 2,53 | 2,56 | 4.674 | 4.738 |
| Augenheilkunde | 2.646,5 | 2.592,0 | 4,85 | 5,02 | 12.843 | 13.004 |
| Chirurgie | 6.428,5 | 6.167,5 | 9,50 | 10,02 | 61.087 | 61.818 |
| Dermatologie und Venerologie | 1.063,5 | 995,0 | 9,03 | 10,66 | 9.608 | 10.609 |
| Frauenheilkunde und Geburtshilfe | 4.814,0 | 5.079,0 | 5,97 | 5,97 | 28.737 | 30.297 |
| HNO-Heilkunde | 3.126,5 | 3.174,5 | 5,28 | 5,43 | 16.514 | 17.235 |
| Herzchirurgie | 1.076,5 | 1.002,5 | 5,13 | 5,90 | 5.527 | 5.911 |
| Kinderchirurgie | 2.108,0 | 2.034,0 | 5,44 | 5,86 | 11.464 | 11.919 |
| Kieferchirurgie | 1.075,0 | 1.150,5 | 5,10 | 5,69 | 5.483 | 6.543 |
| Medizinische Klinik I | 5.034,5 | 5.208,5 | 9,22 | 9,09 | 46.409 | 47.369 |
| Medizinische Klinik II | 6.221,5 | 6.279,5 | 8,26 | 8,30 | 51.408 | 52.092 |
| Neurochirurgie | 1.464,5 | 1.442,5 | 11,38 | 11,56 | 16.668 | 16.675 |
| Neurologie | 2.283,0 | 2.160,5 | 8,70 | 9,02 | 19.855 | 19.492 |
| Strahlenth. u. Nuklearmed. | 760,5 | 718,0 | 7,78 | 8,70 | 5.914 | 6.249 |
| Orthopädie | 969,0 | 1.089,5 | 9,30 | 9,98 | 9.008 | 10.873 |
| Kinder- u. Jugendmedizin* | 3.615,0 | 3.997,0 | 7,17 | 5,80 | 25.916 | 23.179 |
| Neonatologie | | 331,5 | | 14,50 | | 4.808 |
| Psychiatrie und Psychotherapie | 1.197,0 | 1.079,5 | 27,70 | 30,66 | 33.162 | 33.101 |
| Urologie | 2.662,0 | 2.731,0 | 6,39 | 6,61 | 17.010 | 18.046 |
| Zentrale Notaufnahme | 10.350,0 | 9.836,0 | 0,16 | 0,18 | 1.625 | 1.742 |
| Klinikum (ohne interne Verlegungen) | 43.597,0 | 43.903,0 | 8,78 | 9,01 | 382.912 | 395.700 |

* 2001 incl. Neonatologie / 2000 ohne Neonatologie

5. Der Lagebericht

5.8. Personal- und Sozialbereich

Vom Dezernat Personal werden die Personalangelegenheiten einschl. Abrechnung für die nicht-wissenschaftlichen Beschäftigten in eigener Zuständigkeit bearbeitet. Für die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Landesbedienstete (§ 127 Abs. 6 Hochschulgesetz) erfolgt die Personalbearbeitung im Auftrage des Landes auf der Grundlage eines Delegationserlasses vom 13.09.2000.

Das Dezernat Personal ist ferner für die Beschäftigten der Universität (427) im Wege der Aufgabenübertragung zuständig. Die Personalbetreuung wird seit 1999 bereichsweise durchgeführt. Trotz der angespannten Lage konnte die Zahl der Beschäftigten gehalten werden (im Jahresdurchschnitt 4.662).

Die Arbeiten zur Ablösung des Personalverwaltungssystems (PVS) wurden nach erfolgreichem Releasewechsel im SAP HR auf dem Stand 4.6c begonnen und werden Ende März 2002 abgeschlossen sein.

Die Umstellung auf den EURO zum 01.01.2002 verlief erfolgreich und ohne große Probleme.

Im Rahmen des KTQ-Projektes wurde eine Erhebung durchgeführt.

Aufgrund eines Aufsichtsratsbeschlusses zum Thema „Personalentwicklung“ wurde ebenfalls eine Bestandsaufnahme in Zusammenarbeit mit dem Bereich Pflege vorgenommen.

5. Der Lagebericht

5.9. Ausblick und Risiken

Die Entwicklung des Universitätsklinikums Lübeck wird im Jahr 2002 von einem herausragenden Ereignis beeinflusst: Die Fusion der Universitätsklinika in Schleswig-Holstein. Diese Zusammenlegung der beiden Universitätsklinika ist für das Jahr 2003 beschlossen. Die Universitätskliniken Lübeck und Kiel werden unter dem Dach des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein zusammengeführt. Dem Beschluss zur Fusion folgte eine Grob-analyse durch die Unternehmensberatung Roland Berger; diese wird auch den Fusionsprozess beider Klinika beratend begleiten. Die Vorarbeiten zur Fusion haben Anfang des Jahres 2002 begonnen. Zur Umsetzung der Fusion wurde bereits ein umfassendes Projekt initiiert.

Durch das im Jahr 2000 mit den Kostenträgern verabschiedete Zwei-Jahres-Budget (2000-2001) war für das Wirtschaftsjahr 2001 Planungssicherheit gegeben. Durch die für das UKL positiven Entwicklungen im Krankenhausplan für Schleswig-Holstein erhielt das Klinikum eine gute Basis für zukünftige Entwicklungen. Das Vorjahresergebnis bei den Erlösen aus ambulanten Leistungen wurde im Jahr 2001 durch den Punktwerteverfall im Bereich der Ermächtigungen, die Umwandlung der Institutsermächtigungen in persönliche Ermächtigungen und eine fixierte Poliklinikfallzahl belastet. Für das Jahr 2002 ist die Entwicklung für diesen Bereich nicht abzuschätzen. Die Pflegesatzverhandlungen

für das Wirtschaftsjahr 2002 sind noch nicht zum Abschluß gekommen.

Im Zusammenhang mit der Einführung der DRGs und bei der Ersatzbeschaffung der dringlichsten medizinischen Geräte hat das Klinikum im Rahmen seiner Möglichkeiten durch ein gezieltes Ersatzbeschaffungsprogramm zusätzliche Mittel bereitgestellt. Weitere erhebliche finanzielle Anstrengungen sind in Anbetracht der Patientensicherheit, der Wirtschaftlichkeit und durch den voranschreitenden technischen Fortschritt nötig, um den überalterten Geräteanteil durch eine zeitgemäße Geräteausstattung zu ersetzen.

Die durch die Krankenhausgesellschaft, die Spitzenverbände, die Krankenkassen und den Verband der Privaten Krankenversicherungen beschlossene Einführung eines DRG-Systems für die Abrechnung von Krankenhausleistungen basiert auf dem australischen AR-DRG-System (Australian-Refined-Diagnostic-Related-Group-System). Die Anpassung an die deutschen Verhältnisse soll bis zum 01. Januar 2003 erfolgen. Um die Einführung der DRG's im UNIVERSITÄTSKLINIKUM Lübeck optimal zu begleiten, wurde bereits im Jahr 2000 ein Projekt vom Vorstand installiert. Dieses hat die Aufgabe, mittels EDV-gestützter Erfassung die Grundlagen der DRG-Groupen (Diagnosen und Prozeduren) zu optimieren und durch Vergleichsbetrachtungen die wirtschaftliche Situation des Standortes zu analysieren.

5. Der Lagebericht

Hinsichtlich möglicher Risiken wird auf die Ausführungen beim Gliederungspunkt „5.5 Entwicklung der Krankenhauslandschaft in Schleswig-Holstein im Vergleich“ verwiesen.

Aufgrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes zur Bewertung von Bereitschaftsdiensten von Ärzten als Arbeitszeit können zukünftige Belastungen für das UKL auftreten, die jedoch derzeit nicht quantifizierbar sind.

Für das Wirtschaftsjahr 2002 und 2003 bestehen wirtschaftliche Risiken, deren finanzielle Auswirkung noch nicht abschließend zu beurteilen sind. Es könnten sich Risiken mit einer zusätzlichen Belastung für das Klinikum im Jahr 2002 in Höhe von T€ 9.387 und für das Jahr 2003 in Höhe von T€ 11.633 ergeben. In der nachfolgenden Tabelle sind diese beschrieben:

| Belastungen | 2002 T€ | 2003 T€ |
|--|--------------|---------------|
| 1. Zuschusskürzung | 1.830 | 2.257 |
| 2. Fehlende Tariffinanzierung im Bereich Forschung und Lehre | 743 | 1.501 |
| 3. Fehlende Tariffinanzierung im Bereich der Krankenversorgung | 483 | 1.480 |
| 4. Erhöhung des Arbeitgeberanteils an der Zusatzversorgung des Bundes und der Länder (VBL) | 2.173 | 2.173 |
| 5. Erhöhung Sozialversicherung | 478 | 478 |
| 6. Interne Kosten der Fusion | 551 | 551 |
| 7. Fusion Roland Berger | 742 | 742 |
| 8. Kosten GMSH | 614 | 614 |
| 9. Rechenzentrum | | |
| - Leitung | 500 | 500 |
| - Sachkosten | 389 | 389 |
| 10. Zusatzkosten DRG-Einführung Kodierhilfen in den Kliniken | 192 | 256 |
| 11. Umstellung der Institutsermächtigungen auf persönliche Ermächtigungen | 692 | 692 |
| Summe | 9.387 | 11.633 |

5. Der Lagebericht

5.10. Umweltrisiken

5.10.1 Röntgeneinrichtungen und ionisierende Strahlung

Die Funktion des Strahlenschutzverantwortlichen des UKLs übt der Ärztliche Direktor aus. Der Strahlenschutz beim Umgang mit diagnostischen und therapeutischen Röntgengeräten, After-Loading Anlagen sowie bei Tätigkeiten in den Isotopen-Laboratorien mit offenen radioaktiven Präparaten wird durch einen Strahlenschutzbeauftragten sichergestellt. Die Aufgaben sind in der Strahlenschutzverordnung festgeschrieben. Die Einhaltung der Vorschriften wird durch den vom Ärztlichen Direktor bestellten Strahlenschutzbevollmächtigten überwacht.

Alle Mitarbeiter, die in den Kontrollbereichen tätig sind, unterliegen der regelmäßigen betriebsärztlichen Überwachung.

Desweiteren wird die technische Funktionsfähigkeit der Anlagen durch regelmäßige Untersuchungen des TÜVs oder anderer Einrichtungen sichergestellt.

5.10.2. Gentechnik

Der Vorstand ist für den Schutz von Leben und Gesundheit von Mensch und Umwelt vor möglichen Gefahren von gentechnischen Verfahren verantwortlich.

Innerhalb des Vorstandes fällt diese Verantwortung in den Geschäftsbereich des Ärztlichen Direktors.

Beraten wird er dabei durch die Beauftragte für Biologische Sicherheit (BBS) und den Gentechnikbevollmächtigten (GB).

Zur ständigen Wahrung der gentechnischen Sicherheit in allen Einrichtungen des UKLs überwachen BBS und GB die verantwortlichen Projektleiter.

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den gentechnischen Anlagen der Sicherheitsstufe 2 tätig sind und mit humanpathogenen Organismen umgehen, unterliegen der regelmäßigen betriebsärztlichen Überwachung.

5.10.3. Abfallentsorgung

Verantwortlich für die Abfallvermeidung bzw. die für die Umwelt schadlosen und nach Maßgabe des KrW-/AbfG durchzuführenden Abfallentsorgungen am UKL ist der Vorstand. Innerhalb des Vorstandes fällt diese Verantwortung in den Geschäftsbereich des Kaufmännischen Direktors.

Alle Maßnahmen im Rahmen der Abfallentsorgung werden durch den Betriebsbeauftragten für Abfall überwacht.

Durch die ordnungsgemäße Beseitigung der infektiösen, schadstoffhaltigen und giftigen bzw. radioaktiven Abfälle werden Schäden an der Umwelt vermieden.

5. Der Lagebericht

5.11 Apotheke

Die Apotheke des UNIVERSITÄTSKLINIKUMS ist eine zentrale Einrichtung und sieht ihre Aufgabe als Dienstleistungszentrum. Es werden folgende Leistungen angeboten:

Beschaffung und Herstellung von Arzneimitteln und Laborbedarf, Information über Arzneimitteldosierungen, -nebenwirkungen und –risiken, Belieferung der Verbrauchsstellen, Geschäftsführung der Arzneimittelkommission, Anfertigen von Infusionslösungen und sterilen Zubereitungen, Stationsbegehungen, Mitarbeit bei klinischen Studien, Budgetberatung und Weiterbildung zum Apotheker für Klinische Pharmazie.

5.11.1 Arzneimittel- und Laborversorgung

Der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt in der Beschaffung, Lagerung und Ausgabe der Arzneimittel, Blutprodukte, Infusionslösungen, Desinfektionsmittel, des Laborbedarfs und der Radiopharmazeutika für die Stationen, Institute und Funktionsbereiche der Kliniken.

Das Jahresumsatzvolumen dieser Güter belief sich auf ca. T€26.000.

Als besondere Leistung ist die Projektierung und Realisierung eines Online-Bestellsystems für Medikamente auf den Stationen zu nennen, an das im Jahr 2002 alle Stationen angeschlossen und über das in einer 2. Stufe sämtliche Beschaffungsgüter

geordert werden können. Für die Stationen liegt dadurch auch eine elektronische Arzneimittelliste vor und der Informationsfluss für die Stationen verbessert sich deutlich.

5.11.2 Laboreinkauf

Seit November 2000 sind nahezu alle laborrelevanten Beschaffungsvorgänge in der Apotheke gebündelt. Durch erfolgreiche Preisverhandlungen und weiterhin sukzessive Umstellung der Routineanalytik auf modernere Vertragsformen konnten die Laborverbrauchsgüter incl. Reagenzien- und Diagnostikakosten im letzten Jahr nahezu exakt auf dem Vorjahresniveau von ca. T€ 10.000 gehalten werden. Entgegen dem Bundestrend ist es somit gelungen, die Laborverbrauchskosten in den letzten 4 Jahren konstant zu halten, obwohl die Leistungen gestiegen sind.

5.11.3 Arzneimittelherstellung

Nicht alle notwendigen Arzneimittel können von der Industrie zur Verfügung gestellt werden. Für die vielseitigen Universitätskliniken ist es daher unverzichtbar, dass die Krankenhausapotheke auf spezielle Wünsche aus der Pflege- und Ärzteschaft eingehen kann. Die Herstellungsbereiche der Apotheke gliedern sich in: Rezeptur, Defektur, Sterillabor, Zytostatikaabteilung.

5. Der Lagebericht

5.11.4 Defekture/Rezeptur

Individuell auf ärztliche Verordnung hergestellte Rezepturen und die defekurmäßige Anfertigung von Arzneimitteln tragen zur Optimierung der Arzneimitteltherapie bei.

Eine wichtige Neueinführung stellte das zur Wundbehandlung bei der chirurgischen Versorgung von akuten und chronischen Knochen- und Weichteilinfektionen eingesetzte Lavasept Gel dar. Seit der Einführung im September 2001 wurden bereits 1.100 Tuben verbraucht.

Darüber hinaus wurden für die Schmerzzambulanz 485 Dipidolor – befüllte Reservoirs für PCA – Schmerzpumpen hergestellt. Eine weitere wichtige Aufgabe der Apotheke besteht in der Bereitstellung von Notfallspritzen sowohl für das UKL als auch für die Intensivstation des Städt. Krankenhauses Süd.

Für viele Erkrankungen und Krankheitsabläufe ist es nicht möglich oder sinnvoll Fertigarzneimittel zu beziehen. Die Apotheke stellt für solche Fälle Arzneimittel selbst her und sichert so eine möglichst rationelle Therapie für Patienten mit häufig besonders komplexen und/oder schwierigen Erkrankungen.

5.11.6 Sterillabor

Im Bereich der Sterilproduktion wurden nicht handelsübliche Lösungen für die Herzchirurgie, die Pädiatrie, die Urologie und die Chirurgie hergestellt. Die Infusionslösungen werden auf Sterilität und Pyrogenfreiheit geprüft. Das Sortiment wurde auch in diesem

Jahr erweitert und an die Bedürfnisse der Stationen angepasst. U. a. wird jetzt eine MG-Infusion für die Wehenunterdrückung in der Frauenklinik hergestellt. Im Jahr 2001 wurden ca. 55.000 Flaschen abgefüllt.

5.11.7 Zytostatikaherstellung

Es wurden in der Zytostatika-Abteilung 7.329 applikationsfertige Zytostatika-Zubereitungen für das UKL, das Städt. Krankenhaus Süd und das DRK Krankenhaus Ratzeburg hergestellt. Nach wie vor war die Gynäkologie des UKLs der Spitzenreiter unter den Kliniken mit den meisten Anforderungen an die Apotheke, nämlich 2.821, das entspricht 39% des Gesamtumfanges. Um zukünftig das ganze Klinikum des UKLs mit Zytostatika-Zubereitungen beliefern zu können, wurden in diesem Jahr die Planungen des Ausbaues der Apotheke für Zytostatikaarbeitsplätze durchgeführt. Der Baustart erfolgt im Februar 2002.

5.11.8 Zentrale Infusionen Pädiatrie

Seit dem 01. Juli besteht die neue Abteilung Zentrale Infusionen. Ziel dieser Abteilung ist es, qualitativ hochwertige Lösungen aseptisch unter standardisierten Bedingungen für die parenterale Ernährung sowie Spüllösungen für onkologische Patienten herzustellen. Diese hochkomplexen Lösungen wurden zu einem Teil standardisiert. Es gibt 4 Standardlösungen, die in größerer Stückzahl hergestellt und in der Abteilung vorrätig gehalten

werden. Die Hauptabnehmer dafür sind die

Stationen 12n und 49i.

5. Der Lagebericht

Außerdem stellt die Abteilung alle individuell verordneten Lösungen zur parenteralen Ernährungstherapie sowie Fettzubereitungen her, die bei Bedarf mit Leistungen und Filtern versehen werden. In gleichen Mengen werden auch Infusionen für das Wochenende vorbereitet. Seit Oktober 2001 werden für die Station 49o Spüllösungen für onkologische Patienten hergestellt. Bei Bestehen des Projektes wurden 720 Beutel Standardlösungen und ca. 1.500 individuelle Zubereitungen in Spritzen und Beutel hergestellt. In der Abteilung Zentrale Infusionen arbeiten ein Apotheker, eine PTA und eine Kinderkrankenschwester.

5.11.9 Untersuchungslabor

Im Jahr 2001 wurden im Untersuchungslabor der Apotheke 600 Chargen Eigenherstellungen und 600 Ausgangsstoffe auf ihre pharmazeutische Qualität untersucht. Mit Hilfe der IR-Spektroskopie wurde die Zusammensetzung von 256 Nierensteinen analysiert. Für die Versorgung diverser Labore wurden 210 Chargen Pufferlösungen im Untersuchungslabor hergestellt. Darüber hinaus konnte im vergangenen Jahr die Ersatzbeschaffung eines Infrarotspektrometers realisiert werden, mit dem die Rohstoff- und Nierensteinanalytik deutlich effizienter und exakter durchgeführt werden kann.

5.11.10 Sitzungen und Kommissionen

Die Apotheke hat schließlich eine vielseitig koordinierende Funktion innerhalb des Klinikums. Der Leiter der Apotheke bereitet die Sitzungen der Arzneimittelkommission vor und moderiert sie in Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden. Steigen Arzneimittel im Verbrauch stark an, ermittelt er die Ursachen und führt entsprechende Gespräche mit den Kliniken und anderen Fachleuten, damit der Arzneimittelverbrauch im Rahmen bleibt. Er leitet die Diätkommission und ist Mitglied von Hygiene- und Umweltkommission. Desweiteren ist die Apotheke in der Laborkommission vertreten. Somit ist die Apotheke in ein vielseitiges Beziehungsgeflecht mit Ärzten, Pflegedienst, Instituten und Verwaltung eingebunden im Bemühen, den Patienten das Optimale zu vernünftigen Kosten zur Verfügung zu stellen.

5. Der Lagebericht

5.12 Beschaffung

5.12.1 Einkauf

Im Jahr 2001 konnte durch intensive Bemühungen der Mitarbeiter der Einkaufsabteilung das Budget für medizinisches Verbrauchsmaterial entgegen der aufgrund der erneuter Stufe der Ökosteuer implizierten Preissteigerung unterschritten werden.

Im Jahr 2001 wurde im Bereich der Verbrauchsartikel - Medicalprodukte - verstärkt an der Standardisierung verschiedener Produktgruppen gearbeitet.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Zusammenarbeit mit der Medizinischen Hochschule Hannover, sowie den Universitätsklinikum Göttingen und Magdeburg. Hier wurden in einem umfassenden Benchmarking die Einkaufsvolumina und Preise der 1000 umsatzstärksten Artikel des medizinischen Bedarfs der Häuser verglichen. Ergebnis dieses Vergleiches war die Feststellung, dass aus dem betrachteten Artikelspektrum nur 10% der Artikel in mindestens zwei Häusern eingesetzt werden. Trotz dieses geringen Anteils der Übereinstimmung wurde auch für das UKL ein erhebliches Einsparpotential festgestellt. Gemeinsam mit den Partnern wurden Strategien für die Hebung dieser Potentiale ausgearbeitet. Ende des Jahres wurde ein Kooperationsvertrag geschlossen, der dem Universitätsklinikum Kiel jederzeit offensteht und ab dem Jahr 2003 mit einer Nachfrage für ca. 7.500 Betten eine interessante Perspektive für den Einkauf des neuen UNI-

VERSITÄTSKLINIKUMs Schleswig-Holstein bietet. Es wird erwartet, dass der mit den anderen drei Universitätsklinikum koordinierte Einkauf bereits im Jahr 2002 zu signifikanten Einsparungen für das UKL führen wird.

5.12.2 Investitionen

Es wurden im Jahre 2001 aus den Kliniken und Instituten des UKLs 117 Anträge für Neugeräte mit einem Gesamtwert von T€ 5.624 gestellt. Zur Beschaffung standen Mittel in Höhe von T€ 483 zur Verfügung. Die Auswahl wurde von der Gerätekommission vorgenommen.

Für den Ersatz abgängiger Medizingeräte standen T€ 511 pauschal zur Verfügung. Durch Einzelzuweisungen wurden im Laufe des Jahres weitere T€ 1.544 bereitgestellt.

Neu-, Aus- und Umbauvorhaben wurden zahlreich abgewickelt:

- Fortsetzung der Einrichtung Neubau Pädiatrie, Abschnitt Poliklinik der Klinik für Orthopädie
- Einrichtung des grundsanierten Hauses 4 für die Belange der Klinik für Psychiatrie sowie des Institutes für Medizinische Biometrie und Statistik
- Einrichtung des Neubaus der Medizinischen Klinik II - Linksherzkathetermeßplätze
- Fortsetzung der Einrichtung von Laborräumen im Gebäude 50 nach der Grundsanierung

- Beschaffung einer Gammakamera und eines Multileafkollimators für die Klinik für Nuklearmedizin und Strahlentherapie

5. Der Lagebericht

5.12.3 Neukonzeption der internen Warenversorgung

Gemeinsam mit dem Hauptsachgebiet 230 und der Apotheke wurde die Neukonzeption der internen Warenlogistik vorbereitet. Ziel dieser Neukonzeption ist die Beschleunigung der internen Logistikerhöhung der Versorgungssicherheit bei gleichzeitiger Einsparung von Lager und Transportkosten. Hierzu wurde unter Einbindung eines externen Logistikers, eines Anbieters von Logistiksystemen und dem Fraunhoferinstitut für Materialfluß und Logistik ein Logistikprojekt entwickelt. Aufgrund der anstehenden Fusion wurde dieses Projekt zunächst zurückgestellt.

5.12.4 Umstellung der EDV-Drucker

Nach umfangreichen Erhebungen der EDV-Infrastruktur und der Druckkosten wurde zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der EDV-Drucker im kaufmännischen Bereich ein alternatives Abrechnungskonzept für die Versorgung mit Arbeitsplatz- und Abteilungsdruckern entwickelt. Zukünftig werden Drucker nicht mehr angeschafft, sondern es erfolgt

eine Abrechnung pro gedruckter Seite mit einem Dienstleister, der den gesamten Druckerpark bereitstellt und unterhält.

Hierdurch wird eine Senkung der Verbrauchskosten und des Personalaufwands für die Administration der Systeme erwartet.

5.12.5 Gerätwirtschaft

Auf Basis der Anlageninventur und nach umfangreichen Befragungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Kliniken und Instituten wurde eine umfangreiche Analyse zur Altersstruktur der Medizingeräte durchgeführt.

Basierend auf diesen Analysen wurde ein Reinvestitionskonzept für den Bestand der Medizingeräte des UKL entwickelt.

Parallel wurden Vorbereitungen zum Aufbau eines First-Line-Service (hausinterne Wartung) für Medizingeräte getroffen.

5. Der Lagebericht

5.13 Erläuterungen zur Vermögens- und Finanzlage

Für die Analyse der Vermögens- und Finanzstruktur werden nachstehende Bilanzpositionen, soweit sachlich geboten, gegeneinander aufgerechnet.

Forderungen und Verbindlichkeiten nach dem KHG sowie gegenüber dem Träger wurden miteinander verrechnet. Im Eigenkapital enthaltene, noch nicht verwendete Mittel, wurden den zweckgebunden Mitteln zugeordnet.

| Aktiva | 31.12.01 | | 31.12.00 | | Abweichung |
|---|----------------|-------------|----------------|-------------|-------------|
| | T€ | | % | | T€ |
| Anlagevermögen | 306.406 | 83% | 306.147 | 83% | 259 |
| Vorräte | 7.907 | 2% | 8.160 | 2% | -253 |
| Forderungen gegen den Träger | 2 | 0% | 2 | 0% | 0 |
| Kurzfristige Forderungen | 35.121 | 10% | 24.462 | 7% | 10.659 |
| Flüssige Mittel | 18.627 | 5% | 29.966 | 8% | -11.339 |
| Summe Aktiva | 368.063 | 100% | 368.737 | 100% | -674 |
| Passiva | | | | | |
| Eigenkapital | 20.549 | 6% | 20.748 | 6% | -199 |
| Sonderposten | 299.054 | 81% | 298.795 | 81% | 259 |
| Summe langfristig verfügbare Mittel | 319.603 | 87% | 319.543 | 87% | 60 |
| Zweckgebundene Mittel | 2.475 | 1% | 3.583 | 1% | -1.108 |
| Beauftragte Investitionen | 9.100 | 2% | 9.481 | 3% | -381 |
| Kurzfristige Verbindlichkeiten | 33.411 | 9% | 35.291 | 9% | -1.880 |
| Kurzfristige Verbindlichkeiten nach dem KHG | 3.474 | 1% | 839 | 0% | 2.635 |
| Summe Passiva | 368.063 | 100% | 368.737 | 100% | -674 |

5. Der Lagebericht

Die Bilanzsumme blieb gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Auf Seiten der Aktiva stieg das Anlagevermögen um T€ 259 auf T€ 306.406 (Vorjahr T€ 306.147) aufgrund von bereits im Jahr 2000 begonnenen Baumaßnahmen und Investitionen. Das Vorratsvermögen reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 253. Im wesentlichen ist dieser Rückgang auf eine geringere Lagerhaltung zurückzuführen.

Die Forderungen gegenüber dem Träger blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Auf Seiten der Passiva verringerte sich das Eigenkapital um T€ 1.306 bei gleichzeitiger

Erhöhung der Sonderposten um T€ 259. Diese Entwicklung korrespondiert mit der Entwicklung des Anlagevermögens. Die Finanzierung erfolgte überwiegend aus dem Eigenkapital.

Die Sonderposten betreffen die für Investitionen verwendeten Zuschüsse des Trägers (T€ 293.205), Förderung nach dem HBFG (T€ 3.905) sowie sonstige verwendete Fördermittel von Dritten (T€ 1.944).

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten reduzierten sich um T€ 1.880 auf T€ 33.411 (Vorjahr T€ 35.291).

5. Der Lagebericht

5.14 Erträge / Aufwendungen

Das Wirtschaftsjahr 2001 war durch vom Vorstand nicht zu vertretende äußere Rahmenbedingungen belastet.

So musste das Klinikum einerseits die zusätzlichen Kosten der Verselbständigung in Vorjahreshöhe erwirtschaften und andererseits erstmals die vollen GMSH-Gebühren sowie die Unfallversicherungsbeiträge tragen.

Darüber hinaus konnten die tariflichen Steigerungen im Personalbereich nicht vollständig durch Erhöhungen der Budgets für stationäre Leistungen kompensiert werden. Gleichwohl konnte nochmals ein leichter Jahresüberschuss erwirtschaftet werden.

Dieser konnte nur durch Reduzierung des Materialaufwandes erreicht werden. Intensive Vertragsverhandlungen konnten drohende Preissteigerungen bei den Material-, Energie- und Sachkosten abwenden. In einigen Bereichen wurden Preisreduzierungen durchgesetzt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen um T€ 4.484 auf T€ 27.000 (Vorjahr T€ 22.516), wobei vor allem der Anstieg bei den Einnahmen aus dem Drittmittelbereich um T€ 3.121 signifikant war.

| | 2001 T€ | 2000 T€ | Veränderung in % |
|----------------------------------|------------|--------------|---------------------|
| Betriebserträge | 266.598 | 264.064 | 1,0 |
| Personalaufwand | 168.126 | 166.189 | 1,2 |
| Materialaufwand | 68.663 | 70.019 | -1,9 |
| Sonstige Aufwendungen | 30.920 | 27.140 | 13,9 |
| Steuern / Zinsen (Saldo: Ertrag) | 1.509 | 838 | 80,1 |
| Jahresüberschuß | 398 | 1.554 | -74,4 |

6. Bilanz des UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck

AKTIVA

| AKTIVA | Stand am 31.12.2001 | | Stand am 31.12.2000 | |
|--|----------------------|-----------------------|----------------------|-----------------------|
| | € | € | € | € |
| A. Anlagevermögen | | | | |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | | 1.203.322,40 | | 1.088.656,63 |
| II. Sachanlagen | | | | |
| 1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschl. der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken | 120.193.221,99 | | 123.158.561,83 | |
| 2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschl. Wohnbauten auf fremden Grundstücken | 1.298.525,00 | | 1.346.640,04 | |
| 3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten | 3.634.671,73 | | 3.634.671,73 | |
| 4. Technische Anlagen | 64.937.657,00 | | 69.665.096,68 | |
| 5. Einrichtungen und Ausstattungen | 32.146.866,00 | | 32.346.263,75 | |
| 6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | <u>82.992.020,63</u> | <u>305.202.962,35</u> | <u>74.907.604,76</u> | <u>305.058.838,79</u> |
| B. Umlaufvermögen | | | | |
| I. Vorräte | | | | |
| 1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | | 7.552.809,58 | | 7.711.344,38 |
| 2. Unfertige Leistungen | | 354.373,84 | | 448.366,30 |
| II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | | | | |
| 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen - davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vorjahr: T€ 0) | 32.856.034,17 | | 23.389.958,94 | |
| 2. Forderungen an den Krankenhausträger | 2.208,05 | | 2.208,05 | |
| 3. Sonstige Vermögensgegenstände davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vorjahr: T€ 0) | <u>987.155,28</u> | <u>33.845.397,50</u> | <u>456.368,93</u> | <u>23.848.535,92</u> |
| III. Wertpapiere des Umlaufvermögens | | 0,00 | | 19.483.718,76 |
| IV. Kassenbestand Guthaben bei Kreditinstituten | | 18.626.701,89 | | 10.482.332,62 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | | 1.277.397,82 | | 615.427,46 |
| Summe Aktiva | | <u>368.062.965,38</u> | | <u>368.737.220,86</u> |

6. Bilanz des UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck

PASSIVA

| PASSIVA | Stand am 31.12.2001 | | Stand am 31.12.2000 | |
|--|----------------------|----------------|---------------------|----------------|
| | € | € | € | € |
| A. Eigenkapital | | | | |
| 1. Festgesetztes Kapital | 14.101.013,78 | | 14.101.013,78 | |
| 2. Kapitalrücklagen | 6.206.841,49 | | 7.315.113,80 | |
| 3. Gewinnrücklagen | <u>2.715.701,67</u> | | <u>2.914.327,95</u> | |
| | | 23.023.556,94 | | 24.330.455,53 |
| B. Sonderposten aus Zuweisungen zur Finanzierung des Anlagevermögens | | | | |
| 1. Zuweisungen u. Zuschüsse der öffentlichen Hand | 297.109.779,98 | | 297.267.932,22 | |
| 2. Sonderposten aus sonstigen Zuweisungen | <u>1.944.469,10</u> | 299.054.249,08 | <u>1.527.528,48</u> | 298.795.460,70 |
| C. Rückstellungen | | | | |
| Sonstige Rückstellungen | | 13.144.253,34 | | 17.236.641,06 |
| D. Verbindlichkeiten | | | | |
| 1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vorjahr: T€ 0) | 8.754.586,59 | | 8.841.537,58 | |
| 2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vorjahr: T€ 0) | 9.100.153,14 | | 9.481.742,16 | |
| 3. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vorjahr: T€ 0) davon nach der BpflV € 3.474.462,24 (Vorjahr T€ 839) | 3.474.462,24 | | 838.835,28 | |
| 4. Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vorjahr: T€ 0) davon aus Steuern € 11.476,33 (Vorjahr T€ 21) davon im Rahmen der Sozialsicherheit € 0,00 (Vorjahr T€ 0) | <u>11.511.704,05</u> | 32.840.906,02 | <u>9.212.548,55</u> | 28.374.663,57 |
| Summe Passiva | | 368.062.965,38 | | 368.737.220,86 |

6. Gewinn- und Verlustrechnung

| | 2001 | 2001 | 2000 | 2000 |
|--|----------------|----------------|----------------|----------------|
| | € | € | € | € |
| 1. Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen | 165.615.142,81 | | 163.477.637,36 | |
| 2. Erlöse aus Wahlleistungen | 1.753.423,23 | | 1.662.449,19 | |
| 3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses | 9.861.645,19 | | 10.150.922,01 | |
| 4. Nutzungsentgelte der Ärzte | 5.734.485,27 | | 5.397.048,17 | |
| 5. Verminderung (Vorjahr Erhöhung) des Bestandes an unfertigen Leistungen | -93.992,45 | | 184.382,62 | |
| 6. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand | | | | |
| a) Zuweisungen und Zuschüsse des Landes, soweit nicht unter Nr. 10 | 59.893.097,15 | | 58.019.181,83 | |
| davon Umwidmung in den Finanzplan | -3.456.075,55 | | -796.426,30 | |
| davon Umwidmung aus dem Finanzplan | 88.658,01 | | 3.214.004,95 | |
| b) sonstige Zuweisungen der öffentlichen Hand | 202.807,17 | | 238.890,56 | |
| 7. Sonstige betriebliche Erträge | 26.999.540,25 | 266.598.731,08 | 22.515.934,98 | 264.064.025,37 |
| 8. Personalkosten | | | | |
| a) Löhne und Gehälter | 134.427.289,12 | | 132.040.066,49 | |
| b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung € 9.505.388,59 (Vorjahr T€ 10.182) | 33.699.034,49 | | 34.148.447,56 | |
| 9. Materialaufwand | | | | |
| a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | 56.336.267,17 | | 58.113.846,04 | |
| b) Aufwendungen für bezogene Leistungen | 12.326.482,75 | 236.789.073,53 | 11.905.157,73 | 236.207.517,82 |
| Zwischenergebnis | | 29.809.657,55 | | 27.856.507,55 |
| 10. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen | | | | |
| a) Investitionszuschuß des Trägers - Zuschüsse | 10.187.644,83 | | 8.468.667,75 | |
| - davon Umwidmung in den Erfolgsplan | -88.658,01 | | -3.214.004,95 | |
| b) Zuwendung Fremdfinanzierung Ersteinrichtung | 4.069.528,29 | | 8.987.686,60 | |
| c) Zuwendung Fremdfinanzierung HBFG | 1.758.543,11 | | 913.067,91 | |
| 11. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten | 18.605.883,19 | | 18.782.605,04 | |
| 12. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlageverm. | 19.247.781,91 | 15.285.159,50 | 16.752.794,25 | 17.185.228,10 |
| 13. Abschreibungen | 18.452.387,01 | | 18.516.371,70 | |
| 14. Sonstige betriebliche Aufwendungen | 27.752.896,82 | -46.205.283,83 | 25.808.672,88 | -44.325.044,58 |
| Zwischenergebnis | | -1.110.466,78 | | 716.691,07 |
| 15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 1.586.662,98 | | 904.497,29 | |
| 16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 1.385,55 | 1.585.277,43 | 1.436,70 | 903.060,59 |
| 17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | | 474.810,65 | | 1.619.751,66 |
| 18. Steuern | 76.315,87 | -76.315,87 | 65.506,55 | -65.506,55 |
| 19. Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag | | 398.494,78 | | 1.554.245,11 |
| 20. Entnahme aus Kapitalrücklage | | 0,00 | | 12.993,46 |
| 21. Einstellung in Gewinnrücklage | | -398.494,78 | | -1.567.238,57 |
| 22. Bilanzgewinn | | 0,00 | | 0,00 |

7. Anhang

7.1 Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Das Klinikum an der Medizinischen Universität zu Lübeck ist seit dem 01.01.1999 eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts der Medizinischen Universität zu Lübeck. Die Anstalt führt den Namen UNIVERSITÄTSKLINIKUM Lübeck.

Dem Klinikum obliegen die den Zwecken von Forschung und Lehre dienende Krankenversorgung, sowie die sonstigen ihm auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens übertragenen Aufgaben. Es beteiligt sich an der ärztlichen Fort- und Weiterbildung und der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Angehörigen anderer Berufe des Gesundheitswesens.

Am 01.01.1999 ging das im Besitz des Klinikums als Landesbetrieb befindliche Vermögen, soweit für betriebliche Zwecke des Klinikums erforderlich, in das Eigentum des Klinikums über. Das Grundvermögen wird dem Klinikum dauerhaft zur Verfügung gestellt. Juristischer Eigentümer ist nach wie vor das Land Schleswig-Holstein.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2001 ist entsprechend den Gliederungsvorschriften der Krankenhausbuchführungsverordnung (KHBV) unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften aufgestellt worden.

7. Anhang

7.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Im Jahr 2001 wurde der Jahresabschluss des UKLs erstmalig in EURO ausgewiesen. Die Umrechnung der ursprünglichen Währung DM in die jetzige Hauswährung EURO führte zu kleineren Rundungsdifferenzen.

Das Anlagevermögen ist in Höhe der Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen bewertet.

Bei beweglichen Anlagegütern wird auf die Zugänge in der ersten Jahreshälfte die volle, auf die Zugänge in der zweiten Jahreshälfte die halbe Jahresabschreibung verrechnet. Anlagegüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis zu € 410,00 (ohne Umsatzsteuer) und einer Nutzungsdauer von bis zu drei Jahren werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben.

Die Anlagen im Bau werden mit den bis zum Bilanzstichtag angefallenen Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert.

Dem aus Fördermitteln und sonstigen Zuwendungen finanzierten Anlagevermögen stehen in Höhe der Buchwerte auf der Passivseite der Bilanz die Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens gegenüber. In Höhe der noch

nicht verwendeten Zuwendungen wurden entsprechende Verbindlichkeiten passiviert.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens wurden zu Anschaffungskosten bilanziert.

Die Vorräte der Apotheke und des sonstigen medizinischen Bedarfs sowie des Wirtschaftsbedarfs sind grundsätzlich zu gleitenden Durchschnittspreisen bewertet. Für derartige Vorräte in den Kliniken und Instituten wurden Festwerte gebildet.

Der Ansatz der Durchschnittswerte sowie der Festwerte erfolgte jeweils einschließlich Umsatzsteuer. Bei der Bewertung der unfertigen Leistungen (Überlieger) wurde angenommen, daß die Erlöse je Fallpauschale den Kosten des Klinikums entsprechen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nennbetrag unter Abzug angemessener Wertberichtigungen bilanziert. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden daneben pauschal wertberichtigt. Forderungen, die älter als 5 Jahre sind, existierten zum Jahresabschluss nicht.

Unter den Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht werden Ansprüche nach HBFVG auf Fördermittel zur Finanzierung von Investitionen in Höhe der Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt.

7. Anhang

Gemäß § 5 Abs. 6 KHBV weist das UKL unter dem Festgesetzten Kapital die Beträge aus, die der Krankenhausträger auf Dauer dem UKL zur Verfügung gestellt hat.

Die Bewertung der Rückstellungen entspricht den HGB-Vorschriften.

Die Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Zum Jahresabschluss existierten keine Verbindlichkeiten, die älter als 5 Jahre waren.

Bei der Ermittlung des Ergebnisses in der Gewinn- und Verlustrechnung kommt das Gesamtkostenverfahren zur Anwendung.

7. Anhang Erläuterungen zur Bilanz - Aktiva

7.3 Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im einzelnen im Anlagennachweis dargestellt.

Die Fortschreibung des Anlagevermögens geschieht mit Hilfe des eingesetzten SAP – Moduls „AM“ .

Immaterielle Vermögensgegenstände

| Bilanzwert per | 31.12.01 T€ | 31.12.00 T€ |
|-------------------|----------------|----------------|
| Anfangsbestand | 1.089 | 936 |
| Zugänge | 652 | 417 |
| Umbuchungen | 0 | 66 |
| Abgänge | 0 | -5 |
| Abschreibungen | -538 | -325 |
| Endbestand | 1.203 | 1.089 |

Unter dem Posten Immaterielle Vermögensgegenstände wurde entgeltlich erworbene Software aktiviert. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Immateriellen Vermögensgegenstände um T€114.

Sachanlagen

| Bilanzwert per | 31.12.01 T€ | 31.12.00 T€ |
|-----------------------------------|----------------|----------------|
| Anfangsbestand | 305.058 | 301.648 |
| Zugänge | 18.217 | 22.272 |
| Umbuchungen | 0 | 66 |
| Abgänge | -159 | -604 |
| Nachaktivierung (Restbuchwert) | 2 | 0 |
| Abschreibungen | -17.915 | -18.192 |
| Endbestand | 305.203 | 305.058 |

Aus Anlagenabgängen wurden Verkaufserlöse in Höhe von T€ 27 erzielt. Die Erträge (Erlös/Restbuchwert) betragen T€ 20. Die Aufwendungen aus Anlagenabgängen beliefen sich auf T€153.

7. Anhang Erläuterungen zur Bilanz - Aktiva

7.4 Umlaufvermögen

7.4.1 Vorräte

Der Bestand an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen und unfertigen Leistungen verringerte sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um T€ 252.

Dies resultiert aus dem geringeren Bestand bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen in Höhe von T€ 158 und den niedrigeren unfertigen Leistungen in Höhe von T€ 94.

Die Vorräte des UNIVERSITÄTSKLINIKUMS gliedern sich wie folgt:

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

| Bilanzwert per | 31.12.01 T€ | 31.12.00 T€ |
|-------------------------------------|----------------|----------------|
| Arzneimittel, Heil- und Hilfsmittel | 4.137 | 4.064 |
| Medizinischer Bedarf | 2.127 | 2.546 |
| Wirtschaftsbedarf | 43 | 45 |
| Verwaltungsbedarf | 122 | 137 |
| Technischer Bedarf | 423 | 381 |
| Brenn- und Treibstoffe | 132 | 64 |
| Blutprodukte | 569 | 474 |
| Gesamt | 7.553 | 7.711 |

Die Vorräte wurden, soweit keine Festwerte beibehalten wurden, zum Bilanzstichtag körperlich aufgenommen.

7.4.2 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen setzten sich am Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Forderungen

| Bilanzwert per | 31.12.01 T€ | 31.12.00 T€ |
|--------------------------------------|----------------|----------------|
| Allgemeine Krankenhausleistungen | 33.121 | 24.351 |
| Nebentätigkeiten der Ärzte | 1.497 | 1.655 |
| Sonstige Forderungen | 1.194 | 1.071 |
| Zwischensumme | 35.812 | 27.077 |
| Einzel- und Pauschalwertberichtigung | -2.956 | -3.687 |
| Summe | 32.856 | 23.390 |

Die Forderungen sind zum Nennbetrag bewertet.

7. Anhang Erläuterungen zur Bilanz - Aktiva

Erkennbare Ausfallrisiken wurden durch die Bildung einer Einzelwertberichtigung in Höhe von T€ 1.856 (Vorjahr T€ 2.690) berücksichtigt.

Für das allgemeine Kreditrisiko wurde eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von T€ 1.100 (Vorjahr T€ 997) gebildet.

Die sonstigen Forderungen beinhalten im wesentlichen Forderungen gegenüber sonstigen Debitoren, darunter hauptsächlich Forderungen aufgrund von Lieferungen und Leistungen an andere Krankenhäuser in Höhe von T€ 1.194 (Vorjahr T€ 1.071).

7.4.3 Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von T€ 987 erhöhten sich um T€ 531. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus dem Anstieg der debitorischen Kreditoren.

Alle Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und die sonstigen Vermögensgegenstände sind innerhalb eines Jahres fällig.

7.4.4 Wertpapiere des Umlaufvermögens

Im Geschäftsjahr wurde vom Vorstand beschlossen, nur noch Tages- und Festgeldanlagen zu tätigen, so dass der Bestand der Wertpapiere des Umlaufvermögens im Jahr 2001 T€ 0 ausweist.

7.4.5 Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten

Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postbankguthaben und die Guthaben bei Kreditinstituten betragen T€ 18.627 (Vorjahr T€ 10.482). Der Anstieg beruht auf der Erhöhung der Tages- und Festgeldanlagen.

7.4.6 Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungsposten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 662 auf T€ 1.277 im Jahr 2001. Der Anstieg resultiert im wesentlichen aus der Vorauszahlung in Höhe von T€ 609 an das Universitätsklinikum Kiel im Zusammenhang mit der CEMET-Gründung und den Bezügen der Beamten für Januar 2002.

7. Anhang Erläuterungen zur Bilanz - Passiva

7.5 Eigenkapital

| Bilanzwert per | 31.12.01 | 31.12.00 |
|-----------------------|----------|----------|
| | T€ | T€ |
| <i>Eigenkapital</i> | | |
| Festgesetztes Kapital | 14.101 | 14.101 |
| Kapitalrücklagen | 6.207 | 7.315 |
| Gewinnrücklagen | 2.716 | 2.914 |

Entwicklung der Rücklagen:

| | Stand 31.12.00 € | Entnahme € | Zuführung € | Umgliederung € | Stand 31.12.01 € |
|-----------------|------------------------|---------------------|-------------------|-------------------|------------------------|
| Kapitalrücklage | 7.315.113,80 | 1.108.272,31 | 0,00 | 0,00 | 6.206.841,49 |
| Gewinnrücklage | 2.914.327,95 | 597.121,06 | 398.494,78 | 0,00 | 2.715.701,67 |
| Ausweis | 10.229.441,75 | 1.705.393,37 | 398.494,78 | 0,00 | 8.922.543,16 |

Die Bilanzposition Rücklagen sank im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.306 auf T€ 8.923 (Vorjahr T€ 10.229).

Die Entnahmen aus den Rücklagen sind im wesentlichen zur Reinvestition des Anlagevermögens genutzt worden.

7. Anhang Erläuterungen zur Bilanz - Passiva

7.6 Sonderposten

Die Sonderposten entwickelten sich analog zum Anlagevermögen und erhöhten sich um T€ 259 auf T€ 299.054 (Vorjahr T€ 298.795).

Die Sonderposten bilden mit Ausnahme der Grundstücke den Gegenposten zum Anlage-

vermögen, den mit Zuschüssen des Trägers intern erwirtschafteten Mitteln aus Sonderverträgen sowie zweckentsprechenden Mitteln nach HBFVG und den zur Finanzierung von Anlagegegenständen eingesetzten Drittmitteln.

7.7 Rückstellungen

Entwicklung der sonstigen Rückstellungen:

| | Stand 31.12.00 € | Inanspruchnahme € | Auflösung € | Zuführung € | Stand 31.12.01 € |
|---------------------------------------|------------------------|----------------------|---------------------|---------------------|------------------------|
| Prozeßkosten / Schadensfälle | 3.491.170,84 | 5.211,37 | 417.728,06 | 156.665,55 | 3.224.896,96 |
| Sonstige andere Rückstellungen | 12.747.939,73 | 1.899.206,69 | 2.178.289,71 | 748.913,05 | 9.419.356,38 |
| Rückstellungen für Bauunterhaltung | 997.530,49 | 997.530,49 | 0,00 | 500.000,00 | 500.000,00 |
| Ausweis | 17.236.641,06 | 2.901.948,55 | 2.596.017,77 | 1.405.578,60 | 13.144.253,34 |

Die sonstigen anderen Rückstellungen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 3.329 auf T€ 9.419. Im wesentlichen beruht

der Rückgang auf die Inanspruchnahme der Rückstellungen für die Jahrtausendwende bzw. der Hauswährungsumstellung.

7. Anhang Erläuterungen zur Bilanz - Passiva

7.8 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sanken um T€ 88 auf T€ 8.754 (Vorjahr T€ 8.842).

Der Posten Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger reduzierte sich um T€ 382 auf T€ 9.100 (Vorjahr T€ 9.482) aufgrund des teilweise abgebauten Investitionsstaus.

Die Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht stiegen um T€ 2.635 auf T€ 3.474 (Vorjahr T€ 839). In dieser Bilanzposition werden Überzahlungen aufgrund der im vergangenen Jahr abgerechneten Pflegesätze ausgewiesen.

Sonstige Verbindlichkeiten

| Bilanzwert per | 31.12.01 T€ | 31.12.00 T€ |
|---|----------------|----------------|
| - Drittmittel | 6.818 | 4.502 |
| - Sonderverträge | 927 | 1.075 |
| - Lohnsteuer / Sozialversicherungsbeiträge | 1.019 | 989 |
| - Umsatzsteuer | 0 | 21 |
| - Noch nicht ausgezahlte Bereitschaftsvergütungen | 1.138 | 1.082 |
| - Andere sonstige Verbindlichkeiten | 1.610 | 1.544 |
| Ausweis | 11.512 | 9.213 |

Die sonstigen Verbindlichkeiten stiegen um T€ 2.299 auf T€ 11.512 (Vorjahr T€ 9.213). Dieser Anstieg resultiert im wesentlichen aus dem Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Drittmittelgebern in Höhe von T€ 2.316 durch das im Jahr 2001 begonnene CEMET-Projekt.

7. Anhang Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Unter dem Posten **Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen** werden Erträge in Höhe von T€ 165.615 ausgewiesen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Erlöse aus Krankenhausleistungen

| | 2001 T€ | 2000 T€ |
|--|----------------|----------------|
| Erlöse aus Pfegesätzen | 130.128 | 126.517 |
| Erlöse aus Fallpauschalen | 24.571 | 23.815 |
| Erlöse aus Sonderentgelte | 12.401 | 11.985 |
| Erlöse aus vor- und nachstationären Behandlungen | 998 | 692 |
| Sonstige Erlöse | 153 | 145 |
| Ausgleiche | -2.636 | 324 |
| Ausweis | 165.615 | 163.478 |

Unter dem Posten **Erlöse aus Wahlleistungen** werden Erträge in Höhe von T€ 1.753 ausgewiesen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Erlöse aus Wahlleistungen

| | 2001 T€ | T€ T€ |
|-------------------------------------|--------------|--------------|
| Erlöse aus Einbett-/Zweibettzimmern | 1.745 | 1.656 |
| Sonstige | 8 | 6 |
| Ausweis | 1.753 | 1.662 |

Aufgrund des BGH-Urteils wurde das Risiko aus Wahlleistungszuschlägen für Einbett-

und Zweibettzimmer in den Wertberichtigungen berücksichtigt.

Die Wahlleistungszuschläge betragen im Berichtsjahr:

| | |
|------------------|-------------------------------------|
| - Einbettzimmer | € 95,00 bzw. € 103,00* |
| - Zweibettzimmer | € 59,00 bzw. € 64,00* |
| | pro Berechnungstag *mit Naßzelle |
| Begleitperson | € 20,00 |

Unter dem Posten **Erlöse aus ambulanten Leistungen** werden Erträge in Höhe von T€ 9.862 ausgewiesen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Erlöse aus ambulanten Leistungen

| | 2001 T€ | 2000 T€ |
|-----------------------------------|--------------|---------------|
| Kassenärztliche Vereinigung | 3.280 | 4.242 |
| Selbstzahler | 724 | 679 |
| Sozialleistungsträger | 1.715 | 1.481 |
| Erlöse aus ambulanten Operationen | 497 | 481 |
| Erlöse aus Medikamentenverkäufen | 3.646 | 3.268 |
| Ausweis | 9.862 | 10.151 |

Die Erlöse durch die Kassenärztlichen Vereinigung sanken aufgrund der Umwandlung von Institutsermächtigungen in persönliche Ermächtigungen. Die Erlöseinbußen im 2. Quartal 2001 konnten zum Teil durch Erlössteigerungen im Bereich der Medikamentenabgabe des ambulanten Bereiches kompensiert werden.

Unter dem Posten **Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte** werden Erträ-

ge in Höhe von T€ 5.734 (Vorjahr T€ 5.397) ausgewiesen.

7. Anhang Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Unter dem Posten **Verminderung (Vorjahr Erhöhung) des Bestandes an unfertigen Leistungen** werden Aufwendungen in Höhe von T€ 94 (Vorjahr T€ 184 Erträge) ausgewiesen.

Unter dem Posten **Sonstige betriebliche Erträge** wird ein Saldo von T€ 27.000 ausgewiesen. Dieser setzt sich wie folgt zusammen:

Sonstige betriebliche Erträge

| | 2001 T€ | 2000 T€ |
|--|---------------|---------------|
| Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge | 2.040 | 2.070 |
| Hilfs- und Nebenbetriebe | 3.824 | 3.500 |
| Sonderverträge | 1.442 | 1.573 |
| Zuwendungen Dritter zur Finanzierung lfd. Aufwendungen | 12.434 | 9.313 |
| Anlagenverkäufe | 20 | 68 |
| Auflösung von Rückstellungen | 2.596 | 1.206 |
| Auslösung von Wertberichtigungen | 735 | 712 |
| Sonstige ordentliche Erträge | 1.478 | 2.559 |
| Periodenfremde Erträge | 2.431 | 1.515 |
| Ausweis | 27.000 | 22.516 |

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** erhöhten sich um T€ 4.484 gegenüber dem Vorjahr. Dies ist zum Teil in den gestiegenen

Erträgen aus Zuwendungen Dritter durch das CEMET-Projekt begründet.

Unter dem Posten **Personalaufwendungen** wird ein Saldo in Höhe von T€ 168.126 ausgewiesen. Dieser setzt sich wie folgt zusammen:

Personalaufwendungen

| | 2001 T€ | 2000 T€ |
|--|----------------|----------------|
| Löhne und Gehälter | 134.427 | 132.041 |
| Sozialabgaben, Altersversorgung und Beihilfe | 33.699 | 34.148 |
| Ausweis | 168.126 | 166.189 |
| davon für Altersversorgung | 9.505 | 10.182 |

Der Anstieg der Personalaufwendungen wurde durch die Ergebnisse bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst und die Erhöhung der Beschäftigten von 4.653 um 9 auf 4.662 geprägt.

Die Bezahlung der Beschäftigten erfolgt für Beamte nach dem Bundesbesoldungsgesetz, für die Angestellten nach dem Bundesangestelltentarif Bund und Länder und für die Lohnempfänger nach dem Manteltarifvertrag für Arbeiter.

7. Anhang Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Angestellte und Lohnempfänger sind bei Erfüllung der rechtlichen Voraussetzungen bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versichert und erhalten bei Eintritt des Versicherungsfalles eine Zusatzrente. Im Rahmen der Tarifverträge wird Arbeit in Altersteilzeit ermöglicht.

Entsprechend den Bestimmungen innerhalb des Landes Schleswig-Holstein besteht auch am UNIVERSITÄTSKLINIKUM Lübeck ein Frauenförderplan.

Unter dem Posten **Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** werden Aufwendungen in Höhe von T€ 56.336 ausgewiesen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ohne bezogene Leistungen

| | 2001 T€ | 2000 T€ |
|---------------------------------|---------------|---------------|
| Lebensmittel | 2.882 | 3.055 |
| Medizinischer Bedarf | 47.724 | 50.286 |
| Wasser, Energie, Brennstoffe | 4.442 | 3.535 |
| Wirtschaftsbedarf | 1.288 | 1.238 |
| Ausweis | 56.336 | 58.114 |

Die Wasser und Energiekosten (Strom, Gas und Öl) stiegen um T€ 907 auf T€ 4.442 (Vorjahr T€ 3.535) aufgrund einer weiteren im Jahr 2001 in Kraft getretenen Stufe der ökologischen Steuerreform sowie durch die weltweit angestiegenen Energiekosten.

Aufwendungen für bezogene Leistungen

| | 2001 T€ | 2000 T€ |
|----------------------|---------------|---------------|
| Medizinischer Bedarf | 3.528 | 3.322 |
| Wirtschaftsbedarf | 7.976 | 7.574 |
| Sonstige | 822 | 1.009 |
| Ausweis | 12.326 | 11.905 |

Die **bezogenen Leistungen** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 421.

7. Anhang Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Unter dem Posten **Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen** werden Erträge in Höhe von T€ 15.927 ausgewiesen.

Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen

| | 2001 T€ | 2000 T€ |
|-----------------------------------|---------------|---------------|
| Investitionszuschuß | 10.099 | 5.254 |
| Zuwendungen Fremdfinanzierung | | |
| Ersteinrichtung | 4.069 | 8.988 |
| Zuwendungen Fremdfinanzierung HBF | 1.759 | 913 |
| Ausweis | 15.927 | 15.155 |

Der Posten **Erträge aus der Auflösung von Sonderposten zur Finanzierung des Anlagevermögens** sank um T€ 177 auf T€ 18.606 (Vorjahr T€ 18.783).

Der Posten **Aufwendungen aus der Zuführung von Sonderposten und Verbindlichkeiten zur Finanzierung des Anlagevermögens** stieg um T€ 2.495 auf T€ 19.248 (Vorjahr T€ 16.753).

Unter dem Posten **Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen** werden Aufwendungen in Höhe von T€ 18.452 (Vorjahr T€ 18.516) ausgewiesen.

Den Abschreibungen stehen in voller Höhe Auflösungen von Sonderposten gegenüber. Bezüglich der Zuordnung der Abschreibungen wird auf den Anlagenspiegel verwiesen.

7. Anhang Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Unter dem Posten **Sonstige betriebliche Aufwendungen** werden Aufwendungen in Höhe von T€ 27.753 ausgewiesen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

| | 2001 T€ | 2000 T€ |
|---|---------------|---------------|
| Verwaltungsbedarf | 8.474 | 7.406 |
| Instandhaltung | 11.392 | 12.099 |
| Sonstige Abgaben | 463 | 440 |
| Versicherungen | 761 | 719 |
| Aufwendungen für Einzel- und Pauschalwert- berichtigung | 731 | 1.122 |
| Abschreibungen auf Forderungen | 15 | 18 |
| Sachaufwand der Ausbildungsstätten | 241 | 192 |
| Sonstige ordentliche Aufwendungen | 3.532 | 1.886 |
| Aufwendungen aus dem Abgang vom Anlagevermögen | 154 | 266 |
| Periodenfremde Aufwendungen | 1.987 | 1.653 |
| Freibehandlungen | 3 | 8 |
| Ausweis | 27.753 | 25.809 |

Der Aufwand für den Verwaltungsbedarf stieg gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.068. Dies ist zum Teil in den erstmalig auftretenden Kosten der Fusion begründet.

Die Aufwendungen für Instandhaltung verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 707. Für unterlassene Bauunterhaltung wurde eine Rückstellung in Höhe von T€ 500 gebildet.

Die sonstigen Abgaben erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig um T€ 23.

Durch das CEMET-Projekt stiegen die sonstigen ordentlichen Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr von T€ 1.886 um T€ 1.646 auf T€ 3.532 im Jahr 2001.

Bei den Mietaufwendungen entfielen die größten Positionen auf angemietete Räumlichkeiten im Städtischen Krankenhaus Süd mit T€ 176 und auf die Anmietung eines MRT (Magnet Resonanz Tomographen) der Firma Siemens mit T€ 430.

7. Anhang Sonstige Angaben

Mitglieder des Aufsichtsrates

Stimmberechtigte Mitglieder

Ministerialdirigent a. D. Uwe Lützen

Vorsitzender des Aufsichtsrates des
UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck
Vertreter des Ministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Kultur des
Landes Schleswig-Holstein

Regierungsdirektor Klaus Dietrich Neuhausen

Ministerium für Finanzen und Energie
des Landes Schleswig-Holstein

Ministerialdirigent Bernd Schloer

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landes Schleswig-Holstein

Prof. Dr. Reinhard Demuth

Rektor der Christian-Albrecht-Universität
zu Kiel

Prof. Dr. Hans Arnold

Rektor der Medizinischen Universität zu Lübeck

Edda Tichelmann

Vertreterin der Beschäftigten des
Universitätsklinikums Kiel

Barbara Scheel

Vertreterin der Beschäftigten des
UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck

Prof. Dr. Karl Heinz Rahn

Sachverständiger aus der medizinischen Wissen-
schaft
Med. Poliklinik der Westfälischen Wilhelms-
Universität / Innere Medizin D

Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann

Sachverständiger aus dem Wirtschaftsleben
Peter Kölln KGaA

Beratende Mitglieder

Prof. Walter Jonat

Universitätsklinikum Kiel
Direktor der Klinik für Gynäkologie und Geburtshil-
fe

Prof. Dr. Alfred Feller

UNIVERSITÄTSKLINIKUM Lübeck
Direktor des Institutes für Pathologie

Dr. Christiane Hinck-Kneip

Vertreterin des wissenschaftlichen Personals der
Christian-Albrecht-Universität zu Kiel

Dr. Hauke Nielsen

Vertreter des wissenschaftlichen Personals des
UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck

Kirstin Bachmann

Vertreterin der Studierenden der
Christian-Albrecht-Universität zu Kiel

Jens Ebnet

Vertreter der Studierenden der
Medizinischen Universität zu Lübeck

Dr. Elke von Haefen *(bis 19.03.2001)*

Frauenbeauftragte der
Christian-Albrecht-Universität zu Kiel

N. N. *(ab 20.03.2001)*

Frauenbeauftragte der
Christian-Albrecht-Universität zu Kiel

Dr. Sabine Voigt

Frauenbeauftragte der Medizinischen Universität
zu Lübeck

Wilhelm Kuhn

Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und
Verkehr – Bezirksverwaltung Lübeck

7. Anhang Sonstige Angaben

Anzahl der Mitarbeiter*

Im Jahresdurchschnitt waren folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Universitätsklinikum Lübeck beschäftigt:

| | 2001 | 2000 |
|---------------|--------------|--------------|
| Angestellte | 4.322 | 4.298 |
| Beamte | 83 | 87 |
| Auszubildende | 257 | 268 |
| | 4.662 | 4.653 |

* incl. DRK-Schwesterschaft

Mitglieder des Vorstandes

Der Vorstand des UNIVERSITÄTSKLINIKUMs bestand 2001 aus folgenden Mitgliedern:

Prof. Dr. Detlef Kömpf
Ärztlicher Direktor
Vorsitzender des Vorstandes
Geschäftsbereich Vorstandsvorsitzender und Ärztlicher Direktor

Dipl.-Kaufm. Helmut Schüttig (*bis 30.04.2002*)
Kaufmännischer Direktor
Stellvertr. Vorsitzender des Vorstandes
Kaufmännischer Geschäftsbereich

Barbara Schulte (*ab 07.11.2001*)
Direktorin für Krankenpflege und Patientenservice
Geschäftsbereich Krankenpflege und Patientenservice

Ulrich Heller (*bis 30.09.2001*)
Direktor für Krankenpflege und Patientenservice
Geschäftsbereich Krankenpflege und Patientenservice

Prof. Dr. Dieter Jocham
Direktor der Klinik für Urologie
Geschäftsbereich Dekan

Die Gesamtbezüge der hauptamtlichen Vorstandsmitglieder betragen in 2001 T€ 305.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Wesentliche sonstige finanzielle Verpflichtungen bestanden am Abschlußstichtag nur im Rahmen der Aufwendungen für Mieten in Höhe von T€ 843.

Träger des UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck ist das Land Schleswig Holstein.

Lübeck, der 02.05.2002

Prof. Dr. Detlef Kömpf
Vorsitzender des Vorstandes

Hans-Christian Wallbaum
stv. Kaufmännischer Direktor

Barbara Schulte
Vorstandsmitglied

Prof. Dr. Dieter Jocham
Vorstandsmitglied

8. Entwicklung des Anlagevermögens

Anschaffungskosten

| Bilanzposten | Anfangsstand | Zugang | Um- | Abgang | Nach- | Endstand |
|--|-----------------------|----------------------|-------------|---------------------|-------------------|-----------------------|
| | 01.01.01 | | buchungen | | aktivierung | 31.12.01 |
| | € | € | € | € | € | € |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | | | | | | |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 3.681.845,18 | 652.505,86 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 4.334.351,04 |
| II. Sachanlagen | | | | | | |
| 1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken | 155.095.715,27 | 0,00 | 85.314,83 | 0,00 | 0,00 | 155.181.030,10 |
| 2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich Wohnbauten auf fremden Grundstücken | 2.338.415,61 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 2.338.415,61 |
| 3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten | 3.634.671,73 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 3.634.671,73 |
| 4. Technische Anlagen | 119.619.454,99 | 143.567,95 | 500.980,09 | 0,00 | 0,00 | 120.264.003,03 |
| 5. Einrichtungen und Ausstattungen | 144.782.121,56 | 9.085.649,45 | 316.023,17 | 2.169.149,37 | 466.243,58 | 152.480.888,39 |
| 6. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | 74.907.604,72 | 8.986.734,00 | -902.318,09 | 0,00 | 0,00 | 82.992.020,63 |
| Summe Sachanlagen | 500.377.983,88 | 18.215.951,40 | 0,00 | 2.169.149,37 | 466.243,58 | 516.891.029,49 |
| GESAMT | 504.059.829,06 | 18.868.457,26 | 0,00 | 2.169.149,37 | 466.243,58 | 521.225.380,53 |

8. Entwicklung des Anlagevermögens

Abschreibungswerte

| Anfangsstand 01.01.01 € | Abschreibungen des Geschäfts- jahres € | Entnahme für Abgänge € | Nach- aktivierung € | Endstand 31.12.01 € | Restbuchwerte Stand 31.12.01 € | Restbuchwerte Stand 31.12.00 € |
|-------------------------------|---|---------------------------------|---------------------------|---------------------------|---|---|
| 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 |
| 2.593.187,71 | 537.840,93 | 0,00 | 0,00 | 3.131.028,64 | 1.203.322,40 | 1.088.656,63 |
| 31.937.153,34 | 3.050.654,77 | 0,00 | 0,00 | 34.987.808,11 | 120.193.221,99 | 123.158.561,83 |
| 991.775,56 | 48.115,05 | 0,00 | 0,00 | 1.039.890,61 | 1.298.525,00 | 1.346.640,04 |
| 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 3.634.671,73 | 3.634.671,73 |
| 49.954.358,32 | 5.371.987,71 | 0,00 | 0,00 | 55.326.346,03 | 64.937.657,00 | 69.665.096,68 |
| 112.435.858,14 | 9.443.788,55 | 2.010.448,88 | 464.824,58 | 120.334.022,39 | 32.146.866,00 | 32.346.263,75 |
| 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 82.992.020,63 | 74.907.604,76 |
| 195.319.145,36 | 17.914.546,08 | 2.010.448,88 | 464.824,58 | 211.688.067,14 | 305.202.962,35 | 305.058.838,79 |
| 197.912.333,07 | 18.452.387,01 | 2.010.448,88 | 464.824,58 | 214.819.095,78 | 306.406.284,75 | 306.147.495,42 |